

Protokoll

über den zweiten Congreß

der

sozial-demokratischen Arbeiterpartei,

abgehalten

zu

Dresden,

am 12., 13., 14. und 15. August 1871.

Preis 3 Sgr. = 10 $\frac{1}{2}$ fr. südd. = 15 fr. österr.

Leipzig,

Verlag der Expedition des „Volksstaat“.

1872.

I.

Die Vorversammlung.

Im Saale des „Münchener Hofes“ zu Dresden.

Sonnabend, den 12. August 1871.

Nachmittags 4 Uhr.

Es sind etwa 40 Delegirte und ebensoviel Gäste (Parteigenossen) anwesend.

~~~~~  
Gabriel (Leipzig), Vorsitzender des provisorischen Ausschusses:  
Im Namen des Ausschusses eröffne ich den diesjährigen Kongreß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und begrüße Sie nicht nur im Namen des Ausschusses, sondern der gesammten Partei.

Wir hoffen, daß Sie, trotz der schwierigen Zeiten, die wir in diesem Jahre durchgemacht haben, mit uns, mit der Sache treu ergebenem Herzen hierher gekommen sind, uns über die Interessen der Partei zu berathen. Wir sind der festen Zuversicht, daß Sie trotz aller Verfolgungen, Beschimpfungen und Verläumdungen sich nicht abschrecken lassen, vereint unsern Gegnern zu beweisen, wie tief deren Interessen gesunken sind, gegenüber unserer Partei, die nur das Ziel gleicher Rechte für Alle anstrebt und im Herzen trägt.

Die jüngste Zeit hat uns bewiesen, wie man hervorragende Mitglieder der Partei verhaftete und in Fesseln schlug, um dadurch unsere Partei zu vernichten, resp. mundtobt zu machen. Die Gegner haben jedoch sehen müssen, daß das nicht gelingt. Unsere Gegner waren erstaunt, daß in einer so siegberauschten Zeit 50,000 Stimmen sich auf unsere Reichstags-Kandidaten in Sachsen vereinigten, und die größte Enttäuschung war, daß unser Organ, der „Volkstaat“, nicht nur nicht unterging, sondern an Ausbreitung zunahm und unablässig im Steigen begriffen ist, so daß das Abonnement um mehr als 1200 Exemplare gestiegen ist.

Meine Herren, lassen Sie sich nicht irre machen, kämpfen Sie den Kampf weiter für Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit! — Jetzt, meine

Herrn, haben wir vorerst zur Wahl des Bureaus zu schreiten und ich bitte Sie, Vorschläge zu machen über den ersten Vorsitzenden. —

Bei der hierauf vorgenommenen Wahl mittelst Stimmzettel wird Bebel aus Leipzig zum 1. Vorsitzenden erwählt und zwar mit 36 von 38 Stimmen; Bebel übernimmt das Präsidium.

Nachdem beschlossen worden ist, nur einen Vicepräsidenten zu wählen, wird, nachdem (der in Vorschlag gebrachte) Yorck (Hamburg) eine etwa auf ihn fallende Wahl abgelehnt hat, Braack (Braunschweig) mit 19 von 35 Stimmen auf diesen Posten berufen, 10 Stimmen fallen auf Eckstein (Walbheim), 5 auf Leyendecker (Mainz.)

Zu Schriftführern werden durch Acclamation, nachdem Hirsch (Grimmitschau) abgelehnt hat, Hepner (Leipzig), Motteler (Grimmitschau), Walster (Dresden) und Most (Chemnitz) gewählt.

Es werden alsdann die nöthigen Maßregeln zur Kontrolle für die geschlossenen Sitzungen getroffen, eine Geschäftsordnung vereinbart und dabei bestimmt, daß für die öffentlichen Sitzungen den Rednern, mit Ausnahme der Referenten, nur eine zehnminütige Redezeit eingeräumt werden soll.

Man schreitet nunmehr zur Wahl der Mitglieder für die Mandatsprüfungskommission.

Es werden gewählt: Gregott Müller (Dresden), Burkhardt (Leipzig) und Meinert (Dresden).

Der Vorsitzende ersucht die Gewählten, sich so einzurichten, daß sie am folgenden Tage früh wenigstens zu einer Sitzung zusammenzutreten, bis dahin die eingelaufenen Mandate prüfen und vielleicht am Abend Bericht erstatten.

Vorsitzender: Es handelt sich nun — wie Sie aus der Vorlage ersehen — um die Wahl einer Kommission behufs Feststellung der Resolutionen für die öffentlichen Sitzungen. Ich werde mir erlauben, den Vorschlag zu machen, die betreffenden Referenten selbst dazu zu bestimmen, daß sie die Resolutionen gegenseitig prüfen, resp. sich darüber verständigen. Wünscht Jemand dazu das Wort? — Es ist nicht der Fall; ich darf also annehmen, daß der Antrag von der Versammlung akzeptirt wird.

Es heißt dann in der Kongressvorlage: „Wahl von sonst noch nöthig werdenden Kommissionen.“ Soweit meine Kenntniß der Dinge reicht, dürfte vorläufig zu weiteren Wahlen eine Veranlassung nicht vorliegen.

Es folgt nun die Feststellung der Reihenfolge der Tagesordnung für den Kongress.

Es entsteht die Frage, ob der zweite Gegenstand der Tagesordnung für die öffentlichen Sitzungen: „Die politische Stellung der Partei“ (Referent Liebknecht) ausfallen soll, da Liebknecht möglicherweise nicht kommen kann, oder ob man einen anderen Referenten ernennen will, welcher eintreten soll, wenn Liebknecht abgehalten sein sollte.

Yorck: Ich beantrage, wenn Liebknecht nicht kommt, daß dieser Punkt gestrichen werde. Wir haben ohnehin genug zu thun in unseren geschlossenen Sitzungen; die Zeit, die wir dadurch ersparen, können wir den innern Angelegenheiten zuwenden. (Dieser Antrag erhält die Unterstützung.)

Imhof: Ich möchte nur erwähnen, daß dieser Punkt der Tagesordnung, falls Liebknecht gar nicht kommen sollte, wenn er auch nur

hintenan gesetzt wird, jedenfalls zur Berathung gebracht werden müßte, denn es ist wesentlich, daß über die politische Stellung unserer Partei die nöthigen Erörterungen in das Publikum kommen.

Hirsch: Ich glaube auch, daß es unmöglich ist, diesen Punkt ausfallen zu lassen. Man würde sagen, wir seien zu feig, unsere politische Stellung kund zu geben. Ich bin der Ansicht, daß es unter allen Umständen nothwendig ist, daß wir uns darüber aussprechen; dieser Punkt ist einer der wichtigsten unseres Kongresses.

Yorck: Ich muß dem doch entgegenreten und erklären, daß jeder Vorwurf aufgehört, wenn der Referent verhindert ist, da zu sein und Vortrag über das angekündigte Thema zu halten. Der Referent ist nicht da und es fällt daher jeder Grund weg, daß der Vortrag gehalten werden kann.

Eckstein: Ich glaube doch, daß unsere Partei Kräfte genug besitzt, die im Stande sein werden, das Referat zu übernehmen. Es ist dringend nothwendig, den heutigen Mißhandlungen gegenüber Stellung zu nehmen, um dem Volk zu zeigen, auf welchen Grundrissen unsere Partei basiert ist. Das ist dringend nothwendig und werden wir es erleben, daß wir gerade dadurch, wenn wir diesen Punkt zur Verhandlung stellen, für unsere Partei eine starke Kräftigung erzielt wird.

Most: Ich kann dem Antrag des Bürger Yorck aus dem Grunde nicht zustimmen, weil er ganz und gar unlogisch ist. Würden wir diese Ansicht theilen, so müßten wir konsequenter Weise auch die Ansicht haben, daß, wenn z. B. sämmtliche Referenten unwohl würden oder auf andere Weise verhindert wären, zu erscheinen, kein Referat abgegeben werden könnte. Wenn der Referent verhindert ist zu erscheinen, so muß doch in der sozial-demokratischen Partei ein anderer Mann gefunden werden können, der den politischen Standpunkt der Partei kennzeichnet. Ich halte diesen Punkt gerade für den wichtigsten.

Biedermann: Auch ich meinerseits bin entschieden gegen den Antrag Yorck's. Im Falle Liebknecht nicht erscheint und also der Vortrag deshalb ausfallen sollte, so hieße das gradezu, unserem Kongresse die Spitze seiner Bedeutung abbrechen. Gerade das ist eine Frage, welche eine Debatte veranlassen kann, die unserem Kongress zum Vortheil sein wird. Ich glaube, wenn der Referent, der an Liebknechts Stelle tritt, auch nicht so eingehend über diesen Gegenstand spricht, so wird doch ein anderer Redner da sein, der ihn ergänzt.

Yorck: Ich habe nicht bestritten, daß nicht welche da sind, die das können, sondern ich habe nur gesagt, daß uns aus der Absehung des Gegenstandes kein Vorwurf gemacht werden kann. Ich bitte darauf zu achten, weil der Gang der Debatte dahin geht, als ob ich gesagt hätte, ich setze die Fähigkeit Anderer, außer dem Referenten, über das Thema zu sprechen nicht voraus. (Yorck zieht seinen Antrag zurück.)

Es wird hierauf beschlossen, an Stelle des Punktes 2 den dritten Gegenstand der Tagesordnung: „Das allgemeine Wahlrecht für die Landtage der Einzelstaaten und Kommunen“ zu setzen. Ferner für den Fall, daß Liebknecht nicht kommt, einen Stellvertreter zu ernennen, der das Referat über „die politische Stellung der Partei“ übernimmt. Die Wahl fällt auf Most.

Ein Vorschlag des Vorsitzenden, den unter B 8 der Vorlage gestellten Antrag von Biedermann und Genossen (betreffend den Austritt aus der Landeskirche) als 5. Gegenstand auf die Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen zu setzen, wird nach längerer Debatte, an welcher sich Eck-

stein, Walster, Dittrich, Eberlein, Bracke, Biedermann be-  
theiligten, abgelehnt.

Der Entwurf der Tagesordnung — wie er in der Vorlage steht  
— für die geschlossenen Sitzungen wird ohne Diskussion gebilligt.

Die erste öffentliche Sitzung soll Sonnabend Abend 8 Uhr, die  
zweite Sonntag Vormittag präzis 11 Uhr beginnen, da die bestehen-  
den Polizeiverordnungen einen früheren Beginn am Sonntag nicht  
gestatten. Aus demselben Grunde wird ein Antrag York's, vor der  
öffentlichen Sitzung am Sonntag Vormittag eine geschlossene Sitzung  
zu halten, abgelehnt.

Der Vorsitzende theilt hierauf mit, daß nach der geschlossenen  
Sitzung am Sonntag Nachmittag ein gemeinschaftliches Essen der De-  
legirten stattfinden solle.

Ueber die Frage, wann die erste geschlossene Sitzung am Sonn-  
tag beginnen soll, entspinnt sich ebenfalls eine längere Debatte. Das  
Lokalomitee hat dieselbe bei der Polizei auf Sonntag Abend 7 Uhr  
angefetzt, was allgemein als zu spät angesehen wird. Es wird be-  
schlossen, nachdem zwei Anträge, um 3 resp. um 4 Uhr zu beginnen,  
abgelehnt worden, um 1/2 6 Uhr anzufangen und das Lokalomitee  
beauftragt, dem entsprechend die Anmeldung bei der Polizei zu beor-  
gen. Am Montag sollen die geschlossenen Sitzungen Vormittags 8  
und Nachmittags 3 Uhr beginnen.

Nachdem sich die einzelnen Delegirten der Versammlung durch  
Namensaufruf vorgestellt hatten, wurde die Sitzung geschlossen und  
die nächste nicht öffentliche Sitzung auf Sonntag Nachmittag 5 1/2 Uhr  
anberaumt. (Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.)

### 1. Öffentliche Sitzung, den 12. August Abends in der Centralhalle.

Der Saal ist bei Eröffnung der Sitzung gut gefüllt, es mögen  
2000 Personen zugegen sein. Die Sitzung wird eingeleitet durch einen  
Gesang („Eintracht“ von Mozart) der Sänger des Dresdener Ar-  
beiter-Bildungs-Vereins; hiernach ergreift das Wort Namens der Dres-  
dener Parteigenossen

Walster: Bürger Delegirte der sozial-demokratischen Arbeiter-  
Partei Deutschlands! Die Dresdener Parteigenossen haben gewünscht,  
daß ich für sie den Gefühlen der Freude Ausdruck verleihe, welche sie  
beherrschen darüber, die Delegirten ihrer Parteigenossen aus allen  
deutschen Landen und darunter so manchen wackeren Vorkämpfer für  
unsere gemeinsame Sache hier in Dresden begrüßen zu können. Vie-  
ler Worte bedarf es hier nicht, hat doch jeder von Euch, Bürger De-  
legirte, den Weg zum Kongreß zurückgelegt mit dem vollen Bewußt-  
sein der hohen und ernsten Aufgaben, die ihm bevorstehen und mit  
dem festen Entschlusse, sie zum Segen der Menschheit nach Kräften  
mit lösen zu helfen. Der Geist der Eintracht und des Gemeinsinns,  
der immer unter uns waltet, und selbst die berechtigtesten Gefühle des  
Einzelnen bescheiden vor den Ansprüchen der gemeinsamen hohen In-  
teressen zurücktreten ließ, dieser Geist wird sich auch hier nicht ver-  
leugnen. Ihr kommt hier, Bürger Delegirte, in die Hauptstadt des  
jenigen Landes, welches seinen allgemein anerkannten hohen Kultur-  
standpunkt insbesondere und ganz natürlich dadurch auch dokumentirt,  
daß es die meisten Sozialdemokraten unter den Bewohnern seines  
Bodens vor allen andern deutschen Ländern zählt. Die Dresdner

Parteigenossen hatten es als Ehrensache angesehen, Euch hier durch  
ein Tageblatt begrüßen zu können, welches hauptsächlich der Ver-  
breitung unserer Ideen und der Bekämpfung des Feindes gewidmet  
ist, und welches Dank der Regsamkeit der hiesigen Parteigenossen und  
besonders auch der unserer hiesigen Freunde vom allgemeinen deut-  
schen Arbeiterverein in /wenig Monaten die festen Grundlagen seiner  
Existenz gefunden hat.

So möge denn nun der Geist, der dießmal unseren Kongreß be-  
herrscht, so hell, klar und weithin strahlend sein, wie der Himmel ist,  
der heute auf den Kongreßort herniedersehaut. Und nun, Freunde,  
stimmt mit mir ein in den Ruf: Hoch lebe die Erlöserin der Mensch-  
heit, hoch die Bahnbrecherin einer anderen besseren Zeit, hoch lebe die  
Sozial-Demokratie! (Bravo.)

Vorsitzender Bebel: Parteigenossen! Im Namen der hier ver-  
sammelten Delegirten habe ich wohl als gewählter Präsident des  
Kongresses zunächst die Verpflichtung, den Dresdner Genossen den  
wärmsten Dank abzustatten für das freundliche Entgegenkommen, für  
das freundliche Willkommen, für die herzliche Aufnahme, die Sie  
uns bereitet haben.

Als wir vor einem Jahre in Stuttgart versammelt waren zu  
gleichem Streben wie heut, und damals mit an Einmütigkeit gren-  
zender Majorität beschlossen, Dresden als Kongreß-Ort für das  
nächste Jahr zu wählen, ahnten wir nicht im entferntesten, welche  
Ereignisse dieses kurze Jahr in seinem Schooße bergen werde, — Er-  
eignisse, wichtig nicht allein für die gesammten deutschen, für die eu-  
ropäischen Zustände, sondern auch speziell für unsere Partei.

Es ist, wir dürfen das nicht verkennen, uns im Laufe des Jah-  
res viel Unangenehmes zugestoßen. Von allen Seiten hat man die  
sozial-demokratische Partei geschmäht; mit allen Mitteln, die zu Ge-  
bote standen, hat man sie zu unterdrücken gesucht und, meine Ge-  
ren! heute, wo wir hier zu unserm Parteikongresse versammelt sind,  
dürfen wir mit Stolz und Genugthuung es aussprechen: alles, was  
unsere Gegner gethan haben, — weit entfernt, unsere Reihen zu  
schwächen, und weit entfernt, unsern Muth sinken zu machen, hat es  
im Gegentheil dazu beigetragen, unsere Reihen zu vergrößern, unsern  
Muth zu stärken! Und mag kommen, was da will, — die Sozial-  
Demokratie wird auf ihrem Platze stehen, sie wird ihre Schuldigkeit  
thun! (Großer Beifall.)

Meine Herren! Wenn mein Vorredner Veranlassung genommen  
hat, darauf hinzuweisen, daß wir hier in der Hauptstadt desjenigen  
deutschen Landes tagten, in dem die Sozial-Demokratie vorzugsweise  
stark vertreten sei, dann füge ich hinzu, daß wir hier zugleich in der  
Hauptstadt des Landes tagen, wo vorzugsweise die Sozial-Demo-  
kratie verfolgt worden ist und noch verfolgt wird. Aber das soll uns  
Alles nicht abschrecken; wir werden auf dem für richtig erkannten  
Wege vor wie nach mit Offenheit und Rücksichtslosigkeit fortschreiten,  
und ich hoffe, daß der Kongreß, dessen erste Sitzung ich hiermit für  
eröffnet erkläre, Zeugniß dafür ablegen wird, daß der Muth der Sozial-  
Demokratie nicht gemichen ist, daß wir unsere Prinzipien mit aller  
Unerschrockenheit, mit aller Entschiedenheit vertheidigen werden. (Leb-  
haftes Bravo.)

Ich erkläre hiermit die erste öffentliche Sitzung des Partei-Kon-  
gresses für eröffnet.

Die anwesenden Delegirten möchte ich bitten, wenn sie sich im weiteren Raum des Saales plazirt haben, hier in die Nähe der Tribüne zu treten und sich an den für sie geordneten Tischen niederzusetzen, damit bei Abstimmungen dem Präsidium es leicht werde, dieselben zu kontrolliren.

Wir haben uns veranlaßt gesehen, durch das verhinderte Eintreffen des Referenten für den zweiten Gegenstand der Tagesordnung „die politische Stellung der Partei“, diesen Punkt von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen und dafür Punkt 3, „das allgemeine Stimmrecht für die Vertretung der Einzelstaaten und Kommunen“ anzusetzen.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet:

„Der Normal-Arbeitstag.“

Referent ist Parteigenosse Nord aus Hamburg. Ich ertheile ihm hiermit das Wort.

Parteigenossen! Freunde! Zunächst bringe ich Ihnen den Gruß der Parteigenossen aus Hamburg, Harburg und Altona, überhaupt vom Norden Deutschlands. Es freut mich, daß ich Gelegenheit habe, heut an diesem Ort persönlich anwesend sein zu können, um Ihnen diesen Gruß zu bringen; es freut mich umso mehr, als Dresden mit zu den neun Städten zählt, die 1863 in Leipzig der Bewegung, die gegenwärtig eine so weite Ausdehnung über Deutschland gewonnen hat, den Anstoß gegeben haben. Waren doch auch die Arbeiter Dresdens unter denen vertreten, die damals mit Lassalle „die zu Boden getretene Fahne“ der Sozial-Demokratie in Deutschland wieder aufrichteten, der wir Alle, die wir heute hier versammelt sind, mit Begeisterung folgen. Wir Alle sind unter dieser Fahne groß geworden, wir Alle huldigen den Ideen, die seiner Zeit der um die sozialistische Arbeiterbewegung so verdiente Lassalle in meisterhafter Agitation Eingang verschaffte in die Herzen und Geister der deutschen Arbeiter.

Meine Freunde! Man hat es für nöthig gefunden, auf dem Kongreß in Dresden als ersten Punkt der Tagesordnung den Normalarbeitstag aufzustellen, und mir das Referat übertragen. Es dürfte wohl eigentlich, nachdem der Normalarbeitstag schon so vielfach besprochen, in Broschüren erörtert, in Arbeitseinstellungen zu erkämpfen versucht worden ist; nachdem im „Reichstag“ darauf aufmerksam gemacht worden, wie nothwendig diese Forderung ist, kurz, nachdem das Thema des Normalarbeitstags so häufig behandelt worden, daß es so zu sagen, die Späßen von den Dächern pfeifen — es dürfte wohl fast überflüssig erscheinen, darüber noch ein Wort zu sprechen. Aber, meine Freunde, ein altes Sprichwort sagt: „Ein steter Tropf höhlt den Stein“, und vielleicht dürfte es doch gelingen, durch die Erörterung dieser Frage heute Abend, wenn auch nicht den Stein des Anstoßes, der unserer Bewegung durch die lange Arbeitszeit hindernd im Wege steht, hinweg zu räumen, so doch dazu beizutragen, daß er recht bald ins Rollen kommt. Nun, meine Freunde, es ist gewiß eine große Bedeutung, welche die gegenwärtige Arbeiterbewegung in Deutschland hat. Wir sehen ja, wie die Wogen der Bewegung nicht nur in theoretischer Beziehung in den vielen Versammlungen, die abgehalten werden, um die Frage der Sozialdemokratie zu erörtern, hochgehen, sondern sehen auch, wie die Arbeitseinstellungen, das praktische Kampfmittel, welches dazu dienen soll, der Uebermacht des Kapitals, dem Uebermuth desselben, Widerstand zu leisten, immer mehr

in Deutschland überhand nehmen, trotzdem auch von unserer Seite mehr darauf hingewirkt wird, daß die theoretische Erkenntniß die Bahn zur Befreiung des Arbeiterstandes vollständig erst frei machen soll.

Meine Freunde! Es dürfte aber doch wohl angemessen sein, daß wir uns fragen, wie es wohl geschieht, daß gerade jetzt die Arbeiterbewegung in immer größerem und größerem Maßstabe sich Bahn bricht? Es dürfte deshalb doch auch wohl geboten erscheinen, daß wir einen Rückblick thun in die Vergangenheit und sehen, wie aus dieser heraus die gegenwärtige Bewegung sich entwickelt hat. Nun, wir wissen sehr gut, daß die Kämpfe der Arbeiter nicht erst von dem heutigen Tage, sondern erst von dem Jahre 1863 her datiren, sondern daß schon früher die Arbeiter, wenn auch in anderer Weise, Kämpfe durchgemacht haben, um ihr Recht zu sichern und ihre Interessen zu wahren. Diese Kämpfe haben natürlich eine immer größere Ausdehnung, sie haben an Bedeutung zugenommen, nicht allein im Umfang der Sache, sondern auch in der Erkenntniß derselben. Jede Verbesserung der Industrie hat dazu beigetragen, ein Arbeiterproletariat zu schaffen, wie es früher niemals dagewesen ist, und dieses Proletariat ist es eben heut zu Tage, welches den gezwungenen Träger der Arbeiterbewegung bildet.

Meine Freunde! Durch die Großindustrie ist eine Konkurrenz großgezogen worden, nicht allein zwischen den Fabrikanten unter einander, sondern auch zwischen den Arbeitern; die Einführung der Maschinen, die Anwendung der Dampfkraft haben nicht dazu beigetragen, die Tagesmühen der Arbeiter auch nur im Entferntesten, auch nur um ein Quentchen zu erleichtern; nein, im Gegentheil; je mehr die Großindustrie fortschreitet, je mehr Verbesserungen und Erfindungen gemacht wurden im Laufe der Zeit, um so drückender gestaltete sich die Lage der Arbeiter, um so mehr wurden dieselben zur Erkenntniß ihrer Klassenlage, zu dem Bewußtsein hingedrängt, ein Ende machen zu müssen mit solchen unmenschlichen Zuständen, die nur dazu dienen, die Sklaverei des Alterthums in weit verschärfter Form in die Neuzeit einzuschleppen. Es ist traurig, daß die Konkurrenz, die herbeigeführt worden ist und herbeigeführt wird durch jede Verbesserung der Maschinen, dazu beiträgt und beitragen muß, den Lohn der Arbeiter zu verkürzen, die Arbeitszeit aber zu verlängern. Ja, meine Freunde! viel Arbeitszeit und wenig Lohn! Das ist heut zu Tage die Parole, die sich die Arbeitsherrn gegenseitig zurufen, wenn es sich darum handelt, den Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten, und wir sehen ja: bei jeder Arbeitseinstellung, die stattfindet, ist es das gleiche Stichwort, um welches sich die ganze Streitfrage dreht: die Arbeiter wollen eine möglichst kurze Arbeitszeit erkämpfen, damit sie sich als Menschen fühlen, damit sie als Menschen leben können, und nicht unnöthig gezwungen werden, die halbe Zeit ihres Lebens im Sklavenjoch zuzubringen, sondern sich auch ihrer Menschenwürde freuen lernen.

Meine Freunde! Das Entgegengesetzte bringt die Konkurrenz mit sich. In umgekehrter Weise sehen wir, wie bis auf den heutigen Tag Stunde auf Stunde die Arbeitszeit verlängert worden ist, und Großen auf Großen dem Lohn der Arbeiter (ich möchte fast sagen) hinweggestohlen wird.

Wenn wir uns einen Augenblick zurückdenken in die Zeit des Mittelalters, wo es doch auch Arbeiter und Meister gab, wo auch

gearbeitet wurde in industrieller oder Handwerksbeziehung sowohl, wie in der Landarbeit, so sehen wir, ganz abgesehen von den vielen Feiertagen, die existirten, — die Alten waren frommer, als die Leute heutzutage; ich will den Arbeitern keinen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht fromm sind, es ist dies ja auch ein Segen der langen Arbeitszeit, daß sie heute keine Zeit dazu haben, und wenn man in jener Zeit so fromm war, so beweist dies nur, daß man damals mindestens in der Zeit, wo man betete, nicht gearbeitet hat; ich sage also, abgesehen von den vielen kirchlichen Feiertagen, die streng innegehalten wurden, — deuten alle Einrichtungen darauf hin und bedingten es, daß die Arbeiter im Mittelalter auch an den Werktagen nicht so lange zu arbeiten nöthig hatten als heutzutage, und der so sehr verschriene, aus der Zunftverbindung bis auf die heutige Zeit hineinragende „blaue Montag“ gibt den Beweis, daß die Arbeiter eher Gelegenheit zu feiern hatten, als die Handwerke künftig betrieben wurden, denn gegenwärtig, wo der Arbeiter nach dem Fabrikreglement bestraft wird, wenn er eine Minute zu spät kommt, wo die Fabrikglocke das Signal gibt, wann der Arbeiter in sein Klavenjoch eintreten muß. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, will es mich doch bedünken, daß die Auslehnung der Arbeiter gegen einen so un menschlichen Zustand gerechtfertigt ist und nicht minder die Forderung, die sie stellen, die Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzliche Bestimmung herbeizuführen.

Nun, meine Herren, nichts ist wohl geeigneter, gerade im Interesse der Arbeiter als ein segensreiches Ereigniß betrachtet zu werden, als wenn es gelingen möchte, durch unsere, durch die Agitation der Arbeiter in Deutschland die Regierungen zu zwingen, die Arbeitszeit gesetzlich zu verkürzen; wenn es uns gelänge, die 16—18-stündige Arbeitszeit, die theilweise an verschiedenen Orten in Deutschland noch stattfindet, in eine 10-stündige umzuwandeln. Aber, meine Freunde, es ist ja auch unbedingt nothwendig, daß wir in dieser Beziehung in Deutschland einmal den Anfang machen, und ich möchte fast sagen, endlich einmal hinter den Arbeitern anderer Länder herhinken, die uns in dieser Beziehung gewaltig voraus sind. Es ist gar keine Frage, daß unter den industriellen Großstaaten Deutschland bei dem niedrigsten Lohn die längste Arbeitszeit kultivirt hat.

Erlauben wir uns, eine Umschau zu halten über die Kulturländer, in denen die Großindustrie auf den Höhepunkt gestiegen ist, blicken wir zuerst hin auf das Land, welches von allen Nationalökonomien als das industriell am weitesten vorgeschrittene Land bezeichnet wird. Blicken wir auf England. Da sehen wir, daß dort ein gesetzlich normirter Arbeitstag bereits eingeführt ist. Die Arbeiter in England haben seit 1802, also seit 70 Jahren, gegen die übermäßige Arbeitszeit gekämpft, und noch ist dieser Kampf nicht abgeschlossen. Im Jahre 1833 kam dort das erste Gesetz zum Schutz der Kinder und jüngeren Arbeiter gegen die maßlose Ausbeutung durch lange Arbeitszeit in Anwendung. Zwar noch nicht in allen Fabriken, doch es wurde durch die Einsetzung von Fabrikinspektoren mindestens ernsthaft darauf geachtet, daß in den vom Gesetz betroffenen Baumwollen-, Wollen-, Flach- und Seidenfabriken Kinder unter 9 Jahren gar nicht, Kinder von 9—13 Jahren nur 8 Stunden, und Personen von 13—18 Jahren nur 10½ Stunde täglich arbeiten durften, und die Nachtarbeit für diese gänzlich verboten. Im Jahre 1844, 1847 und

1850 wurden diese Gesetze theilweise verschärft, und auf weitere Industriezweige und alle Frauen ausgedehnt, so daß immer größere Arbeiterkreise diesem gesetzlichen Einfluß unterstellt wurden. Und im Jahre 1867 endlich wurde der Normalarbeitstag von 10 Stunden auch für kleinere Werkstätten und die Hausindustrie gesetzlich eingeführt; freilich nur für solche Etablissements, in denen Frauen oder junge Personen unter 18 Jahren beschäftigt waren, allein die segensreichen Wirkungen dieses Gesetzes kommen nichtsdestoweniger auch den älteren Arbeitern zu Gute, weil es für den Fabrikanten in vielen Fällen unmöglich ist, nach Austritt der Frauen und Kinder aus den Fabriken, die Männer allein weiter arbeiten zu lassen. Deshalb ist auch in vielen Fabriken die Frauen- und Kinderarbeit aufgegeben, und dafür die Schichtarbeit der Männer eingeführt worden.

In England sehen wir also eine ganz selbstständig vorgehende Fabrikgesetzgebung zum Schutze der Arbeiter eingeführt, und den zehnstündigen Normalarbeitstag als das Ergebnis dieser Gesetzgebung. Wir sehen, wie unabhängige selbstständige Fabrikinspektoren darüber wachen, daß nicht durch die Minutenmauer unter den Fabrikanten das Gesetz umgangen oder illusorisch gemacht wird. Was in England nur langsam, gestützt auf praktische Erfahrung und auch dann noch nicht radikal geschah, sehen wir in Frankreich durch die Revolutionsepöche von 1848 mit einem Schlage erreicht, und wenn auch nicht eine 10-stündige Arbeitszeit, so doch einen Normalarbeitstag von 12 Stunden herbeigeführt, der alle Arbeiterkreise, alle Industriezweige umschließt.

Aber, meine Freunde, weiter noch als England und Frankreich ist Amerika in dieser Richtung. Wenn schon die Gewerksvereine, die Trades-Unions, in England durch ihre Agitation viel zur Verkürzung der Arbeitszeit beigetragen haben, so ist es denselben allein zu danken, daß die Gesetzgebung in Amerika der Dreitheilung des Tages in 8 Stunden Arbeit, bei 8 Stunden Erholung, Ruhe und 8 Stunden Schlaf ihre Anerkennung gegeben hat, indem dort als Normalarbeitszeit in den Staatswerkstätten (auf den Schiffswerften und in den Arsenalen, kurz in allen Etablissements) die von Staatswegen geleitet werden, die 8-stündige Arbeitszeit eingeführt ist. Und wenn die Privatindustrie in Amerika sich auch unendlich dagegen sträubt, die Arbeitszeit auf 8 Stunden zu beschränken, so ist das doch nur eben eine Frage der Zeit und die Arbeiter werden bei der ersten besten günstigen Gelegenheit sich schon diese Arbeitszeit von 8 Stunden auch in der Privatindustrie erringen. Die Arbeiter in Amerika sind ebenso wie in England durch die großartige Organisation der Gewerksvereine eher befähigt als in Deutschland, durch ArbeitsEinstellung eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzwingen und sie sind überall auf dem besten Wege hierzu. — Nur in Deutschland haben die Arbeiter bis noch vor kurzer Zeit, ich möchte fast sagen, die große Masse auch heute noch, die Schlafmütze so tief über das Ohr gezogen, daß sie ihr eignes Interesse nicht einzusehen vermochten. Noch ist es nicht gelungen, die große Masse der deutschen Arbeiter dahin zu bringen, daß sie durch so einmüthiges Drängen, wie das in Amerika und England der Fall ist, eingetreten sind für Verkürzung der Arbeitszeit.

Nun, meine Freunde, hoffen wir, daß im gegenwärtigen Augenblicke, wo aufgeklärte Arbeiterkreise diese Frage in ihren Versammlungen erörtern, wo die Vereine es sich zur Aufgabe gemacht haben, dafür ein-

zutreten, wo einzelne Arbeitszweige im offenen Kampfe gegen das Kapital für den Normalarbeitstag von 10 Stunden stehen, endlich der geeignetste Zeitpunkt gekommen sein dürfte, auch nach dieser Richtung zum Heil der Arbeiter in ganz Deutschland thätig zu sein. Und sage man uns nicht, wir sollten die Arbeitermassen nicht aufregen, nicht zu etwas verleiten, wozu sie selbst nicht einmal Lust haben. Das ist ein thörichtes Einwand; ob die große Masse Lust hat oder nicht, das soll uns vor der Hand wenig kümmern, es kommt zunächst darauf an, zu konstatiren, daß die Forderung eine berechtigte und gerechte ist. Sie wissen, meine Freunde, aus statistischen Tabellen, wie gerade die Lebensdauer der industriellen Arbeiter auch in Deutschland eine so kurze ist, daß es uns mit Schauder erfüllen muß, wenn wir darüber nachdenken, daß im Durchschnitt kein Arbeiter älter wird, als 31 Jahre. Das ist wirklich eine betäubende Lehre, die uns durch die Statistik geworden ist, und die eigentlich eine so durchgreifende Wirkung auf alle Arbeiterkreise haben müßte, daß Jeder, der dies einmal weiß, Nägel und Nägel daran setzen sollte, eine Besserung dieser Verhältnisse herbeizuführen. Während die Klassen der Bevölkerung, die gar nicht arbeiten, oder deren Arbeit nur nominell ist, z. B. im Kuponabschneiden besteht, einer viel längeren Lebensdauer sich erfreuen, so daß die Rentiers z. B. ein Durchschnittsalter von 66½ Jahren erreichen, werden die Arbeiter kaum halb so alt, ist das Durchschnittsalter derselben nur 31 Jahre!

Nun, meine Freunde, ist das nicht ein Beweis dafür, daß die Arbeiter durch die lange Arbeitszeit theilweise bis zum Skelet ausgezehrt werden und nicht so viel verdienen, daß sie die Kräfte, die sie verbrauchen, wieder zu ersetzen im Stande sind und darum nach so kurzer Zeit ins Gras beißen müssen? Die lange Arbeitszeit ist also auch der menschlichen Natur widersprechend. Wenn dem so ist, wer will es uns verdenken oder wer will überhaupt der Forderung, die wir stellen, die Berechtigung absprechen, wenn wir sagen, wir wollen, statt wie gegenwärtig 12, 14 ja 16 Stunden, nur 10 Stunden arbeiten. Meine Freunde, wenn wir in den 10 Stunden auch nicht mehr verdienen sollten, als gegenwärtig, wenn wir nur so viel verdienen, als nöthig ist, unsern Hunger zu stillen, dann arbeiten wir auch 2 Stunden weniger, wir opfern 2 Stunden weniger Arbeitskraft und Lebenssaft und machen in den 2 Stunden, die wir weniger arbeiten, nicht den Geldsack der Großindustrie voll und geben dadurch dem großen Kapital nicht immer mehr Mittel an die Hand, um uns tiefer und tiefer herunterzudrücken. (Bravo!)

Meine Freunde, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, allein als eine menschliche Forderung betrachtet, wäre die Forderung nach einem Normalarbeitstage gerechtfertigt, und trotz alledem haben wir es mit verschiedenen Gegnern zu thun, mit Gegnern in dieser oder jener Richtung, ja wir haben es mit Gegnern zu thun aus den Reihen der Arbeiter selbst und mit den verschiedenartigsten Vorwürfen, die uns gemacht werden. Es ist wirklich nothwendig, über diese Vorwürfe, diese Entgegnungen, einige Worte zu verlieren. Also es wird uns zunächst entgegengehalten, daß es gerade ein Segen sei, daß gegenwärtig so viel und so lange Zeit gearbeitet wird, weil dadurch die Waaren immer billiger würden. Und die Billigkeit der Waaren erlaube uns ja immer nur, daß wir der Segnungen der industriellen Entwicklung theilhaftig würden, daß wir z. B. besser gekleidet gehen und

bessere Wohnung hätten, als die Arbeiter vor hundert Jahren, und wie diese schönen Einreden sonst noch lauten mögen. Aber ich bin denn doch der Meinung, daß dies für uns nicht ins Gewicht fallen kann; selbst wenn durch die Verkürzung der Arbeitszeit der Lohn in die Höhe geht (was die Folge davon sein muß), wenn also, anstatt daß wir gegenwärtig z. B. den Tag bei 12-stündiger Arbeitszeit 20—25 Sgr. verdienen und wir dann, wenn die Arbeitszeit um 2—4 Stunden verkürzt wird, 1 Thlr. 10 Sgr. verdienen, so geht daraus noch lange nicht hervor, daß dadurch auch zugleich die Waarenpreise so gewaltig in die Höhe gehen würden, daß wir nothwendigerweise auf irgend welche gewohnte Lebensbedürfnisse verzichten müßten. Höchstens könnte man behaupten wollen, daß wir damit nicht besser gestellt wären als jetzt. Allein auch dies ist nicht der Fall. Das im erhöhten Lohn dem Arbeiter mehr Bezahlte kann nur theilweise auf den Preis der Waaren übertragen werden, indem ein Theil davon vom Unternehmer, als Weniger am Unternehmergewinn, getragen werden muß. Dies wissen die Herren Unternehmer auch recht gut, darum ihr Sträuben gegen jede, auch die geringste Erhöhung des Lohnes, resp. Verkürzung der Arbeitszeit.

Es ist falsch, wenn man sagt: Alle Arbeitspreise gehen in die Höhe, folglich wird Alles theurer und wir sind eben so schlecht gestellt als vorher. Ferner behaupten die Gegner, daß die Arbeiter doch schon durch Einführung der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen, und daß damit, so wie durch Aufhebung der Koalitionsverbote, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Genüge geleistet sei.

Diese sonderbaren Schwärmer, die keine anderen kräftigen Hilfsmittel zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse in der gegenwärtigen Zeitepoche wissen, als Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, werden freilich von Tag zu Tag seltener, allein es muß trotzdem konstatirt werden, daß die Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit zwar etwas sehr Natürliches war, selbstverständlich erfolgen mußte, allein gerade dem entgegengesetzt, die Lage der Arbeiter zu verbessern, nur dazu beigetragen hat, die Klassengegensätze zu verschärfen, die Lohnarbeiter immer mehr und mehr mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß ihnen auf keine andere Weise mehr geholfen werden kann, als dadurch, daß sie sich den sozialistischen Bestrebungen der Neuzeit voll und ganz anschließen. Nach dieser Richtung weitere Ausführungen zu machen, halte ich für vollständig überflüssig.

Ich erlaube mir aber zu einem gewichtigeren Einwande überzugehen. Man könnte uns entgegenhalten, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland eine Schädigung der Nationalindustrie eintrete, und besonders unsere nationalen Schreier, denen jetzt der Kamm ganz gewaltig geschwollen, und die durch die Nationalindustrie von Deutschland jetzt selbst die Industrie Frankreichs todtzuschlagen möchten, sind es ja, die sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit sträuben.

Nun, meine Freunde, dieser Vorwurf hätte immerhin etwas für sich, wenn, was nicht der Fall, Deutschlands Arbeiter diese Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit zuerst stellten, und nicht umgekehrt die Länder, mit denen die deutsche Industrie konkurriren muß, uns mit der Verkürzung der Arbeitszeit schon vorangegangen wären; wir sind es gewesen, die durch lange Arbeitszeit bislang den Fabrikanten es

immer erleichtert und möglich gemacht haben, gegen die Industrie der anderen Länder anzukämpfen. Aber, meine Freunde, nachdem jetzt die Industrie in Deutschland dahin gekommen ist, nicht nur auf eigenen Füßen zu stehen, nachdem sie so erstarbt ist, daß die zu ihren Gunsten erlassenen Schutzzölle, wenn nicht ganz aufgehoben, doch bedeutend herabgesetzt werden konnten, sind wir auch berechtigt, der langen Arbeitszeit, durch die wir so lange unsere deutsche Industrie unterstützt, unsern Brüdern jenseits des Kanals und des Rheins, in England, in Frankreich und Belgien Konkurrenz gemacht haben, ebenso bedeutend herabzusetzen. Wir haben ein Recht zu sagen: wir wollen das nicht mehr! Wir wollen auch eine kürzere Arbeitszeit haben, und wenn die Industrie in Deutschland nur bestehen kann durch eine so un-menschlich lang ausgebehnte Arbeitszeit, wenn die Industrie in Deutschland es nicht vertragen kann, daß die Arbeiter nur menschlich arbeiten und zur vollen Befriedigung ihrer Bedürfnisse ausreichenden Lohn erhalten, dann ist es besser, die Arbeiter, die jetzt in die Fabriken herangezogen werden, werden der Landwirtschaft nicht entfremdet; dann haben wir, wenn nicht mehr, doch billigeres Brot zu essen, als es heut zu Tage der Fall ist. Also, meine Freunde, der uns nach dieser Richtung hin gemachte Vorwurf, daß eine Schädigung der Industrie zu befürchten wäre und daß die Industrie die Konkurrenz der andern Länder nicht aushalten könnte, wenn die Arbeitszeit hier verkürzt würde, ist ein sehr hinfälliger. Die Internationalität der Arbeiterverbindungen und Bestrebungen wird schon dahin führen, daß sich allmählig das gegenseitige Verhältnis vollständig ausgleicht. Und daß wir eigentlich immer von den Arbeitern in Frankreich und England als die Dummen behandelt worden sind, nun, wer kann es den Engländern und Franzosen verdenken, wenn sie es gethan haben? Es ist leider bisher so gewesen, und die so sehr gepriesene Intelligenz und Bildung der deutschen Arbeiter hat von jeher darin bestanden, daß die deutschen Arbeiter in England und Frankreich die Lohnpreise verdrängen, den Arbeitern in England und Frankreich die Lohnpreise verdrängen haben. Nun, die unliebsame Konkurrenz, die jetzt durch Heranziehen von schwedischen Arbeitern den deutschen Arbeitern geschaffen wird, trägt nicht wenig dazu bei, auch den deutschen Arbeitern die Augen zu öffnen, die vor lauter Intelligenz und Bildung ihr eigenes Pferd nicht sehen wollten. Glücklicherweise ist es unsern Bestrebungen zum Theil schon gelungen, diese Intelligenz dem bloßen Interesse der Arbeiter dienstbar zu machen. Das bloße Interesse der Arbeiter ist aber in allen Kulturländern dasselbe, und darum wollen wir nicht ferner unser Interesse, das Interesse der Arbeiter in allen industriellen Staaten, dadurch schädigen, daß wir, um der Großindustrie die Konkurrenz mit andern Ländern zu erleichtern, uns eine un-menschlich lange Arbeitszeit gefallen lassen.

Also, meine Freunde, in bewußter Weise wollen wir eine Verkürzung der Arbeitszeit, um nicht unsern Mitarbeitern in andern Ländern Konkurrenz zu machen, und wenn die Industrie in Deutschland, wie ich schon angedeutet habe, unter keinen andern Bedingungen bestehen kann, so mag sie lieber heute als morgen zum Teufel gehen! (Bravo!)

Meine Freunde! Außerdem behauptet man auch, daß mit der Schädigung der Industrie, und wenn die Arbeiter einige Groschen täglich mehr erhielten, als sie heute erhalten, oder wenn sie den heutigen

Lagelohn mit etwas weniger Mühe erwerben könnten, um dafür ein Paar Jahre länger zu leben bei kürzerer Arbeitszeit, daß — der Nationalwohlstand dadurch gefährdet oder geschädigt würde. Allerdings, wenn wir den Nationalwohlstand darnach bemessen wollen, wie lange und wie viel wir für die feuerfesten Geldschränke der Kapitalisten und Großindustriellen arbeiten, dann allerdings wäre es richtig, daß der Nationalwohlstand bei der verkürzten Arbeitszeit geschädigt wird. Wenn wir aber den Nationalwohlstand danach bemessen, wie er eigentlich bemessen werden soll, d. h. danach, wie wohl sich die Arbeiter, die große Masse des Volkes, fühlen, so ist ohne Zweifel ein Zustand vorzuziehen, in dem der „Nationalreichtum“ nicht wie bisher in den „Feuerfesten“ allein sich anhäuft, sondern den Arbeitern auch etwas davon zufällt. Wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus den Nationalwohlstand auffassen, dann ist es gewiß, daß er nur gefördert wird, wenn die Arbeitszeit verkürzt, der Normalarbeitstag eingeführt wird.

Traurig aber ist es, wenn uns trotzdem auch noch der Vorwurf gemacht wird, daß es die reine Faulheit sei, was die Arbeiter veranlaßt, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeiführen zu wollen. Man sagt, die Arbeiter werden die freie Zeit, die sie dann erwerben, in den Wirthshäusern herumliegen, werden auf der Straße herumlungern und, anstatt die Paar Groschen, die sie die Woche hindurch verdient haben, für ihre Familie zu verwenden, werden sie dieselben ausgeben müssen in der Zeit, die sie weniger arbeiten, da sie dann auch mehr Bedürfnisse haben werden. Aber, ich glaube, gerade dieser Vorwurf ist so recht der Beweis, wie schlecht Diejenigen, die dieses sagen, über unsere Verhältnisse unterrichtet sind, wie wenig sie davon verstehen. Was die Faulheit anbelangt, m. F., so ist das ein eignes Ding, „Böse Beispiele verderben gute Sitten“, und wenn wir sehen, wie die Fabrikanten, die Großkapitalisten u. s. w., die den ganzen Tag wenig arbeiten, also doch auch auf der faulen Bahnhaut liegen, uns doch immer als Musterknaben, an denen wir uns ein Beispiel nehmen sollen — und wäre es auch nur, um uns zu verhöhnern — vorgehalten werden, nun, warum sollten wir uns nicht ein kleines Beispiel nach einer gewissen Richtung hin von den Leuten nehmen, nachdem sie uns in anderer Beziehung mit so gutem Beispiel vorangegangen sind? (Lebhafter Beifall.)

Ich meine, daß sie soviel wie möglich für sich sorgen; mit diesem guten Beispiele gehen uns die Fabrikanten voran; dieses Beispiel haben die Arbeiter noch lange nicht genug befolgt. Also, meine Freunde, ich meine, wenn wir eine Stunde täglich weniger arbeiten wollen, daß das noch lange nicht aus Faulheit geschieht; ich meine im Gegentheil, eine Verkürzung der Arbeitszeit wird dazu beitragen, daß der Arbeiter mit einer gewissen geistigen Frische am andern Tage in die Arbeit eintreten, mehr Lust und Liebe an seiner Arbeit haben kann. Wenn ich das auch nicht gerade für einen großen Segen halte, daß bei verkürzter Arbeitszeit die Arbeit intensiver wird (d. h. daß in der kürzeren Arbeitszeit noch eben so viel geleistet wird, als vorher bei längerer Arbeitszeit), — denn wir leiden in Deutschland Alle daran, daß die Arbeiter zu viel arbeiten — so läßt sich doch nicht bestreiten, und zumal bei der in Deutschland überwiegenden Stückarbeit nicht, daß bei kürzerer Arbeitszeit nicht weniger fertig wird als vorher. Wie man aber dann von Faulheit sprechen kann, weiß ich nicht. Bei der Mehrzahl unserer Beamten und Angestellten, die doch auch nur Lohnarbei-



ter sind, mögen sie nun einen Titel haben, welchen sie wollen, ist ein Normalarbeitstag von 8 Stunden Regel; Andere arbeiten täglich nur 1—2 Stunden, noch Andere gar nur wöchentlich einige Stunden; Alle aber fühlen sich recht wohl dabei, kein Mensch nennt sie faul, und wir Arbeiter ernähren sie Alle. Nur wenn wir, die physischen Lohnarbeiter, eine kürzere Arbeitszeit und mehr Lohn haben wollen, sind wir Faulenzer, Tagebiebe und Gott weiß was sonst noch. Und die Arbeiter, die Aechenbrödel unserer Kulturstaaten, lassen sich dies ganz ruhig gefallen.

Es ist aber überhaupt auch nicht nothwendig, daß die Arbeit, gerade so wie es heutzutage der Fall ist, in einer Heßjagd sondergleichen besteht. Denn da es früher möglich war, daß die Arbeiter Zeit hatten, mehr Fleiß, mehr Aufmerksamkeit auf die Qualität der Arbeit zu wenden, während sie heute systematisch gezwungen sind, große Quantitäten fertig zu machen, dürfte man doch wohl zu der Frage berechtigt sein, ob und warum dies heute nicht auch so sein könnte, und in wessen Interesse das heutige System aufrecht erhalten wird? Nun, ich nehme keinen Augenblick Anstoß, zu erklären, daß wir längst die Grenze überschritten, wo der aufgewandte Fleiß und Thätigkeit uns nur Nutzen schafft, und noch lauge nicht an dem Ziele angelangt sind, wo für uns die Arbeit nicht mehr ein Fluch, sondern ein Segen sein wird. Durch den in Deutschland systematisch kultivirten Akkord- oder Stücklohn ist es längst dahin gekommen, daß die Tugend des Fleißes selbst den Arbeitern nicht einmal mehr Nutzen bringt, die sie üben, hundert Andern aber Leben und Wohlsein schädigt. Mehr als die Sklavenarbeit die Sklaven, schlägt das heutige Lohnungssystem die freien Arbeiter zu Boden, degradirt und demoralisirt sie. Das klingt stark, aber wenn man heut Gelegenheit nimmt, zu sehen, wie durch Akkordpreise, die überall in den Fabrik-Etablissements, die bei fast allen Handwerken eingeführt sind — wie dadurch ein Abhegen, ein Abjagen der Arbeiter herbeigeführt, einem Gaunern und Abstrehlen des Arbeitslohnes so Ehr und Ehre geöffnet wird, daß es wirklich etwas Sündliches ist — dann natürlich müssen wir ganz von selbst zu der Ueberzeugung kommen, wie dieser Heßjagd gegenüber es um so nothwendiger ist, die Arbeitszeit zu verkürzen; damit wenigstens nach einer Richtung hin diese wilde Jagd etwas mehr beschränkt wird. Ich glaube, daß bei verkürzter Arbeitszeit die Einsicht, das Verständnis des Arbeiters zunehmen, und mehr und mehr dazu beitragen wird, daß die Arbeitslast für jeden Einzelnen etwas weniger drückend wird, als es heutzutage der Fall ist. Schaden, meine Freunde, kann es nicht, mindestens unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht, wo wir keinen Mangel an Arbeitern, sondern Mangel an Arbeit haben.

Aber, meine Freunde, man macht uns einen Vorwurf daraus, daß wir von Staatswegen, durch Gesetze, eine Normirung der Arbeitszeit bestimmen wollen, weil damit ja die persönliche Freiheit des Einzelnen beschränkt würde.

Es ist allerdings wahr, daß dies geschieht, und es fragt sich nur, ob ein solcher Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen nicht im Interesse der Gesamtheit nothwendig ist. Abgesehen davon, daß die lange Arbeitszeit weniger durch den freien Willen der Arbeiter, als durch die heutigen gesellschaftlichen Zustände herbeigeführt ist, wird durch Einführung eines Normalarbeitstages zwar nicht die persönliche Freiheit der Arbeiter, sondern nur deren Ausbeutung durch das Kapital, beschränkt, und darum also das wohlwollende Geschrei der Kapitalisten

und Unternehmer über Beschränkung der persönlichen Freiheit, d. h. ihrer Freiheit, der Freiheit, die Arbeitskraft ihrer Arbeiter 14—16 Stunden jeden Tag ausbeuten zu dürfen. Indeß gesetzt auch, es läge eine Beschränkung der persönlichen Freiheit des Einzelnen vor: wir sozialistischen Arbeiter sind längst zu der Ueberzeugung gekommen, und in unseren Verbindungen, in unseren Gewerksvereinen, haben wir es längst praktisch erfahren, daß ohne Unterordnung der Interessen Einzelner unter die gemeinsamen Interessen Aller, wir nicht vorwärts kommen können. Dieser Einwand, daß wir, die wir sonst doch die Freiheit in jeder Beziehung erstreben, nun plötzlich die persönliche Freiheit der Arbeiter, die persönliche Freiheit des Individuums vernichten wollen, — dieser klägliche Vorwurf kann von uns auf das Glänzendste zurückgewiesen werden durch den Hinweis auf Bestimmungen, die längst schon von Staatswegen durchgeführt sind. Ich verweise Sie zunächst darauf, daß der allgemeine Schulzwang, die allgemeine Wehrpflicht Beschränkungen der persönlichen Freiheit sind, die außerdem noch besonders die Arbeiterklassen am meisten treffen. Das Gesetz bestraft Denjenigen, der durch Selbstverstümmelung versucht, sich dem Militärdienst zu entziehen, auch der Versuch des Selbstmordes wird unter Umständen bestraft, und erst in neuerer Zeit ist durch Aufhebung der Koalitions-Verbote eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiterklassen beseitigt worden, die lediglich im Interesse der Arbeitsherren stattgefunden hatte. Dem gegenüber haben wir wohl das Recht zu verlangen, daß die persönliche Freiheit der Einzelnen, sobald sie der Gesamtheit Schaden zufügt, beschränkt wird. Und daß durch die übermäßig lange Arbeitszeit der Verblöschung, Verkümmern und Verjüngung des Volksgeistes zum großen Schaden des gesammten Volkes, am meisten der Arbeiter selbst, Vorwurf geleistet wird, kann nicht bestritten werden. Aber es könnte scheinen, daß denen ein Unrecht geschieht, die gern länger arbeiten wollen, wenn man durch Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages die Arbeitszeit beschränkt, sie also verhindert ihre Arbeitskraft, ihr „Kapital“ so zu verwerthen wie es ihnen beliebt.

Ach! wenn solche arbeitswüthige Sonderlinge nur sich allein schaden, ihr Eigenthum allein entwerthen und verschwenden, könnten wir noch ruhig darüber sein. Leider aber zwingen solche Pacesel ihre Mitarbeiter, ebenfalls so lange zu arbeiten, um existiren zu können. Sie entwerthen also nicht allein ihr eigenes „Kapital“, sondern das aller andern Arbeiter in demselben Maße, sind also viel schlimmer als die bürgerlichen resp. adeligen Verschwender, die als unzurechnungsfähig unter Kuratel gestellt werden und denen jede willkürliche Disposition über ihr Eigenthum gesetzlich entzogen wird. Und da soll es ein Unrecht sein, wenn wir ein Gesetz haben wollen, welches verhindert, daß stupide unzurechnungsfähige Arbeiter sich selbst und ihre Mitarbeiter mit langer Arbeitszeit körperlich oder geistig zu Grunde richten? Im Gegentheil, ich meine, daß ein solches Gesetz nicht scharf genug sein kann. Ich wiederhole es nochmals: die persönliche Freiheit des Einzelnen muß beschränkt werden, wann und wo sie Anderen Schaden bringt, und besonders muß sie da beschränkt werden, wo Andere nicht selbst sich dagegen zu wehren im Stande sind. Und in dieser Lage befinden sich die Arbeiter in Bezug auf ihren Kampf gegen die zwölfstündige Arbeitszeit. Denn, meine Freunde, wenn die Arbeiter ohne ein Gesetz gegen die Ausbeutung, gegen das Zugrunderichten

ihrer Arbeitskraft durch zu lange Arbeitszeit sich selbst schützen könnten, dann wären wir wahrhaftig die Letzten, die vor einem solchen Kampfe zurückzusehen würden. Da das aber nicht der Fall ist, und wir gesehen haben, daß Englands Arbeiter mit ihren großartigen Arbeiterverbindungen (Trades-Unions), deren bedeutendste, die der Maschinenarbeiter, 30—40.000 Mitglieder zählt, doch des gesetzlichen Schutzes sich erfreuen und eine Beschränkung der Arbeitszeit durch Gesetz erhalten haben, so ist klar, daß auch wir das um so mehr verlangen müssen, als wir noch nicht derartige Organisationen gebildet, noch nicht so weit sind, uns heute so wehren zu können, wie die Arbeiter in England und Amerika gewöhnt und im Stande sind. (Beifall.) Nachdem wir also die Vorwände, die uns von den Gegnern des Normalarbeitstages gemacht worden sind, haben Revue passieren lassen, können wir jetzt zu den halben Gegnern übergehen, die auch gerade nicht gefährlich sind — gefährlich sind sie alle nicht (Heiterkeit) — aber doch immerhin einen Hemmschuh bilden für unsere gegenwärtige Bewegung. Ich meine, es sind dies die Freunde und Verehrer der sogenannten Selbsthilfe. Meine Freunde! Ich habe schon gesagt, daß wenn wir im Stande wären, durch die Selbsthilfe eine Verkürzung der Arbeitszeit, einen Normalarbeitstag vollständig zu erreichen, daß wir dann nicht erst nötig hätten, ein Gesetz zum Schutz der Arbeiter zu verlangen. Zugleich habe ich angedeutet, warum dies nicht möglich ist.

Höchst interessant aber ist es, daß gerade jene Leute, die behaupten, daß die Arbeiter durch die Selbsthilfe die heutigen jämmerlichen Zustände, durch die sie in einer so gedrückten Lage sich befinden, zu ändern im Stande wären, ich sage, daß gerade diese Gegner der Sozialisten sofort mit sich selbst in Widerspruch gerathen, wenn die Arbeiter die Selbsthilfe praktisch zur Ausführung bringen; und es kann nicht schaden, wenn man sie einmal auf die Konsequenz hinweist, die bei ihrer Selbsthilfe herauskommt.

Die Freunde der Selbsthilfe, unsere Gegner, machen gegenwärtig den Sozialdemokraten bei jedem Strike, der ausgebrochen ist, den Vorwurf, daß wir, daß die Sozialdemokraten es gewesen seien, welche die Arbeitseinstellung provoziert hätten. Die Strikes, mögen sie ausbrechen wo sie wollen und wann sie wollen, immer sind es die bösen Sozialdemokraten, die von den liberalen Zeitungen dafür verantwortlich gemacht werden. Und doch sollten, nach meinem Dafürhalten, diese liberalen Zeitungen, die ja den Arbeitern die Lehre von der unfehlbaren Selbsthilfe bis zum Ekel gepredigt haben, sich freuen, wenn viele Strikes zum Ausbruch kämen. Wenn wir auf dem Standpunkte der Selbsthilfe ständen, wir würden uns schämen, die Vaterchaft der Strikes als Kinder der Selbsthilfe abzuleugnen, wir würden uns im Gegentheil freuen, wenn wieder neue Strikes ausbrächen, dann wäre ja die Theorie von der Selbsthilfe nur praktisch zur Anwendung gekommen.

Die Arbeiter aber, die so lange von den Dienstleuten der Bourgeoisie am Karrenseil der löschpapiernen Theorie der Selbsthilfe sich haben herumführen lassen, werden durch das jämmerliche Gewinsel und Geheul der Bourgeois-Presse aller Schattirungen, die bei jedem Strike gegen die Arbeiter Partei nimmt, doch wohl endlich zum Nachdenken kommen. Wir Sozialisten sind gar nicht Gegner der Selbsthilfe, bewahre! wir wenden sie an, wo wir sie für zweckmäßig halten und gebrauchen sie folglich auch z. B. bei Arbeitseinstellungen.

Merkwürdig aber ist, daß gerade die Doktoren und die Presse jener Partei, die für alle sozialen Schäden und Gebrechen des modernen Staatskörpers das Universalmittel der Selbsthilfe anpreisen, sofort mit ihrer Weisheit am Ende sind, wenn die Arbeiter von diesem Rezept Gebrauch machen wollen. Darf es uns da wundern, daß diese Apostel der Selbsthilfe uns, den Sozialisten, die Schuld an den Arbeitseinstellungen nun in die Schuhe schieben?

Es ist aber auch zu arg. Da haben jene Herren sich die unsäglichste Mühe gegeben, und unter den Fittigen der liberalen Bourgeoisie sind von fortschrittlichen Musternaben Gewerksvereine als Bollwerke gegen die sozialistischen Irrlehren gegründet.

Das Geschäft der Firma Schulze, Dunker und Hirsch war in schönster Blüthe. Die Lehre von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ löste alle Konflikte zwischen Arbeiter und Unternehmer in Wohlgefallen auf, und es war gar nicht abzusehen, wie viele Gim-pel noch auf dieser Leimruthe sich würden fangen lassen.

Und doch! „Keine Hoffnung ist Wahrheit geworden“ könnte jetzt Herr Dr. Max Hirsch singen. Das Kapital, die großen Fabrikanten, die ja die Produktionsinstrumente, also alles Kapital zur Verfügung haben, die wissen es sehr gut, und gerirten sich gar nicht, als ob eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit jemals von ihnen gewünscht worden wäre. Die Arbeitseinstellung der 8000 Bergleute im Waldenburger Kohlenrevier war der erste schreiende Mistton in den Akkorden dieses harmonischen Duetts, und demonstrierte den Arbeitern so recht ad oculos, daß unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen, unter den gegenwärtigen ökonomischen Einrichtungen die Interessen der Arbeit und des Kapitals höchst unharmonische, daß sie unvereinbare Gegensätze sind. Durch jeden ausgebrochenen Strike sehen wir diese sogenannte Harmonie-Theorie vollständig auf den Kopf gestellt, und unsere Agitation für den Normalarbeitstag von 10 Stunden wird sehr bald die Nichtigkeit dieser Harmonielehre vollends bloßstellen.

Und die Arbeiter, die heute noch jener Richtung anhängen, werden morgen schon, sobald sie von der Theorie zur Praxis übergehen, den unläßbaren Widerspruch erkennen, und durch die unerbittliche Logik der nackten Wirklichkeit in unsere Reihen gebrängt.

Unsere Aufgabe muß es sein, jedem möglichen Einwand, jedem Widerspruch von vornherein die Spitze abzubrechen, um zu beweisen, wie Theorie und Praxis bei unserer Agitation in vollständiger Harmonie mit einander sind.

Ich habe deshalb auch den gewichtigsten, uns aus Arbeiterkreisen selbst gemachten Einwand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages, bisher zurückgehalten, um diesen Einwand desto eingehender und ausführlicher widerlegen zu können.

Meine Freunde, ich sage, daß auch Arbeiter, selbst unserer Richtung angehörende Arbeiter, gegen die Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages sind, und dagegen geltend machen, daß die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit auch im Interesse der Unternehmer selbst läge, was dadurch bewiesen wäre, daß viele Fabrikanten schon die Initiative in dieser Richtung ergriffen hätten, mithin also von uns schließlich weniger das Interesse der Arbeiter als das der Fabrikanten gefördert würde. Aber nicht gegen diesen Einwand, der nur in der Theorie, und auch nur scheinbar begründet ist, will ich mich wenden, sondern

gegen die Zweifler unter den Arbeitern, gegen die Schwachen an Erkenntniß, die da geltend machen, daß ja jetzt schon bei längerer Arbeitszeit die Arbeiter kaum im Stande sind, sich und ihre Familie zu ernähren, dazu also noch viel weniger bei kürzerer Arbeitszeit im Stande sein würden, und besonders die Akford- oder Stückarbeiter scheinen mit diesem Einwand Recht zu haben.

Ja, meine Freunde, scheinbar wäre das wohl richtig, aber wenn wir der Sache auf den Grund gehen, so finden wir, daß dies auch nur scheinbar so ist. Es ist dies ganz einfach in den gegenwärtigen Lohnverhältnissen begründet. Die Höhe des Arbeitslohnes richtet sich bekanntlich niemals nach der Höhe der Arbeitszeit, mit andern Worten, nicht die lange oder kurze Arbeitszeit bestimmt die Höhe des Arbeitslohnes, sondern der Lohnpreis wird durch die Konkurrenz, durch Angebot und Nachfrage von Arbeitshänden geregelt; der Arbeitslohn, der Marktpreis der Waare Arbeit, wird steigen, wenn wenig, er wird fallen wenn viele Arbeiterhände auf dem Arbeitsmarkte sich anbieten, Beschäftigung suchen. Der Arbeitslohn wird aber durchschnittlich so viel betragen müssen, daß die Waare Arbeit überhaupt auf den Markt gebracht werden kann, also unbedingt so viel betragen müssen, als der Arbeiter zum Herstellen der Waare Arbeit — zum Leben — nöthig hat.

Also, wie die Erzeugungskosten, wie die Produktionskosten es sind, wie den Preis jeder Waare bestimmen, bestimmt sich der Preis der Waare Arbeit, der Preis, zu welchem der Arbeiter sich oder seine Waare, seine Arbeitskraft verkaufen muß, und den man Arbeitslohn nennt, durch die Herstellungskosten dieser Waare, Arbeit genannt; also durch den ortsüblichen Preis der Lebensbedürfnisse im Essen, Trinken, Kleidung und Wohnung. Ob die Arbeiter täglich 12 Stunden oder nur 10 Stunden arbeiten, dies alterirt das Gesetz, nach welchem der Arbeitslohn sich regelt, eben so wenig, als die mehr oder minder lange Geschäftszeit der Unternehmer von Einfluß auf den Preis aller andern Waaren und Fabrikate ist.

Also nochmals; so lange unter den heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, das sogenannte eiserne ökonomische Gesetz bedingt, daß der Arbeitslohn durchschnittlich immer auf den nothwendigsten Lebensunterhalt beschränkt bleiben muß, ist es vollständig gleichgültig, ob die Arbeiter 12 oder 10 oder 8 Stunden täglich arbeiten. Wir können bei angestrengtester zwölfstündiger Arbeit auf die Dauer und durchschnittlich nicht mehr verdienen, als wir zum Leben brauchen, das erfahren wir ja täglich an uns selbst.

Darum muß der Arbeitslohn als Entgelt dafür, daß der Arbeiter sich, oder wenn Sie lieber wollen, seine Arbeitskraft verkauft (Weibes ist vollständig gleichbedeutend — Weibes deckt sich), immer so viel betragen, daß der Arbeiter sich und, wenn nothwendig, auch seine Familie davon ernähren kann, muß der Lohn so hoch sein, daß der Arbeiter gerade so, wie er jetzt bei langer Arbeitszeit nur zu leben im Stande ist, später, bei kürzerer Arbeitszeit auch zu leben im Stande sein wird. Also, ob lange oder kurze Arbeitszeit, das eiserne ökonomische Lohngesetz, welches gewissermaßen wie ein Naturgesetz allein den Preis der Arbeit regelt, muß diesen Preis immer, unter allen Umständen, so hoch bemessen, daß der Arbeiter so viel verdient, als er zum Leben braucht. Und so wie heute dieses Gesetz die Arbeiter zwingt, für einen gewissen

Lohn (Minimum der Lebensnothdurft) z. B. 72 Stunden die Woche zu arbeiten, zwingt dieses selbe ökonomische Gesetz die Fabrikanten und Arbeitsherrn, denselben Lohn (Minimum der Lebensnothdurft) für 60 oder 48 Stunden Arbeitszeit zu zahlen. Denn, meine Freunde, das sogenannte ökonomische Lohngesetz wird nicht alterirt, nimmt gar keine Rücksicht darauf, ob die Arbeitszeit eine lange oder kurze ist, sondern bedingt nur, daß der Lohn immer nur so hoch ist, daß die Arbeiter nicht verhungern. Deshalb ist es unmöglich, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit der Lohn sinkt. Im Gegentheil, wie wir heute essen und trinken müssen, müssen wir auch später essen und trinken, und gerade so wie heute müssen auch dann die Fabrikanten und Arbeitsherrn uns so viel geben, als wir zum Leben nöthig haben, weil wir sonst nicht arbeiten, die Arbeiterfamilien sich nicht fortpflanzen, nicht mehr so viele Arbeiter produziert, nicht mehr so viel Arbeitskräfte beschafft werden können, als nothwendig ist, um die erforderliche Summe Arbeitserzeugnisse zu schaffen. Die Folge wäre, daß dann mehr bezahlt werden, und der Preis der Waare Arbeit in die Höhe gehen müßte. Es ist aber noch Eines ins Auge zu fassen: wir sehen ja, daß gerade jetzt bei längerer Arbeitszeit durch die Konkurrenz der Arbeiter unter einander der Lohn der Arbeit heruntergedrückt wird bis auf das äußerste Maß; daß daher in gleichen Geschäftszweigen in Gegenden, wo die Arbeitszeit kürzer ist, der Lohn ein höherer ist, das liegt klar auf der Hand. Meine Freunde, bedenken Sie doch, wenn es heute möglich wäre, die Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden zu verkürzen, so würde sehr bald eine bedeutend größere Zahl Arbeiter Beschäftigung finden, es würde dann die überschüssige Arbeitskraft, die gegenwärtig selbst unter dem Lohne, zu jedem Preis, sich anbietet, beschäftigt werden können zu den ortsüblichen Lohnpreisen. Der Arbeitslohn, der durch die Konkurrenz, die die Arbeiter sich machen, stets die Tendenz hat, herabzugehen, würde im Falle, daß die Konkurrenz der Arbeiter unter einander beseitigt würde, in die Höhe getrieben werden. Wenn wir jetzt täglich 12 Stunden arbeiten, und es waren 5 Arbeiter erforderlich, um eine bestimmte Arbeit fertig zu machen, so werden bei zehnstündiger Arbeitszeit 6 Arbeiter beschäftigt werden müssen, um dieselbe Arbeit fertig zu schaffen.

Es werden demnach die vielen überschüssigen Arbeiter in die Reihe treten und die Konkurrenz, die zum Nachtheile der Arbeiter in allen Geschäfts- und Industriezweigen stattfindet, wird zum Vortheile der Arbeiterbevölkerung auf ein gerechtes Maß, auf ein geringes Minimum herabgesetzt. Während heute, wenn ein Arbeiter entlassen wird, schon 10—20 Andere als Ersatz bereit stehen, wird bei beschränkter zehnstündiger Arbeitszeit eine so unheimliche Konkurrenz schon deshalb nicht in solchem Maße stattfinden, weil alsdann auf je 100 Arbeiter 20 Arbeiter mehr beschäftigt werden können. In einem Geschäftszweige, wo 500 Arbeiter beschäftigt sind, werden deren 600, wo 5000, deren 6000 beschäftigt werden. Und eine in solcher Progression steigende Verminderung der jetzt überschüssigen, unbeschäftigten Arbeiter muß unbedingt von günstigem Einfluß auf die Lohnverhältnisse sein.

Die Geschichte der 10 Stunden-Agitation in England giebt uns den unwiderleglichsten Beweis für unsere Behauptung. Eccarius sagt in seiner Widerlegung der ökonomischen Lehren J. St. Mills pag. 71: „In allen der Zehnstunden-Bill unterworfenen Gewerben stieg der Arbeitslohn bei verminderter Arbeitszeit gleichzeitig mit dem Sinken des Arbeitslohnes bei verlängerter Arbeitszeit in andern Gewerben. Die

Länge des Arbeitstags steht in umgekehrtem Verhältniß zum Arbeitslohn. Die Mitglieder der vereinigten Zimmermanns- und Schreiner-Union arbeiten in Halifax 52 $\frac{1}{2}$  Stunde wöchentlich für 27 Schillinge, in Norwich 59 $\frac{1}{2}$  Stunde für 24 Schillinge, in Penzance 63 Stunden für 20 Schillinge. In der Hauptstadt von Irland, Dublin, arbeiten sie 63 Stunden die Woche für 26 Schillinge, in den Provinzen, in Waterford 63 Stunden für 20 Schillinge, in Belfast 57 Stunden für 30 Schillinge. Mehrere Zweige der allgemeinen Zimmermanns-Union fragten neulich um Erlaubniß, im Frühling 1869 eine Verminderung ihrer Arbeitsstunden zu verlangen. Ein Zweig, der gegenwärtig nur 52 Stunden die Woche arbeitet, will die Arbeitszeit auf 49 Stunden reduzieren. (Die Erlaubniß ist nöthig, weil ohne vorherige Zustimmung der ganzen Union kein Zweig statutenmäßig Ansprüche auf Geldunterstützungen hat, falls seine Forderungen zu einem Strike führen.) Die Steinhauer von Lancashire haben der Baumeister-Assoziation Notiz gegeben, vom 1. Mai 1869 an ihre Arbeitszeit zu verkürzen. Ich entnehme diese Beispiele den jüngsten Berichten über die Bestrebungen der Trades-Unionen, welche meinen deutschen Arbeitsgenossen als Merkmale der allgemeinen Bestrebungen der Gewerksgenossenschaften dienen mögen.“

Kurze Arbeitszeit und höherer Lohn gehen unbedingt mit einer gewissen Naturnothwendigkeit, mit der Nothwendigkeit von Ursache und Wirkung aus einander hervor. Das läßt sich nicht bestreiten. Nun, meine Freunde, nachdem ich in so eingehender Weise die Vortheile, ja die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit nachgewiesen, halte ich auch dafür, daß Sie Alle, durch Ihr eigenes Interesse getrieben, sich verpflichtet halten sollten, dafür einzutreten. Meine Freunde, es wäre Thorheit, wenn ich mir nicht irgend einen Vortheil von der Versammlung heut Abend versprechen wollte, wenn ich annehmen dürfte oder müßte, daß Sie Alle, nachdem Sie dieses Referat gehört, nach Hause gehen und Gott einen guten Mann sein und König und Regierung allein für Sie sorgen lassen und denken wollten, es wird uns ja wohl von selber der Normalarbeitstag von 10 Stunden wie eine gebatene Taube in den Mund fliegen. Nein, meine Freunde, das kann und wird nicht geschehen und wenn nicht die Arbeiter den Arbeitgebern gegenüber, die das Heft mit eisernen Fäusten halten, und die durch die Regierungsgewalt noch obendrein unterstützt werden, Röhre und Nägel daran setzen, das Heft in ihre Hände, ihr Recht zu bekommen, meine Freunde, dann werden wir immer und ewig als die dummen Lohnsklaven von unsern Arbeitgebern betrachtet werden und es wird uns Recht geschehen, wenn wir es bleiben. Aber, meine Freunde, ich hoffe, daß Sie, nachdem Sie sich überzeugen, wie nothwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit ist, auch dafür eintreten, daß Sie in dem Kreise ihrer Umgebung dafür wirken werden.

Und wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages immer nur eine kleine Abschlagszahlung ist auf die vollberechtigte Forderung der Sozialdemokratie, auf die Forderung des vollen Arbeitsertrages an Stelle des Arbeitslohnes für jeden Arbeiter; so bin ich doch überzeugt, wenn ich Sie auffordere, zunächst hierfür einzutreten, daß Sie nachher um so eifrigere, um so feurigere Apostel und Kämpfer sein werden, zu streiten und zu kämpfen für unsere ewigen unäußerlichen Menschenrechte. (Langanhaltender Beifall.)

Nun, meine Freunde, ich habe mir erlaubt, die Grundgedanken der Frage über die Verkürzung der Arbeitszeit in einer Resolution niederzulegen, die ich Ihnen hiermit vorlege und die ich Ihnen zur Annahme empfehle:

„Der heutige Congreß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei erklärt es für die Pflicht eines jeden Arbeiters, einzutreten für Erfüllung eines durch Gesetz festgestellten Normalarbeitstags von höchstens 10 Stunden zum Schutze der Arbeiter gegen übermäßig lange Arbeitszeit.“

Vorsitzender: Ich mache zunächst die Bürger Delegirten darauf aufmerksam, daß nach dem Beschluß der heutigen Versammlung jeder Redner nur auf 10 Minuten das Wort ergreifen darf. Zunächst hat Imhof (Erfurt) das Wort.

Imhof (Erfurt): Meine Herren! Erlauben Sie mir, die soeben vorgeschlagene Resolution Ihnen besonders zu empfehlen und zu beweisen, wie berechtigt wir sind zur Forderung der gesetzlichen Einführung eines Normalarbeitstages. Ich will Ihnen durch statistische Ergebnisse den Nachweis liefern. Wenn auch bis heute schon viel über den Normalarbeitstag gesprochen und debattirt worden ist, so werden Sie doch wissen, daß noch niemals ein gesetzlicher Normalarbeitstag eingeführt worden ist, außer in den Staatswerkstätten Nordamerikas, wo gegenwärtig ein Normalarbeitstag von 8 Stunden existirt, und, m. H., man hat deshalb einen Normalarbeitstag von 8 Stunden angenommen, weil der Tag 24 Stunden hat, wovon 8 Stunden zur Arbeit gehören, 8 Stunden zur geistigen Ansbildung und 8 Stunden zur Ruhe. Wir in Deutschland wären herzlich froh, wenn wir einen Arbeitstag hätten von 10 Stunden. Aber betrachten Sie die Verhältnisse, so werden Sie finden, daß nicht 10 Stunden gearbeitet wird, sondern 12, 14, ja 16 und 18 Stunden. Wenn Sie bedenken, daß der Arbeiter 30 Jahre durchschnittlich lebt, so wird Ihnen klar, daß er täglich einen ungeheuer großen Theil seiner Arbeitskraft ausgeben muß. Aber wir werden wohl Alle länger leben wollen als 30 Jahre; wir wollen 35—40 Jahre wenigstens leben. Wenn ich später noch nachweisen werde, wie die Sterblichkeitsverhältnisse in dem deutschen Arbeiterstande sind, so wird es Ihnen noch klarer werden, wie berechtigt der deutsche Arbeiterstand ist, einen Normalarbeitstag von 10 Stunden zu verlangen. Nehmen Sie an: schon jetzt ist in Deutschland ein ungeheuer großes Contingent von Arbeitern und man kann mit Recht annehmen, daß der größte Theil der Einwohner aus Arbeitern besteht, und daß 89% Besitzlose sind. Nehmen Sie an, daß im Königreich Sachsen 2 $\frac{1}{2}$  Millionen Einwohner und nicht weniger als 161,000 männliche und 34,000 weibliche Fabrikarbeiter sich befinden, in Preußen 23 $\frac{1}{2}$  Millionen Einwohner leben und dort 618,000 männliche und 116,000 weibliche Arbeiter sich finden; nehmen Sie an, daß im ganzen norddeutschen Bunde bei 30 Millionen Einwohner 950,000 männliche und 150,000 weibliche Arbeiter in Fabriken und Werkstätten beschäftigt werden, in Süddeutschland mit Elsaß-Lothringen in 71,000 Fabriken und Werkstätten 250,000 männliche und 50,000 weibliche Arbeiter sind; nehmen Sie an, daß in ganz Deutschland überhaupt in Fabriken und Werkstätten 1,400,000 männliche und 200,000 weibliche Arbeiter beschäftigt sind: nun, diese bilden schon ein ganz stattliches Heer. Aber hier fehlen noch die Familienglieder und die verschiedenen Hausindustriellen, weiter fehlen noch die Berg- und Hüttenarbeiter, welche im Jahre 1867 in Preußen allein 102,000 männliche und an Frauen und

Kindern über 175,000 betrogen, also netto 73,000 mehr Frauen und Kinder im Berg- und Hüttenbetriebe als männliche. Weiter kommt noch die Tabaks- und Cigarrenfabrikation mit 55,000; die Buchbindefabrikation und dergl. mehr zählt noch 18,000; wir haben Maurer, Gesellen, Lehrlinge und Flickarbeiter 120,000, wir haben Zimmerleute, Gesellen, Lehrlinge und Flickarbeiter 190,000, wir haben noch verschiedene andere kleine Gewerbetreibende, die noch 1,152,000 zählen. Nun, m. H., alle diese zusammengerechnet, die Familien dazu, würden wir ein noch weit stattlicheres Heer finden, als aus den industriellen Fabrikarbeitern allein. Also wird wohl der heutige Arbeiterstand berechtigt sein, einen Normalarbeitstag zu verlangen. Bis jetzt liegt es so, daß durch die lange Arbeitszeit den Männern, den Arbeitern, sehr viel Zeit genommen wird, die sie für ihre eigene geistige Ausbildung verwenden könnten. Bedenken Sie doch: Sie alle werden aus Ihrer Jugend, wenn Sie auch noch so fleißig die Schule besucht haben, nichts weiter im Kopfe haben, als ein Bißchen Religion; von den Wissenschaften so gut wie gar Nichts. Deshalb muß es die Hauptaufgabe des Arbeiterstandes sein, sein eigenes Klassenbewußtsein sich klar zu machen. Man rüft uns immer zu, daß wir uns bilden sollen; aber wie ist das möglich? Der Arbeiter muß arbeiten bis zum späten Abend, und wenn er dann nach Hause kommt, ein Buch nimmt und vielleicht anfängt zu lesen? — eine halbe Stunde liest er, dann fallen ihm die Augen zu vor Schlaf; er wird nicht lesen können, sich nicht ausbilden können. Deshalb, m. H., müssen wir dafür sorgen, daß ein gesetzlich bestimmter Normalarbeitstag geschaffen wird, damit freie Männer geschaffen werden. Es muß ein Gesetz geschaffen werden, das dem heutigen Arbeiterstande vollständig sein Recht und seine Arbeitskraft sichert. (Lebhafter Beifall.)

Dittrich (Schandau): Bürger! Ich bin mit der Resolution vollständig einverstanden, aber ich habe etwas darin vermischt, und das sind die Landleute. Ich bin auf dem Lande geboren, ich weiß, was die Knechte zu leisten haben. Fröh um 3 Uhr ruft der Bauer: „He, herunter an die Arbeit, aufs Feld!“ Dieser Mann, dieser Knecht, was er nun immer sein mag, er muß sich schinden den ganzen Tag — ein Bißchen schlechtes Essen ist Alles, was ihm den ganzen Tag hindurch geboten wird — bis Abends um 9, 10, 11, 12 sogar. Ich habe eine Masse von Broschüren gelesen, aber gerade des Landarbeiters, des Knechtes, gerade der Landwirtschaft, hat man nicht gedacht und daher richte ich die Bitte an alle unsere Freunde, daß man fortan die Landbevölkerung etwas mehr ins Auge fasse. Wenn man bedenkt, daß so ein Knecht — ein Arbeiter auf dem Lande — den ganzen Tag hindurch arbeitet, wo ist da Bildung möglich? Er weiß nicht, was er soll, was er will; er weiß nicht, was Wissenschaft ist, was Religion ist, was Bildung ist, ja, er versteht das Wort „Bildung“ gar nicht. Ich weiß es, ich bin auf dem Lande gewesen, ich habe auf dem Lande gelebt. Sagen Sie dem Landarbeiter oder Bauer: es wird eine Eisenbahn gebaut. „Hu! eine Eisenbahn! das ist ein Werk des Teufels!“ Auf dem Lande haben die Pfaffen den meisten Einfluß, und Sie wissen, daß diese stets ein gefälliges Werkzeug der Willkür sind. Und wer unterstützt diese Willkür? Gerade die Knechte sind es, die, wenn sie eine Uniform sehen, glauben, es sind Herrgötter. Warum? Weil sie gar nichts verstehen. (Bravo!) Ich weiß es ganz genau. Wenn die Pfaffen sagen: „Hört, für das Vaterland zu sterben ist Euer höchstes Verdienst. Ihr

Kommt dann wieder zusammen im Himmel mit Euren Eltern, mit Euren Großeltern!“ so glaubt er's natürlich. Ich sagte einmal zu einem Verwandten von mir: „Du glaubst, wenn Du für das Vaterland in die Schlacht gehst, wenn Du so und so Viele todtgeschlagen hast, daß Du in den Himmel kommst?“ „„Ja wohl! das hat mir der Herr Pfarrer gesagt, das hat man mir beim Militär gesagt, und das ist wahr!““ Also, meine Freunde, sucht auf die Knechte, auf das Landvolk, einzuwirken! Denn, wenn Ihr den Einfluß des Landvolks benutzt, so müßt Ihr Euch darüber klar sein, daß die Bauern die Ersten sein werden, die Euch das Messer an die Kehle setzen, wenn sie von gewisser Seite dazu angestachelt werden; die Euch vernichten in dem Glauben, eine gute und humane Pflicht gethan zu haben. (Rauschender Beifall.)

Müller (Dresden): Nach den Ausführungen des Herrn Referenten und der nachherigen Sprecher (Große Unruhe in der Versammlung, es ertönt der Ruf: Feuer! Alles stürzt nach den Ausgängen. Die Gasflammen werden ausgelöscht. Von verschiedenen Seiten Rufe: Sitzenbleiben! Das Feuer wird bald erstickt sein! Allmählig tritt wieder Ruhe ein, die Lichter werden wieder angezündet. Redner fortfahrend.) Nach dieser kurzen Unterbrechung und nunmehr, da wir wieder Licht haben, will ich versuchen, auch Licht hereinzubringen in den Tadel, der uns von unseren Gegnern gemacht ist. Der Herr Referent hat uns eine Menge von Einwürfen angeführt, die unsere Gegner uns vorhalten; ich habe noch einen, den ich oft selbst gehört habe. Es wird nämlich oftmals gesagt: „Ja, was wollen die Arbeiter weiter? Die wollen heute mehr Lohn und kurze Arbeitszeit, übermorgen wollen sie etwas Anderes haben, und wenn sie das erreicht haben, wollen sie wieder was Anderes! Und was verbessern wir damit? Dadurch werden die Löhne theurer werden und die Artikel, die wir beziehen, müssen theurer werden und am Ende wird es eine Schraube ohne Ende. Wenn der Schuhmacher mehr Lohn verlangt, kosten die Stiefel mehr und verlangt der Schneider mehr Lohn, kostet der Rock mehr und so geht es fort, es wird eine Schraube ohne Ende. Und was ist den Arbeitern geholfen? Es bleibt so, wie es ist; befindet sich der Arbeiter dabei wohl, wird er ja selbst gegen eine Aenderung stimmen und sagen: „Man ist froh, wenn man noch eine Stunde länger arbeiten und einen Groschen verdienen kann; es langt sonst nicht zum Leben.“ — „Ja“ — sagen noch Andere — „wenn wir noch eine Stunde mehr arbeiten oder Sonntags arbeiten, oder unsere Frauen und Kinder in die Fabriken schicken können, dann befinden wir uns wohl.“ — Die Leute bedenken aber nicht, daß bereits der Mann Tag und Nacht arbeitet und die Kinder mitarbeiten und der Sonntag zur Arbeit mit zugezogen wird, und daß trotzdem nur so viel verdient wird, als zum nothwendigen Lebensunterhalt gebraucht wird.

Alle die Einwendungen nun, die uns gemacht werden, sind nicht stichhaltig. Zunächst „die Schraube ohne Ende,“ d. h. daß alle Bedürfnisse theurer werden. Nun gut, müßen sie theurer werden, das schadet nichts, wir wollen Alles theurer bezahlen, wenn nur mehr verdient wird. Wenn die Arbeit besser bezahlt wird, dann können wir unsere Bedürfnisse auch besser bezahlen und dann muß derjenige Kapitalist, der die Kapitalien eben nur aufhäuft, oder die Scheere nimmt, wenn das Vierteljahr um ist, und die Koupons abschneidet, dann mehr Koupons hergeben, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. — Betrachten Sie den

Arbeiter in größeren Städten! Der kann natürlich nicht in der Nähe seiner Arbeitsstätte die Wohnung haben. Wenn damit eine allgemeine Wohnungsnoth zu gleicher Zeit sich einstellt, so ist er genöthigt, stundenweit bis zur Werkstätte zu gehen, wo er sein Brod verdienen muß. Er hat nicht Zeit, seine Familienangelegenheiten einigermaßen zu besorgen; er hat nicht Zeit, sich der Erziehung seiner Kinder zu widmen; auch die Frau hat nicht Zeit, sich der Erziehung der Kinder zu widmen; seine Kinder genießen ihre Erziehung auf der Straße. Was soll aus dem zukünftigen Arbeitergeschlecht werden, wenn es so fortgehen soll und die Arbeiter-Kinder nicht besser erzogen werden, als sie jetzt erzogen werden? Man wirft den Arbeitern vor, daß sie ungebildet sind; aber kann denn der Arbeiter etwas dafür, daß er ungebildet ist? Hat man ihm die Mittel in die Hand gegeben, sich auszubilden? Hat er Zeit gehabt? Ja, selbst die Kinder, welche in der Schulzeit nach der Schule gehen sollen, müssen in die Fabrik arbeiten gehen und wenn sie aus der Fabrik nach Hause kommen, sind sie zu müde, um zu lernen. In der nächsten Schulstunde, wenn sie ihre Aufgaben nicht gemacht haben, werden sie von dem Lehrer geschlagen. Die Folge davon: das Kind verliert die Lust an der Schule, und wird, herangewachsen, ein niedergedrückter Arbeiter. Aus diesen Gründen ist es nothwendig, daß die Arbeitszeit verkürzt werde; einmal deshalb, weil wir uns nicht mehr selbst Konkurrenz machen wollen, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften stärker ist und wir dadurch einen höheren Lohn erzielen könnten, und dann zweitens, damit die Arbeiter selbst für ihre Ausbildung Zeit gewinnen und Zeit gewinnen, ihre Kinder auszubilden und ihnen eine bessere Erziehung zu geben, überhaupt sie zu einem menschenwürdigen Dasein zu erziehen. Auf die Erziehung der Kinder muß man namentlich Einfluß ausüben, damit sie wenigstens ihre Klassenlage erkennen, und wenigstens mit allen Mitteln dahin kämpfen, ihre Lage zu verbessern. Das soll unsere Aufgabe sein und von heute an wollen wir danach streben, zu allernächst den Normalarbeitstag einzuführen, die Arbeitszeit abzukürzen. Erst dann wird überhaupt eine Verbesserung in den Zuständen des arbeitenden Volkes eintreten.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag auf Schluß der Rednerliste eingegangen. Auf der Rednerliste sind verzeichnet: Most (Augsburg), Hempel (Dresden) und Röthing. Ich frage, ob die Delegirten den Antrag auf Schluß der Rednerliste annehmen? — Der Antrag wird angenommen.

Most (Augsburg): Bürger! Wenn ich das Wort ergreife, nachdem durch Nord in erschöpfender Weise dieses Thema behandelt worden ist, so geschieht es aus folgendem Grunde. Bürger Dittrich hat erwähnt, es müsse auch für die Landbevölkerung etwas geschehen und er vermisse eben mit Schmerz, daß bisher nichts geschehen sei; er ist aber sehr im Irrthum. Die sozial-demokratische Partei hat Alles, was sie bisher zu thun im Stande war, auch in dieser Beziehung gethan. Wir haben Manifeste verbreitet, es ist unter der Landbevölkerung agitirt worden und wir haben in jeder Hinsicht unsere Pflicht gethan; allein, meine Herren, es liegt der Grund, warum die Sache in jenen Kreisen noch nicht besser vorwärts ging, darin: so lange eine Großindustrie nicht existirte, gab es allerdings gewissermaßen eine soziale Frage. allein die Arbeiter, die nicht in große Establishments zusammengedrängt waren, wurden nicht so sehr veranlaßt, ihre Klassenlage zu stu-

diren; erst seitdem sich eine Großindustrie entwickelt hat, haben wir eine Arbeiterbewegung und zwar haben wir sie an denjenigen Orten, wo eine Großindustrie ist, am entwickeltsten und im größten Maßstabe. Die Landbevölkerung, die Agrikultur in Deutschland steht eben in dieser Hinsicht noch sehr weit zurück. Hier ist noch das Kleinbäuerliche Eigenthum vorherrschend. Wir haben Kleinbauern und sogenannte Knechte und diese Leute sind nun einmal vorläufig für die Bewegung noch nicht zu gewinnen, es lassen sich noch nicht Mittel und Wege finden, diesen Menschen den Sozialismus beizubringen. Wir haben entschieden zu wiederholten Malen auf Kongressen und Versammlungen erklärt, was wir wollen; erklärt, wie wir die Grund- und Bodenfrage geregelt wissen wollen; wir haben erklärt, wie die Organisation der Arbeiter auf dem Lande vorgenommen werden soll und überhaupt in jeder Hinsicht unsern Standpunkt klargelegt; allein wenn wir in Erwägung ziehen, daß die Industriearbeiter selbst noch sehr beschränkt an vielen Orten sind, daß sehr viele industrielle Arbeiter die Lehren des Sozialismus noch nicht begreifen können, und wenn wir ferner erwägen, daß die Schulen in den Städten, wo eben die industriellen Arbeiter in der Regel beisammenwohnen, etwas besser sind, als die Schulen auf dem Lande, so müssen wir zu dem Schlusse gelangen, daß die Landbewohner vorläufig noch nicht für unsere Ideen zugänglich sind. Wir haben unsere Pflicht gethan, wir haben da wie dort gewirkt und, meine Herren, wie die Sache jetzt liegt, ist vorauszusehen, daß die Umgestaltung der gegenwärtigen Produktionsweise vor allen Dingen von Seiten der industriellen Arbeiter in die Hand genommen werden muß, daß nämlich auf dem Gebiete der industriellen Arbeit diese Angelegenheit geregelt wird und es ist vorauszusehen, daß die Sache so kommt, daß zunächst eben die industriellen Arbeiterverhältnisse geregelt werden, und daß dann die Landarbeiter an die Reihe kommen. Wir fassen das gesammte Proletariat ins Auge, das ländliche wie das industrielle; allein die Dinge liegen so: die industriellen Arbeiter sind die Vorkämpfer, sind die Pioniere, sind die Mauerbrecher und sie werden die Mauern brechen und wenn sie durchgedrungen sind und wenn der intelligenteste Theil der Arbeiter seine Forderungen durchgesetzt hat, wenn diese einmal zur Einsicht gelangt sind, wenn diese einmal begreifen gelernt haben, was ihnen noththut, wenn sie ihre Klassenlage erkennen, wenn sie einsehen, daß es kein anderes Mittel giebt, als nach der Macht im Staate zu streben, m. H., dann wird auch den Landbewohnern gehörig geholfen. Wir sprechen von den Schulen, aber wir sind überzeugt, daß die Schule nicht eher gebessert wird, bis wir die Macht im Staate haben, bis wir diktiren, bis wir die Schulen schaffen werden. (Bravo!) Wenn wir den Normalarbeitstag nur verlangen, so mag das vielleicht sehr harmlos erscheinen von uns Sozialisten, wenn wir dies thun; die Sozialisten sind aber keineswegs zufrieden, daß die Arbeiter bloß eine etwas kürzere Arbeitszeit haben, sie sind keineswegs zufrieden, wenn durch Verkürzung der Arbeitszeit der Lohn ein klein wenig in die Höhe gebracht wird. Die ganze heutige Produktionsweise, welche durch die heutige Gesellschaft gegründet ist, ist faul und an ihre Stelle, an die Stelle des Arbeitslohnes, muß der Arbeitsertrag treten. Es geht uns heute ungefähr wie einem schweren Kranken, der eben weiß, ihm könne nur geholfen werden durch eine Radikalur. Er muß einen geschickten Arzt haben, der das faule Glied amputirt. Ein solcher Kranker ist weit davon entfernt, seine Wunde nicht zu verbinden, wenn er damit

feine Schmerzen lindern kann; er könnte es sonst nicht aushalten, bis zu der Zeit, wo der Arzt kommt und die Radikalur vornimmt. Folglich ist er verpflichtet, seine Wunde zu verbinden, er lindert seine Schmerzen und ist bemüht, die Zeit abzuwarten, bis der Arzt kommt. Auch wir lindern unsere Wunden, stillen momentan unsere Schmerzen, damit wir es aushalten können, bis die Radikalur vorgenommen wird. (Bravo!) Wir wissen, daß der heutige Arbeiter bei solcher immens langen Arbeitszeit, unter welcher er schmachtet, geitig und körperlich zu Grunde gerichtet wird, wir wissen, daß sein Körper nicht allein mehr abgenutzt wird, als er demselben wieder Kraft zuführen kann, sondern wir wissen auch, daß eben durch die immense Abnutzung des Körpers auch der Geist ganz und gar zerrüttet wird und wir wissen, wenn der Geist so zerrüttet wird, daß der Arbeiter unfähig ist, einen großen, geistigen Gedanken zu fassen, wir wissen, daß der Bildungsgrad der heutigen Arbeiter im Großen und Ganzen noch sehr im Argen liegt, wir wissen, daß der Arbeiter noch ganz gehörig umgebildet werden muß, wenn er eben fähig sein soll, einen sozialistischen Zustand zu vertragen. Der Egoismus, die Vorurtheile u. s. w. müssen aus seinem Kopfe heraus und wann sollte man das dem Arbeiter beibringen, wenn er von Montag Morgen bis Samstag Abend im Joche zieht, wenn er nicht Zeit hat, über seine Lage nachzudenken, wenn er unsfällt, wie ein Pferd, nachdem es ausgespannt ist, nachdem es so viele Stunden gezogen hat? Also darum wollen wir vorläufig unsere Wunden stillen, unsere Schmerzen lindern, wenn wir sehen, daß momentan nichts weiter geschieht, daß alles Andere illusorisch ist, was wir anstreben, außer der Verkürzung der Arbeitszeit. Wir wissen, daß der Lohn nicht in die Höhe geschränkt werden kann ohne Verkürzung der Arbeitszeit; wir wissen, daß überhaupt der Lohn nicht über den äußersten Rand der nothwendigen Lebensbedürfnisse auf die Dauer steigen kann, aber wir wissen, daß mindestens bei kürzerer Arbeitszeit die Arbeiter nicht weniger verdienen, als sie heute verdienen und darum verlangen wir Verkürzung der Arbeitszeit, damit den Arbeitern Gelegenheit geboten werde, zu denken, damit wir die Arbeiter auf die Höhe der Intelligenz bringen, die sie fähig macht, in den Kampf einzutreten, der in Zukunft ausgefochten werden muß, der die radikale Umgestaltung der heutigen durch und durch morschen und faulen Gesellschaft herbeiführen wird. (Bravo!)

Hempel: Nach den eingehenden Reden meiner Vorgänger kann ich mich sehr kurz fassen. Ich habe nur auf Eines aufmerksam zu machen. In Bezug auf die ländlichen Arbeiterverhältnisse würde sich Eins empfehlen — eine jährliche Berechnung der Arbeitszeit; denn da könnte eine Ausgleichung geschaffen werden für diejenigen Verhältnisse, in denen es nicht möglich ist, auf täglich zehn Stunden Arbeit zu reflektieren, weil durch die Witterungsverhältnisse der Normalarbeitstag unmöglich gemacht wird. Dann aber habe ich noch auf Eins aufmerksam zu machen, es ist das Mittel, welches jetzt unsere Gegner ergreifen, um unsern Bestrebungen entgegenzutreten; sie versuchen nämlich, den Wochen- und Tagelohn zu beseitigen und dafür den Stundenlohn einzuführen. Das geschieht jetzt nicht bloß in Berlin, es ist bereits thatsächlich in Sachsen von der sächsischen Staatsregierung eingeführt; auf Staatsbauten erhalten die Lohnarbeiter ihren Lohn nach der Stunde bezahlt. Sie haben für täglich 12 Stunden Arbeit nur 11 Stunden zu fordern; denn man zieht ihnen eine halbe Stunde Frühstück- und

Beispiel ab. Ganz anders bezahlt man dagegen die Arbeit Derjenigen, die im Ressort des Justizministeriums unter verschiedenen Titeln z. B. als Gerichtsamtmann oder sonstwie im Lohn und Brod stehen; da hat man nicht nur 8 Stunden Arbeitszeit zugestanden, nein, man ist noch weiter gegangen, man hat bereits eine sechsstündige Arbeitszeit verwilligt. Ich habe nicht gehört, daß der Staat deshalb zu Grunde gegangen wäre, trotzdem daß diese Arbeiter sechsmal so hoch bezahlt werden, als andere Arbeiter. (Bravo!) Nun, ich denke, was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig; der Staat wird deshalb nicht zu Grunde gehen, wenn andere Arbeiter besser gestellt werden, die nicht so „unverschämt“ sind, eine sechsstündige Arbeitszeit zu fordern; sondern sich mit einer zehnstündigen begnügen. Man wird nicht sagen können, daß wir zu viel verlangten.

Röthing (Leipzig): Meine Herren! Es thut mir einestheils leid, daß ich nicht ganz mit den Vorrednern, wenigstens mit der größeren Zahl derselben, mich einverstanden erklären kann mit Bezug auf den Normalarbeitstag. Jedoch, m. H., wenn ich dieses bemerkt habe, dürfen Sie darum nicht glauben, daß ich ein entschiedener Gegner derselben bin. In theoretischer Hinsicht, bezüglich der Einführung des Normalarbeitstags und der Gründe, die man dafür angeführt hat, ist nichts einzuwenden, aber in praktischer Hinsicht würde diese Einführung ein ganz anderes Resultat herbeiführen. Sie müssen vor Allem, m. H., die gegenwärtige Produktion, die ökonomischen Verhältnisse, in denen wir leben und groß gezogen sind und noch leben, und in denen wir wahrscheinlich — ich will es nicht wünschen, aber es scheint mir doch — noch lange leben werden, bedenken. Bedenken Sie, m. H., daß viele Arbeiter, nicht allein Fabrikarbeiter, wo das weniger der Fall ist, vom Stücklohn abhängig sind, wieder andere von künstlich gemachten Krisen der Geschäftszeit; — warum künstlich gemachten? weil sie nach dem Vortheil der Großkapitalisten entstehen, keine natürliche Erscheinung sind, nur heraufgebracht durch die Massenproduktion, obschon dieselbe ein Kulturfortschritt, etwas Gutes ist, aber sie ist es nicht für uns, weil wir sie nicht für uns benutzen können: wir haben nicht die Mittel dazu. M. H., wenn bei Stückarbeit dem Arbeiter in einer guten Geschäftszeit befohlen würde, nicht länger als 10 Stunden zu arbeiten — ich glaube, der Arbeiter denkt an die schlimme Zeit, die ihm bevorsteht, je nachdem die Krisis eintritt. Der Arbeiter arbeitet dann gern solange, als er fühlt, daß er noch etwas leisten kann. Das ist das Schmachvolle in unserer Zeit, daß der Arbeiter dies thun muß, daß er dazu gezwungen ist.

Wenn wir die Arbeiter durch Agitation für den Normalarbeitstag von der Grundwurzel, von der Radikalur abziehen, so verwirrt das, meiner Ansicht nach, die Köpfe der Arbeiter zum größten Theile. Wollen wir aber klar werden über die eigentlichen Ziele der Arbeiterbewegung, dann werden wir sehen, daß wir viel eher zu einer Radikalur gelangen, wenn wir uns nicht mit einer Frage aufhalten, die nichts nützt. Wird es möglich, den Normalarbeitstag einzuführen, vor Allem im Fabrikwesen, wo es noch am ersten gehen könnte — ich will es zugeben — da wird er nicht von Dauer sein, schon wegen der öfter wiederkehrenden großen Geschäftskrisen. Also, m. H., geben wir uns nur Mühe für die allgemeinen Ziele, aber geben wir uns keinen zu großen Hoffnungen hin in Bezug auf die Einführung des Normalarbeitstages; es werden vergebliche Hoffnungen sein.

Referent Dora (Hamburg): Meine Freunde! Sie haben von verschiedenen Rednern, außer mir, die Nothwendigkeit betonen hören, daß unsere Forderung sein müsse, einen Normalarbeitstag zu begründen. Von einer andern Seite, von dem letzten Herrn Redner, Freund Köthig aus Leipzig, ist im Gegentheil hervorgehoben worden, daß er mit der Forderung des Normalarbeitstages nicht einverstanden sei, immerhin aber doch im Vorbeigehen es für gut hält, — wenigstens glaube ich das am Schlusse herausgehört zu haben — daß die Arbeiter dafür eintreten, wenn sie nur nicht aus den Augen verlieren das große Ziel, welches die Arbeiterbewegung als solche sich gesteckt hat, nämlich die Radikalkur vorzunehmen, das heutige Lohnsystem abzuschaffen und dafür den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter einzuführen. Nun, meine Freunde, für uns als Sozialdemokraten kann es ja gar keine Frage sein, daß die Einführung des Normalarbeitstages nicht die Radikalkur ist, und Freund Most aus Augsburg hat ja so vollständig schon in Beispielen auseinandergesetzt, daß der Kranke ein Thor wäre, wenn er, falls er sich Linderung verschaffen kann, ehe der Arzt kommt, um das schmerzhaftes Glied zu amputiren, sich nicht das Glied verbinden und sich so viel nur möglich Linderung schaffen würde. Ich glaube, so geht es dem Arbeiterstande im Großen und Ganzen ebenfalls. In seiner Bestrebung, das heutige Arbeitssystem vollständig umzugestalten, den Arbeitslohn vollständig zu beseitigen und dafür den vollständigen Arbeitsertrag einzuführen, sucht er sich die Vortheile anzueignen, welche ihm durch die Einführung des Normalarbeitstages doch unbedingt, unbestreitbar in den Schooß fallen müssen. Meine Freunde, es bedarf doch nur in Bezug auf den Nutzen eines Normalarbeitstages des Hinweises auf England, welches uns in Bezug auf die Arbeiterbewegung als Vorbild dasteht. Die Kultur-entwicklung, die Entwicklung der Großindustrie wird in Deutschland dieselben Phasen durchmachen, wie in England, und die Einführung des Normalarbeitstages in Deutschland wird in derselben Weise vor sich gehen, wie in England; dazu ist die Entwicklung der Geschichte der Industrie eine viel zu gleichartige, als daß wir uns der Vermuthung hingeben könnten, es würde dem deutschen Arbeiter die Nothwendigkeit, einen Normalarbeitstag zu erkämpfen, erspart bleiben. Wir haben nun an den Arbeitern in England das Beispiel vor Augen, daß sie nach Einführung der kürzeren Arbeitszeit viel eher dafür gewonnen worden sind, in die politische Bewegung einzutreten, als früher bei der längeren Arbeitszeit. Ferner wissen wir ja auch, was von dem Vordner Dittrich sehr richtig hervorgehoben worden ist, daß gerade die Landarbeiter am wenigsten geneigt sind, an der sozialpolitischen Bewegung irgend welchen Antheil zu nehmen, weil sie vermöge ihrer langen Arbeitszeit und der daraus folgenden Unbildung unfähig sind, über ihre Lage nachzudenken. Deshalb, meine ich, dürfen wir doch nicht so wegwandernd über die Forderung des Normalarbeitstages urtheilen, sondern müssen vielmehr uns die Vortheile aneignen, die die Verkürzung der Normalarbeitszeit unbedingt mit sich bringt. Wir haben gesehen, daß die Arbeiter in England bei Krisen sich mitunter sogar noch wohler befunden haben, als bei der langen Arbeitszeit in den Fabriken bei einem Hungerlohn. Es ist durch die Erhebungen, die von Parlamentswegen zur Zeit der großen Krisis in den sechsziger Jahren vorgenommen worden sind, bewiesen worden, daß in diesen Krisen eine viel geringere Sterblichkeit der Kinder stattgefunden hat,

und daß auch die Arbeiter sich wohler gefühlt haben. Es läßt sich das Alles nicht leugnen, nicht abstreiten, und deshalb, meine ich, müssen wir, gestützt auf diese Beispiele, die Forderung der Normalarbeitszeit nicht als eine zu verachtende, im Gegentheil als eine nützliche und freudig zu begrüßende ansehen. W. F.! Bekämpfen wir nicht den Normalarbeitstag, suchen wir ihn vielmehr so bald als möglich zu erlangen. Wir wollen über diesem Palliativmittel die Radikalkur nicht vergessen, vielmehr das Palliativmittel benutzen, um so kräftiger für die Erreichung des Endzieles der Arbeiterbewegung eintreten zu können. Durch die Erkämpfung der kürzeren Arbeitszeit werden wir für den großen sozialpolitischen Kampf um so mehr befähigt, um so mehr gekräftigt sein. Ich empfehle Ihnen daher die von mir mitgetheilte Resolution zur einstimmigen Annahme. (Bravo!)

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Der Vorsitzende übergibt seinem Stellvertreter Bracke (Braunschweig) den Vorsitz, um über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung: Das allgemeine Stimmrecht für die Vertretung der Einzelstaaten und Kommunen, zu referiren.

Referent Bebel (Leipzig): Meine Herren! Wir haben in den eben geführten Debatten gehört, wie dringend nothwendig es sei, daß ein Gesetz erlassen werde, das den Normalarbeitstag für die Arbeiter feststellt. Es liegt aber auf der Hand, daß nach Lage der Dinge, wie die Verhältnisse heute im Staate, in der Gesellschaft, beschaffen sind, ein solches Gesetz schwerlich Geltung finden wird bei der Zusammenfassung der heutigen Volksvertretung. Die Arbeiter müssen selbst ihre Stimme in die Waagschale werfen. So lange die Arbeiterklasse nicht selbst in der Lage ist, ihre Vertreter in die gesetzgebenden Körper zu senden, um dort ihre Stimmen für ihre Rechte, für die Rechte der Unterdrückten erheben zu können und durch Vertreter der besitzenden Klassen mitvertreten wird, so lange ist an eine Verbesserung der Gesetzgebung und also an eine Verbesserung unserer Zustände nicht zu denken. Ich muß da von vornherein eine Bemerkung machen in Bezug auf den deutschen Reichstag, weil vielleicht der Umstand, daß wir hier die Frage wegen Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Einzelstaaten und die Kommunen auf die Tagesordnung gesetzt haben, mißdeutet werden könnte, insofern möglicherweise damit gesagt scheint, daß die Sozialdemokratie mit den Errungenschaften für den deutschen Reichstag bereits zufrieden gestellt sei, zufrieden sei mit dem Wahlrecht, das für diesen gewährt worden ist. Daß dies nicht der Fall ist, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen; denn daß für uns Sozialdemokraten ein Wahlrecht kein allgemeines sein kann, welches die Diäten für die Abgeordneten aufhebt, welches also einen indirekten Censur enthält, anstatt des direkten Censur, wie wir ihn jetzt in den meisten Einzelstaaten haben, liegt auf der Hand. Daß es durch den Wegfall der Diäten außerordentlich schwer ist, Männer von einer sozialen Stellung zu wählen, welcher nicht die nöthigen Mittel zur Verfügung stehen, zu einem Reichstage, der Wochen und Monate lang seine Sitzungen hält, bedarf keines Beweises, und daß es in vielen Fällen schwer, ja unmöglich ist für die Arbeiter, für die Wähler, Abgeordneten in größerer Zahl die nöthige Unterstützung gewähren zu können, liegt ebenfalls nahe. Also das Wahlrecht, welches für den Reichstag gewährt worden ist, befriedigt uns auf keine Weise, ganz davon zu schweigen, daß die Beschränkungen, die in fast allen deutschen Staa-



ten in Bezug auf Vereins- und Versammlungsrecht existieren und namentlich gegen unsere Partei angewendet werden, und die Beschränkungen, welche in Bezug auf die Pressfreiheit vorhanden sind, eine wirklich freie Ausübung des Wahlrechts unmöglich machen. Indessen, meine Herren, wollen wir, da, wie schon zu dem vorhergehenden Referate von verschiedenen Rednern hervorgehoben worden ist, wir heute mit der Radikalkur der heutigen gesellschaftlichen Zustände nicht vorzugehen können, wenigstens alle Mittel und Wege in Bewegung setzen, die uns dem Ziele, das wir zu erreichen hoffen, näher bringen, und dahin gehört auch, daß wir nicht allein, wie es jetzt der Fall ist, für den deutschen Reichstag, das allgemeine direkte Wahlrecht haben, sondern daß wir es auch für die Landtage der Einzelstaaten, daß wir es insbesondere auch für die Gemeinden bekommen. Meine Herren, es ist ein beliebtes und oft angewendetes Schlagwort, welches die „liberale“ Partei, d. h. die in der „liberalen“ Partei verkörperte Bourgeoisie, in allen Schattierungen seit Jahrzehnten in Deutschland ausgegeben hat: Gleiches Recht für Alle! Sie haben aus dem heute Abend hier gehörten Referate, welches vorzugsweise die soziale Lage, die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter behandelte, gesehen, wie dieses „gleiche Recht für Alle“ für die Arbeiter heut zu Tage nicht vorhanden ist. Nun, meine Herren, die politischen Verhältnisse sind in allen Fällen das getreue Spiegelbild der sozialen Verhältnisse, die politischen Zustände sind der Ausfluß der sozialen Zustände. Sie werden keinen freien Staat, keinen wirklichen Gleichheitsstaat haben, wo soziale Ungleichheit existiert, und wenn Sie sich den unter den heutigen Verhältnissen freiesten Staat vorstellen, die bürgerliche, die blaue Republik. Immerhin, das darf nicht verkannt werden, gewährt diese Staatsform den Arbeitern bedeutende Hülfsmittel, zu ihren politischen Rechten auch die sozialen Rechte erobern zu können; erstere sind ja die nothwendige Vorbedingung dazu. Diese Phrase, dieses Schlagwort, welches die liberale Partei seit Jahrzehnten im Nationalverein, in Volksversammlungen, bei Fest- und andern Versammlungen der Fortschrittspartei ausgegeben hat, ist seit einigen Jahren in auffallender Weise verstummt. Wenn wir aber einen liberalen Wortführer fragen, wird er entschieden in Abrede stellen, daß er diesen Grundsatz verleugnet. Im Gegentheil hört man ihn noch heute, wenn es sich darum handelt, in der Presse den Arbeitern schöne Versprechungen zu geben, oder wenn es sich darum handelt, bei der Reichstagswahl ihre Stimmen zu ködern, den Grundsatz: Gleiches Recht für Alle! auszusprechen, — ein Grundsatz, den man freilich im Reichstag selbst bei der ersten besten Abstimmung schmächtig verleugnet und im Stiche läßt. (Wiesaches Bravo.) Diese Phrase: „Gleiches Recht für Alle“ ist also, wie schon bemerkt, in den letzten Jahren auffallend verstummt und warum? Die „liberale“ Partei, unsere Bourgeoisie, sie gab das Schlagwort nur so lange aus und hielt für gut, es nur so lange auszugeben, als sie die Ueberzeugung hatte oder glaubte haben zu dürfen, daß die Arbeiter von der Gewährung politischer Rechte — und um diese allein konnte es sich der Bourgeoisie gegenüber nur handeln — keinen anderen Gebrauch machen würden, als es ihr, der Bourgeoisie, der liberalen Partei, eben passe: mit anderen Worten, daß die Arbeiter, welche in den ersten Jahren der deutschen Arbeiterbewegung fast insgesammt, und zu einem allerdings sehr kleinen Theile auch noch heute, blindlings der Führerschaft der liberalen Partei folgten, es auch fernerhin thun würden. Die Bour-

geoisie glaubte, daß die Arbeiter, wenn es sich beispielsweise bei Wahlen um die Verwirklichung dieses Grundsatzes handelte, dann doch nichts anderes sein würden, als das „Stimmvieh“ der Bourgeoisie. So lange sie diese Ueberzeugung hatte, schrieb sie dem Grundsatz „gleiches Recht für Alle“ auf ihre Fahne; in dem Augenblick aber, wo die Arbeiter anfangen, ihre Klassenlage zu begreifen, von dem Augenblick an, wo die Arbeiter als geschlossene Partei, als sozialistische Arbeiterpartei auftraten und handelten, wo sie als Partei die Forderung aufstellten, daß Keiner gewählt werden dürfe, der nicht ihre Grundsätze anerkannt, der nicht eingeschlossen sei, ihr Recht mit allen Konsequenzen zu vertreten, da zogen sich die liberalen Herren zurück. Sie merkten und gestanden sich sehr wohl, daß, wenn der Grundsatz: „gleiches Recht für Alle“ in dem heutigen Staat soweit als möglich verwirklicht ist, das eine Waffe sei, die zunächst gegen sie, die liberalen Herren, gegen die Herrschaft der Bourgeoisie sich kehren würde. Meine Herren! Ich gehöre nicht zu Denjenigen, die von irgend einem Menschen verlangen, einem andern zu Liebe einen Selbstmord zu begehen; Selbstmord ist es aber für die liberale Partei, wenn sie heute noch für die demokratischen Prinzipien, wie sie es vor 7—8 Jahren in Worten wenigstens gethan, im Ernst eintreten wollte. Es ist ja selbstverständlich, daß kein Arbeiter, der seine Klassenlage, d. h. sein Interesse begriffen hat, für unsere „liberalen“ für unsere Bourgeoisie bei irgend einer Wahl die Kastanien aus dem Feuer zu holen gewillt ist. Von dem Augenblick an, wo die Arbeiter eine selbstständige sozial-politische Stellung eingenommen, hat die Bourgeoisie es gut gefunden, alle freiheitlichen Grundsätze, für die sie scheinbar seit Jahrzehnten in Wort und Schrift gekämpft, schmächtig zu verleugnen und mit Füßen zu treten, einfach aus Angst vor den Arbeitern. Meine Herren! Wer dies noch bezweifelt, der durfte in den Hefereien und Verleumdungen, wie sie bereits seit Jahren, namentlich aber in der letzten Zeit, und insbesondere in den letzten Wochen, in erhöhtem Grade Tag für Tag gegen unsere Partei in den gesammten liberalen Blättern Deutschlands und mit den konservativsten und reaktionärsten Blättern um die Wette, ja theilweise dieselben sogar noch in beschimpfenden Ausdrücken überbietend, die Bestätigung des von mir Gesagten finden. Diese gegen uns geschleuderten Niederträchtigkeiten und Verleumdungen beweisen, daß die Bourgeoisie heut Hand in Hand mit der Reaktion geht, weil sie fühlt, daß es mit ihrer Macht zu Ende ist, wenn die Arbeiterpartei ihre politischen Rechte verlangt und erobert. Die Emanzipation der Arbeiter auf politischem Gebiete ist gleichbedeutend mit der Vernichtung der Bourgeoisie auf sozialem Gebiete. Der sozialistische Staat ist dann nur noch eine Frage der Zeit.

Meine Herren! So unangenehm es vielleicht manchem von uns ist, wenn er Morgens beim Frühstück oder Abends bei dem Abendbrod ein liberales Blatt zur Hand nimmt und darin unangenehme, ich wollte sagen unwahre Dinge — denn in Wahrheit können sie uns nicht unangenehm sein — also unwahre Dinge über unsere Partei verbreitet findet, so angenehm muß es uns auf der andern Seite sein: Der Kampf, den die Bourgeoisie in dieser Weise gegen uns führt und weiter gegen uns zu führen gezwungen ist, er beweist die Schärfe der Gegenätze in der heutigen Gesellschaft; er beweist, daß eine Vertuschung der Gegenätze nicht mehr möglich, daß mit ehrlichen Waffen zu kämpfen die Bourgeoisie außer Stande ist, und er beweist endlich, daß wir in vollen Zügen in einem Kampfe begriffen sind, dessen Endresultat

mir zwar in Bezug auf die Zeit nicht bestimmen können, dessen endlicher Sieg aber zu Gunsten der Arbeiterklasse ganz unzweifelhaft ist. (Bravo!) Insofern also, meine Herren, können uns diese Verläumdungen und Bekämpfungen höchst angenehm sein. Indeß giebt es immerhin noch tausende von Arbeitern, die sich durch die Phrasen der liberalen Partei und der betreffenden Blätter irreführen lassen, die noch den liberalen Redensarten unserer Bourgeoisie von Freiheit und Recht und Gesetz und wie die Schlagwörter alle heißen, allzugroßen Glauben schenken. Es ist schrecklich wohlfeil, sich hinzustellen und den Leuten von Freiheit und Gleichheit und Gerechtigkeit zu reden. Das sind Redensarten, unter denen man alles Mögliche und Unmögliche sich denken kann. Was man sich Alles als Freiheit, als Gleichheit denken kann, das haben Sie schon heute Abend gehört. Also nicht darauf kommt es an, daß man von Freiheit und Gleichheit spricht und predigt, mit diesen Worten um sich wirft, sondern was man unter Freiheit versteht, was man mit Gleichheit meint; sonst ist Alles leere Phrase. Als ein vorzügliches Agitationsmittel gegen diese Phrase und für die sozialdemokratische Partei betrachte ich, wenn sie die Agitation für Erlangung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts zu den Landtagen und Kommunalvertretungen energisch betreibt. Daß wir ein „Recht“ auf dieses Recht haben, meine Herren, soll ich Ihnen das noch beweisen? Das ist in dieser Versammlung überflüssig. Es ist ja auch von der liberalen Partei, also der Bourgeoisie, der Grundsatz oft genug ausgesprochen worden, der da heißt: Wer Pflichten hat, der soll auch Rechte haben. Meine Herren! Die Frage entsteht, ob wir auch da, wo wir überhaupt keine Rechte haben, oder da, wo wir nur in untergeordnetem Maße Rechte haben, ob wir da etwa gar keine oder auch nur untergeordnete Pflichten zu erfüllen haben? Und da halte ich es für nothwendig, eine kleine Exkursion auf die verschiedenen Staatswirtschaftsgebiete zu machen, um Ihnen in Kürze darzulegen, wie es mit dem Verhältniß zwischen den Rechten und Pflichten für die Arbeiterklasse bestellt ist.

Meine Herren! Eine der größten Pflichten des Volkes, und die große Mehrheit des Volkes ist die arbeitende Klasse, ist die Entrichtung der Blutsteuer an den Staat. Das bestreitet wohl Niemand, daß die Arbeiterklasse, die industrielle, wie die bäuerliche, vorzugsweise die Soldaten dem König zu stellen hat; das wissen Alle, daß die blutigen Kriege nur von den Fürsten und ihren Dienern gemacht werden. Das Volk hat nichts hineinzureden, ihm steht bis heute keinerlei Entscheidung über Krieg und Frieden zu. Die Kriege, in fast allen Fällen gegen die Interessen des Volkes gemacht, bürden ihm auch noch die Lasten und Opfer auf. Die Blutsteuer, die das Volk tragen muß, sie allein zeigt schon die große Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Vertheilung der Pflichten, trotz der Phrase von der allgemeinen Wehrpflicht. Ein Unterschied besteht zwischen Arm und Reich, ein Unterschied ausgedrückt in der dreijährigen Dienstzeit für die Söhne der Unbemittelten und in der einjährigen Dienstzeit für die Söhne der Bemittelten. Der Besitz des Geldes giebt den letzteren die Möglichkeit, sich eine höhere Bildung zu verschaffen und dadurch das Recht des einjährigen Freiwilligendienstes, während die Söhne der Unbemittelten die längere Dienstzeit mit all ihren Leiden zu ertragen haben. Eine solche Ungleichheit ist nur möglich in einer Gesellschaft, in einem Staat, wo die Klassenherrschaft existirt und von einer wirklichen Volksvertretung, von einer entscheidenden

Einwirkung des Volkes auf die Angelegenheiten des Staates nicht im Mindesten die Rede ist. Meine Herren! Nehmen wir die Steuern. Hier zeigt sich ganz genau dasselbe. Ich werde später noch nachweisen, wie in den verschiedensten Staaten in der einen oder anderen Form der sogenannte Census besteht, d. h. daß die Anforderung an den einzelnen Staatsbürger gestellt wird, daß er, wenn er sein Wahlrecht ausüben will, das ihm als Mensch und Staatsbürger von Gott und Rechtswegen, sobald er mündig ist, zugesprochen werden sollte, einen bestimmten Satz direkter Steuern bezahlen muß. Man nimmt also den direkten Steuersatz als Maßstab an, verschweigt oder ignorirt aber ganz und gar, daß die indirekten Steuern ungleich höhere Beträge unserer Staatssteuern überhaupt ergeben. Man verschweigt, daß die indirekte Steuer doch zunächst den Arbeiter und zwar höher als eine Kopfsteuer trifft, daß vorzugsweise die Arbeiterklasse es ist, welche durch die indirekten Steuern wohl zwei Drittel der heutigen Staatsbedürfnisse aufzubringen hat. Diese Steuern zahlt der arme Mann nicht nur für seine Person, sondern er zahlt sie für seine ganze Familie. Wenn seinerzeit in dem norddeutschen Bund die Höhe der indirekten Steuern, soweit sie in die Bundeskasse flossen, sich auf nahezu 50 Millionen Thaler belief und die Kopfgahl im Bunde 30 Millionen betrug, so erreichte demnach die indirekte Besteuerung im norddeutschen Bunde, wobei wohl gemerkt die indirekten Steuern, welche in den Einzelstaaten erhoben werden, noch nicht inbegriffen sind, auf jeden Kopf die Höhe von 1 Thaler 20 Ngr. — und betrug also bei einer Familie von 5 Köpfen das Fünffache. Während also der Familienvater für sich und seine Familie an indirekten Steuern mindestens 7—8 Thaler zahlt, bleibt diese sehr hohe Steuer bei Gewährung des Wahlrechts vollständig außer Betracht. Will er sein Wahlrecht ausüben, so muß er beispielsweise bei uns mindestens 1 Thaler direkte Staatssteuer zahlen, ein Betrag, den die weitaus größte Zahl der Arbeiter bei ihrem geringen Einkommen nicht bezahlt. Die indirekte Steuer, die vielleicht das sechs- und siebenfache beträgt, bleibt außer Berechnung; es ist das die größte Ungerechtigkeit, die sich überhaupt denken läßt. (Beifall.)

Nun meine Herren! Auf den übrigen Gesetzgebungsgebieten finden wir ganz genau dasselbe. Daß unsere Schule heutzutage Einrichtungen besitzt, welche die Ungleichheit involviren, daß Arm und Reich getrennt sind, daß für die Reichen besonders, für die Armen weit weniger gesorgt wird, das ist eine allbekannte Sache. Daß unser ganzes sogenanntes Rechtssystem, ja unsere ganze Gesetzgebung in jeder Materie die Fälle in Menge nachweist, wo der Reiche vor dem Armen bevorzugt ist, das ist ebenfalls bekannt. Meine Herren! Dies ist nur dadurch möglich, daß unsere heutigen Landesvertretungen in Wahrheit Klassenvertretungen sind, daß das Volk als solches keinerlei Einwirkung hat, daß das Volk in der Landesvertretung keine Stimme hat, daß es nicht beschließen, keine Gesetze machen kann. Wie es in den Landesvertretungen, in dem Reichstage, wie es überhaupt in den sogenannten Volksvertretungen überall beschaffen ist, so steht es genau mit den Gemeinderäten. In der Gemeindervertretung wird repräsentirt vorzugsweise der sogenannte Bürger, — und zwar der höhere Bürger, nicht der kleine Handwerker, der in der Regel um kein Haar besser steht, als der Arbeiter. Der kleine Handwerker und Bürger steht zu dem reichen Mann in größter Abhängigkeit in Bezug auf den Broderwerb, er ist gezwungen, auf die Geschäftsstände Rücksicht zu nehmen. — Zudem giebt die Gesetz-

gebung über die Kommune dem wohlhabenderen Theil, namentlich dem Hausbesitzerstand, das entscheidende Uebergewicht in die Hand. Der Kleinblütiger ist in der Kommune, was der Arbeiter günstigsten Falles im Staate ist: ein Mensch, dem man zum Schein das Wahlrecht giebt, ohne die Möglichkeit, es frei zu gebrauchen.

Wenn wir in Kürze einen Blick auf die verschiedenen Gesetzgebungen in den größeren Staaten Deutschlands werfen — wir haben ja eine ziemlich reichhaltige Musterkarte, — werden wir allerdings große Verschiedenheiten in den Gesetzgebungen in Bezug auf die Gewährung des Wahlrechts an die Staatsbürger finden; aber das Eine, das charakteristische Merkmal werden wir ohne Ausnahme in den verschiedenen Gesetzgebungen erkennen, den einen Zug werden wir in allen finden, nämlich daß das arbeitende Volk wenig oder kein Recht hat, und wo ihm ein gewisses Recht eingeräumt ist, daß dies in allen Fällen nur ein Scheinrecht ist. Einen wirklichen Einfluß auszuüben ist nirgend die Möglichkeit vorhanden. Ich kann nicht aushin, hierbei zu erwähnen, welche einen späßhaften Eindruck es mir gemacht, als die oft radikal thurende Berliner „Volkszeitung“ vor einigen Tagen — ich weiß augenblicklich nicht aus welcher nächsten Veranlassung — auf die Sozial-Demokratie in gewohnter Weise zu schimpfen begann und unter anderem sagte: „daß die Sozial-Demokratie mit dem allgemeinen Wahlrecht nichts anfangen kann, das hat die Reichstagswahl bewiesen. Sie hat 1—2 Abgeordnete im Reichstage, und was Cassalle von dem allgemeinen Wahlrecht hoffte, ist keineswegs eingetroffen, im Gegentheil, wir — die Volkszeitung, wir, die Fortschrittspartei, in deren Namen wir sprechen — sind der Meinung, daß für die Herren von der Sozialdemokratie, oder besser, „Sozial-Demagogie“, — wie sie uns in der Regel zu nennen beliebt — nichts besser ist, als das radikalste Wahlgesetz.“

Nun, meine Herren! gut, die Herren von der Fortschrittspartei, die Herren von der liberalen Partei, sie sollen es nur ernsthaft meinen und das denkbar radikalste Wahlgesetz für Staat und Kommune uns erobern helfen.

Wir nehmen das dankbar an. Unsere Sache soll es sein, ihnen zu beweisen, daß wir das erlangte Recht in einer den Herren Liberalen wenig erfreulichen Weise zu benutzen verstehen. Auch muß ich einen Punkt zur Sprache bringen, den die liberale Presse seit Monaten weidlich ausgebeutet hat, obgleich er direkt nicht mit der Sache zusammenhängt. Die liberale Presse sagt mit scheinbarer Genugthuung: „die Sozialdemokratie kann mit dem allgemeinen Wahlrecht nichts ausrichten; früher hatte sie 7, jetzt hat sie nur 2 Vertreter im Reichstage.“ Ist dies ein Beweis für den Niedergang der Sozial-Demokratie, warum wird denn Tag für Tag auf die Sozial-Demokratie geschimpft? Es ist doch Schade um den Geherlohn und um die Druckerchwärze, die man an diese Schimpfartikel wendet, wenn die Sozial-Demokratie wirklich so unbedeutend ist. Und die armen Redakteure, sie müssen schweigen, um die Artikel anzufertigen. Was für Mühe geben sie sich, solche Lügen auszuklüffeln! Wozu das Alles? (Bravo!) Das ist ein unlöslicher Widerspruch. Nun aber, meine Herren, haben wir in Deutschland bei der letzten Reichstagswahl unendlich mehr Stimmen bekommen, als bei jeder früheren Wahl. Und um speziell von Sachsen zu sprechen: obgleich im vorigen Reichstage 5 Sozialdemokraten saßen und im diesmaligen nur 2, haben wir doch bei der diesmaligen Wahl 16,000 Stim-

men mehr bekommen wie früher. Während früher 27,000 auf uns fielen, haben wir diesmal 43,000 erlangt, und ich hoffe, die Herren Gegner werden sich das merken: wir bringen es bei der nächsten Wahl auf die doppelte Zahl der Stimmen und auf eine ganz andere Anzahl Vertreter. (Lebhaftes Bravo.) M. H., es ist überhaupt kein richtiger Maßstab, nach der Anzahl der Vertreter die Stärke einer Partei zu bemessen. Bei der eigenthümlichen Eintheilung der Wahlbezirke ist ein Mißverhältniß leicht möglich. Wenn man die gesammten Stimmen abbirt, kommen auf jeden Reichstagsabgeordneten durchschnittlich 5—6000 Stimmen. Würde nun die Zahl von 6000 maßgebend sein, so würden wir mit 43,000 Stimmen nicht 2, sondern 7 Vertreter haben. Die eigenthümliche Eintheilung der Wahlbezirke hat es verhindert; wir werden aber dafür sorgen, daß es ein andermal besser wird. (Bravo!)

Meine Herren, Sie wissen, daß die liberale Partei, d. h. die Bourgeoisie, den Staat, der an der Spitze Deutschlands als „Schutz und Hort“ Deutschlands steht, Preußen, häufig als Musterstaat hinstellt. Es ist charakteristisch, daß bei einer kritischen Beleuchtung der verschiedenen Wahlsysteme in Deutschland, es sich herausstellt, daß das für die Landtags-, wie für die Kommunalwahlen geltende Gesetz in Preußen das aller schlechteste in ganz Deutschland ist. Daß ich mit dieser Ansicht nicht allein stehe, dafür kann ich einen Gewährsmann anführen, der für die Sozialdemokratie zwar kein Gewährsmann ist, aber doch ganz gewiß für unsere Gegner. Das ist Niemand anders wie S. Durchlaucht Fürst Bismarck. Bismarck sagte 1867 im 1. konstituierenden Reichstage, als es sich um die Aufnahme des allgemeinen Wahlrechts in die Verfassung des norddeutschen Bundes handelte und ihm Gegner von Seiten seiner Partei entgegentraten — Sie können die Rede in dem offiziellen stenographischen Berichte lesen — das Dreiklassenwahlsystem in Preußen sei das allerelendeste, miserabelste, was sich nur denken lasse. Wenn ein Anderer in Preußen in einer Volksversammlung gesagt hätte, das Dreiklassenwahlsystem sei das allerelendeste Wahlsystem in ganz Deutschland, so wäre er gewiß wegen dieser Aeußerung vom Staatsanwalt angeklagt worden, weil er Haß und Verachtung gegen bestehende Staatseinrichtungen predige. Bismarck hat dies gesagt und, obgleich 4 Jahre verstrichen sind, noch keinen Finger gerührt, es abzuändern. Die Fortschrittspartei, obgleich sie in der Minorität und demnach keine Gefahr vorhanden ist, daß ihre Anträge angenommen werden und sie dadurch so zu sagen, zwischen 2 Stühle käme, hat nicht gewagt, einen Antrag auf allgemeines Wahlrecht einzubringen, weder für den Landtag noch für die Kommunalwahlen. Sie sehen daraus, was es mit den Worten zu bedeuten hat.

In Preußen besteht also das Dreiklassenwahlsystem. Der ganze Staat wird darnach mit den annektirten Provinzen ungefähr in 450 Wahlbezirke eingetheilt. Es kommen auf den Wahlbezirk im Durchschnitt 50—60,000 Einwohner. Alle männlichen über fünf und zwanzig Jahre alten Einwohner, welche direkte Steuern zahlen, werden, je nach der Höhe der von ihnen gezahlten direkten Steuern, in 3 Steuerklassen eingetheilt, und zwar so, daß alle drei Klassen einen gleich hohen Steuerfuß repräsentiren. Nach dieser Eintheilung bilden also die Großfabrikanten, großen Grundbesitzer und Rentiers, Bankiers, großen Kaufleute und höchsten Beamten die erste Klasse, der mittlere Kauf-

manns-, Fabrikanten- und Grundbesitzerstand die zweite Klasse, Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, also das Gros der Bevölkerung, die dritte Klasse. Jede Klasse hat ohne Rücksicht auf die Zahl der Personen, welche ihr angehören, gleichviel Stimmrecht. Kommt auf einen Wahlbezirk von 60,000 Seelen beispielsweise eine direkte Steuerquote von 100,000 Thlr., so hat die erste Klasse, welche etwa 100 Wähler besitzt, so viel Stimmrecht, wie 5 oder 600, welche dem Mittelstande oder der zweiten Klasse angehören und so viel Stimmrecht wie 2000 bis 2500 Wähler, welche der dritten Klasse angehören. Sie sehen, daß bei diesem Wahlsystem in der 1. Klasse unter Umständen ein Wähler 20—25 mal so viel Stimmrecht hat, wie einer in der dritten Klasse. Es hängt dies von dem Unterschied in der Steuerquote ab, welche die Wähler in einem Wahlbezirk zahlen. In jedem Wahlbezirk stellt sich das Verhältnis anders, so daß, wenn man eine Vergleichung der Steuerläge anstellen wollte, man finden würde, daß in großen Städten, wo mehr reiche Leute wohnen, Jemand mit 5 Thlr. Steuern in der dritten Klasse steht, während er auf dem Lande mit 4 Thlr. Steuer zur zweiten Klasse gehört und also 6—8 mal so viel Stimmrecht hat, wie der, welcher 5 Thlr. zahlt in der großen Stadt. In dieser willkürlichen, jeder vernünftigen Basis entbehrenden Weise ist das Wahlrecht in Preußen beschaffen, und darnach wird zum Landtage gewählt. Obendrein existirt noch die indirekte Wahl, indem erst Wahlmänner zu wählen sind, die ihrerseits erst die Abgeordneten zu wählen haben. Damit aber noch nicht genug, kommt noch das Aller schlimmste hinzu: die Abgabe der Stimmen ist nicht geheim, sondern wird öffentlich geübt.

Jeder, der seine Stimme abgeben will, tritt vor das Wahlbureau, also der Arbeiter vor seinen Arbeitsgeber, der Geschäftsmann vor seinen Kunden, der niedere vor den höheren Beamten, um zu erklären, den oder den will ich wählen, und das wird protokollirt.

Es ist dies die größte Beschränkung des Wahlrechts, die sich denken läßt, denn die große Mehrheit der Wähler befindet sich in der einen oder andern Weise in abhängigen Verhältnissen. Der Gewerbsmann wird sich hüten, seine Kunden vor den Kopf zu stoßen, die seine Stimmabgabe erfahren können, der Arbeiter wird sich hüten, seine Stimme abzugeben, weil es der Arbeitsgeber erfährt, wenn er gegen ihn gestimmt hat. Wir sehen ja, welche Maßregelungen bei der Ausübung des Wahlrechts zum Reichstag vorkommen, wo doch die Stimmabgabe eine geheime ist.

Kurz, meine Herren, solche Monstrositäten weist das preussische Wahlgesetz auf und wir haben, soweit meine Bekanntschaft mit deutschen Wahlgesetzen reicht, kein reaktionäreres. Das allgemeine Wahlrecht haben wir allerdings in den übrigen Staaten auch nicht. In Süddeutschland, wo, trotz der Aeußerung Bismarcks, daß die Norddeutschen den Süddeutschen zu liberal seien, im Allgemeinen das konstitutionelle Regierungssystem, jenes Regierungssystem, welches recht eigentlich das Regierungssystem unserer Bourgeoisie ist, sich weit mehr eingebürgert hat, dort finden wir im Allgemeinen eine freisinnige Entwicklung der Wahlgesetze. In Württemberg besteht die Kammer aus circa 90 Abgeordneten. Allerdings sind darunter 28 sogenannte Privilegirte, bestehend aus den 7 protestantischen Prälaten, dem katholischen Bischof, dem Kanzler der Universität und den Vertretern der 7 größten Städte und einigen anderen Privilegirten: sie

bilden nahezu ein Drittel der gesammten Kammer. Die Uebrigen werden vom Volke insofern gewählt, als zwar ein allgemeines und direktes Wahlrecht besteht, aber nur für alle Staatsangehörigen, welche anständig sind, welche irgendwie eine selbstständige und unabhängige Stellung einnehmen, welche als Gemeinbeangehörige, Bürger u. s. w. sich im Staate befinden, während die Industriearbeiter von jedem Wahlrecht ausgeschlossen sind. In Bayern haben wir die Verhältnisse ganz ähnlich.

In Bayern besteht zwar auch das allgemeine Wahlrecht, aber wieder indirekt: es müssen Wahlmänner gewählt werden; und man beschränkt die Wählbarkeit insofern, als sie an ein Alter von 30 Jahren geknüpft ist. Dasselbe ist in Preußen, Württemberg und Sachsen der Fall. Dann ist in Bayern noch die Bestimmung in Geltung, daß nur Der Wähler ist, welcher eine direkte Staatssteuer bezahlt, eine Bestimmung, die uns in Sachsen, und noch mehr in Preußen, sehr auffällt. Niemand existirt wohl in Sachsen und Preußen, der keine direkten Steuern zahlt. Die Steuerverhältnisse in Süddeutschland sind thatsächlich durchschnittlich günstiger wie in Nord- und Mitteldeutschland und die Zahl Derjenigen, welche in Bayern keine direkten Steuern zahlen, ist groß. Es gehört dazu ein großer Theil der Arbeiter in der Industrie und im Wesentlichen der Arbeiterstand auf dem Lande. Von einem allgemeinen Wahlrechte kann also in Bayern nicht die Rede sein.

Sehen wir auf Sachsen über, so finden wir hier die Verhältnisse sehr viel schlimmer. In Sachsen besteht die Bestimmung, daß Jeder, der das Wahlrecht zum Landtag ausüben will, 1 Thlr. direkte Steuer bezahlen muß. Wenn man annimmt, daß für die Wahl zum norddeutschen Reichstag auf jeden Wahlbezirk 20,000 Wähler durchschnittlich kommen, so kommen in ganz Sachsen ungefähr 460,000 über 25 Jahr alte Männer heraus. Durch den 1-Thaler-Census dürfte die Zahl der Wähler für den Landtag allerhöchstens auf 80,000 sich belaufen; also vier Fünftel der Reichstagswähler sind von jedem Einflusse auf die Landtagswahlen ausgeschlossen. — Es kommt noch hinzu ein zweiter höherer Census für das passive Wahlrecht. Diejenigen, welche einen Thaler Steuer zahlen, sind nach unserer Gesetzgebung noch nicht mündig genug, besitzen noch nicht den nöthigen Verstand, nicht die nöthige Intelligenz, um die Funktionen eines Landesvertreters zu verrichten. Dazu gehört ein Mann, der mindestens zehn Thaler direkte Staatssteuer zahlt, dieser erst besitzt die nöthige Intelligenz, den nöthigen Verstand und was damit zusammenhängt. (Bravo!). Sie sehen, meine Herren, an diesem nackten hingestellten Kasus, wie das Geldinteresse, das Besitzthum, in der gegenwärtigen Landesvertretung in Sachsen einzig und allein zur Vertretung gelangt. Es ist keine Schmeichelei für die Steuerzahler, sich sagen lassen zu müssen: ihr seid nicht reif, gewählt zu werden; ihr müßt einem Beihältermann unter euch eure Stimme geben!

Dies war auch der wesentlichste Grund, der die Sozialdemokratie in Sachsen bestimmte, von jeder Betheiligung an der Landtagswahl bisher abzusehen, selbst da, wo die Möglichkeit eines Durchbringens ihres Kandidaten in Aussicht stand. Meines Erachtens ist nach Lage der Dinge unsere Aufgabe jetzt die: wir müssen jedes Mittel, das uns zu Gebote steht, benutzen, um für unsere Prinzipien Propaganda zu machen. Wenn wir auf den Reichstag, auf die Landtage Vertreter

schicken können, wenn wir sie in den Gemeindevertretungen haben, dann können wir, wenn wir auch vorläufig noch nicht in der Lage sind, einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben, doch wenigstens dort von öffentlicher Stelle, von der Tribüne aus, deren Bedeutung und Wirkung auf die Massen wir nicht verkennen dürfen, unsere Prinzipien vertreten, und wenigstens den Gegnern ins Angesicht die Ungerechtigkeiten schleudern, die sie Tag für Tag an der arbeitenden Klasse begehen; wir können auf diese Weise die Tribüne der Landesvertretungen, die Tribüne der Gemeindevertretungen benutzen, um für unsere Prinzipien, unsere Ideen Propaganda zu machen; wir haben damit ein neues ausgezeichnetes Agitationsmittel gewonnen. Es ist nicht zu verkennen: wenn wir erst Gelegenheit haben, in dieser Weise unsere Stimmen geltend zu machen, wir auch so mancher ungerechten Einrichtung, unter der heute die Arbeiterklasse leidet, ein Ende machen können. Man wird nicht mehr wagen, mit der Schamlosigkeit, wie sie jetzt so oft in den gesetzgebenden Körpern zu Tage tritt, über die Interessen der Arbeiter zu verhandeln, nicht mehr, mit jener schon oft dokumentirten Rücksichtslosigkeit gegen das Interesse der Arbeiterklasse vorzugehen. — Man wird sich einigermassen in Acht nehmen, man wird die öffentliche Meinung fürchten und sich sagen müssen, daß ein Wort, von einer dieser Tribünen ausgesprochen, bei den Massen ganz anders zündet, als wenn es von einer Volksversammlung oder einer anderen Versammlung ausgeht. Also wesentlich aus diesem Grunde, ich gestehe es offen, halte ich es für unbedingt nothwendig, daß die Sozialdemokratie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts eintrete.

Bezüglich der Gemeindezustände hebe ich noch hervor, daß die Arbeiter überall zu den Kommunallasten, in Sachsen und Preußen sogar vielfach zu höheren Steuern, als sie der Staat beansprucht, herbeigezogen werden. Ich habe neulich in Leipzig ausgeführt auf Grund eines von der Leipziger Behörde selbst ausgearbeiteten statistischen Nachweises, daß die arbeitende Klasse einen unverhältnißmäßig höhern Antheil der direkten Kommunalsteuern aufbringen muß, aber gar kein Wahlrecht ausüben darf, daß sie gar keine Mittel und Wege hat, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen, daß sie gar keine Verfügung über städtische Aemter hat.

Es ist charakteristisch für unsere Bourgeoisie, daß sie heute, wo sie, wenn auch nicht formell, so doch faktisch durch den kolossalen Einfluß, den sie durch ihre soziale Stellung, durch die Presse, durch die Bildungsinstitute, die sie in den Händen hat, und endlich durch ihre Vertretung im Staat und in der Gemeinde auf Staat und Gemeinde ausüben kann, es ist charakteristisch für die Regierungsfähigkeit und das Regierungsvermögen unserer Bourgeoisie, daß die Erhöhung der Steuern und das Schuldenmachen unter ihrer Herrschaft von Jahr zu Jahr zunimmt. (Beifall.) Und noch charakteristischer ist, daß die Bourgeoisie das, was zur Verzinsung oder Deckung gemachter Schulden wie an neuen Steuern aufgebracht wird, vorzugsweise der arbeitenden Klasse aufzuhalsen versteht, die zusammengebrachten Summen selbst aber nur zum geringsten Theil im Interesse der arbeitenden Klasse verwendet werden. (Bravo!)

Meine Herren, es ist nothwendig, daß wir nicht bloß im Allgemeinen wissen, wie mit den Staats- und Kommunalgelbern gewirth-

schafet wird, sondern es ist nöthig, daß wir Leute haben, die genau und gewissenhaft die Zustände untersuchen, und sich nicht scheuen, den vor-handenen Schmutz aufzurühren und ans Tageslicht zu bringen. Wir müssen genau wissen, wie in den Kommunalverwaltungen, in den Staatsverwaltungen mit den Mitteln aus dem Volksäckel umgegangen wird. Seien Sie versichert, wenn wir erst volle Einsicht in diese Dinge bekommen, daß uns die Haare werden zu Berge stehen über die Art und Weise, wie mit dem Schweisse des Volkes, mit seinem sauer erworbenen Groschen gewirthschafet wird, und aus diesem Grunde ist es unbedingt nothwendig, daß wir alle Mittel in Bewegung setzen, um das allgemeine Wahlrecht für die genannten Körperschaften zu bekommen.

Meine Herren, ich glaube, daß die Arbeiterpartei eine solche Macht erlangt hat, daß sie mit Anwendung ihrer gewohnten Energie allerdings einen ganz gewaltigen moralischen Druck auf die Regierungsgewalt sowohl wie auf die in den gesetzgebenden Körpern und in den Gemeindeverwaltungen sitzende Bourgeoisie ausüben kann. Wir müssen es uns dringend angelegen sein lassen, über die Staats- und Gemeindeverwaltungen die genauesten Aufschlüsse zu bekommen, damit wir vor die Massen hintreten und ihnen zeigen können, wie gewirthschafet wird, und wir ihnen zeigen können, wie nothwendig es ist, eine Umgestaltung der bestehenden Zustände herbeizuführen.

Meine Herren! Schenkt man von Seiten der Regierungen, von Seiten der Landesvertretungen, von Seiten der Bourgeoisie in den Gemeindevertretungen — und sie herrscht hier ausschließlich, die Bourgeoisie — unsern Forderungen kein Gehör, dann, meine Herren, werden wir uns hierüber nicht sehr grämen, denn die Folge wird sein, daß vielen Tausenden, von Arbeitern nicht allein, sondern auch vielen Tausenden und aber Tausenden aus dem Kleinbürgerstande, die mit uns an demselben Strange zu ziehen haben, die mit uns in denselben drückenden Zuständen existiren und leben, dann die Augen geöffnet werden. Meine Herren! Die Einsicht und Ueberzeugung von der Ungerechtigkeit der gegenwärtigen politischen wie sozialen Verhältnisse wird dann in immer weiteren Kreise verbreitet werden; es wird in allen Arbeitern, in allen Volkskreisen die Ueberzeugung aufdämmern, daß, wo ein solches ungerechtes System existirt, wo die Staatsgewalt, wo die herrschenden Klassen sich so energisch dagegenstemmen, den gerechten Forderungen Gehör zu schenken, sie verpflichtet sind, jedes ihnen zu Gebote stehende Mittel zu benutzen, um eine Aenderung herbeizuführen. Und, meine Herren, ich betone, wir haben nicht nöthig, an die Gewalt zu appelliren. Wenn das Volk einmüthig aufsteht, seinen Willen kund thut, so will ich sehen, wer ihm widersteht. Wir brauchen nicht an die Gewalt zu appelliren, und wenn unsere Gegner aus Angst und Verzweiflung dazu greifen, nun, am Ende lassen sich Ideen nicht todt schießen, lassen sich Ideen mit Flintenschüssen nicht aus der Welt schaffen. (Bravo!)

Wenn es gewaltthätige Unterdrückungen, Marter und Verfolgungen gethan hätten, so hätte das Christenthum nicht siegen können, so wäre die Reformation vernichtet worden, und die Revolutionen unserer Bürgerklasse, um den alten Feudalstaat zu stürzen, unmöglich gewesen. Welche Macht haben die Regierungen angewendet, den jetzigen bürgerlichen Staat nicht aufkommen zu lassen! Es hat alles nichts genützt; die Idee des Bürgerthums, sie siegte. Die Geschichte aller Pe-

rioden zeigt, daß das Volk, wenn es etwas ehrlich will, auch die Mittel hat, seinen Willen durchzusetzen. Wir dürfen uns nur nicht abhalten lassen, mit aller Energie für die Erlangung desjenigen einzutreten, was wir als unser gutes Recht betrachten und wir werden siegen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Roßack (Dresden): Sie werden sich erinnern, wie sich bei unserer letzten Wahlkampagne die liberale Bourgeoispartei benahm und in welchem Stadium sie sich befindet. Als der erste Reichstag gewählt wurde und in Dresden die Sozialdemokraten ebenfalls für ihre Grundsätze Propaganda machten und ihr Programm aufstellten, sagten jene Herren, als wir ihnen das Programm vorlasen: „Das wollen wir ja auch; die Sozialdemokratie hätte ja gar nichts zu verlieren, wenn sie mit der nationalliberalen Partei zusammengegangen wäre“. Die Sozialdemokraten wurden sich aber hüten, mit diesen Leuten zusammenzugehen. Als Professor Wigard gedrängt wurde, zu erklären, wie er sich zur sozialen Frage verhalte, sagte er einfach: Die soziale Frage ist nicht spruchreif. Nun frage ich, ob ein Mensch in der Versammlung sich befindet, der, nach dem, was er hier gehört, der Ansicht huldigt, daß die soziale Frage nicht spruchreif sei. Ich glaube, es ist Keiner da, der Wigard's Ansicht ist. Der Gutsbesitzer Grahl im Plauenschen Grund nahm unser Programm vollständig an, natürlich ebenfalls mit dem internationalen Bourgeois-Grundsatz, wenn er erst im Reichstag sitzt und die Arbeiter das Stimmvieh abgegeben haben, er also zu seinem Ziele gelangt sei, das Programm im Stich zu lassen. Wann soll denn nach Wigard die soziale Frage spruchreif sein? Etwa dann, wenn sich die Arbeiter abgehengert haben, und keine mehr existieren? Ich kann nur Alle, die heute anwesend sind, bitten, sich so etwas nicht wieder sagen zu lassen, und wenn in Zukunft wieder eine Reichstagswahl stattfindet, darauf zu sehen, daß Derjenige die Stimme der Arbeiter erhält, der ihre Prinzipien und ihre Interessen vertritt. (Beifall.)

Hirsch (Crimmitschau): Meine Herren! Ich glaube Sie auf den Zusammenhang der von Bebel vorgeschlagenen Resolution mit der gegenwärtigen Zeit überhaupt aufmerksam machen zu sollen. Meine Herren, es ist ein Zeichen der Zeit, daß sich die Sozialdemokratie auf die Kommunalangelegenheiten wirt. Ich muß Ihnen gestehen, daß ich in Bezug auf die Wirksamkeit des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ein großer, arger Reher bin. Es hat Niemand mehr Achtung vor dem Begründer der deutschen Sozialdemokratie, vor Ferdinand Lassalle, als ich. Wenn er aber sagt, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht die Lanze sei, welche die Wunden, die sie geschlagen, auch wieder zu heilen im Stande sei, meine Herren, so muß ich Ihnen gestehen, daß ich an Wunder überhaupt nicht glaube, und auch an dieses Wunder nicht, und die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren durchgemacht haben und die man in Frankreich durchgemacht hat, beweisen nach meiner Ansicht, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, weit entfernt, sich bei jeder Wahl alle 3 Jahre zu verbessern und seine Fehler zu korrigieren, im Gegenteil viel schlechter wird, daß jeder gesetzgebende Körper nach dem andern als eine Verschlechterung erscheint, und aus diesem Grunde scheint es mir augenscheinlich und keinen Widerspruch zulassend, daß die Sozialdemokratie nicht bloß auf die Form der Gesetzgebung durch die Volksvertretung hinstreben muß, nicht bloß die Souveränität des Volkes in diesem Scheine einer Vertretung sucht, welche sich über das Volk hinwegsetzt

welche das Volk verkaufen kann, ohne daß es sie zur Rechenschaft zu ziehen im Stande wäre, sondern daß sie nach wirklicher Selbstständigkeit streben muß, welche lediglich nur gefunden werden kann in der direkten Gesetzgebung des Volkes gegenüber dem zu wählenden gesetzgebenden Körper, der aber nicht Gesetze geben, sondern nur Gesetze berathen kann, während die Zustimmung von dem Volke selbst abhängt. Dann nur kann man sagen, daß das Volk Herr seiner Geschichte sei; dann kann man sagen, daß das Volk souverän sei, während es jetzt Vertreter hat, die das Volk höhrend verlachen, ohne daß Jemand im Stande ist, sie zur Rechenschaft zu ziehen; sie haben das Privilegium der Unverantwortlichkeit, sie sind nicht verpflichtet, Rechenschaft zu geben. Wenn sie Jemand auffordert, sich zu verantworten, so sagen sie, sie seien nicht Vertreter des und des Wahlkreises, sondern des ganzen Volkes, sie seien dem Wahlkreise keine Rechenschaft schuldig, sie seien wie der Papst unfehlbar. In der Kommune dagegen ist kein Privilegium der Unfehlbarkeit, weil man die Vertreter vor Augen hat und man sehen kann, wie sie wirtschaften und was aus der Wirtschaft wird; da ist eine Kontrolle möglich, ein direktes Einschreiten des Volkes möglich und deshalb betrachte ich es als ein bedeutames Zeichen der fortschreitenden Reife des Volkes, daß es sich auf die kommunalen Angelegenheiten wirt, daß es der Kommune zunächst Aufmerksamkeit schenkt, daß es sich in der Herrschaft übt, um im Großen davon Gebrauch machen zu können. Ich habe die Ueberzeugung, daß der Proletarier, dem es gelingt, in die städtische Verwaltung Eintritt zu erlangen und einige Wochen nur die Akten einzusehen, und zu sehen, wie das Budget angelegt wird, — daß er viel leichter und mit größerer Gewandtheit sich der Arbeit eines Volksvertreters unterziehen wird und nicht so leicht über den Köffel wird barbiert werden können, wie es jetzt Manchem gegenüber möglich ist. Demnach muß er bestrebt sein, in der Kommune Herr seiner selbst zu werden und Herr seines Geldbeutels. Ich glaube, daß in dieser Beziehung die Resolution des Bürger Bebel volle Billigung verdient. Soll ich erst hervorheben, in welchem innigen Zusammenhange die kommunale Wirtschaft mit der politischen besteht? Nichts Leichteres als das. Ich komme aus einer Stadt (Crimmitschau), in welcher im vorigen Herbst die Kommunalwahlen in der Weise stattgefunden haben, daß man uns gegenüber eine Wahlliste aufgestellt hat mit der Ueberschrift: „Gemeinwohl“ und im Amtsblatt bemerkt hat: „Wenn die Nothen siegen, dann geht die Stadt in Trümmer! Geht in's Rathhaus, wenn nicht die Stadt in Trümmer gehen soll, sonst ist Alles verloren!“ (Heiterkeit.) Meine Herren! Man hat die Presse gemißbraucht, wie sie überhaupt gemißbraucht wird, und wir waren zu schwach, um dieses Uebel zu paralysiren; der Krieg kam dazu und unter dem Donner der Kanonen und unter dem Siegesjubel ist gewählt worden; die Verhaftung unserer Parteigenossen in Leipzig hat vollends der Sache den Treß gegeben; wir sind mit 400 gegen 600, oder mit 300 gegen 500 Stimmen unterlegen. — Wir brauchen uns der Niederlage nicht zu schämen, wir haben keinen Kompromiß geschlossen, unsere Liste war roth. Von 36 Namen, die auf der Liste standen, gehörten nur 5—6 der gegnerischen Partei, während die Andern Sozialdemokraten gewesen sind; so sind wir mit Ehren unterlegen und wenn wir berücksichtigen, daß das Wahlrecht der großen Menge, den Proletariern, entzogen ist, so müssen wir sagen, daß wenn wir ein anderes Wahlrecht gehabt hätten,

wir den Sieg davon getragen haben würden. — Und wie stand es mit der gegnerischen Partei? Nicht ein einziger Kleinbürger ist in das Kollegium gewählt worden, dieses ist vollständig national liberal. Und was hat es für Folgen gehabt? Es ist keine Sitzung vergangen, seit das Kollegium in sein Amt eingetreten ist, wo es nicht das Geld mit vollen Händen ausgegeben hätte und wohin ist es ausgegeben? Zum Vortheil und zur Vergünstigung derjenigen handvoll Menschen, welche die Wahl gemacht und welchen es gelungen ist, das Kollegium in das Rathhaus einzusetzen. Aber da ist es jedem Einzelnen klar geworden, was mit dem Gelde des Volkes geschieht und wie es werden wird, wenn es so fortgeht. Ich sage es unverhohlen: das Recht, das die Pariser Arbeiter zu ihrer Befreiung hatten, das Recht, das sie zum Widerstand gegen die Unterdrücker hatten, lag darin, daß ihre Befugniß, ihren Gemeinderath zu wählen, beschränkt werden sollte, daß der Gemeinderath, den das gleiche Wahlrecht gewählt hatte, nicht anerkannt werden sollte.

Wenn Freund Bebel gesagt hat, wir werden nicht auf blutigem Wege unser Ziel zu erstreben und zu erreichen suchen, so lasse ich dahingestellt, wie wir dazu kommen. Ich glaube: das Wahlrecht ist ein Recht, welches unter allen Umständen erlangt werden muß, und was in Frankreich Recht bleibt, kann in Deutschland unter keinen Umständen Unrecht sein. Ich bitte, die Resolution anzunehmen und indem wir sie annehmen, bitte ich Sie zu gleicher Zeit, im Geiste sich daran zu erinnern, daß das ein Zeichen ist, daß wir politisch ebensoweit vorgeschritten sind in unseren Prinzipien, in unserer Erkenntniß der sozialpolitischen Forderungen, als unsere französischen Brüder. Und seien Sie überzeugt, wie diese dem Siege nahe waren und nur dadurch daran verhindert wurden, daß die Waffen zweier Nationen gegen sie zusammen helfen mußten, so werden auch endlich wir den Sieg erreichen und ich hoffe, wir werden besseren Erfolg haben, als jüngst unsere französischen Brüder. (Rauschender Beifall.)

Reichel (Hannover): Bürger! Es handelt sich hier nicht darum, für eine eingebrachte Resolution bloß zu stimmen und dann nichts weiter dafür zu thun, denn dann wäre es viel besser, überhaupt nicht zu stimmen, oder dagegen zu stimmen, wenn man nicht nachher für das, wofür man gestimmt hat, einzutreten entschlossen ist. Bürger Bebel hat Ihnen auseinandergelegt, wie verwerflich das Dreiklassenwahlsystem ist und wie z. B. nur Derjenige, der durch enorme Steuern, die er natürlich nur auslegt, um sie von Anderen, von den Konsumenten, wieder einzuziehen, dadurch das Recht hat, 25 Stimmen abzugeben, während der Arme den 25 Stimmen gegenüber nur 1 Stimme hat. Es ist das ein klarer Beweis, daß da nur der Geldsack wählt. Freund Bebel hat auch gesagt, daß der Reiche in Folge seines Vermögens im Stande ist, seinen Söhnen eine bessere Schulbildung zukommen zu lassen. Man könnte in Folge dessen annehmen, daß Derjenige, der reich ist und 25 Stimmen gegenüber der 1 Stimme des Besitzlosen abgibt, auch 25mal soviel Bildung besäße, wie der Arme, wie der enterbte Proletarier. Aber Freund Bebel hat auch gesagt, daß es bei dem Dreiklassenwahlsystem vorkomme, daß, wer auf dem flachen Lande wohnt und 4 Thlr. Steuer zahlt, Wähler in der 2. Klasse ist, während in der größten Stadt jemand, der 5 Thlr. Steuer zahlt, Wähler in der 3. Klasse ist. Wie weit die Bildung dabei mitzusprechen hat, das können wir auf dem platten Lande am deutlichsten sehen. Wenn auf dem Lande der reiche

Bauer, der 25 Ochsen stehen hat, die er auf die Weide treibt und vielleicht, um die Pferdekraft zu schonen, zum Ziehen benutzt, sie später mähtet und dadurch größeren Ertrags erzielt — wenn ein solcher Bauer, sage ich, der 25 Ochsen zum Betriebe seiner Landwirthschaft nöthig hat und demgemäß eine hohe Steuer zahlt, 25 Stimmen hat, so giebt er nicht mehr die Stimmen ab: dann wählen die 25 Ochsen. (Rauschender Beifall und große Heiterkeit.) Sie haben thatsächlich erfahren, indem Sie stets als Arbeiter unter Arbeitern leben, daß es auch unter Arbeitern, wenn sie auch noch so arm sind, Männer von größter Intelligenz und größter Geistesbildung giebt, die nicht zu der Wahl zugelassen werden, namentlich auch nicht zu der Wahl für die Kommune, weil sie nicht Bürger der Stadt sind. Wer dagegen in der Lage ist, auf die paar Groschen in der Tasche gestützt, die der Arme hat aufbringen müssen, um sie gewissen Leuten in den Taschen zu stopfen, sein Bürgerrecht zu erwerben, der ist berechtigt, und sei er noch so dumm, seine Stimme abzugeben. Das ist ein Beweis, wie nöthig die Verwerfung unseres schädlichen Dreiklassenwahlsystems ist.

Zweiter Vorsitzender Bracke: Es ist kein Redner mehr eingezeichnet und da auch der Referent auf das Schlusswort verzichtet, ist die Diskussion geschlossen und kommen wir zur Abstimmung über die Resolution, welche lautet:

**Der Kongress empfiehlt den Parteigenossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Einführung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zu den Landtagen der einzelnen Staaten und der einzelnen Gemeindevertretungen zu agitiren.**

Diejenigen Delegirten, welche für die Annahme dieser Resolution sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Sie ist einstimmig angenommen. Ich übergebe den Vorsitz wieder dem ersten Vorsitzenden.

Vorsitzender Bebel: Meine Herren! Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist hiermit erledigt. Ich theile Ihnen mit, daß morgen Vormittag 11 Uhr die zweite öffentliche Sitzung des Kongresses beginnt und zwar genau 11 Uhr, da nach der bestehenden Polizeiverordnung Versammlungen nur von 11—1 abgehalten werden dürfen, indem um 1 Uhr wegen Beginn der Kirche die Versammlungen nicht weiter tagen dürfen. Es ist also nothwendig, daß die Delegirten sich pünktlich einfinden. Die Herren, die heute Zuhörer sind, werden uns selbstverständlich auch morgen sehr angenehm sein. Die Tagesordnung der morgenden Versammlung wird zunächst bilden: **„Die politische Stellung unserer Partei“** und als zweiter Punkt: **„Der Reichstag und das Gesetz betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken zc. herbeigeführten Tödtungen und Körperverletzungen.“** Referent: Bracke aus Braunschweig.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr Mitternacht.)

**2. Öffentliche Sitzung, den 13. August Vormittags 11 Uhr.**

Vorsitzender Bebel: Ich erkläre die 2. öffentliche Sitzung des Kongresses der sozial-demokratischen Arbeiterpartei für eröffnet. Ich muß den Bürger-Delegirten bemerkbar machen, daß es abermals nö-

thig gewesen ist, eine kleine Aenderung in der Reihenfolge der Gegenstände der Tagesordnung eintreten zu lassen. Es ist mir soeben mitgeteilt worden, daß Liebknecht, der Referent für die Frage der politischen Stellung unserer Partei, mit dem um 12 Uhr ankommenden Zuge eintreffen wird. Ich schlage daher vor, daß wir die Reihenfolge der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände der Art abändern, daß Bracke als Referent über den 4. Gegenstand zunächst das Wort ergreift. Ist die Versammlung damit einverstanden? (Ja wohl!) Ich erteile demnach Bracke aus Braunschweig das Wort, um über das Thema: „Der Reichstag und das Gesetz, betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w. herbeigeführten Tötungen oder Körperverletzungen“ zu berichten.

Bracke: Bürger! Daß unser Reichstag die Interessen der Arbeiter in der letzten Session, wie überhaupt seit seinem Bestehen, nicht sonderlich gepflegt hat, darüber sind wir alle zusammen einig. Heute ist mir die Aufgabe geworden, an einem besonderen Gesetze, von dem ja gesagt wurde, es sei im Interesse der Arbeiter erlassen worden, nachzuweisen, wie der Reichstag gerade bei einem solchen spezifisch für die Arbeiter berechneten Gesetze gar keine Ahnung von dem gehabt hat, was eigentlich seine Pflicht gegenüber der großen Menge des Volkes, was speziell bei diesem Gesetze seine entschiedene Pflicht gewesen wäre. Sie werden im Verlaufe meines Vortrags sogar finden, Bürger, — und ich bitte Sie, das ja zu beachten —, daß der Reichstag das Gesetz wie es von der Regierung vorgelegt wurde, noch entschieden verschlechtert hat. Der Reichstag hat einen Paragraph in dies neue Gesetz hineingeschoben, der in der Regierungsvorlage nicht vorkommt, einen Paragraph, der das ganze Gesetz für die Arbeiter zu einem Gesetze macht, das ihre Interessen in der allermangelhaftesten Weise befriedigt, ja, der die wenigen Wohlthaten des Gesetzes geradezu wieder aufhebt. Es ist der bekannte § 4, und ich werde mir nachher erlauben, Ihnen, m. H., die Bedeutung dieses Paragraphen in seinem vollen Umfange klar zu machen.

Daß dies Gesetz über die Haftpflicht im Allgemeinen von keiner Seite eine vollständige Billigung gefunden hat, das, meine Herren, will ich nur so im Vorbeigehen bemerken; denn ob die Herren Nationalliberalen und Rektionäre das Gesetz des Reichstags billigen oder nicht, das, m. H., kann uns am Ende ziemlich gleichgültig sein; wenn aber in solchem Falle, wo wir die entschiedenste Ursache haben, uns von einem derartig erlassenen Gesetze nicht befriedigt zu erklären, — wenn wir dann auch mit den Nationalliberalen, auch mit andern Parteien übereinstimmen, dann, m. H., können wir immerhin Akt davon nehmen.

Betrachten wir uns das vom Reichstage erlassene Haftpflichtgesetz, m. H., so müssen wir anerkennen, daß gegenüber **einem** bestimmten Industriezweige, nämlich gegenüber den Eisenbahnen, die Verpflichtung zum Schadenersatz bei eintretenden Unglücksfällen, bei Beschädigungen einer Person, bei Tötungen, das Gesetz ein vollständig befriedigendes genannt werden muß; denn wenn Sie den § 1, welcher folgenden Wortlaut hat: „Wenn beim Betriebe einer Eisenbahn ein Mensch getötet oder körperlich verletzt wird, so haftet der Betriebsunternehmer für den dadurch entstandenen Schaden, sofern er nicht beweist, daß der Unglücksfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Getöteten oder Verletzten verursacht ist,“ ich sage, wenn Sie diesen Paragraph aufmerksam prüfen, werden Sie finden, daß da-

mit allerdings gerechten Ansprüchen genügt werden kann. Bisher, m. H., war es in Folge der herrschenden Gesetze bei derartigen Unglücksfällen die Regel, daß der Verletzte, im Tötungsfalle die Angehörigen des Getöteten, zu beweisen hatten, daß der Unglücksfall durch die Schuld der Eisenbahnverwaltung entstanden war, und erst nachdem dieser Beweis vollständig geliefert worden, war der Ersatz des angerichteten Schadens zu erreichen. Nun, m. H., wissen Sie aber, daß bei der allergrößten Menge von Unglücksfällen ein solcher Beweis gar nicht zu liefern ist. Denken Sie an die verschiedenen Unglücksfälle, welche in Ihrem Gedächtniß sein mögen und welche große Verheerungen angerichtet haben! Denken Sie daran, wie ganz unmöglich es da so oft gewesen ist, auch nur der Öffentlichkeit gegenüber festzustellen, wer an dem Unglücksfalle die Schuld trug! Oft haben nicht einmal die Zeitungen nach den Gerüchten, die im Umlauf waren, mit Sicherheit angeben können: das und das war die Ursache des Unglücksfalls. Und, m. H., wenn man nicht einmal die Ursache des Unglücks genau zu begründen vermag, kann man noch weniger prozessualisch beweisen, daß Der und Der die Schuld trägt und in Folge dessen verpflichtet ist, den Schaden zu tragen. Nun, m. H., finden Sie in § 1, daß dieser früher nothwendige Beweis jetzt nicht mehr nöthig ist. Der Eisenbahnunternehmer ist für jeden Schaden verantwortlich, der beim Betriebe passiert, es sei denn, daß dieser durch „höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten“ herbeigeführt worden ist und so, m. H., ist dem Beschädigten oder den Angehörigen des Getöteten der Ersatz des angerichteten Schadens gesichert, wenn nicht eben die Eisenbahnverwaltung ihrerseits zu beweisen im Stande ist, daß ein durch höhere Gewalt, etwa durch einen Blitz, oder durch eigenes Verschulden, durch Unvorsichtigkeit oder Muthwillen verursachter Unglücksfall vorliegt; und so, m. H., können wir also, was die Haftpflicht der Eisenbahnen anlangt, allerdings zugestehen, daß die Interessen der Arbeiter, die uns in allererster Linie zu beschäftigen haben, sowohl wie nebenbei die Interessen der Passagiere, welche die Eisenbahn benutzen, zu denen allerdings auch die Arbeiter, wenn auch in minderer Zahl gehören als die Bourgeoisie, durch die Haftpflicht der Bahnverwaltungen genügend gewahrt sind.

Wertwürdig immerhin bleibt es, m. H., daß in diesem Falle die Haftpflicht wirklich befriedigend gesetzlich festgestellt worden ist. W. H., eine Erklärung mag man dafür in dem Umstande finden, daß die Herren, welche für diese Fassung im Reichstage stimmten, daran dachten, daß ihnen oder ihren Angehörigen selbst einmal möglicherweise auf der Eisenbahn ein Unglück passieren könne und daß es da doch besser sei, die Entschädigungsansprüche nicht von dem Beweise einer Schuld der Eisenbahnverwaltung abhängig zu machen.

Wenn wir nun das Gesetz weiter betrachten und den § 2 in Augenschein nehmen, so finden wir, m. H., daß dieser Paragraph, welcher folgenden Wortlaut hat: „Wer ein Bergwerk, einen Steinbruch, eine Gruberei (Grube) oder Fabrik betreibt, haftet, wenn ein Bevollmächtigter oder Repräsentant oder eine zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebs oder der Arbeiter angenommene Person durch ein Verschulden in Ausführung der Dienstverrichtungen den Tod oder die Körperverletzung eines Menschen herbeigeführt hat, für den dadurch angerichteten Schaden.“ — so finden wir, daß dieser § 2 sich vom § 1 dadurch auffallend unterscheidet, daß die Verpflichtung der ge-



werblichen Unternehmungen gegenüber der der Eisenbahnen eine so unendlich geringere ist. Denn es wird hier keineswegs mehr vom Unternehmer der Beweis gefordert, — falls er sich von der Haftpflicht befreien will — daß durch höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten das Unglück entstanden ist, sondern, m. H., es muß hier in allen Fällen der sehr schwere Beweis von Seiten des Verletzten oder der Angehörigen, welche auf Entschädigung Anspruch machen, erbracht werden, daß, wie hier steht, entweder ein Bevollmächtigter oder Repräsentant, oder eine zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebs oder der Arbeiter angenommene Person durch ein bestimmtes Verschulden in Ausübung der Dienstverrichtungen den Unglücksfall herbeigeführt hat. Und da, m. H., sind wir ganz in der alten Rechtsanschauung geblieben. Es wird eben der Verletzte, besonders der verletzte Arbeiter und dessen Angehörige, selten das nöthige Geld in Bereitschaft haben, um im Wege des Prozesses sein Recht zu verfolgen, und unter allen Umständen wird es deshalb sehr schwierig sein, die Entschädigung zu erlangen, wenn auch wirklich die Daten vollständig vorliegen, wenn man auch wirklich weiß, daß etwas veräußert wurde und durch wen es veräußert wurde, und wenn auch Zeugen dafür zu erbringen sind. Der Schutz, welchen ein mittelloser Arbeiter auf Grund des Armenrechts in solchen Fällen genießt, wird ein sehr illusorischer genannt werden müssen.

Dieser Paragraph aber, m. H., hat nicht allein eine durchaus ungenügende Fassung, er führt nicht allein eine ganz ungenügende Haftverbindlichkeit für die genannten Gewerbe ein, sondern er schließt obenbrein noch eine große Menge von Gewerben von dieser mangelhaften Haftverbindlichkeit vollständig aus.

Wenn wir nun diese beiden Punkte an einigen Beispielen verfolgen wollen, so, glaube ich, ist das allerschlagendste Beispiel das für, wie ungenügend die Haftpflicht der Unternehmungen, welche das Gesetz überhaupt heranzieht, gegenüber den Eisenbahnen ist, das der Bergwerke. Nun muß ich allerdings gestehen, daß ich über Bergwerke sehr wenig Kenntnisse mir zu sammeln bisher Gelegenheit hatte; aber, m. H., dem einfachsten Verstande eines Laien muß Folgendes klar sein: Wenn eine solche industrielle Unternehmung, speziell ein Bergwerk, von Seiten der Unternehmer eingerichtet wird, so sollte man meinen, man könnte billigerweise verlangen, und es existiren allerdings gesetzliche Bestimmungen darüber, daß bei diesen Unternehmungen alles Das geschieht, was zur Sicherung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter unbedingt nothwendig ist. Nun, m. H., glaube ich, geschieht das in den Bergwerken sehr wenig; es wird oft in so leichtsinniger Weise gebaut, es wird oft vielen den Arbeitern drohenden Gefahren in so unverantwortlicher Weise Trotz geboten, daß es wirklich sehr nothwendig wäre, diesem Haschen nach Gewinn, wobei die Gesundheit und das Leben der Arbeiter leichtsinnig aufs Spiel gesetzt wird, einen Damm entgegenzusetzen. Man sollte vermöge einer entschiedenen Haftverbindlichkeit, vermöge strengerer Berggesetze, nur diejenigen Bergwerke überhaupt bestehen lassen, welche durchaus reell vorgehen, die Interessen der Arbeiter sichern und den Arbeitern im vollsten Maße persönliche Sicherung gewähren. Es könnte dabei allerdings eine große Menge solcher Unternehmungen zu Grunde gehen, denn es ist allerdings richtig, daß die Verunglückungen in Bergwerken bisher sehr zahlreich gewesen sind, aber, m. H., es trifft

dies gerade diejenigen Bergwerke, welche aus Sucht nach Gewinn in unverantwortlich leichtsinniger Weise gebaut worden sind. Ohne Sachverständiger zu sein, habe ich mir sagen lassen, daß oft bei derartigen Unternehmungen, die gegründet werden, um möglichst viel Rente aus denselben zu ziehen, viel tiefer gebaut wird, als nach den Gesetzen zulässig ist, daß ohne vorgeschriebene Nebenschächte gebaut wird, daß die Sicherheitsmaßregeln ungenügend sind; und, m. H., es geschieht dies zu dem einzigen Zwecke, wenn auch noch so viel Arbeiter an Gesundheit und Leben geschädigt werden, zu dem einzigen Zwecke, falls das Unternehmen rentirt, den Actionären möglichst viel Dividende zu zahlen. Wenn nun aber eine solche Speculation, bei der das Leben der Arbeiter auf dem Spiele steht, gesetzlich noch unterstützt wird durch ungenügende Haftgesetze, so ist das ein schreiendes Unrecht gegen das Volk. (Bravo.)

M. H., wenn Sie nun ein Beispiel für diejenigen Gewerbe haben wollen, welche vollständig von diesem Gesetze, das in seinem § 2 ja nur von Bergwerken, Steinbrüchen, Gräbereien und Fabriken handelt, — wenn Sie ein Beispiel also für die Industriezweige, die vollständig ausgeschlossen sind von jeder Haftpflicht, haben wollen, dann, m. H., kann ich Ihnen das nicht besser zeigen, als indem ich Ihnen einige wenige Zahlen aus dem vom Direktor des statistischen Bureaus in Berlin dem deutschen Reichstage vorgelegten statistischen Materiale mittheile. Es sind — ich greife wenige Zahlen heraus, die sich leichter behalten — beim Verkehre zu Lande inclusive der Eisenbahnen in einem bestimmten Zeitraume tödtlich verunglückt: Arbeitgeber 2, Arbeitnehmer 198, zusammen also 200. An sonstigen Verletzungen kamen vor: an Arbeitgebern 7, an Arbeitnehmern 94, zusammen 101. Sehen Sie weiter auf den Bergbau, so finden Sie, daß die Zahl der tödtlich verunglückten Arbeitgeber = 0 ist, die der getödteten Arbeitnehmer dagegen 523 beträgt. Die Zahl der verletzten Arbeitgeber sind wiederum = 0, die Zahl der verletzten Arbeitnehmer dagegen beträgt 137. Sie sehen dabei gleichzeitig, daß die Zahlen für die Bergwerke noch größer sind, als beim Verkehre zu Lande, incl. der Eisenbahnen. Ich will nicht verfehlen, hierbei auszusprechen, daß die geringere Haftpflicht der Bergwerksunternehmer gegenüber den Eisenbahnverwaltungen deshalb ein um so größeres Unrecht ist.

Aber, m. H., wenn wir nun weiter suchen in diesem statistischen Material, so finden wir, daß z. B. bei den Baugewerken, welche nicht unter die Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes fallen, die Zahl der Unglücksfälle eine fast eben so große ist, wie bei dem Bergbau. Es sind nämlich verunglückt in diesem selben Zeitraume tödtlich: Arbeitgeber 17, Arbeitnehmer 325, also zusammen 342; verletzt: Arbeitgeber 7, Arbeitnehmer 219, also zusammen 226. Während Sie also bei den Bergwerken tödtliche Verletzungen 523 haben, beim Verkehre zu Lande, incl. der Eisenbahnen, tödtliche Verletzungen 200, so haben Sie bei den Baugewerken die sehr bedeutende Zahl von 342 Tödtungen in demselben Zeitraume.

Wenn wir weitergehen: Bei der Landwirtschaft sind tödtlich verunglückt in demselben Zeitraume 107 Arbeitgeber, 455 Arbeitnehmer, zusammen also 562 (die größte Zahl von allen) nicht tödtlich 25 Arbeitgeber, 86 Arbeitnehmer, zusammen 111.

Im Vorbeigehen einen Blick auf die Anzahl der getödteten

Arbeitgeber! Bei dem Bergbau ist diese = 0, bei dem Landverkehr = 2, welche Zahl wohl ohne Frage auf die Passagiere bei den Eisenbahnen zc. fällt; bei den Baugewerken, bei welchen es bereits eine Anzahl kleiner, selbst mitarbeitender Meister giebt, steigt sie auf 17 und bei der Landwirthschaft sogar auf 107. Bei der letzteren ist aber zu beachten, daß alle kleinen Brinkfiker, Köthner zc. als Arbeitgeber betrachtet werden, obschon sie meist auch für Andere gegen Lohn arbeiten. Möchte aber auch die Anzahl der getödteten Arbeiter in diesen Gewerben eine noch so große sein, so wäre daraus ein Einwand gegen die Haftpflicht der Unternehmer in diesen Gewerben nicht herzuleiten. Denn: hatten die 325 Bauarbeiter und die 455 armen Tagelöhner und Knechte vom Lande nicht denselben Anspruch ihrer Rechte, auf Schutz gegen Gefahren an Leib und Leben, wie die 198 Arbeiter, welche in demselben Zeitraume bei dem ganzen Verkehr zu Lande das Leben einbüßten? Und gerade z. B. die Guts- und Domänenpächter, die Gutsbesitzer, die Landlords, sollten gesetzlich gezwungen werden, das Leben und die Gesundheit ihrer so oft mißachteten und mißhandelten Arbeiter heilig zu halten und bei entsetzenden Verunglückungen mit entsprechenden Entschädigungen einzutreten, während heute den ländlichen Arbeiter und seine Familie meist ein grauenerregendes Armenhaus erwartet!

Nun, m. H., wenn Sie die beiden großen Zahlen aus den Baugewerben und der Landwirthschaft; wenn Sie diese beiden großen Zahlen und die aus dem Verkehr zu Lande incl. der Eisenbahnen gegen einander halten, so sehen Sie auf den ersten Blick, daß bei einer großen Menge von Verunglückungen auf Grund des Haftpflichtgesetzes dem Beschädigten oder seinen Angehörigen gar keine Berechtigung zusteht, Entschädigung zu beanspruchen gegenüber den Unternehmern, in deren Dienste, in deren Interesse der verunglückte Arbeiter sich den Gefahren ausgesetzt sah. M. H., wenn Sie die Zahlen weiter durchgehen, so kommen Sie sogar zu dem Resultate, daß von allen möglichen Verunglückungen nur die geringere Hälfte von dem Haftpflichtgesetz getroffen wird, und ich glaube weiter Nichts nöthig zu haben, als eben diese Mittheilung zu machen, um zu beweisen, daß das Haftpflichtgesetz auch in dieser Beziehung im höchsten Maße ungenügend ist. — Mag auch die Frage der Entschädigung bei der Landwirthschaft schwierig sein, mag auch manche andere Frage in Betracht kommen — das ist nicht abzustreiten, daß dieses Haftpflichtgesetz nicht allein insofern mangelhaft ist, als es durchaus ungenügende Bestimmungen über die Entschädigung bei Unglücksfällen für eine große Menge von industriellen Unternehmungen (außer den Eisenbahnen) aufgestellt, sondern auch insofern, als es obendrein eine Menge der gefährlichsten Industrie- und Arbeitszweige von jeder Haftpflicht ausschließt und der größten Gefahr ausgesetzte Arbeiter auf die alten, gerade durch Erlaß dieses Gesetzes als unrecht, als ungenügend anerkannten Bestimmungen des allgemeinen Staatsrechts verweist. Nun, m. H., ist ferner von diesem Gesetze das ganze Kleingewerbe gar nicht getroffen, worüber mir wenigstens Zahlen leider nicht vorliegen. Ferner, m. H., wird etwas von dem Gesetze nicht getroffen, das sehr wohl von einem solchen Gesetze getroffen werden sollte, nämlich all der Schaden, der dem Arbeiter durch schlechte Arbeitsräume, durch schlechte Kost, wo sie noch durch den Arbeitgeber verabreicht wird, durch schlechte Wohnung, wo sie noch gegeben wird — also all der

Schaden, der dem Arbeiter hieraus und aus anderen ähnlichen Verhältnissen Seitens des Unternehmers erwächst. Nun, m. H., wissen Sie aber sehr wohl, daß gerade das Leben in ungesunden Fabriken die Gesundheit der Arbeiter zerstört, wissen Sie sehr wohl, daß die präherlich ausgeschrienen Arbeiterwohnungen der Herren Unternehmer oft so mangelhaft sind, daß es einen Stein erbarmen sollte, daß man eine so große Masse von Menschen in solche elende Wohnungen pfercht, ihre Gesundheit und die Gesundheit ihrer Kinder auf diese Weise zerstörend! Ist dieser Unternehmer aber, der doch bei dem Unternehmen nur das einzige Interesse hat, seinen Geldsack zu füllen oder jene Herren zu bereichern, welche die Coupons abschneiden — nun, ist denn dieser Unternehmer, ist diese Gesellschaft von Unternehmern nicht aus Humanitätsgründen, — die so oft im Munde unserer nationalliberalen Feinde geführt werden — ist diese Gesellschaft nicht verpflichtet, solchen Schaden zu verhüten? Sollte sie nicht für solchen Schaden verantwortlich gemacht werden? Sollte nicht gesagt werden: durch die ungesunde Wohnung sind die Kinder krank geworden, hat die Mutter krank werden müssen, als sie im Wochenbette lag? Sollte nicht in einem solchen Falle eine sehr hohe Entschädigung verlangt werden können? (Lebhafter Beifall.) Denn was, m. H., muß dem Arbeiter heiliger sein, als die Gesundheit seiner Gattin, die Gesundheit seiner Kinder? Nun, m. H., von allen diesen Dingen ist in diesem Haftpflichtgesetze Nichts. —

M. H., es hat dieses Gesetz noch weitere große Mängel.

Was z. B. den Umfang für die Berechtigung zu Entschädigungsansprüchen betrifft, so ist dieser durchaus mangelhaft bemessen. Es steht im §. 3 des Gesetzes:

„Der Schadenersatz ist zu leisten

- 1) Im Fall der Tödtung durch Ersatz der Kosten einer versuchten Heilung und der Beerdigung, sowie des Vermögensnachteils, welchen der Getödtete während der Krankheit durch Verminderung der Erwerbsfähigkeit erlitten hat.

„War der Getödtete zur Zeit seines Todes vermöge Gesetzes verpflichtet, einem Andern Unterhalt zu gewähren, so kann dieser insoweit Ersatz fordern, als ihm in Folge des Todes der Unterhalt entzogen worden ist.“

Nun, m. H., ziehen Sie die Consequenz aus dieser Bestimmung:

„War der Getödtete zur Zeit seines Todes vermöge Gesetzes verpflichtet“ zc. Sie Alle wissen, daß es eine große Menge von Fällen giebt, in denen die Sorge für den Unterhalt der Angehörigen nicht von irgend einem Gesetze erlangt wird; Sie wissen z. B., daß, wenn ein Arbeiter, der noch jüngere Geschwister hat, und sich mißt, auch für diese die Lebensnothdurft zu erwerben, nicht vermöge eines Gesetzes dazu angehalten werden kann, sondern daß vermöge Gesetzes nur die vielleicht schon alten Eltern dieser Kinder herangezogen werden können, ihnen Unterhalt zu gewähren, diese Kinder in die Schule zu schicken zc., wenn die Eltern überhaupt noch leben. Wenn nun ein solcher Bruder verunglückt, wenn also den jüngern Geschwistern auf diese Weise der Ernährer geraubt wird, dann haben diese keinen Anspruch auf Entschädigung von Seiten des Unternehmers, in dessen Dienste der Arbeitnehmer verunglückt ist, und das, m. H., ist eine so mangelhafte Bestimmung, daß der löbliche deutsche Reichstag auch bei diesem Gesetze bewiesen hat, wie wenig er sich Mühe giebt, die wirklichen Interessen der Arbeiter zu befriedigen, wie wenig er sich Mühe

giebt, das so oft im Munde geführte Humanitätsprinzip zu wahren. (Beifall.)

Denken Sie, m. H., an einen ferneren Fall. Sie wissen, daß unsere Gesezgebung über die Ehe einen Charakter trägt, wie er für unsere Bourgeoisepoche allerdings vollständig richtig ist; die Geseze über die Ehe beschäftigen sich hauptsächlich mit den Vermögensberechtigungen, welche aus der Verehelichung erwachsen. Nun, m. H., wissen Sie aber auch, daß es Geld kostet, wenn Einer heirathen will; Sie wissen, daß der Arbeiter oft das nöthige Geld zur Verheirathung nicht erschwingen kann; Sie wissen ferner, meine Herren, — und ich glaube, noch ein Wort darüber zu verlieren ist vollständig überflüssig — daß gegenseitige Zuneigung oft zwei Menschen zusammenführt in Verhältnissen, wo die Verehelichung unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich ist oder auch wo sie ihnen nicht willkommen erscheint. Nun, m. H., eine solche uneheliche Frau zu ernähren, hat der Mann keine Verpflichtung vermöge eines Gesezes, und wenn nun einer solchen unehelichen Frau ihr Mann, ihr Ernährer verunglückt, dann, m. H., hat sie, die nicht von dem Priester oder den Gerichten zusammengekuppelt wurde mit ihrem Geliebten, sie hat keinen Entschädigungsanspruch an Den, in dessen Diensten ihr Ernährer vom Unglück betroffen wurde, und der vielleicht durch die größte Schuld sie des Theuersten auf Erden beraubte. M. H., das ist auch eine sehr, sehr mangelhafte Bestimmung des Gesezes.

Endlich aber, m. H., zeigt das Gesez einen großen Mangel in den Bestimmungen über das Gerichtsverfahren. Ich habe Ihnen schon vorhin gesagt, wie schwierig es für die Bertheiligten in den allermeisten Fällen sein muß, den Beweis zu liefern, daß eine Schuld eines Beauftragten, eines Bevollmächtigten oder eines Aufsehers das Unglück verurfsachte. Die Bestimmung nun, daß das freie Ermessen des Richters darüber entscheiden soll, ob eine solche Schuld vorliegt oder nicht, diese Bestimmung ist sehr ungenügend; denn Sie wissen, was sehr oft von dem in Vorurtheilen befangenen Richter zu halten ist, und ich habe, wenn ich nicht sehr irre, in dem Schreiben, das die Bergarbeiter von Zwickau an den Reichstagsabgeordneten Vebel zum Reichstag geschickt haben, Fälle gelesen, — die Sie ja auch nachlesen können — in denen gezeigt ist, wie mangelhaft der Richterpruch muthmaßlich ausfallen muß. Das aber nicht allein — das Gesez sagt auch, daß in solchen Fällen Sachverständige zugezogen werden können. Nun, m. H., Sachverständige, wer sind die? Sind das Arbeiter, die die Schächte befahren, Arbeiter, die die Gerüste bauen, Arbeiter, die mit den Maschinen verkehren? Gott bewahre, es ist ein Unternehmer, ein Freund des Unternehmers; wenn es weit kommt, ein Aufseher, Aufsichtsbeamter; die werden zu Sachverständigen herangezogen, deren Urtheil wird vom Gerichte gewürdigt und naturgemäß — den Herren ist kein Vorwurf daraus zu machen, es ist nur dem deutschen Reichstag ein Vorwurf zu machen darüber, daß er dies nicht eingesehen hat, — naturgemäß sind die Herren durch das Klasseninteresse getrieben, nicht im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse des Unternehmers ihr Gutachten abzugeben. Wie ihr Vorurtheil, ihre ganze Lebensstellung sie zu einem berartigen Gutachten zwingen muß, m. H., darüber brauche ich gar kein Wort zu verlieren. Da sehen wir dieselben Leute, welche haftbar gemacht werden sollen für den in ihrem Dienste entstandenen Schaden, diese selben Leute sehen

wir sachverständige Urtheile abgeben darüber, ob sie haftbar sein sollen oder nicht, und das, m. H., ist doch gewiß eine sehr mangelhafte Bestimmung. Und dazu kommt — ich habe dies auch aus dem Schreiben der Bergarbeiter an Vebel —, daß die Feststellung der Ursachen solcher Unglücksfälle Seitens der Behörde meist erst dann erfolgt, wenn die Ursachen kaum noch zu ermitteln sind — das ist obendrein eine sehr angenehme Zugabe. Denn, bei der Mangelhaftigkeit der Sachverständigenurtheile wäre doch ein rechtzeitig ausgenommener behördlicher Bericht noch eine Stütze für den entschädigungsberechtigten Arbeiter! Da sehen wir aber, daß die betr. Behörden erst lange nach dem Unglück den Ort desselben besuchen und während der Zeit kann man die nöthigen Vorrichtungen getroffen haben, und der Mann der Behörde findet, wenn er kommt und nachsieht, Alles in Ordnung oder es ist dann von Ursachen des Unglücks gar nichts mehr zu entdecken. Und Derartiges mehr. Wenn, m. H., nicht sehr strenge Bestimmungen getroffen werden, daß so schleunig als irgend möglich von den betr. Behörden an Ort und Stelle die eingehendste Nachforschung nach den Ursachen des Unglücks angestellt wird, so wird es den verunglückten Arbeitern oder ihren Angehörigen wahrhaftig nicht mehr möglich sein, den von dem Gesez verlangten Beweis zu führen. So muß ausgesprochen werden, daß das prozessualische Verfahren, welches in diesem Gesez angeordnet ist, die Interessen der Arbeiter nicht befriedigt.

Nun komme ich zu dem §. 4, welchen, wie ich Ihnen bereits mittheilte, der deutsche Reichstag für gut befunden hat, dem Entwurfe der Regierung beizufügen. Und, m. H., mag das Gesez noch so unvollkommen sein, es wäre gewiß etwas besser, wenn dieser §. 4 gar nicht darinnen enthalten wäre; und gerade dadurch, daß der Reichstag, weit hinausgehend über die Wünsche der Regierung selbst, diesen Paragraphen dem Geseze noch einverleibt, hat er den Beweis geliefert, daß er nach den Interessen der Arbeiter wenig fragt.

Dieser §. 4 lautet:

„War der Getödtete oder Verlezte unter Mitleistung von Prämien oder anderen Beiträgen durch den Betriebsunternehmer bei einer Versicherungsanstalt, Knappschafts-, Unterstützungs-, Krankenz-, oder ähnlicher Kasse gegen den Unfall versichert, so ist die Leistung der letzteren an den Ersatzberechtigten auf die Entschädigung einzurechnen, wenn die Mitleistung des Betriebsunternehmers nicht unter einem Drittel der Gesamtleistung beträgt.“

Vor allen Dingen ist es nothwendig, m. H., daß wir uns klar machen, was in diesem etwas weitläufig abgefaßten Paragraphen eigentlich steht. Es ist das an einem kurzen Beispiele nachzuweisen: In einer Fabrik arbeiten 100 Arbeiter; diese liefern wöchentlich jeder 1 Silbergroschen und der Unternehmer seinerseits für jeden Arbeiter wöchentlich 1/2 Silbergroschen in solche Kasse; dann m. H., hat der Unternehmer die Berechtigung, welche ihm der §. 4 gewährt; er zahlt 1/3 der gesammten Beiträge, welche in diese Kasse fließen. Jetzt geschieht ein Unglück; es stirbt ein Arbeiter, eine Maschine hat ihn erfaßt, oder es ist sonst etwas geschehen. Es wird nun auch nachgewiesen, daß der Betriebsunternehmer die Schuld trägt an diesem Unglück, daß ein Aufseher, ein Betriebsbeamter seine Pflicht verlegt, dadurch das Unglück verschuldet hat. Der Unternehmer muß also bezahlen. Nun erhält aber in diesem Falle die Wittve des Ar-

beiters aus der betreffenden Kasse, auf deren Kosten vielleicht das Begräbniß stattfindet, außerdem eine bestimmte Summe Geldes, ich will sagen 50 Thlr. Das Gericht setzt die Entschädigung, welche die Wittve von dem Unternehmer zu beanspruchen hat, vielleicht auf 100 oder 200 Thlr. fest. Da tritt nun der Fall ein, daß die 50 Thlr., welche die Wittve aus der Kasse erhält, dem Unternehmer zu Gute gerechnet werden; diese Summe braucht der Unternehmer nicht mehr zu zahlen, und warum? Weil der Arbeiter wöchentlich 1 Silbergroßchen, er aber 1/2 Groschen in eine Kasse gezahlt hat, welche bei diesem Unglücksfalle einzutreten hat. Während er ohne alle Frage verpflichtet war, den vollen Ersatz, so weit ein solcher überhaupt geleistet werden kann, an die Hinterbliebenen oder an den verletzten Arbeiter zu zahlen, findet er sich für einen Theil dieses Schadenersatzes mit einem Drittel desselben vollständig ab! Das, m. H., hat eine sehr natürliche Folge, und wir würden uns sehr darüber wundern müssen, wenn dieser §. 4, den in seiner hohen Weisheit der deutsche Reichstag noch in die Regierungsvorlage hineingebracht hat, wenn dieser §. 4 nicht die Folge hätte, nicht die Unternehmer anspornte, die Kassen der Arbeiter zu diesem speziellen Zweck auszunutzen, dieselben derartig zu organisiren und die Beiträge der Arbeiter derartig zu erhöhen, daß sie für alle eintretenden Unglücksfälle vollständig ausreichende Unterstützung gewährten. Denn dann, m. H., hat der Unternehmer in Unglücksfällen gar nichts zu bezahlen, weil die Kasse Alles bezahlt, was an den Entschädigungsberechtigten auszuführen ist. Da aber die Arbeiter 2/3 und der Unternehmer nur 1/3 zu den Beiträgen der Kasse bezahlte, so hat er glücklich 2/3 seiner Pflichten, ich sage 2/3 seiner „Haftpflicht“, die er eigentlich nach den Bestimmungen in §. 1 und 2 ganz allein tragen sollte, auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt! Diese Bestimmung ist so verlockend, daß man sich nicht sehr wundern darf, wenn demnächst aus ganz Deutschland, wie jetzt aus Chemnitz, die Kunde kommt, daß die Arbeitgeber sich zusammengethan, eine solche Kasse organisirt und die Arbeiter in ihren Etablissements gezwungen haben, die nothwendigen Beiträge in dieselbe zu leisten. Sie wissen, m. H., was es mit diesen Fabrikkassen auf sich hat; die Arbeiter haben nicht die Macht, sich loszuwinden von der Verpflichtung gegen die Kasse; die Bergwerkarbeiter würden hundertmal lieber in die Genossenschaftskassen steuern, würden hundertmal lieber ihre Kassen selbst in die Hand nehmen, allein sie werden gezwungen, in die Knappschaftskasse zu steuern; die Fabrikarbeiter würden lieber selbst ihre eigene Krankenkasse haben, aber sie sind ja größtentheils gezwungen, in die Krankenkasse, in die Unterstützungskasse, die der Arbeitgeber eingeführt hat, einzutreten, denn sonst bekommen sie keine Arbeit in der Fabrik, keine Arbeit in den Bergwerken.

Die Arbeitgeber haben also eine sehr große Macht in Händen, die Arbeiter zu zwingen, die Kosten ihrer Haftpflicht, d. h. der Haftpflicht der Unternehmer, in überwiegendem Maße selber zu tragen, und da sehen Sie, m. H., wie das ganze Gesetz auf nichts Anderes hinausläuft, als darauf, daß die Arbeiter durch den Arbeitgeber gezwungen werden, sich gegen derartige Unglücksfälle selber zu versichern und daß die Arbeitgeber dabei nur verpflichtet werden, ein Drittel zu der Versicherungsquote beizutragen. Das ist der ganze Werth des Gesetzes, wie er sich nach §. 4 desselben schließlich heraus-

stellt; denn daß der §. 4 diese Folge haben muß, darüber kann kein Zweifel obwalten: die Unternehmer verstehen ihre Interessen und, unter uns gesagt, sie wären Esel, wenn sie dieselben nicht verstünden; und die Möglichkeit, die das Gesetz gewährt, ihre Interessen auszubenten, auch ihren Arbeitern gegenüber auszubenten, diese Möglichkeit werden sich die Unternehmer nicht zweimal bieten lassen; sie werden sie sofort ergreifen und mit aller Kraft durchzusetzen suchen, und es wird energische Kämpfe kosten seitens der Arbeiter, sich gegen die Folgen dieses reichstäglichen §. 4 zu schützen. Nun, m. H., ich hoffe, daß aus diesem Kampf heraus die Arbeiterbewegung neuen Aufschwung nehmen wird, und insofern will ich nicht bedauern, daß der deutsche Reichstag in §. 4 eine Bestimmung getroffen hat, welche die Arbeiter drückt. Ich will dies aus dem Grunde nicht bedauern, weil es die Arbeiter veranlassen wird, einen Gegendruck auszuüben und sich mannhaft zusammenzuscharen und diesen Zwang, diesen §. 4 über den Haufen zu werfen, eigene Kassen zu gründen, und es durchzusetzen, daß ein anderes Haftgesetz von den gesetzgebenden Gewalten erlassen wird, ein Gesetz, in welchem allein Derjenige haftbar für den Schaden gemacht wird, in dessen Interesse das Geschäft betrieben wird. (Vielfaches Bravo!)

Nun, m. H., ich bin noch nicht ganz zu Ende. Es ist noch ein einziger Punkt von mir im Fluß der Rede nicht angedeutet worden, den ich aber andeuten muß, nämlich die Folgen, welche sich aus der Organisation dieser Zwangskassen durch die Arbeitgeber höchst wahrscheinlich entwickeln werden, die Folgen, welche diese Organisation auf die Arbeiterkreise auch in einer andern Hinsicht ausüben wird. Sie wissen Alle, m. H., daß ein Arbeiter, welcher so und so lange einer bestimmten Knappschafts-, Kranken- oder ähnlichen Kasse angehört und wesentliche Rechte durch seine fortgesetzten Beiträge erworben hat, diese Rechte nicht leicht aufgibt. Der Grund, derartige Rechte nicht aufzugeben, wird aber verstärkt, wenn die Rechte selbst größere geworden sind und wenn diese Kassen gegen Unglücksfälle im großen Maasstabe eingeführt werden, dann sind die Ansprüche, welche die Arbeiter an diese Kassen zu stellen haben, die Entschädigungen, welche sie aus diesen Kassen zu erhalten haben, bedeutend größere als es heute bei solchen Kassen der Fall ist. Da wird sich dann der Arbeiter, wenn er vielleicht die Arbeit verlassen oder durch einen Strike den Arbeitgeber zwingen möchte, einen höhern Lohn zu bewilligen, — da wird er sich sagen müssen: wenn ich aus der Arbeit gehe, oder meine Entlassung hervorrufe, so habe ich gar keine Rechte mehr an die wohlthätige Kasse, und so, m. H., werden die Kassen, wenn man sie aufkommen läßt, wenn man sich nicht mannhaft zusammenscharrt, um sie zu verhindern, nur dazu beitragen, daß die Löhne gedrückt und die Arbeiter immer mehr abhängig gemacht werden von den Arbeitgebern. Diese Aussicht aber wird hoffentlich auch dazu beitragen, die Arbeiterbewegung in neuen Wogen gehen zu lassen, die Arbeiter zu neuer Kraftentfaltung anzuspornen, und ich wenigstens bin nicht darüber zweifelhaft, daß dieses so eigenthümliche Haftgesetz sein bescheidenes Theilchen mit dazu beitragen wird, die sozial-demokratische Arbeiterbewegung ihrem vollständigen endlichen Sieg entgegenzuführen. Im Vorübergehen wird unsere Bewegung vorher die Regierung von heute gezwungen haben, ein Haftgesetz zu erlassen, welches die Arbeiter möglichst vollständig schützt gegen die Gefahren an Leib und Leben

und welches den Arbeitgeber, so lange der heutige Zustand überhaupt dauert, in dem weitgehendsten Maße verpflichtet, bei allen derartigen Unglücksfällen einzutreten und alle berechtigten Entschädigungsansprüche im vollsten Maße ganz allein zu befriedigen!

W. H., ich möchte Ihnen die Gedanken meines Vortrags kurz in einer Resolution zusammengefaßt vorlegen. Dieselbe lautet:

**Der Kongreß erklärt: der Reichstag hat, wie überhaupt, so besonders bei dem, angeblich im Interesse der Arbeiter erlassenen Haftpflichtgesetz, dieses Interesse in so mangelhafter Weise berücksichtigt, daß das erlassene Gesetz weit davon entfernt ist, die gerechten Forderungen der Arbeiter nach ausreißendem Schutz gegen Gefahr an Leib und Leben und nach genügender Entschädigung bei eingetretenen Unglücksfällen zu befriedigen. (Lebhafter Beifall.)**

Ufert (Chemnitz). Meine Herren. Die Hoffnung, die unser geehrter Referent aussprach, daß dieses Haftgesetz des Reichstags die Arbeiterbewegung in neue Wege bringen werde, hat sich in Chemnitz bereits bekümmert. Bracke führte sehr richtig an, daß die Arbeiter damit vorgehen müßten, in die Kassen der Arbeitgeber durchaus nichts zu bezahlen. - Man stellt es in Chemnitz den Arbeitern nicht frei, selbst ihre Kasse zu bilden, man geht noch weiter, man will von jedem Thaler 3 oder 5 Pfennige abziehen und sogleich zur Kasse werfen. Bracke hat sehr richtig bemerkt, daß heute nur Zwangskassen bestehen, denn kein Arbeiter wird angenommen, ehe er nicht der Kasse beiträgt. Es fragt sich, ob der Arbeitgeber überhaupt zu einer solchen Kasse etwas beiträgt. Sie wissen, daß in sämtlichen Fabriken Krankenkassen bestehen. Wer kontrollirt sie? Der Werkführer, und der hat vielleicht nur dem Namen nach ein Paar Arbeiter dabei, die nicht einmal etwas mit hineinzu sprechen haben. Kann der Arbeiter wissen, ob der Arbeitgeber etwas dazu thut? Es kommt in solchen Fabriken vor, und Sie werden es selbst aus eigener Erfahrung wissen, daß keine Rechnung gelegt wird. Der Arbeiter bekommt gar nicht zu erfahren, wie es überhaupt mit der Kasse bestellt ist, ob sie gut oder schlecht steht. Es wird gesagt, wir kommen so halb und halb heraus, oder es werden freiwillige Steuern erhoben u. s. w. Das muß denn den Arbeiter zwingen, darüber nachzudenken, daß er selbst eine eigne Kasse sich bildet, und hier bei diesem Haftgesetze, als zu Chemnitz die Fabrikanten zusammenkamen und eine Einladung an Alle erließen, einen allgemeinen Verband in dieser Hinsicht zu gründen, da sagten die Vertrauensmänner, die doch sonst zu Allem Ja sagen, Nein! Ich will als Beispiel nur erwähnen, daß beim Ausbruche des Krieges eine Verordnung an die sächsische Maschinenfabrik in Chemnitz erging, jedem Arbeiter sollten 2 Pfennige vom Thaler abgezogen werden, um die im Felde stehenden Soldaten zu unterstützen. W. H., obwohl man diesen Zweck vielleicht ganz billigte, aber Sie werden nicht leugnen können, daß es eine Ungerechtigkeit war, Jemanden dazu zu zwingen — da sagten die Vertrauensmänner, das könnten sie nicht auf sich nehmen, dazu könnten sie nicht Ja sagen. Sie sehen, wie die Arbeitgeber in dieser Beziehung vorgehen. W. H., Sie haben von Bracke gehört, der hat Ihnen statistisch nachgewiesen, wie viel Unglücksfälle bei derartigen Geschäftszweigen vorgekommen. In den großen Eisenschmelzwerken, wie z. B. der Marienhütte bei Zwickau, vergeht nicht eine

Woche, wo nicht 3—4 Unglücksfälle erfolgen und man sieht, die Arbeitgeber haben dabei nichts zu leisten, es muß dies unbedingt der Arbeiter thun. W. H. — die Kassen stehen überhaupt so schlecht, daß es dem Arbeiter schwer fällt, zu denselben beizusteuern. Bracke hat ferner recht, wenn er sagt, diese Kassen dienen nur dazu, den Lohn herabzubrühen. Wir haben oft von Bewegungen unter den Bergarbeitern gehört. Wenn es ihnen gelingen sollte, diesen Kassenzwang zu beseitigen, hätte man Grund ihnen Glück zu wünschen. Der Bergarbeiter arbeitet im Schachte 20—30 Jahre und unterdessen steigt der Einschuß bis auf 300 und mehr Thaler. Wenn nun der Arbeiter an einem andern Schacht etwas mehr zu verdienen gedenkt, fehlt es ihm an den Mitteln, sich in einer andern Knappschachts-Kasse einzukaufen und er ist gezwungen fortzuarbeiten, sich fort chicaniren zu lassen, er kann eben nichts dagegen thun. Warum? — seine Mittel erlauben es ihm nicht, daß er sich verändern kann. Das, m. H., ist der Zwang, das die direkte Sklaverei, und gewiß wäre der Unglücksfall in Lugau nicht vorgekommen, wenn die Bergleute freie Arbeiter wären. Es wurde gesagt, der Unternehmer sei nicht schuld, aber grade von Lugauer Arbeitern ist bekümmert worden, daß die betreffenden Bergarbeiter 14 Tage und noch länger vorhergefangen hatten, der Schacht müsse ausgebeffert werden, aber die Gewinnsucht ließ es nicht dazu kommen, daß der Schacht ausgebeffert wurde, die Gewinnsucht ließ es nicht zu, den Schacht stehen zu lassen und die nöthigen Reparaturen vorzunehmen. Der Schacht brach zusammen. (Bravo!) W. H., der Schacht brach zusammen und 200 Arbeiter fanden ihren Tod. Es wird mir eben berichtet, daß es nur 108 gewesen sind. Diese Zahl ist auch schon hoch genug. Ziehen Sie die weiteren Unglücksfälle, welche vorgekommen sind, in Betracht, gehen Sie weiter in die Eisenfabriken, in die Marienhütte zu Zwickau, in die Chemnitzer Fabriken, — Sie finden in jedem Lokalblatte wöchentlich Unglücksfälle angezeigt und dabei müssen Sie in Betracht ziehen, daß diese Zeitungen meist im Interesse der Bourgeoisie schreiben und in Folge dessen viele Unglücksfälle ganz verschweigen, daß somit lange nicht Alles an den Tag kommt, was passiert. Lesen Sie aber einmal die Arbeiterorgane in den verschiedenen Staaten, wie wir sie hier in Chemnitz, Crimmitschau und Braunschweig haben, so werden Sie finden, daß fast keine Nummer erscheint, wo nicht einer oder mehrere Unglücksfälle angezeigt werden. Und, m. H., das ist schlimm und traurig genug. Es würde mit Freuden begrüßt, daß für die Arbeiter ein Haftpflichtgesetz geschaffen worden ist, aber, daß es so ausfallen sollte, hatte Keiner vermuthet. Es ist wichtig, daß die Arbeiter keiner Kasse beitreten, daß sie den Unternehmer zur Verpflichtung nöthigen, den Schaden zu tragen. Die Arbeiter dürfen keiner Kasse, wie sie von den Unternehmern vorgeschlagen wird, beitreten. (Bravo!)

Vorsitzender. Ehe wir weiter gehen, habe ich eine Depesche zu verlesen aus Mainz. (Geschlacht) (Bravo!)

Großer (Chemnitz). Meine Herren. Der Vorredner hat Ihnen deutlich gezeigt, daß das jetzige vom Deutschen Reichstage ausgearbeitete Haftpflichtgesetz nicht dasjenige sei, welches dem Arbeiterstande in der großen Mehrzahl zu Gute kommt, im Gegentheil, daß der Arbeiterstand darunter nur Nachtheil erleidet.

Im Gegensatz dazu sind die Arbeitgeber, die Fabrikanten, gesichert. Ufert hat Ihnen ausgeführt, wie in Chemnitz die Arbeitgeber

in Folge des Haftgesetzes vorgehen, daß sie, um Nutzen zu ziehen, Kassen gründeten, zu welchen jeder Arbeiter zu zahlen hat pro Thaler, den er verdient.

Der Arbeiter hat bei der Steigerung der Lebensmittelpreise die Woche 5—6 Thaler und 15—18 Groschen aus seiner Tasche zu zahlen. Wo kommt das Geld hin? Es fließt in die Kasse, heißt es, welche der Fabrikant verwaltet, und dieser legt den Arbeiter gegenüber niemals Rechnung ab; der Arbeiter weiß nie, wie mit dem Gelde geschaltet wird. Es sind einzig und allein einige Schweifwedler, die sich der Arbeitgeber zu kaufen weiß, damit er Alles erfährt, was in der Fabrik passiert, welche die Aufsicht haben, und diese sagen dem Arbeiter nicht: so und so steht es mit der Kasse, im Gegentheil, werden sie ja einmal interpellirt, so daß sie eine Antwort nicht ganz umgehen können, so werden sie den Arbeiter mit kurzen Worten abweisen, sie werden immer sagen: die Kasse wird gut verwaltet, wir können zufrieden sein. Hierzu kommt aber noch: die Kasse wird von Fabrikanten verwaltet und es kommen enorme Summen zusammen; diese Summen verintereffiren sich, sie bringen wieder Geld und dies fällt einzig und allein den Fabrikanten in die Tasche. Mr. Fr., kommt nun ein Bankrottchen in einem solchen Geschäft vor, so ist die Kasse mit Allem zusammen verschwunden und der Arbeitgeber wird durchaus nicht interpellirt oder gar zur Bestrafung gezogen wegen Veruntreuung der Unterstützungs-kasse. So, m. Fr., stehen die Sachen heut. Aber wir wollen einmal sehen, inwiefern der Arbeitgeber dem Arbeiter gegenüber sein Haftgesetz rechtfertigt. Wenn nämlich der Arbeiter auf irgend welche Weise an seiner Arbeit etwas versehen hat, wird der Arbeitgeber in Chemnitz, — die Verhältnisse sind in dieser Hinsicht überall gleich — wenn er die Arbeit prüft und die Arbeit nicht nach seinem Geschmack ausgefallen ist, sich sofort gegen allen Schaden sichern; er zieht den Arbeiter etwas vom Lohn ab. In dieser Weise hat der Arbeitgeber die Haftpflicht in den Händen, er kann sich selbst helfen. Wir sind also, m. Fr., entschrieben im Nachtheil und ich empfehle Ihnen daher die von Bracke eingebrachte Resolution. (Bravo!)

York. Meine Freunde, von den unzähligen Ereignissen, die wir zu registriren hätten, wenn wir über Arbeiterverhältnisse sprechen, und von den Bestimmungen, die zum Nachtheile derselben existiren, theils sogar durch Gesetz sanctionirt sind, — ist wohl keines so geeignet, grade die Aufmerksamkeit der Arbeiter in einem so großen Maße auf sich zu ziehen als wie dieses sog. Haftgesetz. Mr. Fr., dieses Haftgesetz näher ins Auge gefaßt und beleuchtet zu haben, ist das Verdienst unseres Referenten Bracke gewesen. Ich für meine Person will mir nur erlauben, Ihr Augenmerk auf die Körperlichkeit zu lenken, durch die das Haftgesetz in solcher Weise verpfuscht worden ist, wie es jetzt glücklicherweise als Gesetz prangt. Mr. Fr., es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß gerade ein Gesetz, das im Interesse der Arbeiter erlassen zu sein scheint, nur dazu dient, gegen das Interesse der Arbeiter sich in Wirklichkeit zu rüsten. Mr. Fr., diese Bourgeoisie-Gesellschaft, ich will nicht sagen Bourgeoisie-Bande, damit ich mir nicht einen Ordnungsruf zuziehe, die im norddeutschen Reichstage sitzt, kann nicht anders verfahren, als sie verfahren ist. Es ist von Freund Bracke in schlagender Weise nachgewiesen worden, daß sie bei § 1, wo die Leute gewissermaßen die eigene Haut sichern wollten, sehr wohl im Interesse ihrer eigenen Person wirklich etwas geschaffen haben,

was so im Vorbeigehen auch dem Arbeiter zu gute kommt; aber m. Fr., § 2 zeigt uns schon, wie gerade diese Bourgeoisie-Gesellschaft, wo sie fühlt, daß es einigermaßen an ihre Tasche gehen würde, wenn sie den Paragraphen in derselben Weise formulirte, wie er im Betreff der Haftpflicht der Eisenbahnen formulirt ist, in dieser Beziehung sofort einlenkte und den Paragraphen nicht in der Weise genehmigte, wie die Vorlage wollte, nämlich zu sagen, daß die Unternehmer verpflichtet sind nachzuweisen, daß sie nicht Schuld an den Unglücksfällen sind.

Nun, m. Fr., aber das aller schönste bei diesem ganzen Haftgesetz ist, daß dieser die Weisheit gewissermaßen mit Löffeln gegessen habende Kaiser diesen § 4, der wirklich Alles übersteigt, was jemals vorgebracht werden konnte, hineingeschmuggelt hat in das Gesetz, als im Interesse der Arbeiter geschähe. Nun, m. Fr., wir haben vom norddeutschen Reichstage — vom deutschen Reichstage — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich noch vom norddeutschen Reichstage rede; ich bin das so gewöhnt, — wir haben vom deutschen Reichstage nicht zu erwarten, daß er etwas thue im Interesse der Arbeiter. Aber, m. Fr., im Interesse dieser Leute wäre es doch gewesen, nicht so klar auszusprechen, daß sie gesonnen sind. Alles gegen das Interesse der Arbeiter zu thun. Mr. Fr., ich muß offen gestehen, ich bewundere, daß die Arbeiter in Deutschland, als berichtet wurde, in welcher Weise das Haftgesetz erlassen wurde, daß die Arbeiter in Deutschland nicht massenhaft aufgetreten sind und protestirt haben, daß man sie mit einem solchen Gesetze beglücken wolle, ich bewundere so zu sagen die Stumpfheit, die auf den Arbeitern in Deutschland lastet, daß sie nicht energisch aufgetreten sind und ihr Recht gewahrt haben. Nun, m. Fr., es ist das ein Beweis dafür, wie viel von unserer Seite zu thun ist, wie sehr wir die Massen mit unseren Prinzipien zu durchdringen haben, daß sie erkennen, was in ihrem Interesse geschieht. Mr. Fr., es ist von einer so weittragenden Bedeutung, von so immenser Wichtigkeit, daß gerade in unserer heutigen Tagesordnung das Haftpflichtgesetz uns Anlaß gebe zu einer durchgreifenden Agitation, und wäre es nur, um die Arbeitermassen aufzurütteln aus der dumpfen Befangenheit, in der sie sich überall in Deutschland noch befinden. Ich verweise Sie des Gegentheils halber auf die Arbeiter in England, die aufgestanden sind in großartiger Weise, die Demonstrationen veranlaßt haben, die gewissermaßen, wenn sie auch das reactionäre Parlament nicht zwangen anders zu beschließen, so doch die Aufmerksamkeit der ganzen civilisirten Welt auf sich gerichtet haben. Ich verweise Sie auf die Demonstrationen, die in England geschähen sind, als das Parlament einem königlichen Prinzen eine Apanage bewilligen sollte und die Arbeiter sagten: es ist unnöthig, daß derartige Leute, die von dornherein so situirte sind, daß sie nichts nöthig haben, noch aus den Steuern des Volkes besonders entschädigt werden oder Dotationen erhalten. Nun, m. Fr., daß die englischen Arbeiter das thaten, das war noch viel weniger im Interesse der Arbeiter, als es im Interesse der deutschen Arbeiter gewesen wäre, daß sie überall und an jedem Orte gegen dieses Haftgesetz protestirt hätten. Es ist ja ein trauriger Zustand in Deutschland, den ich hiermit kennzeichne, daß die Arbeiter nicht überall an allen Orten aufgetreten sind und protestirt haben gegen ein solches nichtswürdiges Haftgesetz, welches gewissermaßen den Arbeitern Sand in die Augen streuen will, welches dazu bestimmt war, den Reichstag gewissermaßen in den Augen der Arbeiter etwas zu rehabilitiren; denn

viel Credit besitzt er so nicht in den Augen der Arbeiter. (Stürmischer Beifall. Der Polizeicommissar Weller droht dem Redner, ihm das Wort entziehen zu lassen.)

Ich werde es darauf ankommen lassen. Ich muß gestehen, daß der Reichstag, weit entfernt, die Interessen der Arbeiter zu fördern, im Gegentheil durch das Haftgesetz bewiesen hat, daß er die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt. (Erneuter stürmischer Beifall. Der Polizeicommissar fordert den Vorsitzenden auf, dem Redner das Wort zu entziehen.)

Vorsitzender: Meine Herren, Ich werde von dem anwesenden Herrn Polizeicommissar darauf aufmerksam gemacht, daß der geehrte Redner mehrmals Ausdrücke gebraucht hat, die er nicht in der Ordnung findet, und er verlangt, daß ich dem Redner das Wort entziehen soll. Ich muß leider einem derartigen Verlangen des Polizeicommissars Folge leisten, und Yorck bitten, von der Tribüne abzutreten, was er um so leichter thun kann, als gerade in diesem Augenblick seine zehnminütige Redezeit zu Ende ist. (Yorck verläßt unter endlosem Beifall die Tribüne.)

Es ist von einer Seite ein Antrag auf Schluß der Rednerliste eingegangen. Eingeschrieben sind noch Engelhardt (Zwickau), Reichelt (Hannover) und Imhof (Erfurt). Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Engelhardt (Zwickau): Freunde! Ich spreche Namens eines Bezirks, in dem die Unglücksfälle uns tagtäglich vor die Augen geführt werden. Von dem Tage an, wo wir hörten, der Reichstag beschäftigt sich mit einem Haftgesetz, war manche Mutter, manche Frau froh, in mancher Mutter stieg die Hoffnung auf, daß, wenn sie auch durch einen Unglücksfall ihren Ernährer verliere, sie vielleicht versorgt sei. Wie das Haftgesetz im Reichstag behandelt wurde, ist Ihnen ja aus den stenographischen Berichten bekannt. Es haben verschiedene Redner sowohl, als der Referent die Licht- und Schattenseiten dieses Gesetzes gekennzeichnet; wir wissen, daß wir unter den jetzigen Bestimmungen des Haftgesetzes keinen Schutz finden, sondern daß wir noch eher eine Unterdrückung erleiden, daß das Haftgesetz eher dazu angethan ist, — nicht eine Haft bei Unglücksfällen zu garantiren, nein, eher noch Unterdrückung. Was die Feststellung des Thatbestandes anbetrifft, so möchte ich unsere Staatsanwaltschaft einmal nach Zwickau beordern, um genaue Untersuchungen anzustellen. Wenn ein Unglücksfall in Zwickau eintritt, und es kommt der Inspector und inspicirt, wie der Unglücksfall sich zugetragen hat, so dürfen Sie versichert sein, daß das wahre Motiv, durch welches der Unglücksfall sich zugetragen hat, längst beseitigt ist. (Sehr richtig! Beifall!)

Aber hier auf dem Kongresse muß ich auch kennzeichnen, daß sich unter den Arbeitern Creaturen befinden, welche um einen Groschen höhern Lohn, wenn ein Arbeiter verunglückt und todt ist, sich zu Auslagen bestimmen lassen, die wahrheitswidrig sind. (Pui!)

Aber fragen wir in Zwickau an, wie die Kassenverhältnisse, die nothwendig betont wurden, sich gestalten; die Gelder, die die Arbeiter in den Knappschaftskassen haben, sind enorm; dieselben haben (gering angeschlagen) 120,000 Thlr. Vermögen. Und ich frage Sie, was diese Leute bei Unglücksfällen als Invaliden erhalten. Ich kenne viele Invaliden, die nicht mehr erhalten, als der Mann 20 Groschen pro Woche. (Zämmerlich!)

Ich frage, was das Kapital den Arbeitgebern, den Actien-

besitzern für Interessen trägt; ich frage, was die Arbeitgeber für Kapital stehen haben in den Bergwerken? Ein Beispiel mag es erklären. Unsere Bürgergenossenschaft in Zwickau hat nicht mehr eingezahlt, als 26 Thlr. pro Actie; heute steht sie 1400 Thlr. und giebt eine Dividende von 56 Thlr. pro Jahr. Sie werden gewiß gestehen, daß sich das Kapital von 26 Thlr. schon verinteressirt, um Gewinn daraus zu ziehen. Aber fragen Sie nach den Unterstützungen, welche sie den Arbeitern gemähren. Wer für die Arbeiter Sache auftritt, der muß stets hinweggeschafft werden aus dem Bereiche der Arbeiter, er muß entfernt werden, um nicht die Andern aufzuklären. Fragen wir weiter: Das aufgeparte Kapital der Arbeiter, wem fällt es in die Hände? Das ist doch klar, wie die Sonne, daß jeder Schacht, wenn die Kohlen abgebaut sind, zerfällt. Wir haben Schächte, die 60,000 Thlr. besitzen durch Kranken- und Invalidenkassen. Wem fällt das Geld in die Hände? Wem? den Betreffenden, die die Actien haben, den Betreffenden, die heute die Arbeiter auf alle mögliche Weise gemahregelt haben, wenn sie für ihre eignen Interessen aufreten. Ich glaube wohl, daß es bei den Arbeitern jetzt endlich an der Zeit wäre, daß sie sich organisiren. Allerdings, was unsere Beziehungen zu den Bergarbeitern in Zwickau anlangt, so mag ein guter Stoff vorhanden sein; sie sind aber durch einzelne Persönlichkeiten irre geleitet worden, oder das Vertrauen auf einzelne Persönlichkeiten hat die Organisation etwas scheitern lassen, und gerade das Haftgesetz war es, von dem sich die Bergarbeiter für ihre Hinterlassenen etwas versprochen. Als sie die Verhandlungen des Reichstags lasen, schlugen sie die Hände über dem Kopfe zusammen und sagten: „Gott erbarm!“ (Bravo!)

So empfehle ich Ihnen die Resolution unsers Referenten. Aber nicht nur mit einer Empfehlung habe ich es zu thun, nein, alle Sie, die Sie für die Sache jetzt Bravo rufen, an Ihnen ist es, daß Sie die Ideen dieses Beschlusses zur Wirklichkeit werden lassen, daß Sie bei der Wahl oder sonst die Augen darauf richten, daß Sie in den Reichstag nicht hinschicken einen bloßen Redner, daß Sie Männer hinschicken, die für das Wohl des Volkes eintreten, und ich empfehle Ihnen die Resolution, die der Referent Bracke eingebracht hat. (Beifall.)

Ein von drei Delegirten eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, ebenso die Bracke'sche Resolution.

Vorsitzender: Meine Herren, wir kommen nunmehr zu dem vierten Gegenstande, die politische Stellung der Partei. Von dem Referenten Liebkecht ist mittlerweile ein Telegramm eingegangen, worin er anzeigt, daß er unmöglich erscheinen könne, es wird also der stellvertretende Referent Most aus Augsburg das Referat haben. Zu- vor muß ich aber bemerken, daß wir heute von dem anwesenden Polizeicommissar die Mittheilung gemacht worden ist, daß er mich im Namen der Behörde zu ersuchen habe, dem Referenten mitzutheilen, daß er sich aller und jeder Abschweifung auf die Pariser Kommune resp. unsere Stellung zu derselben zu enthalten habe. (Sensation und Gelächter.)

Most aus Augsburg hat das Wort.

Referent Most aus Augsburg. Meine Herren! Ehe ich beginne, muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß ich das Referat im letzten Augenblick übernommen habe, daß ich mich also nicht ganz gehörig vorbereiten konnte; zweitens wünte das Referat doch nicht in erschöpfender Weise behandelt werden, weil die Zeit zu sehr vorgeschritten ist und

weil mir schon von vornherein ein moralischer Maulkorb angehängt worden ist. (Bravo und Heiterkeit.) Es ist mir von vornherein gesagt worden, daß ich wohl reden darf, daß ich aber ganz und gar gewisse Dinge, die man eben von manchen Seiten, nicht gerade gern hört nicht sagen soll. Wir werden sehen, wie sich die Sache vereinbaren läßt. (Heiterkeit.) Wir haben bis jetzt unsere Stellung stets offen ausgesprochen gegenüber allen Parteien, gegenüber den vor sich gegangenen Ereignissen u. s. w., in unseren Organen, in unseren Versammlungen und ist es nur noch nothwendig, daß der Kongreß, der die gesammte Partei repräsentirt, auch noch seine Ansicht darüber ausspricht. Wir sind von vornherein überzeugt, daß Sie Alle dieselbe Ansicht theilen, aber nun soll das heut noch konstatiert werden. Aber nun soll ich über Dinge, über welche in der ganzen Welt, selbst bei den Chinesen, debattirt wurde, nicht sprechen; es ist das eine sehr eigenthümliche Auffassung von Seiten der Behörde! (Rauschender Beifall!) Meine Herren! Nie war eine Zeit da, wie die gegenwärtige, wo unsere Partei angegriffen wurde mit allen möglichen, mit allen erdenklichen Waffen, wo der Dolch der Verleumdung gegen uns so sehr geschwungen wurde wie heute! — Und da sollten wir uns nicht ganz gehörig aussprechen? Man sagt: diese und jene Pläne verfolgen sie, dies und jenes wollen sie und das albernste Gewäsch wird in die Welt hineingeplärrt und wird von der gedankenlosen Masse nachgebetet, während wir immerfort und offen erklärt und ausgesprochen haben, was wir wollen und was wir nicht wollen; während wir immerfort und offen erklärt haben, auf welchem Standpunkt wir stehen; also heute, nachdem wir mit Schmutz besudelt worden sind, nachdem man uns von allen Seiten beworfen hat, nachdem man uns verleumdet und verdächtigt hat — da sollen wir nicht aussprechen, da sollen wir nicht sagen dürfen, auf welchem Standpunkt wir stehen! — (Lebhafter Beifall! Der Königliche Polizei-Kommissar wendet sich an den Redner, um ihm begreiflich zu machen, daß sich das stillere Verbot nur auf Neußerungen über die Kommune bezieht und er die Sache ganz falsch aufgefaßt habe.)

Vorsitzender Bebel. Meine Herren! Es scheint mir, daß die Art und Weise, wie von Seiten der Behörden verlangt wird, daß wir unsere Verhandlungen führen sollen, eine solche ist, die eines Kongresses der sozial-demokratischen Arbeiterpartei unwürdig ist. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall!) Meine Herren! Es ist uns nach den bestehenden sehr reaktionären Vereinsgesetzen gestattet, frei unsere Meinung innerhalb des Gesetzes kund zu thun. Ich bin mir nicht bewußt, daß Urtheile über die Pariser Kommune abzugeben als ungesetzlich angesehen werden könnte oder angesehen werden würde. Heute (wie allerdings schon mehrfach in Sachsen in der letzten Zeit vorgekommen ist) wird von Seiten der Behörde in sehr kategorischer Weise uns die Zumuthung, daß wir auf unser Recht verzichten sollten, gestellt; wir sind leider nicht in der Lage, nicht im Stande, einem solchen kategorischen Vorgehen seitens der Behörde gegenüber uns oppositionell zu verhalten, ihm durch offenen Widerspruch entgegenzutreten. Aber meine Herren! Ich halte dafür, umso mehr da die anwesenden Delegirten, da der größte Theil der Versammlung bereits hinlänglich Gelegenheit gehabt hat, unsere Stellung zu der Pariser Kommune kennen zu lernen, wenn wir nach dem eben Vorgefallenen auf alle und jede Debatte verzichten und eine einfache Erklärung abgeben, worin wir protestiren gegen das Verfahren, welches von Seiten der Behörde gegen unseren Kongreß und seine Verhandlungen beliebt wird; ich halte es nicht für unser würdig,

daß wir unter den uns zugemutheten Einschränkungen debattiren, und möchte ich den Herrn Referent bitten, daß er auf das Wort verzichte, und nur die Resolution, die er hat einbringen wollen, zum Vortrag bringt, und daß wir ohne alle und jede Debatte darüber abstimmen. Meine Herren! Es ist das ein trauriges Zeichen, ich muß es wieder betonen und charakterisiren, daß, während unausgesetzt Tag für Tag die Regierungen in den ihnen zu Gebote stehenden Organen, während die gesammte deutsche, die gesammte europäische Bourgeoisie, der gesammten Welt möchte ich sagen, Tag für Tag gegen die gesammte Sozialdemokratie in den schmächtigsten, niederträchtigsten Verleumdungen sich ergangen hat, indem sie uns persönlich angegriffen, unsere Ehre mit Füßen getreten hat, daß jetzt, wo die Wahrheit über die Pariser Kommune in offiziellen Aktenstücken zu Tage tritt, wo altemäßig bewiesen wird, daß alles seit Monaten Gesagte Lüge, Verleumdung, Unwahrheit (Stürmischer Beifall) ist, daß man uns heut verbietet, daß an den Pranger der Deffentlichkeit zu stellen, als das, was es ist. Ich bitte Sie, meine Herren, namentlich die Herren Delegirten, daß Sie meiner Auffassung einmützig beistimmen. (Ja wohl! Sehr richtig! Stürmischer Beifall.)

Referent Most. Meine Herren! Sie haben gehört, wie die Dinge stehen, und ich selbst sehe ein in Anbetracht der weit vorgeschrittenen Zeit, da wir um 1 Uhr schließen müssen, daß wir uns auf keine Debatte über die Geschäftsordnung einlassen dürfen! Ich weiß auch und getraue es mir zu konstatiren, daß die Delegirten mit mir alle einverstanden sind, wenn ich sage:

**wenn die Reaktion sich international verbindet, dann muß sich selbstverständlich die Revolution auch international verbinden!** (Stürmischer Beifall!)

Ich beantrage nun eine Resolution. Meine Herren! Sie kennen die Haltung des „Volksstaat“, Sie wissen, was der „Volksstaat“ geschrieben hat in den letzten Jahren, Sie wissen, was für eine Stellung er eingenommen hat zu allen Vorkommnissen gegenüber der letzten Zeit. Die Resolution lautet:

**Der Kongreß erklärt seine volle Zustimmung zu der Haltung des Parteiorgans „Volksstaat“ gegenüber den politischen und sozialen Fragen des vergangenen Jahres. Insbesondere billigt der Kongreß den durch den „Volksstaat“ unterhaltenen geistigen Zusammenhang der Deutschen Sozialdemokratie mit der internationalen Arbeiter-Assoziation!**

Meine Herren! Stimmen Sie für diese Resolution, zeigen Sie, daß Sie einsehen für Ihr Organ, daß Sie ganz und voll die in Ihrem Organ ausgesprochenen Ansichten billigen. Ich schließe mit dem Aufse:

Seht, wie von Osten hin nach West

So hell die Flamme loht,

Wir halten treu, wir halten fest,

Denn unsre Fahne ist roth!

(Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

Bebel. Wer dieser Resolution zustimmt, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschwieht allseitig.) — Ich danke Ihnen, meine Herren!

Hiermit, meine Herren! ist die zweite und letzte öffentliche Sitzung des sozialdemokratischen Kongresses zu Ende. Die nummehr noch folgenden Sitzungen, von denen die nächste heute Nachmittag 1/26 Uhr in



dem Münchner Hof stattfinden wird, sind nur für Parteimitglieder, für die Delegirten bestimmt. Nur diese haben zu diesen Sitzungen Zutritt, selbstverständlich aber auch die Mitglieder der hier bestehenden internationalen Gewerksgenossenschaften.

Meine Herren! Es ist an mich von Seiten der Arbeiter Dresdens die Anfrage gestellt worden, ob wir nicht hier für die zum Kongreß anwesenden Delegirten eine öffentliche Volksversammlung für einen der nächsten Tage anberaumen wollen. Ich bin allerdings außer Stande, mich schon jetzt hier darüber äußern zu können; ich glaube aber, den anwesenden Arbeitern und allen denen, welche eine solche Versammlung wünschen, das Versprechen im Namen der Delegirten abgeben zu können, daß wir es möglich machen werden, noch eine solche Versammlung in den nächsten Tagen abzuhalten. Im Laufe des morgenden Tages ist es unmöglich, da der Kongreß nicht allein den morgenden ganzen Tag, sondern auch den morgenden Abend wahrscheinlich noch zur Veenbigung seiner Arbeiten nöthig haben wird. Frühestens wäre es Dienstag Abend möglich und wird dann die Einwohnerschaft Dresdens durch die Dresdener Localblätter resp. Anschlagplacate davon in Kenntniß gesetzt werden.

Aber meine Herren! Insbesondere möchte ich noch, und gerade hinweisend auf die Vorgänge, welche in so eigenthümlicher Weise unsern Kongreß illustriert haben, an Sie insgesammt, die Arbeiter und alle die, welche durch die heut und gestern abgehaltenen öffentlichen Sitzungen unseres Kongresses hinlänglich Gelegenheit hatten, über unsere Prinzipien klar zu werden, die Gelegenheit hatten, über unsere Prinzipien sich zu informieren und jetzt vielleicht besser als vorher erkannt haben, in welcher Weise wir gemäßigelt werden, — ich möchte an Sie die dringende Aufforderung richten, den Beifall, den Sie unsern Rednern den sie unsern Resolutionen geschenkt, jetzt auch durch die That zu verwirklichen in dem Sinne, daß Sie nicht allein unserer Partei beitreten, daß Sie sich in unsere Genossenschaft einreihen lassen, sondern auch dadurch vor allen Dingen, daß Sie die sozial-demokratische Presse, soweit es in Ihren Kräften steht, unterstützen.

Meine Herren! Es ist in der gestrigen Sitzung das Wort ausgesprochen worden, das wahre Wort: die Lüge ist eine europäische Macht! Meine Herren! diese Macht, diese Lüge hat eine wesentliche Stütze in der heutigen Presse. (Lebhafte Bravo!) Es ist also nothwendig, daß wir ein solches Lügeninstitut, ein solches Verleumdungsinstitut, ein so wirksames Institut zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, welche Freiheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit auf ihre Fahne geschrieben hat, vernichten und daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften unsere Organe zu unterstützen und zu verbreiten suchen. Und meine Herren! ich möchte den Dresdnern neben dem Abonnement auf den „Volksbote“ das Abonnement auf das Central-Organ, den „Volksstaat“, empfehlen. Der „Volksbote“ ist ein Tagesblatt, er erscheint alle Tage und ist seine Expedition große Brüdergasse Nr. 11, I. Etage. Es beträgt der Preis 6 Groschen monatlich, also ein Preis, der den Meisten aufzubringen möglich ist. Der „Volksstaat“ erscheint in jeder Woche zweimal, Mittwoch und Sonnabend, und ist seine Filial-Expedition in der Ferdinandstraße Nr. 11, bei Carl Schleicher. Zu bestellen ist er außerdem auf der Post, wo er vierteljährlich 12 Mgr. kostet. Meine Herren! Ich bitte Sie, zunächst in dieser Beziehung die Organe unserer Partei auf das lebhafteste zu unterstützen, erstens damit Sie selbst mehr über unsere Bestrebungen klar werden und die dadurch gewonnene Klarheit

benutzen, um die Prinzipien der Sozialdemokratie in immer weitere Kreise zu verbreiten und dadurch beizutragen, daß derartige Zustände, wie wir sie heute in dieser Versammlung erkannt haben, für die Zukunft unmöglich gemacht werden und auf immer verschwinden. Dann halte ich es für meine Pflicht, im Namen der anwesenden Delegirten, auf das Entschiedenste gegen das Vorgehen der Dresdener Polizeibehörde zu protestiren. (Lebhafte Beifall.)

Es wird mir eben mitgetheilt, daß morgen Abend in der Conversation eine Versammlung von Gewerkschaftsmitgliedern stattfindet; ich bemerkte, daß selbstverständlich alle Die, welche sich für die Gewerkschaftsfrage interessieren, Zutritt haben, es werden mehrere der anwesenden Kongreß-Delegirten das Referat übernehmen und Zweck und Nutzen der Gewerkschaften auseinandersetzen.

Megner. (Berlin). M. H. obgleich durch den Protest, der eben jetzt beschlossen worden ist, dem, was ich sagen wollte, in etwas vorgegriffen wurde, halte ich es doch für meine Pflicht, die Frage an den Vorsitzenden zu stellen, ob das sächsische Vereinsgesetz, das mir nicht bekannt ist, dem überwachen den Polizeibeamten gestattet, beliebig den Referenten zu unterbrechen, an ihn Fragen zu richten, resp. sich mit demselben in eine Unterhaltung einzulassen.

Das preußische Vereinsgesetz verweist den beaufsichtigenden Beamten stets nur an den Vorsitzenden. Ist es im sächsischen ebenso, dann bitte ich, in dem Proteste auch gegen das persönliche Verfahren des überwachen den Beamten mit zu protestiren.

Denn, m. H., wenn so etwas gesetzlich nicht statt hat, haben wir die Pflicht, mit aller Energie dem entgegen zu treten. Es könnte sonst leicht kommen, daß in der weiteren Verhandlung wiederum der Beamte beliebig die Redner unterbräche u. s. w. und fast jede Frage zum Theil illusorisch gemacht würde. Ich bitte, daß der Vorsitzende, falls das sächsische Vereinsgesetz dem preußischen entspricht, auch diesen Protest dem früher beschlossenen anschließt. (Bravo.)

Vorsitzender. M. H. ich bin allerdings außer Stande, dem Fragesteller hierauf eine klare und bündige Antwort zu geben. Soweit ich das sächsische Vereinsgesetz kenne, ist allerdings in demselben kein § enthalten, der dem überwachen den Polizeibeamten ein beliebiges Einschreiten in der Weise, wie man es charakterisirt hat, gestattet. Indessen m. H. die Polizeigewalt ist eine große Gewalt, sie hat die Allmacht im Staate; wir haben einen Polizeistaat, es ist daher sehr leicht möglich, daß, wenn auch im Vereins- und Versammlungsgesetze eine derartige Bestimmung nicht enthalten ist, seine derartige Ueberwachung des Polizeibeamten gleichwohl auf Grund seiner sonstigen Instruktionen gestattet ist und daß er das Recht hat, ein derartiges Verfahren zu beobachten. Auf jeden Fall wird es von unserer Seite bei dem im Namen des Kongresses öffentlich abgegebenen Proteste nicht bloß bleiben, wir werden selbst Klage erheben, weniger in der Hoffnung, Recht zu erlangen, als nur um einmal öffentlich zu constatiren, wie die höheren Behörden in solchen Fällen denken, ob sie das Verfahren der Unterbehörde gut heißen oder tadeln. Wir werden uns natürlich schriftlich an die höheren Behörden mit diesem Proteste wenden und ihrerseits ein Urtheil über die Frage provoziren, welches seiner Zeit durch die Presse bekannt gemacht werden soll.

Ich glaube, daß hiermit wohl die Frage erledigt sein dürfte und daß wir uns nicht in einen Streit über die Sache einlassen können,

der für den Augenblick in meinen Augen vollständig unfruchtbar ist, und der nur dazu dienen könnte, die Verhandlung, die bisher einen so würdigen Verlauf genommen hat, durch eine unangenehme Diskussion zu beeinträchtigen, die mit dem Kongresse nichts zu thun hat. (Bravo).

Ich erkläre die zweite öffentliche Sitzung des Kongresses der sozial-demokratischen Arbeiterpartei für geschlossen, indem ich nochmals an Sie die bringende Aufforderung richte, soweit es in Ihren Kräften steht, dazu beizutragen, daß die sozial-demokratische Partei sich weiter und weiter im Volke verbreite, damit endlich die Zeit komme, wo die Sozial-Demokratie als siegende Macht im Staate und in der Gesellschaft auftritt, und ich bitte Sie einzustimmen in den Ruf: „Die Sozial-Demokratie und ihre Bestrebungen, sie leben hoch!“ (Hoch!)

Allen Denjenigen, welche nicht zu unsrer Partei gehören und mit so viel Aufmerksamkeit den Verhandlungen gefolgt sind, sage ich, Namens der Delegirten, den wärmsten Dank!

### Erste geschlossene Sitzung.

Vorsitzender Bebel eröffnet die Sitzung Nachmittags 3/6 Uhr mit Vorlesung von Telegrammen der Kölner Parteigenossen und der in Zürich versammelten schweizerischen Sozial-Demokraten. Das letztere beschließt man zu erwidern.

Ferner giebt der Vorsitzende Kenntniß von verschiedenen Briefen, Grüße und Glückwünsche enthaltend, aus Ravensburg, Feldkirch in Vorarlberg, aus Gotha von den im Gefängnisse befindlichen Parteigenossen Sauerweig und Augustin, und von Wintersberg in Coburg. Des letzteren Brief soll in der nächsten Sitzung zum Vortrag gebracht werden.

Vorsitzender: Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand bildet der Bericht des Leipziger provisorischen Ausschusses. (Gabriel, Berichterstatter des provisorischen Ausschusses, bittet um eine Weile Aufschub, indem die Akten erst geholt werden.) Vorsitzender: Ist vielleicht die Mandatsprüfungs-Kommission in der Lage, Bericht zu geben? — Das ist nicht der Fall, dann bitte ich aber die Herren von der Mandatsprüfungs-Kommission, darauf zu halten, daß sie morgen bei Eröffnung der Vormittagsitzung in der Lage sind, Bericht zu geben. — Ueberdies könnte es dem Bericht des provisorischen Ausschusses keinen Eintrag thun, wenn wir zunächst den Bericht der Kontrol-Kommission hören.

York (Hamburg), Mitglied der Kontrol-Kommission, verliest den nachstehenden Bericht der Kontrol-Kommission im Auftrag der Kontrol-Kommissions-Mitglieder:

### Jahresbericht der Kontrollkommission.

An den Kongreß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei, tagend zu Dresden.

Hamburg, August 1871.

Die Kontrol-Kommission, im Juni 1870 gewählt, hielt am 1. Juli 1870 ihre erste Sitzung. Sie gab sich selbst eine Geschäftsordnung und nahm Gelegenheit, auf Wunsch des Braunschweig-Wolfenbütteler Ausschusses, nicht nur stets eine kontrolirende und ausgleichende, sondern auch zuweilen eine beratende Parteibehörde zu sein. So hatte sie unter Anderm den im Juli v. J. veröffentlichten

Aufruf zur Reichstagswahl mit berathen. Nach Ausbruch des Krieges bemühte sich die Kontrol-Kommission, die Differenzen zu schlichten, welche hinsichtlich der Haltung des Parteiorgans zwischen der Redaktion des letztern und dem Braunschweig-Wolfenbütteler Ausschusse ausgebrochen waren. Die Mehrheit der Mitglieder der Kontrol-Kommission sprach sich in dieser Frage für möglichst neutrale Haltung des „Volksstaat“ — unter Berücksichtigung der starken nationalen Strömung in Deutschland, zugleich aber unter Beachtung des internationalen Standpunktes der Partei laut Programm — aus. Der Ausgleich war zwischen Ausschusse und Redaktion bestens angebahnt, als plötzlich durch die Verhaftung des Ausschusses diese Frage erledigt ward. Nun galt es für die Kontrol-Kommission, eine neue Parteileitung einzusetzen. Hamburg befand sich, gleichwie viele andere Städte, im Belagerungszustand, mußte deshalb von einer provisorischen Leitung absehen, um so rascher jedoch einen neuen provisorischen Ausschusse durch die Kontrol-Kommission konstituiren. Dies geschah am 12. September 1870. Als Ort des provisorischen Ausschusses wurde Dresden erwählt, zum Ausschusse selbst wurden als Sekretär: Dr. A. Otto-Walster, als Kassirer: J. Wahlteich, als Beisitzer: H. Enieling berufen. Da Wahlteich ablehnte, trat sofort an dessen Stelle der von Dresden aus vorgeschlagene Parteigenosse E. Köhler. Die Kontrol-Kommission verfuhr hierbei in unmitttelbarer Weise, d. h. sie vermied eine Wahl durch die Dresdener Parteigenossen, da sie Gefahr im Verzuge sah. Auch glaubte sie für die vermeintlich kurze Zeit des Provisoriums mit drei stellvertretenden Ausschussemitgliedern genug Personen engagirt, zumal nicht abzusehen war, welche Stellung die sächsischen Behörden dem neuen Ausschusse gegenüber nehmen würden. Kurz nach diesen Anordnungen, am 14. September, wurde das Kontrol-Kommissions-Mitglied Th. York, vorübergehend — auf 14 Tage — verhaftet, dann gleichfalls am 17. September der Geschäftsführer der Kontrol-Kommission, A. Geib, letzterer zur unfreiwilligen Kontrolle des Braunschweig-Wolfenbütteler Ausschusses auf der Feste Boyen bei Böhzen. Dessenungeachtet kam die Kontrol-Kommission, wenn nöthig, zusammen, und besonders war es nun die Stellung des provisorischen Dresdener Ausschusses zur Redaktion und Expedition des „Volksstaat“, welche die Kontrol-Kommission beschäftigte. Auch hierbei erwies sich die Institution der Kontrol-Kommission im besten Lichte, da sie es wohl zum guten Theil war, welche ein Auseinanderplätzen der Geister verhinderte. Die vorwiegende Streitfrage war die des Weiterdruckes von Dr. Otto-Walster's Roman. Wir enthalten uns, darüber Weiteres zu sagen, — wird dem Kongreß diese Angelegenheit doch ohnehin zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden.

Als uns — Geib war indessen wieder aus Böhzen zurückgekehrt — im neuen Jahre (1871) von verschiedenen Seiten der Wunsch zu ging, zu den Reichstagswahlen eine straffere Centralisation der Partei anzustreben, als uns ferner zugleich aus Dresden die Kunde kam, daß der dortige provisorische Ausschusse durch persönliche Verhältnisse seiner Mitglieder an erfolgreichem Wirken gehemmt werde, da entschlossen wir uns, den Dresdener Ausschusse um Niederlegung seines Mandats zu ersuchen, was denn auch — unter Dank der Kontrol-Kommission für die Leitung der Parteigeschäfte in schwerer Zeit — seitens dieses Ausschusses geschah.

Parteiortort wurde nun Leipzig. Die Leipziger Parteigenossen wählten auf unsere Anordnung wieder fünf Ausschußmitglieder, natürlich mit Berücksichtigung des § 12 der Parteiorganisation. Dieser neue provisorische Ausschuß führte die Geschäfte der Partei bis heute; es kann die Kontrol-Kommission, welche seine Akten geprüft hat, ihm mit Recht das Zeugniß geben, daß er, soweit dies ein Provisorium zuließ und bedingte, seiner Pflicht getreulich nachgekommen ist.

In Sachen des „Proletarier“ stimmte die Kontrol-Kommission mit dem Ausschuß in den Vorschlag, das genannte Parteiorgan wegen pekuniärer Schwierigkeiten eingehen zu lassen, überein. So bebauerlich dieser Schritt für die Partei im Allgemeinen auch sein möchte, so war er zum mindesten doch ebenso zwingend.

Die Kontrol-Kommission fand noch Gelegenheit, außer den Akten und Büchern des Leipziger Ausschusses auch die Akten und Rechnungen des sächsischen Zentral-Wahlkomitees zu Grimmitzschau, sowie die Papiere des Wahlkomitees zu Mittweida zu prüfen. Sie erklärt, diese Schriftstücke in Ordnung befunden zu haben und fordert bei dieser Gelegenheit den Kongreß auf, Schritte und Wege anzugeben, welche die Partei baldigst zur Tilgung der noch vorhandenen Reichstagswahlschulden führen.

Eine Prüfung der Bücher und Akten des Braunschweig-Wolfenbütteler Ausschusses konnte, Anfangs September 1870 begonnen, nicht beendet werden. Der Grund hierfür ist einfach. Die sämtlichen Akten und Bücher dieses Ausschusses wurden theils am 9. September v. J. zu Braunschweig, theils am 11. September v. J. zu Hamburg, wo sich dieselben zur Revision befanden, von der Polizei mit Beschlag belegt. Daß damit auch die Revision der Bücher vom Jahre 1869, August, bis 1870, Juni, welche der Stuttgarter Kongreß an Müller, Oefelmann und Geib in Hamburg übertragen hatte, unmöglich geworden war, bedarf kaum der Erwähnung.

Die Kontrol-Kommission hojst vorwurfsfrei auszugehen, wenn sie berichtet, daß eine Prüfung der Akten und Bücher des provisorischen Dresdener Ausschusses bis heute nicht erfolgt ist. Sie beagnügt sich, in dieser Beziehung die eigenthümlichen, durch den Kriegszustand im verfloffenen Jahre hervorgerufenen Verhältnisse, unter welchen die Geschäftsführung des Dresdener Ausschusses litt, zu ihrer Entschuldigung anzuführen. Es wird übrigens Sache des Kongresses sein, nach Anhörung des Berichts der Mitglieder des ehemaligen Dresdener Ausschusses eine schließliche Revision, beziehungsweise eine Entschlangung der Geschäftsführung dieses Ausschusses in Erwägung zu ziehen.

Beschwerdeschriften trafen bei der Kontrol-Kommission nur wenige ein. Sofern dieselben sich nicht auf die erwähnte Differenz zwischen dem Braunschweig-Wolfenbütteler Ausschuß und der Redaktion des „Volksstaat“ bezogen, war keine unter ihnen von Bedeutung. Da alle eine befriedigende Erlebigung fanden, so verzichteten wir auf deren nähere Erörterung.

Ohne Ueberhebung dürfen die Mitglieder der Kontrol-Kommission sagen, daß sie während ihrer einjährigen Thätigkeit in dieser Kommission die Ueberzeugung gewonnen haben, die jetzige Parteiorganisation, in welcher die Körperschaft der Kontrol-Kommission von nicht zu unterschätzendem moralischem und politischen Werthe ist, als eine gute Bezeichnung zu können. Trotzdem im letzten Jahre die kräftige Centra-

lisation, welche aus dem gefesteten Wesen eines definitiven Ausschusses sich wie von selbst ergibt, vielfach mangelte, trotzdem der herrschende Kriegszustand die Reihen der Partei zeitweilig lichtetete und eine Zurück- und Niederhaltung mancher Parteikräfte im Gefolge hatte, trotzdem — sagen wir — steuerte die Partei auf dem festgeimmerten Schiffe ihres Programms und ihrer Organisation rüstig durch die überall tosenden Wogen Mäde der Kongreß dieses Schiff streng mustern, seine Steuerleute neu instruiren und es dann freudig unter dem Kompaß „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ weiter steuern lassen!

Die Mitglieder der Kontrol-Kommission. Im Auftrage  
Aug. Geib.

Vorsitzender: Ich frage zunächst, ob Jemand auf Grund des gehörten Berichts das Wort wünscht; ich bitte aber dabei zu beachten, daß verschiedene hiermit angeregte Fragen jedenfalls noch durch die folgenden Ausschußberichte einer eigenen Erörterung unterzogen werden dürften. Zunächst dürfte es aber zweckmäßig sein, daß wir den Bericht des Dresdener Ausschusses anhören. Walster hat das Wort.

Walster, Sekretair des provisorischen Dresdener Ausschusses: Liebe Parteifreunde! Im Allgemeinen ist für das schlechte Jahr, welches die Sozial-Demokratie durchzumachen gehabt hat, in Folge brutaler Gewalt und aller möglichen Verfolgungen, immerhin ziemlich Erfreuliches geschehen. Ich muß offen gestehen: ich habe in der Zeit, wo die ersten Stürme in dieser Beziehung auf uns hereinbrachen, einige sehr ernste Befürchtungen gehabt, und zwar gaben sich Thatsachen kund, die allerdings in Widerspruch stehen mit dem Bericht der Kontrol-Kommission, in sofern nämlich, als derselbe ausspricht, es hätte sich unsere Parteiorganisation bei dieser Gelegenheit besonders gut bewährt. Ich muß auf Grund der hier gemachten Erfahrungen erklären: „das ist entschieden nicht der Fall gewesen.“ Wer von dem Augenblick an, wo in Braunschweig der Ausschuß verhaftet wurde, bis da, wo es in die Wahlagitation hinüberging, tagtäglich seine Sorgen über diese Angelegenheit hatte, der allein kann auch sagen, was er bei dieser Gelegenheit in Bezug auf die Organisation vermist hat.

Was bei unserer Parteiorganisation ganz unbedingt nicht der Fall war, das war das sofortige rasche freiwillige Einschreiten der Sozialdemokraten Deutschlands, namentlich da, wo unsere Parteigenossen in den Städten organisiert waren. Hier ist uns eine Ohrfeige in das Gesicht geschlagen, über die man jetzt noch schamroth werden möchte, über die, wenn man sie in das Gedächtniß zurückruft, meine ganze Seele erbebt. — Wenn man fragt: was sind wir eigentlich in Deutschland? Sind wir Staatsbürger? Bezahlen wir unsere Steuer? Erfüllen wir unsere Pflichten? Haben wir ein Anrecht an diesen Boden? Sind wir ebenso gut Staatsbürger wie Andere? Wenn uns die Polizei auf alle und jede mögliche Weise chikaniren und beschränken kann, was sind wir denn auf deutschem Boden? Das habe ich damals gefühlt im tiefsten Herzen, und diese Zeit hat mich zu etwas Anderem gemacht, als ich bis dahin gewesen war. (Bravo!) Aber ich habe auch erwartet, daß die Partei an allen Orten und Enden ebenso fühlte und ebenso auftrat, wie es unbedingt der Geist des Unwillens ihr eingeben mußte, daß sie wenigstens gerade in diesen Stunden eine weit höhere Energie entfaltetete, als in den Friedenszeiten, wo es nicht

so unbedingt nothwendig war. Da hat sich leider gezeigt, daß die Organisation nicht derartig war, nicht derartig vorbereitet und gepflegt war, wie man das nöthiger Weise von den Parteigenossen erwarten konnte. Spät, sehr spät kamen überhaupt Nachrichten an uns, wenn Parteigenossen aufs neue in brutaler Weise gemafregelt waren; spät, sehr spät wurden wir, und häufig erst dann, wenn wir uns selbst darum gekümmert hatten, in die Lage versetzt, helfend und mildernd einzugreifen. Wir hatten selbstverständlich erwartet, daß überall da, wo Parteigenossen gemafregelt wurden, die übrigen Parteigenossen an Ort und Stelle Berathung pflegen, Berichte einsenden und uns dadurch in die Lage setzen würden, einestheils das Nöthige vorzuführen, anderntheils eine Uebersicht zu erhalten über das, was unsere nächste Aufgabe sein müßte, und demgemäß Maßregeln zu treffen. Das ist leider nicht der Fall gewesen, im Gegentheil hat uns in unserer Sorge sehr häufig der Vorwurf getroffen zu wiederholten Malen und von Seiten, wo wir es am wenigsten erwartet hatten, daß wir unsere Pflicht und Schuldigkeit nicht gethan hätten. Nun freilich, wenn wir Briefe schreiben, wenn wir uns erkundigen, wenn wir alles Mögliche thun, selbst das thun, was wir nicht zu thun brauchen, um unsere Parteimitglieder zur Pflichterfüllung zu bringen, und das Alles nicht genügt, nun freilich, dann sind wir ohnmächtig, dann kann der liebe Herrgott selber Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei sein und kann es auch nicht bessern. Ich will nicht sagen, daß von unserer Seite nicht ebenso gut Fehler und Irrthümer begangen wurden, — das sei ferne von mir! Es liegt ferne von mir, unsere Handlungen zu beschönigen oder unsere Verdienste hervorzuheben. Nein! ich sage dies bloß, damit die Parteigenossen sich ernst zu Herzen nehmen, daß gerade in ernster Zeit eine erhöhte Parteithätigkeit von allerhöchster Wichtigkeit ist, und wenn man von dem Ausschuß verlangt, daß er nach allen Seiten hin seine Pflicht und Schuldigkeit thue, daß vor Allem die Parteigenossen selbst — und namentlich da, wo sie in der Lage sind — das thun, was ihnen die lokalen Ereignisse zur unbedingtigen Pflicht machen. Das ist vorläufig das, was ich, anfügend an den Bericht der Kontrol-Kommission, hier hervorheben mußte, weil mir darauf nicht mehr zu sprechen kommen werden und weil es nothwendig ist, daß die Parteigenossen in sich kehren und bedenken, daß die Organisation zwar Fehler hat, aber sehr gut werden kann, wenn der Geist, der sie beseelt, das Uebrige ersetzt; daß die schlechteste Parteiorganisation dann eine gute wird, wenn die Parteigenossen selbst für die Organisation rechtzeitig, muthig und tapfer vorgehen. (Bravo!)

Bräde: So leid es mir thut, Walster hier entgegen treten zu müssen, so erfordert es doch die Sache. Walster macht die Organisation für Dinge verantwortlich, für welche sie nicht verantwortlich ist, die vielmehr in den augenblicklichen Verhältnissen ihren Grund hatten. Der Ausschuß hat die Geschäfte angetreten in einer Zeit, wo von einem Parteileben in Deutschland, ausgenommen wenige sehr beschränkte Gebiete, nicht die Rede sein konnte. Wir haben in Sachsen nicht allein, sondern in ganz Nord-Deutschland die Versammlungsverbote bekommen, und ich glaube, meine Freunde, es ist ganz naturgemäß gewesen, daß, auch ohne jene Verbote und Gewaltmaßregeln, nach dem Ausbruch dieses großen Krieges die Parteithätigkeit und das Parteileben selbst abnahm, daß die Partei zu einem Stillleben, zu einem Nichtsthum gewissermaßen verdammt war. Wir haben bis zum

Ausbruch des Krieges in Braunschweig eine so außerordentliche Masse von Arbeit gehabt, daß ich mich mit meinen Freunden oft gefehmt habe, endlich einmal diese furchtbare Last los zu werden. Aber ich versichere Sie, als der Krieg ausgebrochen war, da dauerte es noch 14 Tage, — und wir hatten nichts mehr zu thun. Wir fanden es schließlich ganz unverantwortlich, noch für einen Sekretär Geld auszugeben, denn derselbe hatte absolut nichts im Interesse der Partei zu thun, als höchstens täglich einen einzigen Brief zu schreiben; es lag nichts vor; die Parteithätigkeit war erlahmt. Da habe ich Vornhorst in mein Geschäft genommen, damit er der Partei nicht unverdiente Kosten verursache.

So wurde dann unsere Verhaftung vollzogen und es kamen die Gewaltmaßregeln gegen unsere Partei; wie ist es denkbar, daß in Verhältnissen, in denen die Partei durch die äußern Umstände an allen Seiten gehindert war, eine Organisation die Ansprüche erfüllen konnte, die Walster aufgestellt? Ich kann Ihnen die Versicherung aus meiner Erfahrung im Braunschweiger Ausschuß geben, daß sich bis zum Kriege unsere Organisation gut bewährt hat; es mögen Mängel vorhanden sein, es mögen Vorschläge, dieselben zu verbessern, gemacht werden; das ist unsere Pflicht; es ist ja nichts vollkommen, am wenigsten vielleicht unsere Partei-Organisation; aber was Walster der Organisation zum Vorwurf machen will, wofür er die Organisation verantwortlich machen will, m. S., das ist entschieden, meiner Ueberszeugung nach, nicht die Folge unserer Organisation, sondern eine nothwendige Folge unserer außerordentlich traurigen politischen Verhältnisse.

Vorsitzender: Bevor wir weiter in der Debatte vorgehen, muß ich doch bemerken, daß wir, wenn wir in dieser Weise über den angelegten Punkt berathen, allerdings über etwas debattiren, was im Laufe der späteren Verhandlungen wieder zur Sprache kommen wird, nämlich bei der Organisationsfrage selbst.

Mehner: Ich möchte ersuchen, in dieser Weise nicht weiter zu debattiren; wir kommen zu keinem Ziele; mir scheint es im Gegentheil, als ob wir, wenn wir, wie bisher, fortdebattiren, nur leeres Stroh brechen. Walster hat zwar Klage erhoben, aber nichts Positives dafür vorgebracht, daß die Parteigenossen ihre Schuldigkeit nicht gethan. Ich glaube, daß wir dies klarer erst erkennen können, wenn wir den Bericht des Leipziger Ausschusses gehört haben, und ich bitte deshalb, die gegenwärtige Debatte abzubrechen und erst den Bericht des Ausschusses zu hören. (Sehr gut.)

Mehners Antrag wird unterstützt und angenommen; hierauf verliest Heydemann den Bericht des Leipziger provisorischen Ausschusses:

### Bericht des Leipziger Ausschusses.

Im Anfang Februar dieses Jahres erhielten die Parteigenossen zu Leipzig von der Kontrolkommission zu Hamburg den Antrag, aus ihrer Mitte einen Ausschuß zu wählen, welcher die Leitung der Parteigeschäfte nach der Amisniederlegung des stellvertretenden Ausschusses zu Dresden an dessen Statt weiter zu führen habe. Nach der Norm unseres Parteistatus wurde die Wahl vorgenommen in einer am 2. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung. Sie unterlag sehr schwierigen Verhältnissen, erklärlich durch die allseitigen Maßregelungen und Ver-

haftungen, denen die Parteigenossen bei Führung eines solchen Amtes sich leicht ausgesetzt sahen.

Die Gewählten konstituirten sich am 4. Februar als stellvertretender Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei. Die erste Thätigkeit, welche diesem Ausschusse oblag, war, bei der im Monat März erfolgte Wahl für den deutschen Reichstag, im Verein mit den Parteigenossen dahin zu wirken, daß erstens die bei der früheren Reichstagswahl aus unserer Partei hervorgegangenen Vertreter auch dieses Mal wieder gewählt würden; zweitens, bei der Aufstellung von Reichstagskandidaten von unserer Seite vornehmlich die damals inhaftirten Parteigenossen in Vorschlag zu bringen, indem eine auf sie fallende Wahl zugleich ihre voraussichtliche Erlösung aus der Haft in sich schloß.

Der stellv. Ausschuß hatte dieserhalb in Verbindung zu treten mit dem Central-Wahlkomitee zu Grimmitzschau. Die dortige Parteigenossenschaft war von der am 26. Jan. zu Zwicau stattgefundenen sächsischen Landesversammlung der soz.-demokr. Arbeiterpartei, woselbst man die event. Aufstellung der Reichstagskandidaten für die Wahlkreise in Sachsen berathen hatte, beauftragt worden mit der Bildung eines Centralkomitee's für die Reichstagswahlen in Sachsen.

In Gemeinschaft mit diesem Komitee wurde die Wahl für die von unserer Partei aufgestellten Reichstagskandidaten mit möglichster Energie ins Werk gesetzt, unterstützt durch opferungsvolle Hingebung aller Parteigenossen.

Der Erfolg war der, daß in diesen, für Durchbringung eines Kandidaten sozialistischer Richtung gewiß höchst ungünstigen Zeitverhältnissen, wo die losgelassenen Wogen des Patriotismus Alles überflutheten, dennoch, trotz aller Gegenmaßregelung, zwei unserer Vertreter, aufgestellt im 17. Wahlkreis Glauchau-Merane, und im 18. Wahlkreise Grimmitzschau-Werbau, über ihre Gegenkandidaten siegten. Außerdem gelang es uns im 15. Wahlkreise Frankenberg-Mittweida, es bis zu einer engeren Wahl zu treiben, in der unser Kandidat allerdings unterlag, der Gegner aber nur mit geringer Stimmenmehrheit siegte. Doch hatten wir gegen früher einen schweren Verlust zu beklagen, indem die Wiederwahl unseres Vertreters im 19. Wahlkreise mißglückte.

Wenn wir auch in Hinsicht auf die Reichstagswahl von 1867 nicht eine gleiche Anzahl von Reichstagskandidaten unserer Partei bei der diesjährigen Wahl durchbringen konnten, so bietet doch immerhin die errungene Stimmenzahl von ca. 150,000, ein wohl ins Gewicht fallendes Resultat. Diese ist insgesammt in ganz Deutschland als die Stimmensumme zu bezeichnen, die auf Vertreter der soz.-demokr. Arbeiterpartei, oder auf die deren Richtung Angehörige, abgegeben wurden. Auf Sachsen allein kommen über 48,000 Stimmen. Dieses so erfreuliche Ergebniß berechtigt uns denn auch für die nächste Reichstagswahl zu noch größerer Hoffnung, wenn wir insbesondere die diesmal gemachten Erfahrungen zu benutzen verstehen.

Bei einem besseren Wahlmodus würden diese 150,000 Stimmen uns zu einem glänzenden Sieg verholfen haben.

Um aber später unseres Erfolgs ganz sicher zu sein, ist es nothwendig, daß wir auf Grund der gemachten Erfahrungen schon jetzt die Vorarbeiten beginnen, denn die Reichstagswahl ist in jetziger Zeit gewissermaßen der Kampf, in welchem die Partei ihre Kräfte zu erproben und zu beweisen hat.

Es erscheint deshalb wohl geeignet, die Agitation im All-

gemeinen mit Berücksichtigung auf die Wahlkreise zu betreiben.

Dennach sollte in den einzelnen Wahlkreisen, von je einem gewissen Hauptorte aus, als Mittelpunkt des Kreises, die Agitation fortwährend regsam betrieben werden, und sollte man, immer weiterbringend, den ganzen Umkreis in Anregung erhalten und die nöthige Aufklärung über das soz.-demokr. Prinzip verbreiten, damit einestheils die im geeigneten Moment nothwendigen und sonst so schwer zu beschaffenden Anknüpfungspunkte bei der Wahl vorhanden seien, andernteils eine erfolgreiche Heranziehung und Heranbildung von agitatorischen Kräften möglich werde.

Besonders letzterer Umstand müßte von den Parteigenossen hauptsächlich beachtet werden. Denn die Aufforderung an den stellvertretenden Ausschuß während der Wahl, die nöthigen Agitatoren zu stellen oder abzuordnen, hat nicht stets strikte befolgt werden können, weil die nothwendigen agitatorischen Kräfte nicht in genügender Anzahl vorhanden waren.

Die Wahlkreise müssen deshalb selbstständig ihre agitatorischen Kräfte sich beschaffen, und diese müßten möglichst an Ort und Stelle bleibend sein, damit, hauptsächlich während der Wahl, bei passender Gelegenheit augenblicklich die Agitation vorgenommen werden kann und nicht, wie es geschehen, durch das Nachsuchen eines Agitators Zeitverlust entsteht, wodurch dann die am Orte beabsichtigte Agitation oft illusorisch wird. Außerdem würden hierdurch die Unkosten sich vermindern. In dieser Weise vorbereitet, werden wir in den Wahlkreisen, wo wir die Durchbringung unseres Vertreters erhoffen, des Erfolges dann sicherer sein.

Im weiteren Verlaufe der Verwaltung der Parteigeschäfte mußte es dem stellvertretenden Ausschuß zur höchsten Pflicht werden, wegen der spärlichen Einkünfte der Mitgliedsbeiträge, möglichst sparsam zu wirtschaften und wenigstens einigermassen eine Abtragung der Parteischulden zu erstreben. Des Genaueren hierüber wird der Parteiführer zu berichten haben.

Ungleich reichlicher als die Mitgliederbeiträge flossen die freiwilligen Selbstbeiträge, und gab dies Zeugniß davon, daß die Parteigenossen nicht bloß ihrer Pflicht eingedenk waren, sondern auch Opfer zu bringen mußten, als man unsere Partei lahm zu legen hoffte, indem man in umfassender Weise Verhaftungen vornahm.

Nachdem unsere Inhaftirten aus ihrer 200- und 100tägigen Haft entlassen waren, hielt es der stellv. Ausschuß für seine Schlichtigkeit, die Leitung der Parteigeschäfte wieder an den Ausschuß zu Braunschweig-Wolfenbüttel zurückzugeben. Der Ausschuß zu Braunschweig lehnte aber insgesammt die Wiederübernahme der Leitung der Parteigeschäfte definitiv ab. Nach Bericht hierüber an die Kontrollkommission und mit dieser in Uebereinstimmung, hielt der stellv. Ausschuß die Ansicht für maßgebend, daß eine wiederholte Veränderung des Parteiausschusses für die Führung der Parteigeschäfte nur schädlich wirken könnte, und entschloß sich, in Anbetracht der Ablehnung des Braunschweiger Ausschusses, die Parteileitung bis zum Kongreß provisorisch weiter zu führen.

Der Ausschuß glaubte, eingedenk seines Provisoriums, sich's zur Nichtsnur nehmen zu müssen, möglichst vorständig in allen seinen Handlungen aufzutreten. Man könnte dem provif. Ausschuß den

Vormurf vielleicht machen, nicht initiativ genug vorgegangen zu sein; man wolle aber bedenken, daß die so leicht bereiten Maßregelungen den prov. Ausschuß zu einer etwas reservierten Haltung zwangen, denn es hätte eine nochmalige Verhaftung die Parteigenossen wieder in Mitleidenschaft gezogen.

Eine spezielle Statistik der Stärke oder Regsamkeit der einzelnen Vereine kann der prov. Ausschuß nicht mittheilen; die Eingänge von den Vertrauensmännern geschahen nicht in genügender Weise. Außerdem haben in diesem Jahre alle nur denkbaren Hemmnisse gegen uns sich aufgethürmt, welche allerdings eine Erhellung der Partei nicht zu Wege brachten, aber doch momentan schädeten, indem die Vereine, durch Abberufung einer großen Anzahl unserer Parteigenossen, in ihrer Mitgliederzahl und deshalb auch in ihrer Wirksamkeit sehr geschwächt wurden. Wir können aber trotzdem mit Genugthuung auf die Haltung und auf den jetzigen Bestand unserer Partei zurückblicken.

Die Partei hat im dritten Jahre ihrer Existenz die Feuerprobe zu bestehen gehabt, aus welcher sie nur neu gestählt hervorgegangen ist.

Lassen Sie uns, Parteigenossen, die erhöhte Festigkeit, welche wir in der jüngsten Zeit im Kampfe für unsere Prinzipien gewonnen haben, durch die Thakraft bekunden, mit der wir, so zu sagen, die Vorarbeiten für die sich neu gestaltende menschliche Gesellschaft weiter zu führen haben, bis zur Erreichung des ersehnten Zieles, das der Menschheit bisher nur als Traum vorgeschwebt hat.

Parteikassirer Burckhardt (Leipzig): Parteigenossen! Wenn ich veranlaßt werde, Bericht zu geben, so kann der Bericht nur ein Bruchstück dessen sein, was der Kongreß eigentlich zu fordern hat, nämlich eine allgemeine Jahresrechnung. Sie wissen, daß seit dem Stuttgarter Kongreß nicht weniger als 3 Parteikassirer fungirt haben. Wir als provisorischem Parteikassirer kann weder das Recht noch die Pflicht zustehen, über die Thätigkeit meiner Vorgänger Bracke (Braunschweig) und Köhler (Dresden) mit zu referiren. Es wird an den Genannten sein, später selbst dem Kongreß darüber Bericht zu erstatten oder der Kontrol-Kommission.

Der Redner trägt nun den Bericht vor:

**Abrechnung\*) für die sozialdemokratische Arbeiterpartei**

von Anfang Februar bis 12. August 1871.

(Für den Kongreß.)

Einnahme vom 7. Febr. bis 9. Juli: An Konto für Parteibeiträge incl. diverse Beiträge Thlr. 188. 2. 2. An Konto für freiwillige Beiträge Thlr. 47. 24. 5. An Konto für politische Gemäßregelte, resp. Inhaftirte Thlr. 72. 8. 5. Volksstaats-Konto 30. 25. 6. Konto für Reichstagswahlen Thlr. 104. 19. 5. Summa: Thlr. 443. 20. 3.

Ausgabe vom 15. Febr. bis 9. Juli: per Konto für diverse Ausgaben\*\*) als: Druck von Parteimaterial, Porti's, Druckschulden-

\*) Zur Erklärung: Unterzeichneter hatte ursprünglich die Abrechnung für den auf den 16. Juli festgesetzten Kongreß fertig und war diese Abrechnung auch von der Kontrollkommission geprüft; der Kongreß wurde jedoch auf den 12. August verschoben, und dieserhalb eine zweite Abrechnung als Nachtrag nöthig. Th. Burckhardt.

\*\*) Kein Mitglied des prov. Ausschusses hat Entschädigung für die Mühen der siebenmonatlichen Parteiverwaltung erhalten oder beansprucht.

abzahlungen zc. Thlr. 120. 6. 5. per Konto für die politische Gemäßregelte, resp. Inhaftirten Thlr. 115. 6. 5. per Reichstagswahlen Thlr. 134. 10. 5. per Volksstaats-Konto Thlr. 32. 3. 1. per Kassen-Konto, Baarbestand Thlr. 41. 23. 7. Summa: Thlr. 443. 20. 3.

Einnahme vom 9. Juli bis 11. August: per Konto Parteibeiträge incl. diverse Beiträge Thlr. 126. — 7. per Konto für freiwillige Beiträge Thlr. 25. — — per Konto für die politische Gemäßregelte Thlr. 28. 17. — per Konto für die Strikenden Thlr. 5. — — Summa: Thlr. 184. 17. 7.

Ausgabe vom 9. Juli bis 11. August: per Konto für diverse Ausgaben als: Druck von Parteimaterial, Porti's, Druckschulden-Abzahlung zc. Thlr. 34. 12. 5. per Konto für die politische Gemäßregelte (Schuld) Thlr. 47. — — per Konto für die Reichstagswahlen Thlr. 20. 16. — per Kassa-Konto-Baarbestand Thlr. 82. 19. 2. Summa: Thlr. 184. 17. 7.

Gesamteinnahme: vom 7. Febr. bis 9. Juli Thlr. 443. 20. 3. vom 9. Juli bis 11. August Thlr. 184. 17. 7. In Summa Thlr. 528. 8. —

Gesamtausgabe: Thlr. 403. 25. 1. Gesamt-Kassenkonto (Baarbestand) Thlr. 124. 12. 9. Summa: Thlr. 528. 8. — Leipzig, den 11. August 1871.

Theodor Burckhardt, prov. Parteikassirer.

Ich fühle mich nun veranlaßt, dem Kongreß Bericht zu geben über die Parteisteuer, worüber wir soviel geschrieben haben. Wir mußten unablässig auffordern, daß die Steuer entrichtet werden möchte, damit der Ausschuß in seiner Wirksamkeit nicht gehemmt werde. Uns waren faktisch die Hände manchmal gebunden, wir hatten kein Geld, wir wußten nicht, was wir thun sollten, und trotz aller Mahnungen haben uns die Parteigenossen vieler Orte im Stich gelassen. Ich verlese jetzt dreizehn Orte, welche seit Anfang Februar bis zum 11. August ihre Parteibeiträge entrichtet haben.

(Aus dem Verzeichniß geht hervor, daß 53 Orte ganz oder theilweise, 98 Orte aber überhaupt nicht die Steuern bezahlt haben.) Redner fährt fort:

Sie sehen also, daß das wirklich ein trauriges Resultat ist, und daß es volle Berechtigung hatte, wenn wir entschieden vorgingen mit unserm Lo berungen, daß endlich die Parteibeiträge eingehen möchten. Ich lege Ihnen sehr dringend an's Herz, bei den ferneren Verhandlungen, in denen wir über die Organisation sprechen, das in's Auge zu fassen und darauf hinzuwirken, daß eine Organisation geschaffen werde, durch die eine derartige Pflichtvergessenheit fürder unmöglich gemacht wird.

Vorsitzenwer: Ich möchte nur zu dem eben gehörten Kassensbericht bemerken, daß Barmen kürzlich 43 Thaler 20 Neugroschen eingeschickt hat, als freiwillige Sammlung für die „Volksstaat-Kasse“. Werth, der mir das Geld einschickte, bemerkte in einem Briefe, die Barmener hätten bis jetzt nichts an die Parteitasse gezahlt; wir möchten diese 43 Thaler also mit als Beitrag zur Parteitasse betrachten. Es ist das allerdings eine eigenthümliche Auslegung, welche die Barmener da ihrer Verpflichtung geben. Indeß, obschon der Auftrag erteilt war, das Geld dem „Volksstaat“ zu überweisen, halte ich mich doch für verpflichtet, wenigstens dies zu bemerken.

Hirsch: (Grimmischau) Ich behalte mir vor, wenn von der Redaktion und der etwaigen Redaktionsführung die Rede ist, alsdann

den Rechenschaftsbericht über meine Redaktion (während der Gast Liebknechts und Hepners) zu geben. Hier will ich nur bezüglich des Berichtes der Kontrol-Kommission bemerken, daß das, was an der Spitze der Nummer des „Volkstaat“ steht, in welcher die Niederlegung der Parteigeschäfte Seitens des Dresdner Ausschusses und die Ernennung des neuen Parteausschusses in Leipzig mitgeteilt worden ist, nicht aus meiner Feder herrührt, sondern in der Form, in welcher es an der Spitze des Blattes erschienen war, von Weib, dem Vorsitzenden der Kontrol-Kommission in Hamburg, geschickt worden ist.

Walster: Ich wollte nur gegenüber den Ausführungen Brackes, der sich daran gestoßen hat, daß ich gemeint habe, die Organisation hätte sich nicht bewährt, indeß er dagegen gemeint hat, die Organisation habe sich ausgezeichnet bewährt, darauf hinweisen, daß ich nicht habe sagen wollen, es sei die Organisation in ihren Grundprinzipien daran schuld gewesen, daß das nur mit der Zeit zu Erschaffende nicht geschehen ist, oder daß gar die Organisation ein Hinderniß gewesen sei für das, was man von der Partei erwarten konnte. Ein Anderes ist es, ob ich sage, die Organisation ist überhaupt fehlerhaft oder schädlich, oder ob ich sage: die Organisation hat sich nicht bewährt. Wenn derartige Mängel vorkommen, wie sie bei uns vorgekommen sind, dann kann man nicht sagen: „Es hat die Organisation sich bewährt“; dann muß man sagen, es liegt der Fehler an der Handhabung. Aber gerade die Thatfachen, die zur Erscheinung gekommen sind, waren nicht derartig, daß man mit Gemüthsruhe sagen konnte: „die Organisation hat sich bewährt.“ Es ist möglich, daß sie sich bei besserer Handhabung bewährt hätte, das können wir vielleicht annehmen, aber wie die Thatfachen stehen, können wir nicht so zuversichtlich sprechen, wie Freund Brack gesprochen hat. Ich will nur noch ein Beispiel erwähnen: Damals, als in Braunschweig der Ausschuß verhaftet worden war, als an verschiedenen deutschen Orten die Polizei mit wahrhafter Unverschämtheit Recht und Gesetz bei Seite setzte, das Bürgerrecht mit Füßen trat, gerade in solcher Zeit, als das Band zerschnitten wurde, welches die Parteimitglieder zusammenhielt, war es nur möglich, daß den Parteigenossen mitgeteilt wurde: „es hat an Stelle des fraglichen Ausschusses sich eine Uebertragung von Vollmachten einstweilen an die und die Person in Dresden nöthig gemacht“, und diese einfache Bekanntmachung hätte sämtlichen Parteigenossen, sämtlichen Mitgliedschaften die Pflicht auferlegen müssen, sofort die Adressen der Vertrauensmänner an die betreffenden Stellvertreter zu senden, damit eben die Wirksamkeit, die Thätigkeit der Partei nicht auf lange Zeit lahm gelegt würde. Das ist leider durchaus nicht geschehen, sondern es hat Monate gedauert, bis wir einigermaßen mit einer größeren Anzahl unserer Parteigenossenschafts-orte in Verbindung treten konnten, dadurch, daß noch einer oder der andere zur Besinnung kam und sich sagte: Was soll denn aus der Partei werden, wenn wir uns nicht mit dem Ausschuß in Verbindung setzen? So waren wir in Folge dessen, wie die Mitgliedschaften selbst, zeitweilig gänzlich isolirt und dadurch auch gänzlich ohnmächtig.

Eberlein (Meerane). Anknüpfend an die Worte Walsters bemerke ich: die Redaktion hat sich bewährt, trotz der Verhaftung ihrer Vertreter und des Ausschusses, und auch die Organisation hat sich bewährt. Die Parteigenossen, die ich zu vertreten heute die Ehre habe, haben bei der Reichstagswahl 2100 Stimmen für Bebel abgegeben,

(Zur Sache!) und trotzdem sehen wir Meerane mit einer 5 monatlichen Schuld im Bericht des Parteikassirers bezeichnet. Erlauben Sie, daß ich zur Ehre dieser Stadt Gelegenheit nehme. . . (Zur Sache! Zur Sache!)

Vorsitzender: Ich muß auf die Einwendungen der Versammlung bemerken, daß der Redner vollständig bei der Sache ist. Es handelt sich um die Parteisteuern und Meerane ist als Ort angeführt, der seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Ich glaube, wenn Eberlein die Verhältnisse darlegt, welche die Sache vollständig in das rechte Licht zu stellen geeignet sind, so ist er in seinem Recht und vollständig bei der Sache.

Eberlein (fortfahrend): Meerane ist mit 5 Monaten Schuld aufgeführt; allein, als die Reichstagswahl stattfand, ward der Volkswahlverein in Meerane aufgelöst und zwar durch Nachspruch des Stadtraths. Wir bestanden faktisch nicht, und mußten einen Prozeß führen, der lange gedauert hat. Die Reichstagswahl war längst vorüber, als wir endlich den Prozeß gewonnen hatten, — aber mit 30 Thlr. Kosten, ohne die Advokatenrechnung. Trotzdem aber waren die Parteigenossen nicht müde, wir haben uns anders organisiert, die Agitation bei der Reichstagswahl kräftigst betrieben und Alles gethan, was wir thun konnten. Es sei mir vergönnt, bei dieser Gelegenheit zu konstatiren, daß ein kleines Dertchen, welches ich und Herrmann bearbeitet hatten, von 84 Stimmen 82 für Bebel abgab und daß dieser Ort 2 Thlr. und Meerane 13 Thlr. freiwilligen Beitrag für die politisch Gemapregelten zahlten. Wenn wir nichts gesteuert an Parteibeiträgen, so bemerke ich, daß die Partei trotz des vorjährigen Beschlusses in Stuttgart nichts beigesteuert hat für die Diäten unsers Reichstagsabgeordneten. Wir hatten nun, als wir den Prozeß gewonnen und uns, 133 Mann stark, zusammenschaarten, die Kosten des Prozeßes zu erschwingen und dabei hatten wir noch die Diätengelder für unsern Reichstagsabgeordneten aufgebracht, aber derselbe verlangte durchaus keine Diäten. Auch hat Meerane, wie Sie sehen, einen Delegirten zum Kongreß geschickt, wie überhaupt Alles gethan, was zu thun seine Pflicht ist. Da wir früher mit 60 Mitgliedern eingetragen waren, so haben wir für 60 Mitglieder für 5 Monate die Steuer eingeschickt und ich begreife nicht, daß wir noch für 5 Monate schuldig sein sollen.

Albert (Glauchau): Den hier anwesenden Glauchauer Parteigenossen ist es eigenthümlich vorgekommen, daß sie mit auf der Schuldnerliste stehen, und zwar darum, weil sie vor der Reichstagswahl einen ausführlichen Brief nach Leipzig an den Parteikassirer geschickt haben, worin sie die Verhältnisse darlegten, die ihnen gegenwärtig nicht gestatteten, die Parteisteuer abzuliefern. Wir haben geglaubt, der Leipziger Ausschuß sei ebenso kompetent, zeitweilige Steuerdispensationen zu gewähren, wie ehemals der Braunschweiger.

Brack wird sich erinnern, daß vor 2 Jahren bei einer Agitation, die wir im Voigtlande ausführten, eine Ausgabe von 12—16 Thlr. gemacht wurde, um deren Vergütung wir — wenn auch (was sicherlich ein Formfehler war) nachträglich — beim Ausschuß einkamen, weil dieser Bezirk ein solcher war, welcher von der Hirsch-Dunder'schen Partei in Besitz genommen war und den wir auf alle Fälle für uns gewinnen mußten. Der Ausschuß hat ohne Bedenken zustimmend geschrieben, daß die Ausgaben für die Agitation von Seiten der Partei

zu tragen sind. Wie liegen nun die Dinge in Glauchau jetzt? Sie wissen, daß der 17. Wahlbezirk bedeutende Opfer verursacht hat, weil man die Agitationskosten für Bebels Wahl zum Reichstage zusammenbringen mußte, und dieser Wahlbezirk gerade das ärmste Proletariat in sich trägt. Es ist in dieser Beziehung vor der Wahl im Parteiorgane, dem „Volksstaate“, darauf aufmerksam gemacht worden, daß alles daran gesetzt werden müsse, um die früheren Abgeordneten Bebel und Plebtsnecht, zumal um sie aus dem Gefängnis zu befreien, wieder durchzubringen, und daß der 17. und 19. Bezirk deshalb unterstützt werden müsse. Wir in Glauchau haben nun 70—80 Thlr. speziell für den 17. Wahlbezirk noch zu decken. Wir haben aber nicht nur im 17. Wahlbezirk agitirt, sondern auch im 19. und wir beide, ich und Bohue, haben acht Tage im 22. Bezirke und sodann für die Nachwahl Spiers im 15. Bezirke agitirt, und Sie werden mir Alle zugeben, daß ein Arbeiter nicht im Stande ist, umsonst zu agitiren und daß man ihm nicht zumuthen kann, seine Existenz zu opfern. . . . . Die Kosten dieser Wahl müssen wenigstens von der Partei gedeckt werden, diesen Beschluß haben wir in Glauchau als Vertreter des 17. Bezirks gefaßt, und auf Grund dieses Beschlusses haben wir an den Ausschuß in Leipzig die Bitte gestellt, die Mitgliedschaft Glauchau entweder für dieses Jahr von der Steuer zu befreien, oder die Kosten der Agitation in den andern Wahlkreisen, welche wir als 17. Wahlbezirk nicht zu unterstützen verpflichtet gewesen sind und die sich auf 36—40 Thlr. belaufen, uns zu überliefern. Also haben wir die Alternative gestellt: Entweder wir bezahlen unsere Parteisteuer und verlangen von der Partei die Entschädigung für die Agitationen, welche wir auf Veranlassung des Zentralwahl-Komitees in Grimmitzschau bewirkt haben, oder man befreit uns von der Parteisteuer, und wir übernehmen die Schulden für die andern Wahlbezirke, für die wir die Agitation nicht zu übernehmen hatten. Ich bitte, sprechen Sie sich darüber aus und urtheilen Sie, ob der Antrag von Glauchau gerechtfertigt ist.

Parteikassirer Burckhardt: Zur Verichtigung. Zunächst habe ich Eberlein (Meerane) zu entgegnen, daß er mich vollständig falsch verstanden hat; nicht gehört Meerane zur Rubrik derjenigen Orte, die nicht bezahlt haben; im Gegentheil habe ich vorgelesen, daß Meerane mit fünf Monaten seine Beiträge entrichtet hat. — Albert aus Glauchau muß ich entgegnen, daß es die eigene Schuld der Glauchauer ist, wenn ihr Ort nicht auf der Liste der Bezahrenden steht. Die Beiträge müssen entrichtet werden. Ich als Kassirer kann nicht anders handeln, als die Orte, die keine Beiträge entrichtet haben, auf die Restanten-Liste stellen. Andere Orte, z. B. Grimmitzschau, hatten ihre Beiträge auch nicht eingeschickt, sie sagten uns aber, daß sie die Beiträge anrechnen würden als Abzahlung für die Wahlschuld und wir haben sie gebucht 1) als entrichtete Parteibeiträge und 2) wieder als Ausgaben für die Reichstagswahl. Hätte Glauchau dasselbe gethan, stände es nicht in der Restanten-Liste.

Vorsitzender: Um diese Differenz zwischen dem Ausschuß und Glauchau schneller zur Erledigung zu bringen, lassen Sie uns einfach aussprechen: daß die Versammlung ihre Zustimmung dazu giebt, daß Glauchau von der Restanten-Liste gestrichen wird, weil es die Steuern im Voraus durch Wahlagitacionen für fremde Bezirke im Auftrage der Partei gezahlt hat.

Ausschuß-Sekretär Hendemann: Ich muß auch anführen, daß

einige Vereine die Monatsbeiträge einstweilen zur Deckung der Wahlagitacionen verwendet und gebeten haben, von der Beitragspflicht suspenbirt zu werden. Ich habe mich nicht dazu für berechtigt gehalten und Burckhardt hat als Kassirer strikte nach dem gehandelt, wozu er sich befugt glaubte. Es wäre also, meiner Ansicht nach, wenigstens nachträglich zu bemerken: die und die Vereine haben vom Parteiaus-schusse Steuer-Suspension erhalten.

Geßlein (Walldheim). Es wurde erwähnt, daß im „Volksstaat“ bekannt gegeben worden sei, daß laut Beschluß unserer Landesversammlung zu Zwickau im 10. Wahlkreise von der Wahl Walsters zu Gunsten Bonhorsts abgesehen werden müsse; da hierüber ein Konflikt zu befürchten war, so wäre es doch am Orte, ohne dem Ausschusse einen Vorwurf zu machen, heute darüber Bericht zu erstatten.

Ich muß ferner erwähnen, daß Betreffs der Wahlagitacionen Geld unbedingt nothwendig war, daß wir alles aufgeopfert haben.

Der 10. Wahlbezirk besaß nur einen Ort zur Agitation, das war Walldheim. Der Bezirk umfaßt 117 Ortschaften und heute muß man hören, daß Walldheim in der Liste derjenigen steht, welche ihre Beiträge nicht bezahlt haben. Man ist beim Ausschusse um Steuer-Erlaß eingekommen und der Ausschuß hat mir persönlich die Vollmacht erteilt, die Parteibeiträge so lange für die Wahlkosten zu verwenden, bis sie gedeckt seien. Wir haben heute noch 10 Thlr. zu decken. Wir haben Alles aufgeboten, die ungeheure Last, die auf uns gelegen hat, zu tragen.

Der Vorsitzende glaubt, die Redezeit der Kongreßmitglieder auf 10 Minuten beschränken zu müssen gemäß einem Tags vorher gefaßten Beschlusse, wird aber von Meyner darauf aufmerksam gemacht, daß jener Beschluß sich nur auf die öffentlichen, nicht aber auf die geschlossenen Sitzungen beziehe. — Es beantragen nächster Habblich, Ulrich und Reichmann, eine viertel Stunde Redezeit für die geschlossenen Sitzungen festzustellen.

Nord bittet, die Redezeit auf 5 Minuten festzusetzen.

Meyner: Ich mache darauf aufmerksam, daß wenn wir die Redezeit in der Weise beschränken, wir uns vielleicht eine Beschränkung auferlegen, die uns selbst über wichtige Punkte nicht zu der Klarheit gelangen läßt, die wir nothwendig haben. Wir haben auf der Tagesordnung sehr wichtige Gegenstände, besonders das literarische Unternehmen. Wenn wir nun von vornherein die Redezeit beschränken, glaube ich, ist es ein Unrecht an der Sache selbst. Auf Eins möchte ich aufmerksam machen: beschränken wir uns selbst soviel wir können in allen Punkten, die nicht von besonderer Wichtigkeit sind! Legen wir uns aber nicht Fesseln an, die uns hindern, selbst das Wichtigste, das Nothwendigste zu thun! Ich bitte daher, beide Anträge abzulehnen. (Sehr richtig.)

Walster beantragt, die Redezeit auf 10 Minuten festzusetzen. (Dieser letzte Antrag wird unterstützt und angenommen.)

Hiele (Leipzig). Parteigenossen! Sie werden unter den restirenden Orten auch Lichtenstein-Kallenberg gefunden haben. Von dort hat man mir mitgetheilt, daß die Parteigenossen den gesamten Kassenbestand im Betrage von 4 Thlr. nächstens dem Partei-Kassirer zustellen werden.

Engelhardt (Zwickau). Fremdel Wenn Zwickau in der



Schuldnerliste aufgeführt wird, so werden sich die Parteigenossen vielleicht eine andere Vorstellung von uns machen, als sie in Wirklichkeit sein sollte; es ist also nothwendig, daß ich wenigstens die Lage der Partei dort schildere. So lange ich in Zwickau bin, (das ist seit Anfang des Krieges) war in der Mitgliedschaft nur eine geringe Anzahl vorhanden. Als mit dem Hereinbrechenden Kriege die Reichstagswahl kam, mußten einzelne Mitglieder die Agitation nicht nur für den 18. Wahlkreis betreiben, sondern sie mußten auch für die anliegenden Wahlkreise, den 17., 19. und 22. mit agitieren, und so namentlich ich und Döckauer. — Mögen Sie sich selbst einen Begriff von der Anstrengung machen, wenn ich Ihnen mittheile, daß wir in 7 Tagen nicht mehr als 12 Stunden geschlafen haben. Wie die Sachen jetzt liegen, werden wir wohl in kürzester Zeit unsere Verpflichtungen gegen die Partei nachkommen, weil unsere Mitgliedschaft dort von Tag zu Tag wieder gekräftigt wird. Die Parteigenossen dort haben wenigstens in agitatorischer Beziehung ihre Schuldigkeit gethan.

Imhof (Erfurt). Als ich kurze Zeit in Erfurt war, machte ich es mir zur Hauptaufgabe, eine Mitgliedschaft zu gründen. Nun brachte ich sie auch zu Stande, aber kaum war sie lebensfähig, so wurde sie mit aller Gewalt von Seiten der Polizeibehörde aufgelöst. Parteigenosse Walster wird es bestätigen können, daß ich ihn damals um Rath frug in einem Briefe, nachdem ich vorher erst an den Ausschuß in Braunschweig geschrieben hatte, der aber um diese Zeit nach Löben wandern mußte.

Levendecker (Mainz): Parteigenossen! Ich glaube, es hat sich von Seiten des Ausschusses ein kleiner Fehler in den Kassenbericht eingeschlichen, und man hätte sich die Diskussion sparen können, wenn man die Orte angeführt hätte, die die Beiträge nicht bezahlt haben, oder während der Reichstagswahl von den Steuern suspendirt wurden; dann hätte mancher Redner seine Worte gespart. — Wenn aber einige unserer Delegirten von „Vereinen“ sprachen, so weiß ich nicht, was das heißen soll; ich kenne nicht Mitgliedschaften und Vereine, ich kenne nur Mitglieder der sozial-demokratischen Partei.

Wenn man angeführt hat, daß Mainz erst für 2 Monate die Steuern bezahlt hat, so müssen Sie bedenken, daß dies nicht daran liegt, daß die Mitglieder der Partei ihre Pflicht nicht gethan haben, sondern es liegt viel tiefer, es liegt daran: Der Krieg hat die Mitglieder auseinander gerissen, durch den Krieg wurden viele Mitglieder ausgewiesen, die Kriegsverhältnisse haben den Mitgliedern nicht erlaubt, Versammlungen abzuhalten. Man hat unsere Partei-Mitglieder eingekerkert, man hat sie unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Es war bei uns nicht anders als in denjenigen Ländern, wo der Kriegszustand erklärt war man wollte dadurch die sozial-demokratische Partei todtmachen. Und darum freut es mich, heute zu sehen, daß trotzdem die sozial-demokratische Partei lebt. Ich bin überzeugt, daß diejenigen Orte, die heute als nachlässig aufgeführt sind, nun, nachdem der Krieg zu Ende ist, unbedingt ihren Verpflichtungen wieder nachkommen werden.

Unsre Organisation ist nicht mangelhaft, wenn nur jedes Mitglied tüchtig auf ihrer Basis arbeitet. Die Organisation ist nicht Schuld, daß die Beiträge nicht bezahlt werden, nein, nur der Wille und die polizeilichen Verhältnisse sind es, die uns daran gehindert haben.

Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen.

Vorj. Bebel: Es sind mehrere Depeschen eingegangen, zunächst von

Dittmar. Dittmar wäre sicher hier, wenn er nicht durch die königl. sächs. Behörden des Landes verwiesen wäre. (Hört hört!) Dann von der internationalen Schuhmachergesellschaft in Zürich, von dem Arbeiterkongreß in Halle, von den Sozialdemokraten in Eslingen.

(Sämmtliche Depeschen werden mit Bravo's begrüßt!)

Der Parteitaßfurer Burckhardt zu einem Nachtrag:

Es hat Buchdrucker Theile noch 66 Thlr. 19 Ngr. — für Druckfachen in Wahlangelegenheiten zu bekommen, ferner für frühere Druckfachen 280 Thlr. 6 Ngr. 8 Pf., in Braunschweig sind 140 Thlr. für Druckfachen und in Hamburg haben wir noch 60 Thlr. zu bezahlen, macht in Summa 546 Thlr. 25 Ngr. 8 Pf. Ueber die Schulden des Parteiorgans wird die Expedition berichtet. Ferner muß ich zur thatsächlichen Berichtigung dem Bürger Imhof entgegen, daß Erfurt von mir überhaupt nicht unter den Orten aufgeführt ist, die keine Beiträge bezahlt haben.

Brack: Ich möchte einen Antrag stellen, bezüglich meiner Kassenführung. Es ist, wie Sie wissen, unmöglich gewesen, die Revision der Kassenbücher und Kassenbelege, die zu den Akten unseres Hochverrathprozesses genommen sind, vorzunehmen, soweit sie nicht bereits durch den Kongreß in Stuttgart erledigt sind, also es handelt sich um die Theile von dem Stuttgarter Kongreß bis zu unserer Verhaftung. Die letzteren sind nicht einmal vollständig eingetragen und ist es mir unmöglich, den Kassenbestand vollständig mitzutheilen, da ich verschiedene Ausgaben gemacht habe, deren Höhe ich ohne die Belege nicht kenne.

Da aber ohne alle Frage von mir, soweit es möglich ist und mir das Material zu Gebote steht, oder ich dasselbe zurückbekomme, (einzelne Schnitzel habe ich zu Hause gefunden) verpflichtet bin, diese Kasse in Ordnung zu bringen, so beantrage ich, daß von Ihnen eine Kommission ernannt werde mit der Verpflichtung, meine Kassenführung seit dem Stuttgarter Kongreß zu revidieren. Ich beantrage, die auf diesem Kongreß zu wählende Kontrollkommission mit diesem Geschäft zu betrauen.

(Die Versammlung ist mit diesem Antrage einverstanden.)

ors.: Wir kommen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung:

„Bericht über das Parteiorgan.“

Referent ist der Expedient Rübner. (Rübner verliest den Kassenberichtsbericht.)

Die Außenstände unseres Blattes, die Ihnen vielleicht hoch vorkommen, sind zum größten Theil bis jetzt gedeckt; die Filialerpeditionen, die eine große Anzahl Blätter beziehen, schicken erst nach Schluß des Quartals das Geld ein. Es ist auf diese Thlr. 403. 4. 5. nach dem 1. Juli bereits so viel eingegangen, daß nur noch ein Außenstand von Thlr. 68. 21. — vorhanden ist. Von diesem Außenstande ist nur noch ein Posten von Thlr. 4. 13. — etwas unsicher, die übrigen werden alle eingehen. Was die Thlr. 4. 13. — betrifft, so sind sie der Betrag für die Exemplare, welche früher von Pest bezogen worden sind; früher sind diese Exemplare sehr pünktlich bezahlt worden, aber durch die massenhaften Verhaftungen von Parteigenossen in Pest hat man seinen Verpflichtungen bisher nicht nachkommen können.

Was die Schulden des Parteiorgans betrifft, so betragen sie Thlr. 1674. 29. 6. — Die Abonnentenzahl hat im letzten Quartale einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen, es hat sich in keinem

Quartale auch nur annähernd ein derartiges Steigen des Abonnements, wie im verfloffenen 2. und angefangenen 3. Quartale, gezeigt. Es werden expedirt; 16 Packetsendungen mit 1333 Exemplaren, 55 Kreuzbandsendungen mit 117 Exemplaren, 51 Exemplare durch Briefe, 130 durch Buchhändler sendungen, 655 Exemplare werden in Leipzig und Umgegend an die Abonnenten abgesetzt, und das Abonnement der Post beträgt 1688 Exemplare. Das Parteiorgan hat also jetzt einen Abonnentenstand von 4020 Exemplaren, die Auflage ist 4200.

N. S., das Kassenminus vom 1. Juli, von Thlr. 80. 7. 1., ist durch den Verkauf von Parteischriften gedeckt worden. Es ist uns aber nicht möglich, eine genaue Abrechnung hierüber zu geben, indem ein Theil der Bücher sich noch in den Händen des Staatsanwalts in Leipzig befindet, und läßt sich erst später ansehen, wieviel für Schriften eingekommen ist, und wie überhaupt die Verlagsexpedition Mitte Dezember, als der Expedient des Volksstaat, damals Bebel, verhaftet wurde, stand. Wenn der Prozeß zu Ende ist und wir die Akten und Belege retour haben, dann erst können wir gründliche Abrechnung vornehmen und dem Ausschuß vorlegen.

Dracke übernimmt den Vorfig.

Bebel: Ich habe den hier gemachten Mittheilungen über den materiellen Stand des Parteiorgans noch Einiges hinzuzufügen. Es fallen Manchem vielleicht die hohen Kosten für die Expedition auf, die sich weit über 100 Thlr. pro Quartal belaufen, selbstverständlich den Gehalt des Expedienten nicht inbegriffen. Das kommt daher, daß bei unserem Parteiorgane, mehr als bei jedem andern Blatt, die Kosten für dasselbe sich hoch belaufen müssen infolge der ganz eigenthümlichen Art und Weise der Expedition. Ein Tageblatt ist durch Kreuzband außerordentlich schwer zu beziehen, das würde große Kosten verursachen. Beim Abonnement von Wochenblättern glauben aber sehr Viele irrthümlich, besser zu thun, wenn sie ihr Exemplar unter Kreuzband beziehen, als per Postabonnement; daher die außerordentliche Zahl der Kreuzbandsendungen des „Volksstaat“, die nicht nur der Expedition viel Arbeit und Spesen machen, sondern auch bedeutende Portokosten verursachen. Bedenken Sie, daß für jede Sendung innerhalb Deutschlands  $\frac{1}{3}$  Gr., nach der Schweiz  $\frac{1}{2}$  Gr., nach Frankreich  $\frac{3}{4}$  Gr. und nach England und Amerika 1 Gr. zu zahlen ist. Nach Amerika gehen 150 Exemplare unter Kreuzband, weil Packet sendungen außerordentlich theuer zu stehen kommen, und es kostet jede Kreuzbandsendung nach Amerika wöchentlich ziemlich 4 Thlr., was allein schon eine bedeutende Summe vierteljährlich ausmacht. Nun versteht es sich aber von selbst, daß diese Kostenbeträge nur Verläge sind, indem die Abonnenten auf Kreuzbandsendungen einen erhöhten Satz bezahlen. Was wir auf der einen Seite unter den Ausgaben auführen, kommt natürlich auf der andern wieder als Einnahme zum Vorschein. New-York z. B. bekommt die Blätter zu demselben Preise, wie die deutschen Filialexpeditionen, muß uns aber am Schlusse des Quartals das von uns verlegte Porto wiedererstaten. Unter Berücksichtigung dieser Umstände reduzieren sich die Kosten bedeutend.

Ich will weiter darauf aufmerksam machen, daß selbstverständlich der infolge des Kriegs eingetretene bedeutende Ausfall am Abonnentenstande, namentlich im 4. Quartale 1870, die Nothwendigkeit herbeiführte, alle möglichen Ersparnisse eintreten zu lassen, um das Blatt um jeden Preis durchzubringen. Infolge dessen hatte die Redaktion auf

einen Theil ihres ohnehin nicht hoch berechneten Gehalts und die Expedition auf Gehalt überhaupt von Juli bis Dezember verzichtet. (Bravo.)

Wir haben das Blatt häufig nur in halben Bogen müssen erscheinen lassen, was allerdings vielfach Unzufriedenheit erregt hat; indessen: hätten wir eine derartige Maßregel nicht ergriffen, wäre es schlechterdings unmöglich gewesen, das Parteiorgan zu erhalten; wir wären in den Schulden erstickt. Wir haben ferner den Vortheil wahrgenommen, seit dem 4. Quartale oder vielmehr seit dem August v. J. das Papier für unser Blatt selbst zu beschaffen, wodurch es uns ebenfalls möglich geworden ist, den Ballen Papier ziemlich um  $1\frac{1}{2}$ —2 Thlr. billiger zu haben, als bei der früheren Einrichtung. Bei der jetzigen höheren Auflage bringen ein Paar Quartale eine ziemlich bedeutende Ersparniß, denn wir haben in diesem Quartale 4200 Auflage. Wenn wir nun die Hoffnung hegen dürfen, im nächsten Quartale nur annähernd so zu wachsen, wie in diesem, so müssen wir auf eine Auflage von 5000 Bedacht nehmen, und jede solche Auflage erfordert einen Ballen Papier. —

Es ist mir leider bei der außerordentlichen Arbeit, die wir mit der vorhin vorgetragenen Aufstellung gehabt, nicht möglich gewesen, einen genaueren Ueberschlag darüber zu machen, bei welchem Abonnentenstande, in Anbetracht, daß mit der gesteigerten Auflage die Kosten für Druck, Papier, Spesen u. s. w. wachsen, das Parteiorgan seine Kosten vollständig deckt.

Jetzt haben wir zwar noch ein Defizit, es ist aber kein bedeutendes, und da die Einrichtungen in der Expedition der Art sind, daß ein großer Verlust von Seiten der verschiedenen Filialexpeditionen nicht mehr vorkommen kann, so wird sich das Defizit auf ein Minimum reduciren.

Zum Schriftenverkauf habe ich ebenfalls noch Einiges zu bemerken:

Die 80 Thaler, die sich als Minus im letzten Quartal für die Volksstaatskasse herausgestellt haben, sind zunächst der Schriftenverkaufskasse entnommen. Es ist also festzuhalten, daß diese Summe von dem Betrage, den der Parteikassirer Burkhardt als Parteischuld aufgeführt hat, abzuziehen wäre, daß sich also die Schuld um 80 Thlr. reduziert. Wie hoch überhaupt der ganze Kassenbestand ist, auf wie viel sich der Werth der vorhandenen Schriften beläuft, und wie viel die Außenstände betragen, haben wir bis jetzt, weil das von mir geführte Buch bei der Staatsanwaltschaft liegt, noch nicht feststellen können. In erfreulicher Weise hat namentlich in den letzten 2 Quartalen der Schriftenverkauf und was damit zusammenhängt, an Umfang gewonnen. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich meine, daß die augenblicklich kreditirten Schriften und das hierfür sicher in Aussicht stehende Geld sich auf mindestens 250 Thlr. beläuft; diese 250 Thlr. werden also von den vorhin aufgeführten Parteischulden selbstverständlich in Abzug zu bringen sein. Es ist anzunehmen, daß bei der gegenwärtigen Gestaltung des Schriftenvertriebs, der von Tag zu Tag größer wird, der Partei ein ebenso großer materieller wie geistiger Vortheil erwächst — denn dadurch, daß wir die größeren Abhandlungen, die im „Volksstaat“ erscheinen, separat drucken lassen, indem wir den alten Satz benutzen, können wir unsere Schriften zu einem sehr billigen Preise verkaufen, infolge dessen viel absetzen, agitatorisch wirken und für die

Partei noch einen materiellen Gewinn erzielen. — Es ist übrigens auch ein bedeutender Außenstand an Geld sowohl wie an Schriften noch von Seiten der Kolportagekasse des früheren Braunschweiger Ausschusses vorhanden. Die Rechnungen, wird mir gesagt, sind bei Burckhardt, aber das sonstige Material ist uns von Bonhorst noch nicht zugegangen; jedenfalls dürfen wir darauf rechnen, daß ein großer Theil dessen, was hinausgegangen ist, infolge der Umstände, die im Laufe des Jahres eingetreten sind, verloren gegangen ist.

Ich möchte nun beantragen, daß der heute zu wählenden Control-Kommission die Kontrolle in Bezug auf den Schriftenverkauf, soweit sie nicht durch weitere Beschlüsse des heutigen Kongresses alterirt wird, überwiesen werde, wie ebenso das Rechnungswesen, insofern es sich auf die Bonhorst'sche Kolportagekasse bezieht, zu prüfen hat.

Dieser Antrag wird unterstützt und ohne Diskussion angenommen.

Hepner fragt an, woher die 296 Thlr. Schulden an Advokat Freytag in Leipzig, welche vom Expedienten erwähnt worden sind rühren.

Bebel. Es handelt sich etwa nicht um eine advokatorische Rechnung, — die hat die Partei oder einzelne Parteimitglieder für Parteiprozesse bisher von dem Advokat Freytag nicht zu sehen bekommen. (Bravo!) Die 296 Thlr. sind vielmehr ein Verlag, den Freytag seiner Zeit die Freundlichkeit hatte zu machen, als noch das „Demokratische Wochenblatt“ bestand; dieser Schuldbestand ist durch Beschluß des Eisenacher Kongresses, wonach das „Demokratische Wochenblatt“ Eigentum und Organ der Partei, und später in den „Volksstaat“ umgewandelt wurde, mit andern Schulden, die damals existirten, von der Partei übernommen worden.

Bremer (Magdeburg). Wie kommt es, daß im 1. Quartal 1871, wo, nach Bebel's Bemerkungen, so außerordentliche Ersparnisse gemacht sein sollen, 240 Thlr. an Gehalt vorausgabt worden sind?

Bebel. Ich habe darauf zu bemerken, daß während der Haft von Liebknecht und Hepner selbstverständlich doch der Redakteur Hirsch, der damals die Redaktion leitete, bezahlt werden mußte, und daß wir verpflichtet waren, der Familie Liebknechts wenigstens einen Theil des Gehaltes zu gewähren; das Andere wurde aus dem Fond für politisch Gemäßregelte beschafft. Hepner, welcher ledig ist, hat während der Haft keinen Gehalt bezogen, sondern, was er gebraucht hat, aus dem Fond für politisch Gemäßregelte erhalten. Dann ist in obiger Summe der Gehalt für den Expedienten einbegriffen.

Der Gegenstand ist hiermit erledigt und man geht zum 4. Gegenstand der Tagesordnung über: „Diskussion und Anbringung von Beschwerden über Ausschuß, Kontrol-Kommission, Redaktion und Expedition.“ Es liegen zwei Anträge vor:

Bebel (Leipzig) beantragt: 1) Die Redaktion des Parteiorgans ist beauftragt, bei Beginn eines jeden Quartals das Parteiprogramm an der Spitze des Blattes abzu drucken;

2) Die Breslauer Parteigenossen beantragen: Der Parteikongreß wolle dafür Sorge tragen, daß der Redaktion des „Volksstaat“ diejenigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, welche es ihr ermöglichen, allwöchentlich eine Beilage ökonomischen Inhalts erscheinen zu lassen.

Hepner: Dem Bebel'schen Antrag (dahin gehend, daß die Redaktion zu Anfang eines jeden Quartals das Programm veröffentlichen

so) „möchte ich beistimmen; den Breslauer Antrag aber (eine ökonomische Beilage zu geben) möchte ich bitten, vorläufig abzulehnen, bis die Frage des literarischen Instituts oder der Genossenschaftsdruckerei erledigt ist; zum Mindesten bitte ich, den Antrag bis dahin zu vertagen, weil in diesem Augenblick, abgesehen von den materiellen Schwierigkeiten und Kosten, mit welchen eine solche Beilage verbunden ist, die Redaktion nicht im Stande ist, für den Inhalt der Beilage genügend zu sorgen. In diesem Augenblick ist nämlich die Redaktion mit mechanischen Arbeiten niederer Art (wie Korrigiren u. s. w.) verartig überhäuft, — das erkläre ich im Namen Liebknechts mit — daß sie nicht im Stande ist, noch eine Beilage zu redigiren. Wenn aber die Genossenschaftsdruckerei resp. das literarische Institut ins Leben getreten ist, dann wird die Herausgabe der Beilage eine Kleinigkeit sein, dadurch, daß die mechanischen Arbeiten, welche der Redaktion heute obliegen, ihr ganz oder zum Theil abgenommen werden, und die Beilage selbst mit keinen besonderen materiellen Schwierigkeiten verbunden sein wird.

Walster beantragt, die Diskussion über die Beschwerden gegen die verschiedenen Verwaltungsorgane von einander zu trennen. Der Congreß stimmt diesem Antrage bei.

(Die Versammlung vertagt sich auf eine halbe Stunde.)

**Wiederbeginn der Versammlung um 9¼ Uhr.**

Vorsitzender Braße: Es handelt sich also vorerst um Beschwerden gegen die 3 Ausschüsse.

Hille (Dresden): Ich habe im allgemeinen Berichte über die Thätigkeit des Leipziger Ausschusses Etwas vermisst. Ich habe da, wo der Ausschuß der Reichstagswahlen gedenkt, eine Anlegenheit nicht gefunden, die hier doch berührt werden muß. Ich erinnere Sie, daß im Waldheimer Bezirke von den Waldheimer Parteigenossen Walster als Abgeordneter aufgestellt worden war. Nun ist es mir aber unbegreiflich, daß, nachdem die Waldheimer Parteigenossen die Aufstellung Walsters selbst vorgenommen hatten, der Ausschuß sich veranlaßt sah, diese Aufstellung zu hintertreiben, dadurch, daß man von Leipzig aus Herrn Raum, mit Instruktionen versehen, nach Waldheim schickte, in einem Augenblicke von solcher Wichtigkeit, wo persönliche Interessen schweigen sollten, wo jeder Einzelne nur an die hohe Wichtigkeit der Sache selbst denken sollte. Es ist mir unbegreiflich, aus welchen Gründen der Ausschuß sich zu einem derartigen Eingreifen veranlaßt sah. Man bedenke, daß dadurch unter den ausgestellten Personen selbst Zwistigkeit ausbrechen, das Vertrauen zur Sache gefährdet werden mußte, und daß, wenn bei der Wahl eine geringe Stimmenzahl für den Kandidaten erzielt wurde, der Grund dafür in jenem Vorkommnisse zu suchen ist. Ich habe mich zur Begründung auf das Referat Viebemann's zu berufen, das er bei seiner Zurückkunft aus Waldheim nach Dresden gegeben hat.

Burckhardt verlangt, daß den Ausschußmitgliedern gestattet sei, außerhalb der Reihe der Redner jederzeit auf Angriffe und Interpellationen zu antworten. Der Kongreß stimmt dem zu.

Heidemann, Sekretär des Leipziger Ausschusses: Ich muß, wenn uns Hille vormirft, wir hätten die Wahl Walsters im 14. Wahlkreise „hintertreiben“, diesen Ausdruck entschieden zurückweisen. Ueber die Sachlage ist in den Akten vollständige Auskunft zu finden und die

Kontroll-Kommission wird uns bezeugen können, ob wir richtig gehandelt haben. Die Akten liegen zur Einsicht aus; jeder Parteigenosse kann sich von der Wahrheit dessen, was ich sage, überzeugen. Von Eckstein aus Waldheim wurde ein Inserat an den „Volksstaat“ eingeschickt des Inhalts, daß am nächsten Sonntag eine sächsische Landesversammlung unserer Partei behufs Regelung der Wahlagitation in Waldheim stattfinden solle. Dieses Inserat kam zu spät an, um durch den „Volksstaat“ noch veröffentlicht zu werden. Nun hatte aber, wie Sie wissen, bei Beginn des Jahres eine Landesversammlung in Zwickau stattgefunden, wo ja bereits die Kandidaturen für Sachsen aufgestellt worden waren. Es mußte daher dem Ausschuß auffällig sein, daß plötzlich nach Waldheim noch mal eine Landesversammlung einberufen werden sollte, und zwar so über Hals und Kopf, daß die Interessenten nicht einmal zu rechter Zeit davon Kenntnis erlangen konnten; in Anbetracht dessen haben wir einen Bevollmächtigten (Ramm) nach Waldheim geschickt, um unsere Ansicht, sowohl über diese improvisirte Landesversammlung, als über die beabsichtigte Kandidatur Walkers mitzutheilen, und Ramm hat über seine Thätigkeit ein Schriftstück niedergelegt, welches sich in den Akten vorfindet. Wie wir die Wahl des Dr. Walkster „hintertrieben“ haben sollen, ist mir nicht ersichtlich.

Hirsch beantragt, die Waldheimer Angelegenheit einer Kommission von fünf Delegirten zu überweisen, die bis morgen zu referiren hätte. Motiv: der große Umfang des Materials.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Die Debatte über die Walkster'sche Kandidatur im Waldheimer Bezirk wird hierauf wieder aufgenommen.\*)

An der Debatte theilnehmen sich abwechselnd York, Eckstein, (Waldheim.) Hille, (Dresden.) Walkster, (Dresden.) Heidemann, (Leipzig.) Bebel. Nach der Rede Bebel's nimmt Josowicz (Spandau) den Antrag Hirsch's auf Ueberweisung der Angelegenheit an eine Kommission zur Berichterstattung für die nächste Sitzung wieder auf. Der Antrag findet aber nicht die nöthige Unterstützung.

(Ein Telegramm von Lichtenstein-Gallenberg wird verlesen.)

An der hierauf weiter fortgesetzten Debatte theilnehmen sich Stelzer, (Leipzig.) Schilling, (Leipzig.) Großer, (Chemnitz.) Walkster, Heidemann, Eckstein, Hille, Hirsch, Albert, (Glauchau.) Kosack, (Dresden.) Motteller, (Grimmitschau.) Biedermann, Wegner und Leyendecker. (Mainz.) Hierauf wird der Gegenstand, ohne daß man einen Beschluß faßt, verlassen. Bebel, welcher im Verlaufe der Debatte den Antrag gestellt, daß den Parteigenossen eines jeden Wahlbezirks die Aufstellung eines Kandidaten freistehen müsse, fand lebhaften Widerspruch, und zog den Antrag zurück, nachdem sich herausgestellt, daß der Kongreß diese Meinung theile für den Fall, daß die Partei keinerlei Verpflichtungen für eine solche Kandidatur zu übernehmen habe.

Auf eine Bemerkung York's wegen der mangelhaften Agitation

\*) Walkster ersucht uns, zu bemerken, daß er beim Beginn der Diskussion über die ihn betreffende Angelegenheit in Redaktionsangelegenheiten abwesend war; sonst hätte er die Debatte durch persönliche Mittheilungen abkürzen können. Die Red. d. Protokolls.

im 19. sächsischen Wahlbezirk, wo Liebknecht aufgestellt war, ergreift das Wort

Motteller. Es trägt im Liebknecht'schen Wahlkreise die Schuld, daß viele beabsichtigte Versammlungen nicht abgehalten wurden, der Umstand, daß unter dem Eindruck der Verhaftung im Wahlkreise, der 25 größere Orte umfaßt, oft Keiner zu finden war, der eine Versammlung einberufen wollte. Wir bekamen an jedem Tage 2—3 Telegramme, welche besagten: die Versammlung an dem und dem Ort kann nicht stattfinden. Das sind die Gründe.

Müller (Dresden). Ich glaube, damit kann es nicht abgethan sein, wenn der Antragsteller Bebel seinen Antrag zurückzieht, der Kongreß muß entscheiden. Der Antrag ist zur Unterstützung gebracht, und wir haben den Antrag dadurch, daß wir ihn unterstützt haben, zu dem unsrigen gemacht. Aus diesem Grunde kann ihn der Antragsteller nicht allein zurückziehen.

Vors. Bracke: bestreitet diese Ansicht.

Walkster (Dresden). Zur Geschäftsordnung! Es ist allgemein üblich, daß, wenn ein Antrag zur Unterstützung gelangt ist und Unterstützung gefunden hat, er nur mit Bewilligung der Versammlung zurückgezogen werden kann; das einseitige zurückziehen von Seiten des Antragstellers reicht nicht aus. Ich nehme ausdrücklich den Bebel'schen Antrag wieder auf und mache ihn zu dem meinigen.

Vors. Bracke: erklärt sich dieser Auffassung nicht anschließen zu können und will die Entscheidung hierüber dem Kongreß überlassen.

Wegner (Berlin): erklärt sich für die Auffassung Bracke's.

Die Geschäftsordnungs-Debatte wird geschlossen und die Wiederaufnahme des Bebel'schen Antrags durch Walkster abgelehnt. Man fährt sodann in der Berathung der Tagesordnung weiter fort.

Göbe (Meißen). Ich erlaube mir das Wort zu nehmen, um in Betreff des Kongresses eine Beschwerde gegen den Ausschuß von Seiten der thüringer Parteigenossen anzubringen, und zwar in Betreff der 4 Tage, die für den Kongreß festgestellt worden sind. Redner verliest nun ein Aktenstück, dessen Inhalt ist:

Die thüringer Parteigenossen halten 2 öffentliche Versammlungen für einen übermäßigen Aufwand von Zeit, der keinesfalls im Interesse der Partei sein kann, und halten eine öffentliche Versammlung, in der die politische Stellung der Partei, sowie die Frage des Normalarbeitstages besprochen werden konnte, für ausreichend, besonders da ein umfassendes Material, den gestellten Anträgen gemäß, für die geschlossenen Sitzungen vorliegt. Wenn damals schon die Zeitdauer des Kongresses von 4 Tagen, und mit der Hin- und Rückreise für die entfernt wohnenden Delegirten von 6 Tagen für übermäßig lang gehalten und darin eine Schädigung der Partei nach Außen und Innen erblickt wurde, so ließ die Länge der Zeit bei der Bedeutung der Vorlagen eine materielle Entschuldigung zu. Von der Ansicht ausgehend, daß ein Kongreß einer Partei vornehmlich dazu dienen soll, die innern Angelegenheiten der Partei zu regeln und nebenbei nach Außen hin die Prinzipien derselben geltend zu machen, erblickten die thüringer Parteigenossen in einer solchen Kongreß-Tagesordnung eine Beeinträchtigung der Partei nach Innen, indem die Zeit für die Behandlung der innern Angelegenheiten nur auf die Abendstunden dreier Tage beschränkt sind, und nach Außen, indem die Zeit- und Mittelverschwendung den Gegnern der Partei genü-

gende Handhaben zu Angriffen darbietet. Die thüringer Parteigenossen meinen ferner, daß mit dem größten Ernst und mit der Anspannung aller Kräfte die für die Partei wichtigsten Fragen — dahin gehören in erster Reihe das literarische Unternehmen und die Frage der Gewerksgenossenschaften — verhandelt werden sollten. Das allein kann der Zweck eines Kongresses sein.

Bebel (Leipzig). W. S.! Wenn die thüringer Parteigenossen sich hier in einem längern Aktensstücke beschwerten, so würde ich ihnen rathe, die Zeit durch Vorlesung desselben nicht noch mehr zu schmälern. Sie hätten keine Ursache gehabt, so zu schreiben, wenn sie sich die Tagesordnung genau angesehen hätten. In der Einladung ist der 4. Tag nur eventuell angesetzt und damit nicht gesagt, daß die 4 Tage auch abgelesen werden müssen. Der Ausschuß ist verpflichtet, eine derartige Maßregel zu treffen, damit nicht die Delegirten sagen: Ihr habt 2 Tage angesetzt, und 4 brauchen wir. Er muß diese Vorsicht gebrauchen, und sie ist auf allen Kongressen bis jetzt angewendet worden.

Die Versammlung geht über die Beschwerde zur Tagesordnung über.

Nord (Hamburg) interpellirt den Leipziger Ausschuß über die Ursachen der Verlegung des Kongresses.

Heidemann (Leipzig). Es war mir von mehreren Seiten versichert worden, daß die Truppeneinzugsfeierlichkeiten auf den 15. Juli angesetzt worden seien, also zur selben Zeit, da unser Kongreß in Dresden tagen sollte. Aus diesem Grunde haben wir uns veranlaßt gesehen, den Kongreß auf 4 Wochen zu vertagen.

Bebel (Leipzig). W. S., ich muß hier ebenfalls einige Worte bemerken und muß gestehen, daß der Ausschuß in seiner Majorität so unschuldig ist wie Nord selbst, daß der Kongreß vertagt wurde; das klingt kurios, ist aber dennoch so. In der Woche vor dem 14. Juli kam Motteller zu uns aus Grimmitzschau und theilte uns mit, er sei erkant, wie wir an diesem Tage den Kongreß abhalten könnten, es sei Truppen-Einzug und es werde eine große Menge von Fremden da sein, und die Leute von unsrer eignen Partei seien dadurch mannigfach in Anspruch genommen, so daß an einen Besuch der öffentlichen Sitzungen des Kongresses nicht zu denken sei. Mehrere andere Personen, die wir wegen des Einzugsstages fragten, bestätigten der 15. Juli sei dazu bestimmt; so wurde, da die Zeit äußerst kurz war und die Nachricht in das Blatt mußte, zwischen dem Ausschußsekretär, der Redaktion und Expedition die Verlegung beschlossen. Hintennach stellte sich unsere Auffassung allerdings als irrig heraus und wir sahen ein, daß wir übereilt gehandelt hatten, es war aber nicht mehr zu ändern. Ich glaube übrigens, daß die Verlegung dem Besuch des Kongresses nur genützt hat.

Lejendeker. Ich muß ebenfalls einige Worte darüber sagen. Da ich schon Mittwoch nach Frankfurt gefahren war, erfuhr ich daselbst, daß der Kongreß vertagt sei. Hätte ich nicht in Frankfurt den „Volkstaat“ gesehen, so wäre ich nach Dresden gereist. Nun, ich habe mir daraus nichts gemacht, aber nothwendig wäre es gewesen, daß der Ausschuß schon früher berichtet hätte, daß der Kongreß in Folge des Einzuges nicht stattfinden kann.

Rosack (Dresden). Ich war ebenfalls, weil ich als Vorsitzender des Lokalkomités die Arrangements, die Vorbereitungen hauptsächlich

in der Hand hatte, höchst unwillig darüber, daß der Kongreß vertagt wurde, aber gleichzeitig will ich konstatiren: der Einzug hat zwar nicht stattgefunden, wie Motteller annahm, aber es trat die Eventualität ein, die ich und meine Freunde selbst nicht voraussehen konnten, daß das Lokal, die „Konversation“, die wir als geschlossenes Sitzungsklokal bestimmt hatten, von der Wirthin mittlerweile an die Feldpost vermietet war, und es hätte leicht passiren können, daß, wenn die Delegirten angekommen wären, sie auf dem Hofe hätten logiren müssen; denn die Feldpost konnte nicht herausgeschafft werden. Also war es auf der andern Seite wieder ein großes Glück, daß der Schnitzer gemacht worden. (Ruf aus der Versammlung: „Eine wunderbare Fügung Gottes!“ — Heiterkeit.)

Walster. Wir können wohl über diesen Gegenstand kurz hinweggehen. Es ist Ihnen zugestanden worden, daß es eine Ueber-eilung war, und ich glaube, wir können uns dabei beruhigen, indem wir mit Lejendeker sagen, daß solches in Zukunft vermieden werden möchte.

Die Debatte wird geschlossen.

Göße: Ich erlaube mir die Anfrage an den Ausschuß zu richten, wie es kommt, daß der Ausschuß für zugehende Karten und Statuten von den Mitgliedern Geld erhebt? Mir ist das passiert, aber ein Kongreßbeschuß existirt über diese Maßregel nicht.

Parteikassirer Burckhardt: Als wir den Ausschuß übernahmen, gingen an Parteibeiträgen im Februar ungefähr 8 Thlr., im März ungefähr 12 Thlr ein, also eine sehr geringe Summe. Wir wußten nicht, was wir thun sollten angesichts der geringen Beiträge. Hätte dazu der Ausschuß, resp. der Kassirer oder Schriftführer eine Entschädigung für seine Mühwaltung verlangt, so wären wir gar nicht im Stande gewesen, unseren Pflichten entsprechen zu können. Wir fanden uns also veranlaßt, den Parteigenossen anheim zu stellen, den Selbstkostenpreis für die Druckfachen an die Parteikasse einzusenden. Ich glaube, das war nicht zu viel verlangt.

Sirsch: Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß der Ausschuß unserer Partei in Zukunft „gewiegten Kriminalisten“ weniger Material für ihre Studien gäbe, als es in Braunschweig der Fall gewesen ist. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß Papiere, Briefe und dergleichen, sofern sie Veranlassung geben könnten, durch Behörden Mißhelligkeiten für die Betheiligten herbeizuführen, nicht aufbewahrt werden. Ich will keinem Ausschuß, der funktioniert hat, persönlich einen Vorwurf machen, ich will auch nicht untersuchen, welche Person der Vorwurf trifft, aber ich muß dem Ausschuß ans Herz legen, in Zukunft davon Nothiz zu nehmen, daß solche Papiere auf zweckentsprechende Weise vernichtet werden.

Vors. Braude: Es ist ein Antrag eingegangen:

„Unterzeichneter stellt den Antrag, für künftige Kongresse keine öffentlichen Versammlungen mehr zu veranstalten, da die innern Angelegenheiten der Partei näher stehen müssen.“

Ernst Göße.

Dieser Antrag findet keine Unterstützung, kommt also auch nicht zur Debatte.

Lejendeker: Nachdem die Interpellationen an die Ausschüsse geschlossen sind, halte ich es für meine Pflicht, zu beantragen, daß der

Kongreß den Ausschuß mitgliedern seinen Dank abstatte für die Führung der Geschäfte. Ich glaube, sie haben diesen Dank verdient.

Dieser Antrag wird mit der Ausdehnung auf die drei funktionirt habenden Ausschüsse angenommen.

Es folgt die Anbringung von Beschwerden über die Kontrollkommission; da sich aber Niemand zum Worte meldet, erklärt der Vorsitzende diesen Punkt für erledigt.

Vorsitzender: Walster beantragt der Kontrol - Kommission Dank auszusprechen. Der Antrag wird angenommen.

Es folgen „Beschwerden über die Redaktion und Expedition.“

Eberlein (Meerane) und Ufert (Chemnitz) fragen an, warum die Fortsetzung des Walster'schen Romans, der früher dem „Volksstaat“ als Beilage diente, nicht weiter erscheint?

Hepner. Es wurde in Stuttgart beschlossen, daß diese Beilage nur alle 14 Tage gegeben werden solle; nun hat sich aber herausgestellt, daß der Umfang des Romans ein so großer ist, daß, wenn er hätte vollendet werden sollen, drei Jahre Zeit gebraucht würden. Nun m. H., werden Sie keinem Leser zumuthen wollen, daß er drei Jahre lang an einem Romane lesen soll. Den Autor trifft keine Schuld, sondern den Braunschweiger Ausschuß, der damals nicht überlegt hat, daß für ein Blatt, welches wöchentlich 2mal erscheint, ein langer Roman nicht als Beilage gegeben werden kann. Er kann nur gegeben werden in einem täglich erscheinenden Blatte, und dann dauern die Fortsetzungen bloß 6 bis 8 Wochen. Wollte man einen zweibändigen Roman als Beilage alle 14 Tage in der Form eines viertel Blattes geben, so hätte der Autor verschiedene Partien streichen, der Roman gekürzt werden müssen. Ich weiß nicht, ob das geht, immerhin aber hätte diese Publikation ein Jahr in Anspruch genommen. Ferner aber hätten sich die Kosten für den Druck des Walster'schen Romans auf 2000 Thaler belaufen; da mußte man sich natürlich entschließen, die Fortsetzung des Romans einzustellen und zu sagen: es bleibt dem Kongresse anheimgestellt, wie er sich mit dem Autor, gegen welchen allerdings der damalige Braunschweiger Ausschuß eine Verpflichtung eingegangen ist, auseinandersetzen will.

Reichelt. Die Interpellation von Eberlein und Ufert trifft mit dem von den Breslauer Parteigenossen gestellten Antrage zusammen, der Redaktion des „Volksstaat“ diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, welche nothwendig sind, eine Beilage ökonomischen Inhalts erscheinen zu lassen. Wenn eine solche Beilage erscheinen soll, würde es unbedingt nicht gehen, zu gleicher Zeit den Roman fortzusetzen zu lassen.

Debel. Reichelt hebt ganz richtig hervor, daß, wenn auf der einen Seite das Verlangen besteht nach Fortsetzung des Romans und auf der andern Seite das Verlangen nach einer Extrabeilage für ökonomische Artikel, die zwei Verlangen nicht auf einmal zu erfüllen sind.

Wenn wir zum „Volksstaat“ eine Extrabeilage erscheinen lassen, wie für den Roman früher, so haben wir bei einer Auflage von 4000 Exemplaren — und jetzt brauchen wir 5000 — für jede Beilage 10 Thaler zu bezahlen.

Die Roman-Beilage wurde, wenn ich mich nicht irre, bis in den Oktober hinein unausgesetzt gegeben. Wir setzten uns damals mit Walster selbst in Verbindung mit der Bitte, daß er auf das Weitererscheinen des Romans einstweilen verzichten möge, da man bei der damaligen

Lage, als der Abonnentenstand im Kriege und in Folge der Arbeitslosigkeit um 600 Abonnenten gesunken war, nicht allein die Beilage wegfallen lassen, sondern sogar das Blatt um die Hälfte verkleinern mußte, wobei man in Aussicht nahm, den Roman in anderer Weise (in besonderen Lieferungen oder sonst wie) fortzusetzen zu lassen, um den Roman überhaupt für die Partei zugänglich zu machen. Es liegt aber auf der Hand, daß die materielle Lage des „Volksstaat“ augenblicklich nicht der Art ist, daß man nochmals eine Extrabeilage riskiren könnte. Es kommt hinzu, daß der Abonnentenstand heute ein ganz anderer ist, als vor einem Jahre, daß vielleicht die Hälfte der heutigen Abonnenten vor einem Jahre das Blatt noch nicht gelesen haben. Diesen müßten die früheren Romanbeilagen nachgeliefert werden. Da wir nun keine 2000 Exemplare vorrätzig haben, so müßte man den früheren Theil nachdrucken lassen, und das würde uns mindestens auf 200 Thaler zu stehen kommen.

Ich glaube, da jetzt alle Aussicht vorhanden ist, daß der Schriftenvertrieb in großartigem Maßstabe eingerichtet wird, da sich jetzt eine große Anzahl Parteigenossen an verschiedenen Orten bereits damit abgeben, den Schriftenvertrieb richtig zu organisiren — daß in kurzer Zeit auch die Möglichkeit geboten sein wird, für den Walster'schen Roman ein geeignetes Absatzfeld zu gewinnen, und ich möchte mir deshalb erlauben, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß wir vielleicht bei den späteren Beschlüssen, die wir über das literarische Unternehmen zu fassen haben, ganz besonders auf den von Walster seinerzeit der Partei überlassenen Roman Rücksicht nehmen und dem Parteausschusse übertragen, bei Einrichtung dieses Unternehmens oder bei Bildung der von uns beabsichtigten Druckgenossenschaft darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Walster'sche Roman von Seiten der Partei herausgegeben werde und zwar in einzelnen Lieferungen, damit es den Parteigenossen möglich sei, sich den Roman nach und nach anzuschaffen.

Ich glaube, auf diese Weise ist auch Denjenigen Rechnung getragen, die den Roman theilweise schon haben und die Fortsetzung verlangen, Walster aber, der seinerzeit den Roman der Partei überlassen hat, wird für seine Arbeit wenigstens die Genugthuung finden, daß der Roman veröffentlicht wird, und endlich wird zugleich die Partei in den Stand gesetzt, dem Autor eine Entschädigung zu gewähren.

Ich möchte also diesen Punkt in's Auge gefaßt sehen, damit diese Angelegenheit in einer nach allen Seiten hin befriedigenden Weise zu Ende geführt werde, und möchte beantragen, (bei Gelegenheit unseres Beschlusses über das literarische Unternehmen) diesen Punkt dem neuen Ausschusse zu überweisen.

Leyendecker (Mainz). Es ist nothwendig, daß die Expedition etwas mehr Pünktlichkeit einhält; denn bei der Packetendung kommt es manchmal vor, daß die Sonnabendnummer erst Montags in Mainz ankommt. Wenn das Packet eine Viertelstunde nach 6 Uhr Abends aufgegeben wird, so kommt das Packet einen ganzen Tag später nach Mainz; ich wünsche, daß die Expedition in dieser Beziehung pünktlicher verfährt.

Erpedient Rübner (Leipzig) erklärt, daß ihm vom Mainzer Expedienten noch keine Klage des Inhalts, wie die von Leyendecker vorgebracht, zugegangen sei.

Kobitzsch (Dresden): Die Beschwerde unfres Freundes Leyendecker trifft nicht immer die Expedition, sie trifft viel mehr die Postanstalten. Dresden ist von Leipzig nicht weit, zwischen beiden Städten besteht eine sehr gute Postverbindung und doch erhalten wir das Paket oft weit später, als dies nach der Aufgabezeit der Fall sein dürfte.

Rühn (Braunschweig): Wir haben in Braunschweig Post-Abonnenten und wir haben auch solche, die ihre Blätter per Paket erhalten. Die Postnummern kommen aber so unregelmäßig, daß die Zeit des Eintreffens von Mittags bis Abends 8 Uhr variiert. Nun möchte ich wissen, ob das die Schuld der Post oder der Expedition ist? Ferner, was die Paketsendungen anlangt, so sind schon manche angekommen, deren Emballage zerrissen war; einmal waren weniger Nummern vorhanden, als im Postschein angegeben war. Gibt es hier kein Mittel der Abhilfe?

Bebel (Leipzig): M. H.! Es sind gewiß mancherlei Beschwerden begründet, und es können allerdings, auch verschiedene Ursachen eintreten, daß dann und wann einmal, aber ganz ausnahmsweise, das Blatt zu spät erscheint. Wir sind mit keiner großartigen Druckerei versehen, und müssen uns, namentlich bei der jetzigen Auflage, sehr dazu halten, wenn das Blatt rechtzeitig fertig werden soll. Aber kommen im letzten Moment wichtige Nachrichten, politische oder gewerkschaftliche (Streiksachen u.), die unbedingt ins Blatt müssen, so haben die Setzer einige Stunden länger zu thun, die Druckerei wird später fertig, das Blatt kommt nicht zur rechten Zeit auf die Post, und so kann es kommen, daß nach der einen oder anderen Gegend die Züge verfehlt werden; das sind aber Ausnahmen von der Regel. Was die Paketsendungen anlangt, so muß ich bemerken, daß die Arbeit an Expeditionstagen eine ganz enorme ist, und daß, da auf der Leipziger Post an denselben Tagen die Buchhändler expedieren, an dem wir das Blatt aufgeben, und in den Abendstunden auch der Handelsstand seine Pakete zur Post giebt, — daß da ein großer Andrang an der Post ist, und das eine oder das andre Paket wohl nicht ordnungsmäßig befördert wird. Nach den weiter entfernten Orten, wie Mainz, München, Augsburg, Osn, bedeuten ein paar Stunden viel, weil weniger direkte Züge gehen.

Reichelt (Hannover): Bürger Bebel hat zwar auseinander zu setzen gesucht, daß die Schuld in den meisten Fällen an der Post liege; ich kann das aber trotzdem nicht ganz glauben; denn uns in Hannover ist es passiert, daß wir den „Volksstaat“ um 14 Tage zu spät bekommen haben und 6—7 Nummern zu gleicher Zeit, in einer Zeit, wo wir ihn durch die Post nicht beziehen konnten, also nicht bei der Post reklamieren konnten. Der Buchhändler sagte, daß er keine Schuld habe; wenn die Zeitungen bei seinem Kommissionär abgegeben würden, so müßte er sie erhalten, dem Kommissionär aber sei der „Volksstaat“ sehr unregelmäßig zugegangen.

Rühner (Leipzig): Ich will dem Parteigenossen, der von den zerrissenen Paketen gesprochen hat, bloß bemerken, daß ich, so viel Pakete ich von der Post geholt habe, bis jetzt noch nicht ein einziges erhalten habe, in dem nicht ein so großer Riß gewesen wäre, daß man den Inhalt unbedingt erkennen konnte. Bei der Wahlagitation in Rudolstadt kam dort ein Paket mit Stimmzetteln an; ich hatte das Paket selbst 3 Mal in starkes Papier eingepackt, und es war auf der einen Seite aufgerissen und eine ganze Handvoll Stimmzettel heraus gerissen und dann

wieder hereingestopft. Was nun Hannover betrifft, so hat mir Franke von da geschrieben, daß die ersten Pakete in einem miserablen Zustande angekommen sind; und dann habe ich wieder von Franke einen Brief erhalten, worin er mir schrieb, daß durch die vierfache Verpackung ein Loch gerissen war, und zwar so groß, das man sehen konnte, daß der „Volksstaat“ darinnen war. Da kann eine Schuld die Expedition nicht treffen. Was die Sendung nach Hannover in der Kriegszeit betrifft, so geschah sie auf dem Buchhändlerweg; und wer diesen Vertrieb kennt, wird wissen, daß er sehr unzuverlässig und hummelig ist. Sie werden auch gefunden haben, daß wir im Parteiorgan stets darauf hingewiesen haben, die Buchhändlersendungen aufhören zu lassen und das Blatt lieber durch die Post zu bestellen.

Heidemann beantragt Vertagung der Versammlung. Der Vorsitzende bittet, diesen Antrag bis zur Erledigung des in der Debatte stehenden Punktes zurückzuziehen. Der Antragsteller ist damit einverstanden.

Walster: Nun, meine Herren, ich habe hier speziell einen Auftrag von denjenigen Parteigenossen, die ich besonders zu vertreten habe, nemlich der Eölnern. Diese haben den Wunsch, daß das Parteiorgan einen Tag früher erscheinen möchte. Sie sagen: wir sind zwar von dem Ort, wo das Parteiorgan erscheint, etwas weit entfernt, aber es ist gerade Sache der Partei, daß dafür gesorgt werde, daß das Parteiorgan und also alle die neuen Fragen und neuen Ideen, die es anregt und verbreitet, rechtzeitig zu den Parteigenossen gelangen.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß dieser Antrag erst zur Besprechung kommen könne, wenn die Beschwerden erledigt sind. Bremer (Magdeburg) beantragt, der Redaktion und Expedition für ihre Thätigkeit den Dank der Partei auszusprechen. Der Antrag wird angenommen.

Die Mandatprüfungskommission erstattet hierauf Bericht. Die Mandate von Hohenstein, das durch 2 Mandate vertreten ist, und von Thalheim, das noch keinen offiziellen Beitritt zur Partei angemeldet hat, werden durch die Kommission beanstandet.

Bezüglich der Hohensteiner Mandate stellt sich heraus, daß die Parteigenossen dort sich gespalten, und jede Partei ihren Delegierten gesandt. Der Kongreß beschließt, auf eine Erörterung der Differenzen, wie sie Seifert (Hohenstein) befürwortet, nicht einzugehen und erklärt beide Mandate für gültig.

An der Debatte über das Thalheimer Mandat beteiligen sich Imhof, Jork, Hefner, Meßner, Hirsch, Rühn, Wagner. Bei der Abstimmung wird das Thalheimer Mandat ebenfalls für gültig erklärt.

Auf Antrag Jork's wird beschlossen, daß die Mandatprüfungskommission in der nächsten Sitzung das Verzeichnis der Delegierten und der vertretenen Orte vorzulesen habe. Hierauf Schluß der Sitzung Nachts 12 Uhr 20 Minuten.

### Zweite geschlossene Sitzung

des III. sozial-demokratischen Arbeiterkongresses. Montag d. 14. August, Vormittag im Saale des Münchner Hofes.

Vorsitzender Bebel eröffnet die Sitzung 8 1/2 Uhr mit der Verlesung des gestern eingegangenen Schreibens von Wintersberg aus Co-

burg, und fährt dann fort: Gehe wir in die Tagesordnung des Congresses eintreten, möchte ich zuvor eine Bitte aussprechen. Es ist dringend nothwendig, daß Jeder, der sich an der Debatte theilnimmt, sich befreitigt nur das zu sagen, was von Anderen nicht schon geäußert wurde, damit wir nicht wieder das alte Lied haben, daß trotz der so kurz zugemessenen Zeit Redner kommen, die in der Hauptsache nur bereits Gesagtes wiederholen.

Es sind hier 2 Anträge von Jorck eingegangen, indess ist der erste, dahin gehend, daß der Bericht der Prüfungskommission in Zukunft in einer der ersten Sitzungen erfolgen sollte, ein präjudizieller, der meiner Meinung nach unter die Anträge der Mitglieder zu rangiren hat, der aber für den jetzigen Kongress nicht mehr in Betracht kommen kann. Der andre Antrag lautet: „In Ermägung, daß wiederum ein Theil der Delegirten abwesend ist, beschließt der Congress, daß 50 Minuten nach Eröffnung jeder Sitzung durch Namensaufruf die Säuligen ihren Mandataren gegenüber bezeichnet werden.“ Der Antrag wird angenommen.

Es ergibt sich, daß folgende Delegirten abwesend sind: Richter, Kobitsch, Ulrich und Gleditsch.

Eine Anfrage Walkers, ob über die geschlossenen Sitzungen in öffentlichen Blättern Bericht erstattet werden dürfe, beantwortet der Vorsitzende im Einverständnis mit den Delegirten dahin, daß dieses zwar gestattet sei, daß man aber von der Diskretion der betreffenden Parteigenossen erwarte, daß sie nur das Nothwendigste veröffentlichen.

Es erfolgt nun die Verlesung der Mandate, welche ergibt, daß 55 Delegirte zugegen sind, welche 82 Mandate mit 7000 Stimmen vertreten.

Lejen becker bezweifelt, daß alle vertretenen Parteigenossen ihre Parteisteuern entrichtet haben und verlangt, daß künftig Niemand mehr auf dem Congress sich vertreten lassen dürfe, der seiner Pflicht nicht nachgekommen.

Es erhebt sich hierüber auf's Neue eine längere Debatte, in welcher namentlich der Standpunkt vertreten wird, daß viele Parteigenossen ihre Pflicht können erfüllt haben, ohne daß sie die Partei = Steuern bezahlen. Die Opfer, welche die Orte für Agitationen, Verbreitung des Parteiorgans, Unterstützung gemäßigter Parteigenossen, Wahlen u. s. w. gebracht hätten, müssen berücksichtigt werden. An dieser Debatte theilnahmen sich Burckhardt, Kühn, Bracke, Schilling. Bracke erklärt bei Berathung der Geschäftsordnung, einen diesbezüglichen Antrag zur Aufnahme in dieselbe stellen zu wollen. Der Kongress ist damit einverstanden.

Man geht jetzt weiter zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung. Der Antrag Bebel's:

„Die Redaktion des Parteiorgans ist beauftragt, bei Beginn eines jeden Quartals das Parteiprogramm an der Spitze des Blattes abzubringen,“ wird ohne Debatte angenommen.

Zu dem Antrage der Breslauer Parteigenossen:

„Der Parteikongress wolle dafür Sorge tragen, daß der Redaktion des „Volksstaats“ diejenigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, welche es ihr ermöglichen, allwöchentlich eine Beilage ökonomischen Inhalts erscheinen zu lassen.“

beantragt Jorck, denselben zurückzuhalten bis zur Debatte über das literarische Unternehmen. Wird unterstützt.

Hadlich: Ich glaube, der Antrag ist so präcis gefaßt, daß wir ohne weitere Debatte entscheiden können.

Ich habe zu verschiedenen Malen mit Liebknecht darüber gesprochen, ob sich nicht eine ökonomische Beilage herstellen lasse, er erwiederte mir aber, daß dies in der gegenwärtigen Zeit faktisch unmöglich sei, theils aus finanziellen Gründen, theils weil der vorliegende Stoff schon jetzt von der Redaktion kaum zu bewältigen sei. Ich glaube, wenn wir heute beschließen, der Redaktion es zu überlassen, wie sie die Sache in die Hand nehmen will, können wir uns dabei ganz beruhigen.

Vors. Bebel; M. S.! Es handelt sich zunächst um den präjudiziellen Antrag Jorck's: soll derselbe erst bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung kommen, oder schon jetzt? Ich bitte also die Redner, die sich gemeldet haben, nur über diesen Punkt zu sprechen.

Wegner erklärt sich für Annahme des Jorck'schen Antrags. Die Versammlung stimmt demselben zu.

Walker: Es ist von den Kölnener Parteigenossen beantragt worden, daß das Parteiorgan 1 Tag früher als bisher erscheinen möchte. Es entspricht dieser Wunsch dem natürlichen und gerechten Gefühl, daß nämlich die Parteigenossen in den gesammten deutschen Ländern den „Volksstaat“ möglichst zu derjenigen Zeit erhalten, wo sie am besten im Stande sind, ihn lesen und die Ideen prüfen und diskutieren zu können. Nun wissen wir ja aber Alle, daß bei den Arbeitern durchgängig Sonnabend Abend diejenige Zeit ist, wo die Parteigenossen sich zu versammeln pflegen, und den Wunsch empfinden, die sie berührenden Fragen zu besprechen, wobei das Parteiorgan ihnen klärend und anregend zur Seite zu stehen hat. Außerdem ist der Sonntag diejenige Zeit, in welcher der Arbeiter am besten Muße und Gelegenheit hat, den Inhalt des „Volksstaats“ vollständig in sich aufzunehmen. Anders wie in Sachsen, wo das Blatt frühzeitig erscheint, ist es aber mit den Parteigenossen in Baden, Württemberg und am Rhein; diese bekommen das Parteiorgan nicht so früh; ihnen wird diese günstige Gelegenheit nicht geboten; sie sind benachtheiligt, und da das Centralorgan bestimmt ist, allen Parteigenossen Rechnung zu tragen, so ist der Wunsch der Kölnener Parteigenossen gerechtfertigt. Wenigstens bitten sie, falls ihr Antrag nicht angenommen wird, doch dafür zu sorgen, daß es allen Parteigenossen möglich ist, bis zum Sonnabend Abend das Parteiorgan in Händen zu haben.

Mübner. Der Antrag ist bereits auf dem Stuttgarter Kongress gestellt worden und dort ist man zur Tagesordnung übergegangen. Die Parteigenossen haben das Blatt an allen Orten Sonntag Vormittag in Händen. Es kann vielleicht eingeführt werden, daß das Blatt 1—2 Stunden früher expedirt wird, aber es 1 Tag früher erscheinen zu lassen, davon muß ich doch entschieden abrathen.

Hepner. Der eigentliche Grund, warum das Blatt nicht 1 Tag früher erscheinen kann, ist der, daß dann das Blatt am Sonntag fertig gemacht werden müßte, und man kann doch nicht verlangen, daß der „Volksstaat“, das sozialdemokratische Blatt, welches gegen die Sonntagsarbeit schreibt, die Arbeiter zwingen sollte, das Blatt am Sonntag zur Vollendung zu bringen.



York. Wenn jeder einzelne Ort seine Ansicht zur Geltung bringen wollte, wie Köln, dann hätten wir 55 Anträge, und jeder würde das Blatt zu einer andern Zeit haben wollen. Ich begreife nicht, wie Walster den Kölner Antrag hier zur Sprache bringen kann, da es doch eine reine Privatangelegenheit der Kölner ist, die sich durch einen Brief an die Expedition erheben läßt, worin die Kölner eruchen: „Befördert das Paket 2 Stunden früher zur Post, dann bekommen wir es Sonnabend Abend noch.“

Rübner erklärt, daß er sich mit dem Expedienten in Köln wegen früherer Cendung des Blattes verständigt habe.

Man geht schließlich über den Antrag zur Tagesordnung.

Vors. Bebel. Wir kommen jetzt auf den Punkt 6 der Tagesordnung: „Beschlusfassung über das literarische Unternehmen.“ Es ist auf dem Stuttgarter Kongreß beschlossen worden, daß die Berliner Parteigenossen auf dem nächsten Kongreß über den Statutenentwurf Bericht erstatten lassen und frage ich den Delegirten Mezner, ob er bereit ist, den Bericht zu geben.

Mezner. Hr. Fr.! Ich muß vorausschicken, daß, als der Antrag in Betreff des literarischen Aktienunternehmens einging, Anträge, die heute mit demselben im Zusammenhang stehen, nicht gestellt waren. Die Kommission hat sich gesagt, sie habe durchaus nichts mit den zu diesem Kongreß gestellten Anträgen zu thun, sondern sie habe einzig und allein die Vorlage, wie sie der Stuttgarter Kongreß gemacht hat, zu prüfen, und sie hat sich strikte daran gehalten. Ferner muß ich vorausschicken: wenn Sie in dem Bericht, den ich später verlesen werde, vielleicht nichts finden über die Rentabilität, so ist das aus dem Grunde geschehen, weil nicht bloß die Kommissionsmitglieder, sondern die Parteigenossen Berlins überhaupt sich gesagt haben, daß diese Frage weit weniger zu prüfen sei, sondern sich vielmehr daburch erhebe, daß man genug Material hat, das gedruckt werden muß, und daß gleichzeitig auch als nothwendige Bedingung eines derartigen Unternehmens die Errichtung einer Druckerei in's Auge gefaßt wird und daß deshalb die Rentabilität, insoweit, als es nicht ein gewinnbringendes Unternehmen sein soll, vollständig gesichert ist. Ich gehe jetzt zu dem über, was die Berliner zu berichten haben, jedoch schide ich noch voraus, daß wir uns gesagt haben: möglichst viel Behörden in der Partei zu schaffen, sei durchaus zu vermeiden, und daß wir ferner in dem Glauben gelebt haben, daß auch die Antragsteller von dieser Anschauung ausgehen. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir das Ganze beurtheilt.

(Der Bericht wird verlesen. Siehe Anhang.)

Mezner, fortfahrend: Zu dem Zusatzantrage will ich kurz bemerken: wir haben aus dem Grunde geglaubt, ihn stellen zu müssen, weil im Entwurfe einzelnen Mitgliedern des betreffenden Ortes das Recht gegeben ist, die Aktionäre unter sich auszumählen; folglich muß man das Recht haben, falls jemand Mißbrauch mit den Aktien treiben will, sofort das Recht als Aktionär dem Betreffenden zu entziehen. Ich empfehle den Entwurf zur Annahme, und lege den Bericht auf den Tisch des Präsidiums nieder.

Vors. Bracke. Die Generaldebatte ist eröffnet. Zunächst hat Bebel das Wort.

Bebel. Hr. Fr., ich war bis vor kurzer Zeit im Wesentlichen, mit dem von Hamburg beantragten literarischen Unternehmen in der

Form, wie es im Stuttgarter Kongreßprotokolle enthalten ist, einverstanden; ich bekenne aber, daß mir durch die Erfahrungen, die uns unser Prozeß gebracht hat, und die Verfolgungen, welche nach verschiedenen Seiten hin die Partei in den letzten Monaten erfahren und nach der Aussicht von Verfolgungen, die uns unzweifelhaft in der nächsten Zukunft bevorstehen, sehr lebhaftes Bedenken beigegeben sind, ob es praktisch sein möchte, das Unternehmen in der Form, wie es von Seiten Hamburgs beantragt worden ist, ins Leben zu rufen.

Es handelt sich hier für die Partei um eine sehr wichtige Frage, in der sehr bedeutende Opfer von der Partei gebracht werden sollen, und unter Umständen bedeutende Vermögensbestandtheile in Frage kommen. Nach den bestehenden Gesetzen ist es unzweifelhaft so, daß, wenn man von Polizei- und Gerichtswegen gegen die Partei, gegen ihre Behörde vorgeht, die Polizeibehörden in der Lage sind, alles das, was die Partei von ihrem Standpunkte aus als ihr rechtmäßiges Eigenthum betrachtet, ohne Weiteres wegzunehmen; die Behörde kann konfiszieren, ohne daß wir den mindesten Einspruch bei Gericht erheben können. Es kommt weiter hinzu, daß die bestehende Organisation, wie sie von Hamburg aus angeregt ist, nach ihrer jetzigen Form unzweifelhaft auf Grund des bestehe den oder vielleicht vom Reichstage zu beschließenden Vereins- und Versammlungsgesetzes aufgelöst werden kann, wenn die Behörde darin ein Unternehmen erblickt, welches in irgend einer Weise den Prinzipien des gegenwärtigen Staates zuwiderläuft, oder die Interessen der gegenwärtigen Gesellschaft zu schädigen sucht. Ich meine daher, daß es vor allen Dingen nothwendig sei, eine Form zu finden, worin wir vor derartigen Plackereien und Quälgeleien auf alle Fälle gesichert sind, und in zweiter Linie eine Form, die nach allen Seiten die Möglichkeit bietet, daß wir vor Uebervorteilungen und Benachtheilungen durch Leute aus unseren eignen Reihen sicher gestellt sind.

Bisher ist die Sache thatsächlich so gewesen, daß, wenn wir von irgend einer Seite benachtheiligt wurden bei unsern Unternehmungen, wir nach dem bestehenden Rechte keinen Schadenerspruch erheben konnten, weil die Partei als solche, da sie keine juristische Person ist, keinerlei Klage erheben kann. Ich halte nun dafür, daß alle Aussicht vorhanden ist, daß die Partei im Laufe der Jahre im Stande ist, bedeutende Mittel zu erwerben, die für die Ausbreitung ihrer Zwecke dienlich sind und daß es daher nothwendig ist, eine solche Form ausfindig zu machen, die es uns ermöglicht, unabhängig und unbehelligt von jeder Scheererei unsere Zwecke zu erreichen, und ich glaube: die einzig mögliche Form für das Unternehmen ist die einer Genossenschaft auf Grund des bestehenden Genossenschaftsgesetzes. Es versteht sich von selbst, daß die Genossenschaft wieder eine solche sein muß, daß die möglichst größte Anzahl der Parteigenossen sich daran betheiligen kann, erstlich in Bezug auf die Antheile, zweitens in Bezug auf das auszuübende Stimmrecht in der Genossenschaft selbst, damit nicht besser Situirte, die in Folge ihrer besseren materiellen Lage größere Beiträge bringen können, wie bei Bourgeois-Unternehmungen der Fall ist, dadurch einen größeren Einfluß auf die Verwaltung erlangen. Wir müssen die demokratische Verwaltung durchführen bis zum Aeußersten, und meines Erachtens ist dies in dem von den Leipziger Parteigenossen hier dem Kongresse vorgelegten Entwurfe einer Genossenschaft der Fall. Weiter sind wir bei Ent-

werfung der Statuten davon ausgegangen, daß wir das möglichst günstige Gesetz unserer Genossenschaft zu Grunde legen müssen, und das ist thatsächlich das gegenwärtig in Sachsen bestehende Genossenschaftsgesetz, das als das liberalste genannt werden muß; das norddeutsche resp. deutsche Genossenschaftsgesetz verlangt die Solidarität, d. h. Diejenigen, die bei einem genossenschaftlichen Unternehmen sich betheiligen, sind verpflichtet, mit ihrem ganzen Vermögen bei etwaigen Verlusten einzutreten, während das sächsische Gesetz nur eine theilweise Haftbarkeit der Mitglieder bedingt. Es hat also jeder Betheiligte nur insoweit zu haften, als er überhaupt an dem Unternehmen betheiligt ist; er kommt nur für die Summe auf, die er eingezahlt hat. —

Was das Unternehmen selbst betrifft und die Möglichkeit seiner Ausföhrung, so glaube ich, bedarf es hierzu nur weniger Worte. Der „Volksstaat“ ist gegenwärtig in einem Stadium, das zu der Hoffnung berechtigt, daß er in sehr kurzer Zeit auf den Standpunkt gebracht werden dürfte, seine Kosten vollständig zu decken. Es unterliegt keinem Zweifel wenn wir berechnen, was wir gegenwärtig für den Druck u. ausgeben müssen, daß diese schon nahezu vollständig ausreicht, um uns in den Stand zu setzen, eine selbstständige Druckerei zu unterhalten; es unterliegt weiter keinem Zweifel, wenn der Schriftenverkauf in noch größerem Maßstabe durchgeführt wird, als jetzt der Fall ist, und wir durch die Parteigenossen Druck-Arbeiten bekommen, daß wir in der Lage sind, eine eigene Druckerei vollständig beschäftigen zu können. Z. B. dürfte es sehr zweckmäßig sein, gewisse Plakate in Vorrath drucken zu lassen, um sie, weil sie in großer Masse gedruckt werden, außerordentlich billig abgeben zu können. Es liegt auf der Hand, daß bei Wahlanglegenheiten es sich besonders empfehlen dürfte, Proklamationen in möglichst großer Masse zu drucken, so daß höchstens die Namen der Abgeordneten hineinzubringen wären, um die Plakate für alle Bezirke passend zu machen. Es unterliegt ferner keinem Zweifel, daß durch das, was die Partei nicht allein in Leipzig, nicht allein durch den Druck des Organs, sondern durch den Druck alles des Materials, was gebraucht wird nach den verschiedensten Richtungen hin, bedarf, und was gut bezahlt werden muß, die Druckerei nicht nur vollständig erhalten, sondern obendrein in die Lage kommen wird, erhebliche materielle Vortheile zu ziehen; und daß diese materiellen Vortheile selbstverständlich mit dem Wachsthum der Partei stetig steigen, das bedarf keines weiteren Nachweises. Es würde aber noch ein weiterer Vortheil aus einem derartigen Unternehmen erwachsen, nämlich der, daß wir die jetzt getrennten Räume unserer Bureaus, die Druckerei, die Expedition und die Redaktion in ein und demselben Raum unterbringen könnten; denn es wäre selbstverständlich dafür zu sorgen, daß für die Redaktion und Expedition die nöthigen Räumlichkeiten in der Druckerei vorhanden wären, wodurch eine außerordentliche Zeitersparniß herbeigeführt würde. Jeder, der die Sache kennt, weiß, wie viel Unzuträglichkeiten entstehen, wenn verschiedene gegenseitig auf sich angewiesene Institute von einander getrennt sind. Es kommen z. B. in die Expedition Briefe, welche für die Redaktion bestimmt sind, es kommen an die Druckerei Briefe, welche für diesen oder jenen Theil des Geschäfts bestimmt sind; es sind Aufträge zu besorgen — und das ist, wenn es schnell und pünktlich geschehen soll, außerordentlich umständlich, es wird eine Masse

Zeit vertröbelt und es entstehen unnütze Kosten. Es kommt weiter vor, daß oft ein Auftrag, weil man denkt, es hat Zeit, liegen bleibt; das würde durch eine zweckentsprechende Centralisation unmöglich gemacht. Weiter würde ein Vortheil sein, daß man bei einer solchen Genossenschaft die Buchhändler-Konzession erhalten kann und dadurch den Vortheil erlangt, alle Schriften und Werke, die für die Parteigenossen wichtig sind, durch die Genossenschaftsbuchhandlung zu beziehen und nicht, wie jetzt der Fall ist, von der Gnade einzelner Buchhändler es abhängen zu lassen, ob und welchen Rabatt sie gewähren wollen. In dem Augenblicke, wo wir eine offiziell anerkannte Buchdruckereigenossenschaft und Buchhandlung sind, sind wir auch sofort berechtigt, alle unsere Anzeigen in den dem Buchhandel zur Verfügung stehenden Blättern unbehindert veröffentlichen zu lassen mit demselben Vortheil, wie jeder Buchhändler und auch alle Vortheile, die sich die Buchhändler gegenseitig bei dem Vertriebe bieten, zu genießen, so daß wir für sehr viele Schriften 33 1/2 Prozent, 50 Prozent Rabatt bekommen, wo wir jetzt allerhöchstens 25 bekommen.

M. H.! Sie werden aus dem eben Gesagten bereits hinlänglich gesehen haben, welche Vortheile uns das Unternehmen in Aussicht stellt, und wie darin zugleich eine sicher gestellte Organisation, die vor jeder Schikane schützt, daselbst. Es ist im Entwurf gesagt, und es ist dies nach dem Gesetz der geringste Antheilschein, daß Jeder, der sich betheiligen will, 10 Thlr. einzahlen muß. Es ist natürlich, daß wenn das sofort und auf einmal verlangt wird, dies dem weitaus größten Theile der Parteigenossen unmöglich sein würde. Aber, m. H., wir haben in einem andern Artikel gesagt, daß diese 10 Thlr. im Laufe von 2 Jahren in 10 Raten gezahlt werden können, so daß auf 2 1/2 Monate die Einzahlung von 1 Thlr. kommt; dadurch wird es auch den Minderbemittelten möglich, sich an der Sache zu betheiligen. Eine größere Konzession ist nach den bestehenden Gesetzen unmöglich, sonst hätten wir sie gemacht. Dann haben wir vorgeschlagen, daß ein Einzelner bis zu 15 Antheilscheinen nehmen kann, also sich bis zu 150 Thlr. betheiligen kann. Ich für meine Person habe nichts dagegen, wenn Sie noch höhere Beträge zulassen; denn es ist auf der andern Seite dafür gesorgt, daß Derjenige, der sich mit einer größeren Summe betheiligt, nicht wie bei den Bourgeois-Unternehmungen einen größeren Einfluß ausüben kann; es ist gesagt: jeder Betheiligte hat nur 1 Stimme; wer 1 Aktie hat, hat gerade so viel Stimmrecht, als der, der 20 und mehr hat, und Sie werden einsehen, daß das von unserm Standpunkte ganz richtig ist. Daß für genügende Kontrolle gesorgt ist, für einen genügenden Einfluß der Mitglieder auf die Geschäftsleitung und die Ueberwachung, versteht sich von selbst. Ich will auf das Einzelne gar nicht eingehen, weil ich voraussetze, daß der Kongreß kaum in der Lage sein dürfte, in die Verathung der Einzelheiten einzugehen, daß vielmehr die Verathung des Statuts denjenigen zustünde, die sich innerhalb eines gewissen Zeitraums betheiligen. Die, welche sich Seitens der Partei an der Unternehmung betheiligen, haben das Statut zu verathen, das Statut ist dann bei dem Handelsgericht einzureichen, wird dort in das Genossenschaftsregister eingetragen, und die Genossenschaft ist offiziell anerkannt; sie kann dann, wenn es ihr beliebt, das Geschäft eröffnen.

Wir haben angenommen, daß ein Kapital von 5000 Thlrn. aufgebracht werden müsse, wenn das Unternehmen in dem Maße, wie wir es uns gedacht haben, zu Stande kommen soll. Es ist aber nicht ge-

sagt, daß wir erst anfangen können, wenn die 5000 Thlr. beisammen sind, sondern wir können (meines Erachtens) anfangen, wenn 2000, 2500 Thlr. gesteuert worden sind, und zwar, weil sich die laufenden Ausgaben im Wesentlichen aus den täglichen Einnahmen bestreiten lassen, also durch das, was das Blatt, das ganze Unternehmen einbringt; und die nothwendigen Anschaffungen brauchen, wie es in den betreffenden Geschäftszweigen der Fall ist, nicht in Baarzahlung abgemacht zu werden, sondern es werden längere Kredite, theilweise bis auf 3 Jahre gegeben, z. B. bei Anschaffung der Maschine. Natürlich besser ist es, wenn wir eine möglichst große Summe darauf abzahlen können, weil bei einem langen Kredit der Rest der Schuld wohl verzinst werden muß. Aber es ist jedenfalls nicht nothwendig, daß wir die vollen Summen beisammen haben, sondern wir können das Unternehmen schon früher anfangen und die Beiträge nach und nach einfließen lassen. Da es bei der Form der Genossenschaft nicht nothwendig ist, daß die 5000 Thlr. von vornherein gezeichnet sind, können wir die Zeichnung neuer Antheile beständig offen lassen, auch können wir in jeder Versammlung beschließen, das Betriebskapital auf 6 bis 7000 Thlr. u. s. w. zu erhöhen. Wir sind an eine bestimmte Zahl der Teilnehmer nicht gebunden. Ich glaube, daß wir in die Lage gesetzt sein werden, das Unternehmen in nicht zu ferner Zeit beginnen zu können. Ich will mir natürlich keinerlei Zeitmaß anzugeben erlauben, bis wann dieß der Fall sein wird; das hängt von der Bethätigung ab. Vor allem kommt es darauf an, der Partei in möglichst populärer Form, in Artikeln im „Volksstaat“, die Nützlichkeit und die Gewißheit der Rentabilität des Unternehmens auseinanderzusetzen und klar zu machen. Es unterliegt für mich zwar keinem Zweifel: wenn wir unser jetziges Parteiorgan mit dem jetzigen Abonnentenstande verkaufen wollten an einen Privatunternehmer, daß ein Buchhändler, oder wer es wäre, sofort 10,000 Thlr. für das Parteiorgan sehr gern bezahlen würde, und zwar, weil das Parteiorgan in einem Stadium ist, welches die vollständige Rentabilität nicht nur, sondern auch die Möglichkeit bedeutender Ueberschüsse in Aussicht stellt. Also unter solchen Chancen das Unternehmen zu beginnen, ist meines Erachtens außerordentlich günstig.

Es ist im Statut weiter die Bestimmung getroffen, daß eine Dividende, d. h. der Reingewinn in der Weise vertheilt wird, daß die eine Hälfte den Teilnehmern, die andere Hälfte dem Reservefond überwiesen wird, und daß über den Reservefond zu entscheiden der Generalversammlung zusteht. Die Generalversammlung kann entscheiden: Wir wollen so und so viel 100 Thlr., die erworben worden sind, in der und der Weise für allgemeine Parteizwecke oder sonst, verwenden und nützlich anlegen; das steht bei ihr, und da sämtliche Aktionäre Parteigenossen sind, da kein Aktionär willkürlich seine Aktie übertragen kann, sondern die Aktien nur dann übertragen kann an einen Zweiten, Dritten, wenn der Aufsichtsrath seine Zustimmung giebt, so ist auf alle Fälle dafür gesorgt, daß die Aktie nicht in fremde Hände, in solche Hände kommen kann, die dem Unternehmen Schaden können, und dagegen müssen wir uns sicher stellen. Ich glaube, daß auch in dieser Richtung die nöthigen Garantien geboten sind. Es ist mir privatim gesagt worden, es wäre besser, wenn der § betreffend die Dividende so festgestellt würde: Die Aktionäre haben Anspruch auf einen höchstens 6%igen Zinsfuß für das eingelegte Geld; alles, was über 6% im Laufe des Jahres aus dem Unternehmen herauskommt, wird dem Reserve-

fond zugewiesen, und es beschließt die Generalversammlung die Verwendung darüber.“ Damit bin ich ganz einverstanden, denn es könnte leicht vorkommen, daß sich die Ueberschüsse im Laufe der Jahre so stellen, daß wir 20—30% Gewinn hätten. Die, welche eingezahlt haben, würden also 10—15% für ihr eingelegtes Geld haben, und ich meine, daß es sich hier nicht um ein Gewinn bringendes Unternehmen für Privatleute handeln soll, sondern um ein gemeinnütziges Unternehmen, daß wir da nicht darauf rechnen dürfen und rechnen sollen, einen großen Gewinn für die eigene Tasche herauszuschlagen. Ich halte aber die Gewährung eines Zinsfußes und zwar des allgemeinerüblichen Zinsfußes um deswillen für nöthig, weil Mancher sonst sagen könnte: Es fällt uns doch schwer, 20—30 Thlr. ohne Weiteres hinzugeben, wofür wir anderwärts wenigstens die Zinsen bekommen könnten, oder welche wir in eignen Geschäfte selbst zinsbar anlegen könnten. Also, um die Einzelnen anzuspornen, ihr Geld so anzulegen, halte ich eine solche Einrichtung für nothwendig, sie ist auch in dem betreffenden Genossenschaftsstatute vorgeschrieben, und wir können sie nicht umgehen.

Damit habe ich nun im Wesentlichen eine Skizze gegeben über das von uns beabsichtigte Unternehmen. Würden Sie nun dem von Leipzig gestellten Antrag Ihre Zustimmung geben, so wäre selbstverständlich der Antrag der Hamburger Parteigenossen erledigt; die Sache wäre so, daß der Kongreß zu beschließen hätte: Der Vorschlag, wie er von Leipzig ausgeht, soll ins Leben treten. Es hätte dann der Ausschuß der Partei dafür zu sorgen, daß der Statutenentwurf im „Volksstaat“ abgedruckt wird, daß er zur Diskussion gestellt wird, daß Artikel erscheinen, in welchen die Rentabilität des Unternehmens auseinandergesetzt, und zur Zeichnung aufgefordert wird. Sobald sich eine genügend große Anzahl bereit erklärt hat, zu zeichnen, wird auf einer Generalversammlung der Statutenentwurf festgestellt, beim Handelsgericht eingereicht, in das Genossenschaftsregister eingetragen, und, sobald das geschehen, ist die Genossenschaft konstituiert; wir können dann jederzeit mit dem Geschäft beginnen, soweit die materiellen Mittel es uns erlauben. Wir würden also in diesem Falle, wenn Sie den Leipziger Antrag annehmen, heute auf dem Kongreß über den Gegenstand mit verhältnismäßiger Schnelligkeit hinwegkommen; aber selbstverständlich kann das kein Grund für die Annahme sein, sondern meiner Ansicht nach ist der durchschlagende Grund der, daß das Unternehmen auf einer vollständig soliden Basis beruht, daß das Unternehmen ein vollständig sozialistisches Unternehmen ist, und dem Parteiinteresse nur förderlich ist.

Vorsitzender Bracke: Es ist der Antrag eingelaufen von Thiele in Leipzig: Der Kongreß möge beschließen, vor der Zukastretung einer Genossenschaftsdruckerei für Deckung der bis jetzt vorhandenen Druckkosten Sorge zu tragen, widrigenfalls seine weitere Existenz auf dem Spiele stehe.

Thiele (Leipzig): Mir geht es wie dem Mohr, der seine Schuldigkeit gehen hat und nun abtreten kann. Ich mag Ihnen nicht auseinandersetzen, welche Sorge und Mühe ich gehabt habe, als die finanziellen Verhältnisse der Partei nicht so standen wie heute, als das Parteiorgan noch nicht die Abonnentenzahl hatte wie heute. Sie werden in ganz Deutschland keinen Buchdrucker finden, der eine Summe, wie Sie gestern gehört haben, Jahre lang unverzinst kreditiren wird. Jetzt steht die Sache günstig, man glaubt auf eignen Füßen stehen zu können;

ich freue mich dessen; doch ehe Sie zur Verwirklichung des Unternehmens schreiten, bitte ich diesen Antrag zu unterstützen und durchzubringen.

Bebel (Leipzig): W. S. I. Ich halte den Antrag Thiele's für den Kongreß im höchsten Grade unpassend, da der Kongreß gar nichts darüber beschließen kann, sondern es Sache der Parteiorgane ist, wenn der Fall eintritt, daß die Genossenschaft gegründet wird, sich mit Thiele auseinanderzusetzen. Wir stehen nicht dem Parteigenossen Thiele gegenüber, sondern dem Unternehmer Thiele, und der Unternehmer Thiele hat sich mit Demjenigen, der ihm Namens der Partei und im Auftrage der Partei die Arbeit übertragen hat, auseinanderzusetzen, und hat dafür alle zur Verfügung stehenden Mittel in den Händen, wenn Die, die ihm gegenüber Namens der Partei Auftrag zum Druck des „Volksstaat“ gegeben haben, den Verpflichtungen, die sie eingegangen sind, nicht nachkommen. Ich glaube, der Kongreß hat gar keine Veranlassung, mit der Frage sich zu beschäftigen, sondern von dem Moment an, wo der Druck aufhört, kann Thiele sagen: „Ich habe die und die Forderung an Euch, wie steht's?“ und wir haben ihn dann zu befriedigen. Wenn Thiele weiter gesagt hat: es würde sich kein Unternehmer, kein Buchdrucker in Deutschland gefunden haben, diese Summe der Partei zu kreditiren, so thut es mir leid, ihm widersprechen zu müssen. Ich will Thiele nicht zu nahe treten, und es ist ihm hinlänglich bekannt, daß wir nicht seinen persönlichen Schaden und Nachtheil wollen; daß wir aber bedacht sein müssen, den Partei-Vortheil zu wahren, versteht sich von selbst. Wir haben nicht zu fragen, ob ein Privatmann seinen Vortheil findet, sondern wir haben ganz einfach darnach zu fragen: was gebietet das Interesse der Partei? Es ist allerdings bei den Buchdruckern üblich, einen längeren Kredit zu geben. Wenn man größere Arbeiten drucken läßt, wird ein Kredit von 6—12 Monaten gegeben, länger steht aber auch nicht der uns von Thiele gewährte Kredit. Ich muß weiter konstatiren, daß, nachdem das „Demokratische Wochenblatt“ seiner Zeit von dem früheren Drucker weggenommen und zu Thiele gebracht wurde, jener nicht nur 3—4 mal bei Liebkecht, sondern auch bei mir gewesen ist, sich beschwert, daß ihm die Arbeit genommen wurde, da er doch „stets Kredit gegeben habe und bereit sei, weiteren Kredit zu geben.“ Eine zweite Druckerei in Leipzig hat sich mir gegenüber erbötet, das Blatt unter den gegebenen Bedingungen zu übernehmen.

Man geht über den Antrag Thiele's zur Tagesordnung.  
Nord. Bebel hat Ihnen die Errichtung einer Genossenschafts-Druckerei und Buchhandlung sachlich auseinander gesetzt. Wir haben in Hamburg im vorigen Jahre einen darauf bezüglichen Antrag gestellt; die Vorlage, die neuerdings gemacht worden ist über die Genossenschaftsdruckerei, war uns in Hamburg weniger bekannt, und mag es deshalb vielleicht eigenthümlich erscheinen, wenn ich einen Antrag im Auftrage der Parteigenossen von Hamburg stelle, daß die Frage über das Inslebentreten des Unternehmens und die Verathung über den Statutenentwurf, wie er von Berlin gestellt worden ist, heute fallen gelassen werden möchte, weil es ja eine reine Unmöglichkeit ist, hier alle derartigen Ansichten und Vorkehrungen zu erwägen, die nothwendig sein dürften, um nach allen Richtungen hin zu befriedigen. Es liegt auf der Hand, und Bebel hat es schon angedeutet, daß genau bis auf's Härchen den bestehenden Gesetzen und Bestimmungen gegenüber die Sache angepaßt werden müsse, einmal, um der Polizei aus dem Wege zu gehen, die sich gern

in die Parteiangelegenheiten mischen will, das andere Mal aber auch, um den Ansichten der Parteigenossen in jeder Beziehung Rechnung zu tragen.

Ich habe im Auftrage der Hamburger Parteigenossen folgenden Antrag zu stellen:

„Der Congreß wolle beschließen, den Ausschuß in Verbindung mit der Finanz-Commission oder einem andern Comitee zu beauftragen, sich mit zwei Juristen in Verbindung zu setzen und einen solchen Statutenentwurf unter Berücksichtigung aller möglichen Eventualitäten auszuarbeiten, darüber dann der Partei Bericht zu erstatten und abstimmen zu lassen.“

Nord's Antrag wird unterstützt.

Seifert wünscht, daß die Generalversammlung der Aktionäre gleichzeitig mit dem Parteikongreß stattfinden, weil sonst die Inhaber von nur 1 Aktie aus Mangel an Reisemitteln nicht vertreten sein könnten.

Hablich. Es handelt sich hier darum, Mittel und Wege zu finden, daß dies Unternehmen nicht von Einzelnen zu besonderen Zwecken ausgebeutet wird, sondern zum Nutzen der Partei sei. Ich bin der Meinung, daß dem neu zu wählenden Ausschusse die Aufgabe zu stellen sei, Mittel und Wege ausfindig zu machen, wodurch das Unternehmen vollständig sicher gestellt werden kann, und die Partei als solche immer Eigenthümerin dieser Druckerei bleibt.

Ulrich. Ich begrüße das Unternehmen mit Freuden, wenn es die Partei als solche in die Hand nehmen könnte, ich bin aber dagegen, wenn es eine Genossenschaft sein soll, denn ich kann keinen Vortheil dabei erblicken, daß neben der Partei noch ein Privatunternehmen als solches hingestellt wird.

Sie werden mir zugeben, daß, wenn das Unternehmen so weit gesichert ist, daß es vielleicht nur an einzelnen Aktionären fehlt, man möglicherweise auch von solchen Leuten Geld nehmen würde, die streng genommen keine Parteigenossen sind, um nur das Unternehmen nicht fallen zu lassen. Ich kann mir absolut nicht denken, daß ein solches Unternehmen neben der Partei herlaufen kann. Ich glaube auch, daß ein solches Erra-Unternehmen den Keim der Zwietracht in die Partei legt, ich bin entschieden gegen die Aktien. Die Gründe, welche Bebel angeführt hat, scheinen mir nicht stichhaltig. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß bis dahin, wo die Genossenschafts-Buchdruckerei ins Leben treten kann, das sächsische Gesetz beseitigt sein wird. Bebel ist zwar besser informirt als ich, ich kann aber versichern, daß man in der neuesten Zeit die Bestätigung der Genossenschaften, die sich nach dem sächsischen Gesetze anmelden, möglichst in die Länge zu ziehen sucht und ihnen ganz einfach von Gerichtswegen sagt, daß das sächsische Gesetz nicht mehr lange bestehen werde.

Nach dem norddeutschen oder deutschen Genossenschaftsgesetz ist aber die Solidarhaft Bedingung und Sie werden doch von den Unternehmern nicht verlangen dürfen, daß sie mit ihrem ganzen Vermögen einstehen, ohne einen besondern Gewinn dafür zu haben? Wenn Bebel sagte, man müsse den Unternehmern einen kleinen Gewinn nach dem üblichen Zinsfuß sichern, so geht das nicht nach dem Gesetze. Das Gesetz verbietet, bei genossenschaftlichen Unternehmungen irgend welchen Zinsfuß zu geben. Ich bin der Meinung, daß ein derartiges Unternehmen von der Partei als solcher ins Leben zu rufen ist, aber nicht daß einzelne Mitgliedschaften es in die Hand nehmen.

Bebel. Meine Herren, mir sind die Ausführungen Ulrichs ganz unbegreiflich. Ein Privatunternehmen wird unser Unternehmen in gewissem Grade bleiben, insofern, als die Partei es nicht als solche übernehmen kann. Würde die Partei aufgelöst, so müßte das Unternehmen in alle Winde zerfliegen. Darum kann es nur in Form einer Genossenschaft betrieben werden, und was hier über die Notwendigkeit gesagt worden ist, daß man sich sicher stellen müsse, das, m. H., ist von keiner Seite bestritten worden; habe nicht ich, hat nicht Dord, hat nicht Wegner, haben wir nicht Alle gesagt, daß wir alle möglichen Mittel anwenden müssen? Und wenn nun Einzelne, wie Ulrich befürchtet, sich einschleichen, die nicht zu der Partei gehören, was können denn diese für Unheil anrichten? Es sind 3—4 Leute und sie haben nur Jeder eine einzige Stimme; es können hier nicht, wie bei andern Unternehmungen, 10—20 Stimmen in Einer Person sich vereinigen, es hat ein Jeder nur 1 Stimme. Wenn dafür gesorgt wird, daß z. B. die Partei eine Anzahl Aktien bekommt mit der Bestimmung, daß die Ausschußmitglieder und die Kontrol-Kommission diese Aktien auf ihren Namen eintragen lassen — wir haben 5 Ausschußmitglieder und 11 Mitglieder der Kontrol-Kommission — so ist Ulrichs Bedenken ziemlich beseitigt.

Wenn weiter gesagt ist, das Gesetz lasse keinen Zinsfuß zu, so ist das wörtlich genommen allerdings richtig; wer aber verwehrt uns zu sagen, daß die Dividende, welche an die Theilhaber gezahlt wird, 5—6 Prozent nicht übersteigen darf? In dieser Form lassen sich Mittel und Wege finden. Wenn weiter die Beschränkung ausgesprochen worden ist, daß unter allen Umständen günstigste der Genossenschafts-Gesetze, das sächsische, werde nicht lange bestehen, so habe ich die gegentheilige Ansicht, und zwar, weil gerade diese Frage auf dem letzten Reichstage, wenn auch nicht offiziell, so doch privatim in einer Kommission unter Zuziehung von Mitgliedern des Bundesraths dahin entschieden worden ist, daß man das sächsische Genossenschafts-Gesetz bestehen lassen wolle, daß keine Gründe vorhanden seien, es gegenüber dem deutschen Genossenschafts-Gesetze aufzuheben; und wenn einmal die Genossenschaft besteht und nach Jahren Aenderungen eintreten sollten, so kann das auf keinen Fall die auf Grund der jetzigen gesetzlichen Vorschriften bestehende Genossenschaft ändern; sie bleibt jedenfalls bestehen. Es ist aber zu erwarten, da die Opposition gegen die unbedingte Solibarität im deutschen Genossenschafts-Gesetz, besonders in Süddeutschland im Wachsen ist, daß wir eher Aussicht haben, daß die betreffende Bestimmung des sächsischen Genossenschafts-Gesetzes allgemeine Bestimmung wird, als umgekehrt.

Schilling (Leipzig). Meine Herren, ich habe mich gewundert über solche Bedenken, wie Ulrich sie aufgestellt hat. Es versteht sich doch von selbst, daß wir uns sichern. Die Genossenschaft muß unbedingt eine besondere Körperschaft bilden, trotzdem daß sie ein Theil des Parteikörpers ist. Wenn wir zusammentreten zu dieser Assoziation — denn das ist es, und nicht eine Aktiengesellschaft, — so glaube ich ganz sicher, daß das Geld zeitig genug eingehen wird, um sie nach dem sächsischen Gesetz begründen zu können.

Wegner (Berlin). Ich will nur ganz kurz einen Irrthum Ulrichs berichten. Er sagte, die Mitglieder der Partei hätten nicht darüber zu entscheiden, ob Jemand Aktien nehmen könne oder nicht. Nun, meine Herren, das haben wir in dem Hamburgraer Entwurf nicht

finden können; wir haben im Gegentheil daraus entnommen, daß Jeder zahlen kann, so viel er will, daß er aber dadurch kein Mehrrecht erwirbt, sondern daß die Parteigenossen eines Ortes, wenn sie recht viel gezahlt haben, das Recht erhalten, für sich 5 Aktien zu nehmen und diese an beliebige Personen zu übertragen. Um Mißbrauch zu verhüten, haben wir den Antrag hinzugefügt.

Der Schluß der Rednerliste wird beantragt und angenommen.

Müller (Dresden). Ich würde gar kein Bedenken tragen, wenn dieses Unternehmen in Form eines Vereins zusammenträte. Im 1. § ist aber gesagt: „Sie übt nach Maßgabe des Gesetzes vom 15. Juni 1868 die Rechte einer juristischen Person aus,“ und dies erinnert mich an unangenehme Erfahrungen, die wir hier gemacht. Nachdem wir ganz speziell nach dem hier zitierten Gesetz unsere Statuten gemacht hatten, und nun so weit gedachten fertig zu sein, — es war im August des vorigen Jahres, wo das norddeutsche Handelsgesetz in Kraft getreten war, — da sagte das hiesige Handelsgericht: Nach unserm Begriffen ist es eine Erwerbsgenossenschaft, was Ihr gründen wollt, und jede Erwerbsgenossenschaft ist unter das Handelsgesetz zu stellen; Ihr habt demzufolge Eure Statuten nach diesem Handelsgesetz einzurichten. Es blieb uns nichts übrig, als uns zu fügen und die Statuten nach dem norddeutschen Handelsgesetz umzuformen. Wir hatten die Theilsscheine ebenfalls auf 10 Thlr. gestellt; das norddeutsche Handelsgesetz schreibt aber vor: Aktien dürfen nicht unter 50 Thlr. betragen. Sollte vielleicht später ein besseres Gesetz in Aussicht stehen, so wäre das sehr gut, aber so lange die gegenwärtigen Gesetze bestehen, müssen wir uns denselben unterwerfen. Also ich glaube, wenn das Unternehmen in Form eines Vereins ins Leben tritt, ohne die Rechte einer juristischen Person, so würde das das Zweckmäßigste sein.

Vorj. Bracke. Die Debatte ist geschlossen; da aber möglicherweise durch die Ausführungen von Müller unrichtige Begriffe erzeugt worden sind, so möchte ich die Mittheilung machen, daß das Handelsgesetzbuch, das übrigens meines Wissens schon länger als seit August besteht, allgemeine Normen für Handelsunternehmungen enthält, während das Genossenschafts-Gesetz ein Spezialgesetz ist, dem die Genossenschaften unterworfen sind. Uebrigens lautet ja der Dord'sche Antrag dahin, daß man sich mit Juristen berathen solle.

Der präjudizielle Antrag von Dord wird angenommen.

Vorj. Bracke: Es würden nun diejenigen Gegenstände zu erledigen sein, die bisher zurückgestellt worden sind. Zunächst liegt ein Antrag der Dreslauer Parteigenossen (ökonomische Zeitungen für den „Volksstaat“) vor. Zu demselben ist ein Antrag von Bebel eingelaufen, den Antrag der Dreslauer Parteigenossen vorläufig auf sich beruhen zu lassen, da die materielle Lage der Partei die Ausführung desselben nicht gestattet; dahingegen sei die Redaktion des „Volksstaat“ zu beauftragen, für den Abdruck populärer ökonomischer Artikel im Parteiorgan Sorge zu tragen.

Dord: Der Antrag von Bebel scheint mir so selbstverständlich, daß es einer Debatte nicht bedarf, denn der „Volksstaat“ hat nicht die Mittel, eine Extrabeilage zu geben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Bebel's angenommen.

Vorj. Bebel: Wir kommen nun zur Seite 4, dort heißt es unter 5a: „Die Parteigenossen in Hannover stellen den Antrag: der

Schriftenvertrieb möge durch den Ausschuß besorgt, resp. geregelt werden, damit die Schriften pünktlich und so schnell als möglich besorgt werden."

Unter 5b beantragt Bebel (Leipzig):

„In dem Antrag der Parteigenossen aus Hannover statt: „Der Schriftenvertrieb möge durch den Ausschuß“ u. s. w., zu sagen: „durch die Expedition des Parteiorgans.“

Bebel: Ich halte es für nötig, von vornherein zu bemerken, daß ich mein Amendement dahin umändere: Der Schriftenvertrieb möge durch die Expedition und den Ausschuß besorgt, resp. geregelt werden, damit die Schriften pünktlich und so billig als möglich besorgt werden.

Reichelt (Hannover) begründet den Antrag der Parteigenossen in Hannover und erklärt sich Namens derselben mit den von Bebel gestellten Amendements einverstanden.

Engelhardt (Zwickau) unterstützt ebenfalls die Anträge und bespricht sich, daß an den einzelnen Orten mit dem Verkauf von Schriften, Photographien u. s. w. häufig ein Geschäft getrieben würde, und die Preise weit höher seien, als sie im Parteiorgan angezündigt werden.

Seifert bemerkt, daß er bei Besorgung des Schriftenvertriebes nie auf Gewinn gesehen habe. Wenn höhere Forderungen eingetreten seien, so liege das hauptsächlich an den Leipziger Buchhändlern; er wünsche, daß der Ausschuß sich mit den Verlegern direkt in Verbindung setze, und daß die Kolportage in der Weise eingerichtet werde, daß die einzelnen Mitgliedschaften darauf zu sehen haben, daß der Gewinn nicht Einzelnen, sondern der Partei zu Gute kommt. Dann erst werde der Zweck vollständig erreicht.

Rübner berichtet, als er die Expedition übernahm, sei der Schriftenvertrieb der Partei ein sehr mangelhafter gewesen und überall seien Klagen laut geworden, die oder jene Schrift könne man nicht bekommen. Die Leute waren gezwungen, viel Geld auszugeben, und Seifert selbst hat viel Nachtheil gehabt. Unser Parteiinteresse erfordert es, daß wir die Schriften soviel als möglich verbreiten, also zu den billigsten Preisen den Arbeitern in die Hände geben; und das ist nur möglich, wenn die Partei die Sache in die Hand nimmt. Die Einzelnen werden nicht über die nötigen Mittel, die ziemlich umfassend sein müssen, verfügen. Außerdem ist es der Partei jedenfalls viel leichter, Leute zu gewinnen, die offiziell den Schriftenvertrieb übernehmen, und Kraft ihrer Autorität wird es ihr eher gelingen, die Säumigen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten. Und wenn die von der Partei zu gründende Genossenschaft die buchhändlerische Konzession hätte, träte sie sofort in alle Vortheile des deutschen Buchhandels, welche sehr bedeutend sind.

Legendecker. Ich will nur ein Mißverständnis aufklären, das auf Seiten des Delegierten von Zwickau obzuwalten scheint, indem er mittheilte, daß mit den Schriften Handel getrieben würde, und die Parteigenossen ungeheuer bezahlen mußten. Ich glaube, daß die Schuld in einem solchen Falle die Mitgliedschaften selbst trifft. Die Mitgliedschaften sind befugt, einen Mann aus ihrer Mitte zu ernennen, der die Sache kontrollirt und bekannt macht, daß die Schriften da oder dort zu haben sind. Es ist aber selbstverständlich, daß die Schriften nicht so verkauft werden können, wie sie von der Expedition geliefert werden. Es kommt das Porto hinzu, welches z. B. für jedes Paket nach

Mainz 24 Kr. ausmacht. Wenn sich ein Ueberschuß ergibt, so fällt er in die Partei- oder Agitationskasse.

Reichelt: Ich erkläre mich vollkommen einverstanden mit dem Zusatzantrage Bebel's, daß der Schriftenbetrieb durch die Expedition unter Aufsicht des Ausschusses besorgt werden möge, indem ich annehme, daß der Expedient die Zeit übrig hat, dies zu besorgen.

Seifert will, daß man den Rabatt oder den Ueberschuß gleich inne behält, und die Schriften zu dem Verkaufspreise den Parteigenossen überläßt.

Der Antrag Bebel's wird nun angenommen. Damit ist auch ein auf den Schriftenvertrieb bezüglicher Antrag der Marburger Parteigenossen erledigt.

Der Antrag der Wittweibaer Parteigenossen, betreffend ein gleiches Format der Broschüren, kommt hiermit zur Verhandlung.

Seifert. Mir scheint es nicht immer möglich zu sein, die Schriften in gleichem Format drucken zu lassen; oft wird Papier genommen werden müssen, wie es gerade vorhanden ist. Ein bestimmtes Format einzuhalten, ist nur dann möglich, wenn stets baar bezahlt werden kann.

Vorsitzender Bebel: Ich bitte den Redner, vor Allem das festzuhalten, daß es sich um die Zukunft handelt.

Rehner beantragt, zwischen die Worte: „ein“ und „gleiches“ das Wort „möglichst“ einzuschalten.

Das Amendement wird unterstützt, und dann der Antrag mit demselben angenommen.

Der nächste Antrag ist der der Dresdner Parteigenossen, betreffend die Herausgabe sozialistischer Jugend- und Frauenbildungsschriften.

Kosač führt aus, wie wichtig es sei, auf die Jugend und auch auf die Frauen einzuwirken, da heute deren Bildungsgrad noch oft ein sehr niedriger sei. Auf die Jugend namentlich müsse eingewirkt werden, damit sie soweit als möglich unsern Bestrebungen zugeführt werde.

Rübner hält die Ausführung des Antrags für sehr schwer, er ist der Meinung, daß es gelte, zunächst die Männer für unsere Bewegung heranzuziehen.

Müller (Dresden): Ich kann mich mit den Ausführungen des Vorredners nicht ganz einverstanden erklären. Sie werden gewiß die heutigen Jugendschriften kennen. Die Schulschriften sind schlecht. Daß in der Schule die Kinder nicht zu Sozialisten erzogen werden, dafür ist gesorgt, denn in jeder zweiten Zeile lesen sie von Gott, König und Vaterland und von der von Gott eingesetzten Obrigkeit, und was weiß ich Alles. Wenn wir unsere Ideen zur Geltung bringen wollen, müssen wir bei der Jugend anfangen. Ebenso ist es nötig, die Frauen zu gewinnen, die, wie die Erfahrung zeigt, oft weiter sehen, als die Männer, namentlich in den sozial-demokratischen Prinzipien. Die Frau fühlt oft eher als der Mann das soziale Elend. Der Mann geht vielleicht von Hause weg, kümmert sich wenig um die Familienangelegenheiten; die Frau ist es, die mit den wenigen Groschen, die ihr der Mann überlassen kann, haushalten muß. Schriften, in denen der Frau Gelegenheit geboten wird, unsere Prinzipien kennen zu lernen, werden sie zum Denken anregen, und sie wird dann nicht mehr, wie es bisweilen jetzt geschieht, den Mann von unsern Be-

strebungen abhalten, sondern im Gegentheil, sie wird ihn dann eher anspornen.

Vorsitz. Bebel: Es ist von Hadlich der Antrag eingegangen: „Da der Antrag der Dresdner Parteigenossen erst nach Inslebentreten der Druckgenossenschaft ausführbar ist, geht der Kongreß über diesen Antrag zur Tagesordnung über.“

Der Antrag wird unterstützt.

Meyner (Berlin) will die Beschlusfassung über diesen Antrag vertagt wissen, bis über das Weitergehende beschlossen worden ist. Der Antrag der Dresdner Parteigenossen bestimmt durchaus nicht, daß sofort damit vorgegangen werde; es handele sich nur darum, daß die Herausgabe sozialistischer Jugend- und Frauenbildungsschriften veranlaßt würde, und daß sei doch so nothwendig, so selbstverständlich, daß eine lange Diskussion nicht entstehen könne.

Dittrich (Schandau). Ich habe selbst in der Schule gesteckt; Alles, was halbwegs demokratisch heißt oder was irgend gegen das allgemein Herrschende geht, ist dort schon verflucht. Ja, wir haben sogar seiner Zeit Anweisung bekommen, für die Verirrten, welche diesen kommunistischen Umtrieben oder überhaupt der Demokratie angehören, zu beten. Das glaubt man vielleicht nicht, ich kann es aber beweisen.

Die Jugendschriften müßten so populär als möglich geschrieben werden, damit sie der Vater am Sonntag hernehmen und der Frau und den Kindern vorlesen, und darnach die Grundzüge des wahren Menschthums auseinander setzen kann; man muß einen Katechismus schreiben, damit die Kinder etwas Verständliches in Händen haben. Und ich wünschte, daß Einer sich herbeiließe, so einen kleinen sozialdemokratischen Katechismus zu schreiben. (Bravo! Sehr gut!)

Schilling erklärt sich entschieden für den Antrag der Dresdener und wendet sich gegen die Ausführungen Mübners.

Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen. Man schreitet zur Abstimmung. Der Hadlich'sche Antrag wird mit 17 gegen 14 Stimmen angenommen, wodurch sich der Antrag der Dresdener Parteigenossen erledigt.

Vors. Bebel. Es ist vorhin bei der Debatte über das literarische Unternehmen übersehen worden, die Angelegenheit über den Walster'schen Roman zum endgültigen Abschluß zu bringen; ich hoffe, daß wir jetzt ohne größere Debatte den von mir gestern über diesen Punkt überwiesenen Antrag annehmen können.

Der Antrag lautet:

„Der Kongreß erklärt es für eine Parteipflicht, das Forterscheinen des Feinerzeit von Walster bearbeiteten und theilweise im „Volksstaat“ erschienenen Romans sobald als irgend möglich zu bewerkstelligen, beauftragt den neu zu wählenden Ausschuß, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen, und empfiehlt die Veröffentlichung des Romans in einzelnen Lieferungen, welche in kurzen Fristen erscheinen und den Parteigenossen billigst zugänglich gemacht werden sollen.“

Seifert. Wenn dieser Roman wieder erscheinen sollte, so muß man doch auch annehmen, daß der Anfang neu gedruckt werden muß. Ich weiß nicht, ob man sich damit einverstanden erklären kann.

Reichelt hebt hervor, daß solche Romane von den Frauen, die nicht zu bewegen sind, wissenschaftliche Werke und sozialistische Abhandlungen zu studiren, sehr gern gelesen werden. Er glaubt, daß gerade Frauen

durch den von Walster verfaßten Roman für die sozialistischen Ideen begeistert werden könnten.

Großer spricht in demselben Sinne.

Bohne (Hohenstein) ist ebenfalls mit dem einverstanden, was die Vorredner gesagt haben, wünscht aber nicht, daß die Parteilasse belastet werde. In diesem Falle müßte er von der Herausgabe abrathen. Er könne als besten Ersatz nur das Lesen der Parteiorgane empfehlen.

Albert: Wenn 2000 Thlr. für den Druck des Romans erforderlich sind, muß ich von dem Druck des Romans abrathen.

Dittrich spricht sich für Abdruck des Romans aus.

Der Antrag Bebels den Roman betreffend wird hierauf angenommen.

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben von Müller (Dresden), worin dieser die Mitglieder zum Besuch des Werkplatzes der Dresdner Baugenossenschaft einladet.

Meyner (Berlin) stellt den Antrag, eine Mittagspause eintreten zu lassen. Nach einiger Debatte wird der Antrag angenommen und die Sitzung 12 Uhr 30 Min. Mittags geschlossen.

### Dritte geschlossene Sitzung.

Nachmittags 3 Uhr.

Vorö (Hamburg): Im Bericht der Kontrol-Kommission ist ausgesprochen, daß der Dresdner Partei-Ausschuß noch nicht von der Geschäftsführung entbunden ist. Es ist mir hier von Seiten eines der früheren Mitglieder dieses Ausschusses der Antrag zugegangen, diese Schriftstücke und Bücher in Empfang zu nehmen. Ich weiß nicht, ob die Kontrol-Kommission als solche sich noch damit zu befassen, oder ob der neue Partei-Ausschuß die Gegenstände wird in Empfang zu nehmen haben, oder wie die Sache liegt.

Vorsitzender: Ich schlage vor, daß wir das der bisherigen Kontrol-Kommission überweisen, die in die Geschäfte eingeweiht ist.

Es folgt nun die Berathung des Geschäftsordnungs-Entwurfs. Derselbe lautet:

§ 1. Die bestehenden Vereinsgesetze in den meisten Staaten Deutschlands machen es der Partei unmöglich, sich als Mitgliedschaften an den einzelnen Orten zu konstituiren oder mit bestehenden Lokalvereinen, als: Sozialdemokratischen Arbeitervereinen, Arbeiterbildungsvereinen etc., in Verbindung zu treten. Demgemäß haben sich die Parteigenossen regelmäßig, und zwar, wenn möglich, mindestens wöchentlich ein Mal, auf Grund des bestehenden Versammlungsrechtes zu versammeln.

§ 2. Der Vertrauensmann hat zu diesem Zweck die rechtzeitige polizeiliche Anmeldung der Versammlung zu übernehmen, die Versammlung zu eröffnen und ein Bureau, bestehend aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer und einem Beitragsammler wählen zu lassen. Die Wahl des Bureaus hat in jeder Versammlung stattzufinden.\*)

§ 3. Jedes Parteimitglied erhält bei seiner Aufnahme eine Mit-

\*) Selbstverständlich können in das Bureau jedesmal dieselben Personen wieder gewählt werden.

gliebarte, das Program, die Organisation und Geschäftsordnung der Partei und des Ausschusses eingehändig.

§ 4. Für je 50 Exemplare des Aufnahmepapiers haben die Parteigenossen 10 Sgr. = 35 Kr. süddeutsch = 125 Centimes an die Parteikasse zu entrichten.

§ 5. Mährlich, und zwar innerhalb vierzehn Tagen nach stattgehabtem Parteifongreß, ist der Vertrauensmann neu zu wählen und zwar mit absoluter Stimmenmehrheit. Name und Adresse des Vertrauensmannes ist innerhalb 8 Tagen nach erfolgter Wahl dem Parteiauschuß anzuzeigen.

§ 6. Die Mitglieder sind berechtigt, eine Neuwahl des Vertrauensmanns vorzunehmen, wenn derselbe ihrem Vertrauen nicht entsprochen. Von jeder innerhalb des laufenden Geschäftsjahres erfolgten Neuwahl ist dem Ausschuß innerhalb drei Tagen Anzeige zu machen, unter Angabe des Namens und der Adresse des Gewählten.

§ 7. Pflicht des Vertrauensmannes ist es, die Parteisteuern nach Ablauf eines jeden Monats und spätestens bis zum 15. des nachfolgenden Monats an den Parteiauschuß abzuliefern. Ist die Ablieferung der Steuer bis zu dem angegebenen Termin nicht erfolgt, dann kann der Parteiauschuß die säumigen Orte im Parteiorgan veröffentlichen und zur Zahlung auffordern.

§ 8. Die Mitglieder an jedem Ort wählen vierteljährlich 2 Revisoren, welche die Kassirung und Ablieferung der Parteisteuern zu kontrollieren haben.

§ 9. Zur Deckung der Lokalausgaben können die Mitglieder an jedem Ort sich eine freiwillige Steuer in beliebiger Höhe auferlegen, oder dieselben durch freiwillige Sammlungen decken. Die Parteisteuern sind voll und ganz — es sei denn, daß der Parteiauschuß (s. § 2 der Organisation) anders beschließt — in der im § 7 dieser Geschäftsordnung angegebenen Frist abzuführen.

§ 10. Alle Briefe, Geld- und Kreuzbandsendungen an die Organe der Partei sind franko einzusenden.

Vor dem beantragt bei Verathung der Geschäftsordnung nur über die Paragraphen eine Debatte zu eröffnen, über welche eine Meinungsverschiedenheit vorhanden ist. Die Versammlung stimmt dem zu.

Die §§ 1—4 werden ohne Debatte angenommen. Zu § 5 nimmt das Wort:

Meßner (Berlin): Ich kann mich mit der Fassung des § 5 nicht einverstanden erklären. Es heißt in § 1 ausdrücklich: „Die bestehenden Vereinsgesetze in den meisten Staaten Deutschlands machen es der Partei unmöglich, sich als Mitgliedschaften an den einzelnen Orten zu konstituieren.“ Nun, wenn wir das anerkannt haben, — wie können wir dann an einem Paragraphen festhalten, der die Behörden zu sagen veranlassen kann: „Durch die Handlung habt ihr euch als Mitgliedschaft konstituiert, gleichviel ob ihr das in § 1 verneint oder nicht, besonders dadurch, daß der Vertrauensmann gewählt werden soll.“ M. S., wenn eine solche Wahl vorgenommen wird, so ist die Konstituierung eines besonderen Körpers vollzogen. Ich möchte also bitten, daß festgehalten wird an dem, was bisher maßgebend war, daß die einzelnen Ortschaften nichts weiter zu thun haben, als dem Ausschuß einen Vertrauensmann vorzuschlagen, welcher von diesem ernannt wird. Ich beantrage also den § zu fassen: „Mährlich, und zwar innerhalb

3 Wochen nach stattgehabtem Parteifongreß, hat der Ausschuß den Vertrauensmann neu zu ernennen, der ihm, und zwar mit absoluter Stimmenmehrheit, vorzuschlagen ist u. s. w.“

Heidemann (Weipzig): Der Ausdruck, daß der Ausschuß den Vertrauensmann zu „ernennen“ hat, klingt etwas hart. Die Mitgliedschaften haben doch den Vertrauensmann vorzuschlagen. Bestätigen würde der richtige Ausdruck sein.

Meßner (Berlin): Ich habe, obgleich der Ausdruck etwas hart klingt, denselben gerade aus praktischen Gründen gewählt. Unsere Partei soll etwas Einheitliches sein, und wenn sie das in der That sein soll, so sehe ich nicht ein, warum dieses harte Wort Anstoß erregen könnte. Den Mitgliedern der einzelnen Orten ist meiner Ansicht nach volle Freiheit gewährt.

Josevicz (Berlin): M. S. Ich muß auf Etwas aufmerksam machen, was uns in Berlin passieren würde, wenn der Paragraph in der Fassung, wie er vorliegt, angenommen würde. Wir haben in Berlin zwar keine Polizisten in den Versammlungen, aber Spitzel haben wir da; und wenn heute Einer hinausgebrängt ist, so kommt morgen ein Anderer hinein. Und wenn der Paragraph so angenommen wird, wie er vorliegt, so werden wir heute auf Grund der Geschäftsordnung einen Vertrauensmann dort wählen, und morgen sitzt die Polizei uns auf dem Halse und sagt: „Quod non, Ihr habt Euch als Lokalverein konstituiert. Ihr habt einen Vorsitzenden gewählt und steht nun in Verbindung mit der Senacher sozial-demokratischen Arbeiterpartei; das ist durch Gesetz verboten, Ihr müßt auseinandergehen.“

Der Meßner'sche Antrag wird angenommen. Hierauf wird zur Verlesung der Delegirtenliste geschritten, wobei sich ergibt, daß Thiele, Gabriel, Müller (Dresden), Stelzer, Röthing, Salzmann und Hille fehlen.

Vorsitzender: §. 6 würde entsprechend dem eben angenommenen Amendement umzuändern sein.

Meßner: Nachdem wir den §. 5 verändert haben, würde der §. 6 folgendermaßen zu lauten haben:

„Die Mitglieder sind berechtigt, einen neuen Vorschlag zum Vertrauensmann zu machen, wenn derselbe ihrem Vertrauen nicht entsprochen. Von jedem innerhalb des laufenden Geschäftsjahres erfolgten neuen Vorschlag ist dem Ausschuß u. s. w.“

Der §. wird in dieser Fassung angenommen.

§. 7 wird unverändert angenommen. Zu §. 8 nimmt das Wort Großer. Derselbe schlägt vor, die Revisoren, statt, wie beabsichtigt, vierteljährlich, jährlich oder wenigstens halbjährlich zu wählen.

Rosack spricht ebenfalls für halbjährige Wahl, wogegen Meßner bittet, bei der vierteljährigen Wahl stehen zu bleiben, und den §. 8 in seiner ursprünglichen Fassung anzunehmen.

Großer spricht gegen die Ausführungen Meßners.

Bremer aus Magdeburg erklärt sich ausdrücklich gegen eine längere Zeit.

Der Antrag von Großer wird abgelehnt.

Vorsitzender: §. 9 wird ohne Debatte angenommen. §. 10 ist als angenommen zu betrachten. Als neuer §. (also § 11) ist beantragt worden zu setzen:

„Auf dem Parteifongreß können nur diejenigen Parteige-



nossen vertreten sein, welche ihren Parteipflichten vollständig nachkommen.“

Bremer: Es ist ganz selbstverständlich, daß nur diejenigen, welche ihre Parteisteuer oder sonstige Beiträge an die Partei entrichtet haben, Stimme haben können. Ich bin aber auch dafür, daß Delegirte von Volksversammlungen zugelassen werden.

Hepner: Ich glaube, daß wir unsere Aufgabe vollständig verkennen, wenn wir bloß Diejenigen vertreten, welche ihre Beiträge bezahlt haben. Sicherlich müssen auch Diejenigen Stimme haben, denen der Ausschuß aus gewissen Gründen die Beiträge auf eine bestimmte Zeit erlassen hat.

(Rufe: Aber das ist ja selbstverständlich!)

Vorsitzender Bebel: Was eben Hepner angeführt hat, ist ja ganz selbstverständlich. Der Antrag ist so aufzufassen: Die Mitglieder, welche stimmberechtigt sein wollen, müssen nachweisen, daß sie ihrer Pflicht nachgekommen sind, also entweder, daß sie die Steuern bezahlt haben, oder daß ihnen dieselben vom Ausschuß erlassen sind, oder daß sie vom Ausschuß ermächtigt sind, die Steuer für gewisse Zwecke zu verwenden.

Großer: Mit der Ansicht Bremers bin ich ganz einverstanden. Aber es ist Sache des Vertrauensmannes, daß er sich an den Ausschuß wendet, und um Erlass der Mitgliederbeiträge nachsucht.

Ulrich: Ich möchte bitten, das Amendement hinzuzufügen:

„ferner Mitglieder, die sich der Organisation erst anschließen wollen und das erste Mal auf dem Kongreß vertreten sind.“

Man kann doch nicht kategorisch sagen: „Ihr habt nicht das Recht, abzustimmen“. Es kann auch der Fall vorkommen, daß ganze Körperschaften sich auf dem Kongreß vertreten lassen wollten; man müßte ihnen aber dann den Zutritt versagen.

Ufert: M. Hr.! Ich möchte bitten, den §. nicht anzunehmen. Wir haben schon im vorigen Jahre in Stuttgart diese Debatte durchmachen müssen und haben gefunden, daß spezielle Umstände eintreten können, wo die Mitglieder ihre Beiträge nicht abführen können. Das haben wir jetzt bei diesem Kongreß wieder gehört. Wir müßten heute einige tausend Mitglieder ausschließen, die im Begriffe sind, ihren Pflichten wieder nachzukommen.

Bremer: Gerade das, was Ufert anführt, das bestimmt mich, im § zu sagen: Stimme für die zahlenden Mitglieder, Sitz für Den, welcher der sozialdemokratischen Partei zugethan ist. Jeder, der sich uns anschließen will, der soll berechtigt sein, hier mit zu sitzen, zu sagen, gleichsam mit zu organisieren und soll den Auftrag mit nach Hause nehmen. Darnach kann auch sein Mandat ausgestellt werden.

Bracke: Es sind verschiedene Gesichtspunkte zu beleuchten. Zunächst das, was von Bremer entwickelt worden ist. Unser Parteistatut bestimmt, daß nicht nach den vertretenen Stimmen abgestimmt werden soll, sondern lediglich nach den Delegirten. Unser Parteistatut giebt den einzelnen Städten die Berechtigung, nur eine beschränkte Anzahl von Delegirten zu dem Kongreß zu entsenden, damit einzelne Städte nicht die Majorität in dem Kongreß darstellen. Es ist also eine ganz falsche Auffassung, die ein Redner der Idee zu Grunde legt, daß, wer hier einen Sitz einnehmen will auch eine Stimme haben muß. Wir haben auch jetzt Gäste als Zuhörer zugezogen. Aber das ist eine ganz untergeordnete Frage, das ist eine Sache für sich.

Der Kongreß muß erklären, daß die Parteigenossen ihrer Pflicht nachzukommen haben, entweder durch Zahlung der Beiträge, oder dadurch, daß der Ausschuß genehmigt, daß die Beiträge in bestimmter Weise verwendet werden. Der zweite Gesichtspunkt ist der: Wenn der Kongreß von Denjenigen, die finanziell ihre Pflichten noch nicht haben erfüllen können, annimmt, daß sie im Allgemeinen ihren Pflichten nachkommen und auf Grund dieses § Sitz und Stimme haben, so wird das lediglich dahin führen, daß man sich lange Zeit um die Steuern herumdrückt. Der von mir gemachte Vorschlag befriedigt das Bedürfnis im Allgemeinen, gewöhnt unsere Leute an Ordnung und stößt tüchtige Parteigenossen, die ihre Großen nicht haben entrichten können, nicht vor den Kopf.

Rehner: Ich muß mich in der That wundern, wie Bremer, der sonst für eine straffe Centralisation ist, jetzt eine derartige Bummelerei in unsere Partei hineinbringen will; so lange man nicht Pflichten übernehmen will, kann man auch nicht Rechte beanspruchen.

Der neue § 11 wird angenommen.

Es handelt sich nun noch um das Ulrich'sche Amendement.

Seifert: Somit sind künftig die Gewerkschaften ausgeschlossen!

Vorsitzender: Die Gewerkschaften gehören nicht zur Partei. Wir haben schon der Polizei und sonstigen Behörden wegen gar nicht von Partei-Gewerkschaften zu reden. — Das Ulrich'sche Amendement lautet:

„Ueber solche, die neu der Partei hinzutreten, hat der Kongreß zu beschließen, ob sie Zutritt haben oder nicht.“

Der Amendement wird abgelehnt.

Es ist hier noch abzustimmen über den Antrag der Breslauer Parteigenossen, dahin gehend:

„Der Parteikongreß ist verpflichtet, seine Verhandlungen stenographisch aufnehmen zu lassen.“

Hirsch: Ich kann den Antrag der Breslauer Parteigenossen nur befürworten. Der vorige Kongreß hat gezeigt, daß die Protokolle sehr unvollständig gewesen sind, und daß sie eine große Zahl von Ungelegenheiten enthalten.

Hablich: Ich bin der Ansicht, daß wir besser thun, wenn wir über diesen Antrag zur Tagesordnung übergehen. Die Kosten für das Stenogramm würden unter Umständen ungeheuer sein, und wir wollen doch nicht, daß die Kongresse uns so viel Kopien machen, daß wir die Parteisteuern von einem halben Jahre oder länger dazu verwenden müssen. Ich bin der Meinung, daß es den lokalen Verhältnissen überlassen bleiben muß, wie es gehalten werden soll. Sind auf billige Weise Stenographen zu erlangen, so mag das Lokal-Komitee oder der Ausschuß für solche sorgen, ist dies nicht der Fall, so müssen wir uns auf andere Weise zu helfen suchen, vielleicht durch Anstellung von 4—5 Schriftführern, die möglichst gut die Verhandlungen niederschreiben. Aber hier zu bestimmen: der Ausschuß ist verpflichtet, jedes Mal Stenographen anzustellen, ist meiner Meinung nach gar nicht durchführbar.

Yorck: Ich verzichte nach diesen Ausführungen auf das Wort, ich wollte nur dasselbe sagen.

Liebke: Ich fühle mich verpflichtet, das Wort zu ergreifen, weil ich das Mandat für die Breslauer habe; ich möchte den Antrag dahin abgeändert sehen, daß gesagt würde:

„Der Ausschuss ist verpflichtet, für ein wahrheitsgetreues und zweckentsprechendes Protokoll zu sorgen.“

Wißtände, wie sie bei den Protokollen der letzten Kongresse vorgekommen sind, müssen vermieden werden, und das ist nur möglich, wenn von Seiten des Ausschusses für einen ordentlichen, rasch erscheinenden Bericht gesorgt wird.

Vorsitzender: Ich halte dafür, daß die Bestimmungen im Statut vollkommen ausreichen; ich denke, ein Kongressprotokoll soll immer ein ordentliches sein. Es bedarf dazu keines besonderen Antrags.

Liebknecht: Der Antrag ist deshalb zweckmäßig, weil nach der bisherigen Praxis die Protokolle niemals in der richtigen Zeit und Weise erschienen sind. Für die Nichteinhaltung der Zeit waren allerdings das vorige Jahr die Zeitumstände verantwortlich, dagegen für die lieberliche Abfassung ist der Kongress selbst und der Ausschuss verantwortlich. Der Ausschuss darf der Partei nicht wieder ein Protokoll wie das letzte vorlegen. Er ist verpflichtet, in der festgesetzten Zeit für ein wahrheitsgetreues und zweckentsprechendes Protokoll zu sorgen. Das letzte war weder das Eine noch das Andere.

Bracke: Ich finde nur, daß wir keineswegs eine derartige Vorschrift mehr brauchen, da die Vorschriften unserer Parteiorganisation vollständig genügen; hat der frühere Ausschuss seine Pflicht nicht gethan, so hätte man das rügen sollen.

Yord: Ich bin auch dafür, daß heute eine Bestimmung getroffen werde, wie in Bezug auf das Protokoll verfahren werden soll. Wir sehen, daß die bestehende Vorschrift nicht ausreichend ist; wir sehen z. B., daß Stenographen hier sind. Ich weiß nicht, wer sie engagirt hat, ich weiß nicht, ob der Kongress daran schuld ist oder der Ausschuss. Ich bin mir nicht klar, ob, wenn der Kongress, wenn der Vorsitzende nicht dafür sorgt, überhaupt eine Berichterstattung da ist — der Ausschuss hat es jetzt nicht in den Händen, der Kongress wählt die Schriftführer und, wenn das Protokoll schlecht ist, kann den Ausschuss nicht die Verantwortlichkeit treffen.

Walster: Ich spreche aus Erfahrung. Wir haben ein einziges Protokoll bis jetzt gehabt, welches im Allgemeinen den Parteiansprüchen genügt hat, und bei dieser Gelegenheit war ein Stenograph zugegen, der die Verhandlungen aufnahm. Das war in Eisenach. In Stuttgart war dies nicht der Fall, dort haben wir die traurige Erfahrung gemacht, daß es unter Umständen gar nicht möglich ist, ein gutes Protokoll herzustellen.

Liebknecht (Leipzig): Theoretisch ist Alles wohl im Statut festgestellt, (aber praktisch ausgeführt ist es nicht worden. Es steht wohl im Statut: es soll geschehen, es muß geschehen. Für wen ist aber das: Es muß! Es soll? Für welche bestimmte Person oder Gruppe von Personen? Wir müssen die Adresse, an die das Muß! sich richtet, fixiren; und das thut mein Antrag, der sich von dem der Breslauer Parteigenossen dadurch unterscheidet, daß er bestimmt sagt: Der Ausschuss hat dafür zu sorgen, wenn der Kongress zusammentritt, daß ein wahrheitsgetreues und zweckmäßiges Protokoll angefertigt wird. Zwei tüchtige Berichtersteller, die das Wesentliche herauszugreifen wissen, und von denen der Eine stenographiren kann, können vollständig die Sache bewältigen, und zwei solche Berichtersteller sind immer zu bekommen, wenn nicht an Ort und Stelle, doch leicht anderswoher.

Der Liebknecht'sche Antrag wird angenommen; ebenso erklärt sich

die Versammlung damit einverstanden, daß der Redaktions-Kommission, welche die Beschlüsse und das Protokoll des Kongresses schließlich festzustellen hat, auch die Redaktion der Reihenfolge der Paragraphen vorbehalten bleibt.

Man geht zur Berathung des nächsten Breslauer Antrages über:

„Im Falle, daß die Provinz, in der sich Ausschuss oder Kontroll-Kommission befinden, in den Belagerungs- oder Kriegszustand erklärt wird, muß sofort nach vorläufigem Befinden des jeweiligen Ausschusses eine Verlegung in einen andern nicht im Kriegszustande befindlichen Ort stattfinden und alle Papiere dem neuen Ausschuss übermittelt werden.“

Liebknecht (Leipzig): Ich beäntworte diesen Antrag ohne längere Motivirung, welche durch die Ereignisse des vorigen Jahres überflüssig gemacht worden ist. Vogel von Falkenstein hat den Antrag genügend motivirt.

Der Antrag wird angenommen. Es beginnt nun die Debatte über die Geschäftsordnung des Parteiausschusses und das Formular zur polizeilichen Anmeldung von Parteiversammlungen. Letzteres lautet:

An das Polizei-Amt zu . . . . .

Der Unterzeichnete zeigt hierdurch an, daß er für . . . . . (Vormittag oder Abend), . . . . Uhr eine Versammlung der Mitglieder der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in das Lokal (Name des Lokals) einberufen hat.

Die Tagesordnung der Versammlung bildet: (folgt dieselbe.)

Ort und Datum. Unterschrift des Anmelders.

Meyer (Berlin) macht darauf aufmerksam, daß die Worte: „Die Tagesordnung der Versammlung bildet“, nach dem preussischen Vereinsgesetz vollständig wegleiben können, da dasselbe keine derartige Bestimmung enthält.

Vorsitzender: Das wollen wir in einer Note bemerken.

Der Entwurf für die Geschäftsordnung des Parteiausschusses (Siehe Anhang) wird ohne Debatte unverändert angenommen.

Man geht über zur Berathung der Anträge über die Organisation.

Der Hamburger (modificirte Bebel'sche) Antrag wird ohne Diskussion angenommen. Er lautet:

Zwischen den letzten und vorletzten Paragraphen der Parteiorganisation folgenden neuen Paragraphen einzuschalten:

„Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung des Parteiorgans haben die Mitglieder desjenigen Ortes, an welchem das Parteiorgan erscheint, alljährlich (und zwar innerhalb drei Wochen nach stattgehabtem Parteikongress) eine Verwaltungskommission aus drei Mitgliedern zu wählen. Diese Kommission hat die Kontrolle über Verwaltungs- und Finanzwesen des Blattes, soweit solches nicht direkt vom Parteiausschuss erledigt wird, auszuüben, und ist verpflichtet, jederzeit auf Verlangen dem Parteiausschuss, beziehentlich der Kontrollkommission, sowie einem jeden Parteikongress Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.“

Es folgt der nächste Antrag:

„Die Kölner Parteigenossen beantragen, daß der Artikel 19 des Eisenacher Programms, lautend: „Die Parteimitglieder verpflichten sich, überall auf Grund des Partei-Programms die

Gründung sozial-demokratischer Arbeitervereine in die Hand zu nehmen", wieder hergestellt werde.

Hirsch (Krimmitschau): Obwohl ich die Absicht hatte, diesen Paragraphen entschieden zu beiführen, und obwohl ich von meinen Mandatgebern Instruktion hatte, das zu thun, so fühle ich mich doch nicht dazu veranlaßt — und ich werde mich gegenüber meinen Wählern darüber zu verantworten haben. Ich glaube zwar, daß in Stuttgart ein großer Fehler gemacht worden ist, indem man diesen Paragraphen geändert hat, ich glaube aber, daß es jetzt dem alten Fehler einen neuen hinzufügen hieße, wenn man so zur Schau tragend die alte Form wieder herstellte; man würde darin seitens der Polizei vielleicht etwas finden, was gar nicht darin liegt, es würden uns daraus nur Schwierigkeiten erwachsen.

In Stuttgart war an Stelle des früheren Artikel 19 der Passus gekommen: „Die Parteimitglieder verpflichten sich, mit allen durch die örtlichen Verhältnisse gebotenen Mitteln für Ausbreitung und Kräftigung der Partei Sorge zu tragen.“ Ich glaube, daß wir gut thun werden, diesen Passus so aufzufassen, daß er der Begründung von Lokalvereinen nicht im Wege steht.

Der von Hablich eingebrachte Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird unterstützt und ohne Debatte angenommen.

Vorsitzender: Ich habe zu konstatiren, daß das, was Hirsch will, damals in Stuttgart ausgesprochen worden ist, nämlich daß die Gründung von Lokalvereinen damit nicht verboten werde.

Vors. Bebel: Von Leipzig (Bebel) ist der Antrag gestellt: „den Namen der Partei in „sozialdemokratische Partei“ umzuändern.“

Motive: Der jetzige Name der Partei „sozialdemokratische Arbeiterpartei“ ist in sofern ein Un Ding, als er Ein und dasselbe doppelt besagt. Eine sozialdemokratische Partei kann nur eine Arbeiterpartei und eine Arbeiterpartei nur eine sozialdemokratische Partei sein. Wichtig ist also, daß wir entweder uns „sozialdemokratische Partei“ oder kurzweg: „Arbeiterpartei“ nennen.

Ich ziehe den ersteren Namen als offiziellen Namen der Partei um deswillen vor, weil er ohne Bedenken auch solchen Männern den Eintritt ermöglicht, die in ihrer Gesinnung unseren Prinzipien vollständig huldigen, aber in Folge ihrer sozialen Stellung als eigentliche „Arbeiter“ nicht gelten können.

Ufert. Von Chemnitz haben wir den speziellen Auftrag, gegen diesen Antrag zu stimmen.

Vors. M. H. Ich bin schon in Eisenach entschiedener Gegner der vorgeschlagenen Fassung gewesen. Ich habe mich zwar im Laufe der Zeit etwas mehr mit derselben befreundet; aber aus praktischen Rücksichten sind unsere Hamburger Parteigenossen, in deren speziellem Auftrag ich spreche, zur Ueberzeugung gekommen, daß es unter den jetzigen Umständen mindestens sehr unklug wäre, den Namen zu ändern.

Vors. Bebel. Es ist von Bremer ein Antrag eingegangen:

„Den Namen der Partei unverändert zu lassen und über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.“

Motiv: Siehe Referat Magdeburg im „Volksstaat.“ (Der Antrag wird unterstützt.)

Mexner. Ich möchte bitten, den Antrag Bremers abzulehnen. Wenn schon hier kurz die Gründe angegeben sind, die für eine Aenderung des Namens sprechen, so bitte ich noch darauf Rücksicht

zu nehmen, wie ursprünglich die Sache in Eisenach\*) entschieden worden ist. Wenn wir jetzt mit einfacher Tagesordnung die ganze Sache erledigen wollen, so beweisen wir höchstens, daß wir auf jenem Standpunkt noch heute verharren, auf welchem in Eisenach — ich spreche es frei aus — eine sehr geringe Minorität stand. Nehmen wir den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung ab.

Liebnecht. Ich schließe mich prinzipiell dem Antrage Bebels an; ich bin vollkommen damit einverstanden, daß der Parteiname, wie er jetzt da steht, ein Unsinn ist. Die Bebel richtig sagt, muß es entweder Arbeiterpartei oder sozialdemokratische Partei heißen, sozialdemokratische „Arbeiterpartei“ ist unlogisch und eine Tautologie; es ist geradezu falsch und sagt weniger, als das Wort „sozialdemokratische Partei“ sagen würde. Aber mein Grundsatz ist, daß wir da, wo Vorurtheile eingemurzelt sind, ihnen nicht schroff entgegentreten; und da der Eifer, mit dem Viele an dem Namen hängen, so groß ist, daß die Verfolgung des Antrags zu den unerquicklichsten Debatten, vielleicht zu Zwistigkeiten führen würde, so beantrage ich den Schluß der Debatte und Vertagung des Antrags bis zu dem nächsten Kongreß. Mögen unsere Leute sich die Sache bis dahin überlegen; auf diesem Kongreß wollen wir uns nicht damit beschäftigen, weil dabei nur leeres Stroh gebroschen wird, es ist ein Streit — nicht einmal um des Kaisers Bart.

Der auf Vertagung gerichtete, von Liebnecht gestellte Antrag wird unterstützt und angenommen. Wir kommen jetzt zu den Anträgen unter B 8. von Biebermann:

„In Erwägung, daß unsere gesellschaftlichen Zustände in Bezug auf Verfassung und Regierungsform den Gesetzen der Moral und der Vernunft zuwiderlaufende und das natürliche Rechtsgefühl verletzende sind, indem das Prinzip monarchischer Verfassung die höchste Pflicht des Menschen, die Verantwortlichkeit, ausschließt, indem der Wille des Einzelnen maßgebend über dem Willen der Gesamtheit steht, und somit die Rechte und Freiheit des Volkes schädigend, dasselbe in die unwürdigste Sklaverei führt;

„In Erwägung, daß die Kirche, welche eigentlich ihrer Natur nach die Aufgabe hat, die sittlichen Prinzipien zu vertreten, die dem Christenthum zu Grunde liegenden Ideen der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit zur Geltung und Anerkennung zu bringen, unter dem Schilde der Humanität, der Wahrheit, der Gerechtigkeit unparteiisch und mit der That einzutreten in den Kampf für die Befreiung der Völker vom Joch der Tyrannei und Willkürherrschaft, und einer sittlichen, gesellschaftlichen Ordnung das Wort zu reden;

„In Erwägung, daß die Kirche diese ihre Aufgabe nicht erfüllt, im Gegentheil, ihren Pflichten zuwider, die Rechte und Freiheiten des Volkes mißachtend, von der Höhe ihres ursprünglichen Berufs zur Sklavin, zur willenlosen Dienerin der am Stuber stehenden Gewalt herabgesunken, und so die mächtigste Stütze dieser unnatürlichen Zu-

\*) In Eisenach wurde nämlich, nachdem der Beschluß gefaßt worden war, den Namen „sozialdemokratische Partei“ zu accipiren, seitens der Delegirten Frische, Bremer und Genossen der Austritt aus dem Kongreß erklärt, weil man die Bezeichnung „sozialdemokratische Arbeiterpartei“ verworfen. Darauf wurde, um des lieben Friedens willen, der erste Beschluß seitens der Majorität zurückgenommen und der Minorität gewillfahrt.

stände ist, stellen die sozialdemokratischen Parteigenossen zu Dresden den Antrag:

„Der Kongreß möge auf Grund dieser tatsächlichen Verhältnisse beschließen, mit allen ihm zu Gebote stehenden wirksamen Mitteln, theils durch Verbreitung hierauf bezüglicher Schriften, sowie durch zu diesem Zwecke aller Orten einzuberufende Versammlungen, für den Austritt aus der Landeskirche zu agitiren, um auf diese Weise die in unserem Programm aufgestellte Forderung der Trennung der Kirche vom Staate zu vollziehen, und somit das Bündniß unserer Gegner auf politischem und kirchlichem Gebiete zu vernichten, die am Ruher befindliche Gewalt ihrer mächtigsten Stütze zu rauben.“

**Yord.** Ich bitte, diesen Antrag ohne weitere Debatte als selbstverständlich anzunehmen. Er liegt in unserem Programm.

**Liebknächt.** Es steht am Schluß des Antrags, daß auf diese Weise die Trennung der Kirche vom Staate ausgeführt werde. Ich wünsche dies gestrichen zu sehen, denn es handelt sich bloß um eine provisorische, und nichts weniger als radikale Maßregel. Was innerhalb des heutigen Staates geschieht, kann nur Stückwerk sein, und was man gewöhnlich unter Trennung der Kirche vom Staate versteht, ist überhaupt ganz etwas anderes als was wir erstreben.

**Mekner.** Ich möchte die Streichung, welche Liebknächt beantragt hat, noch weiter ausdehnen, ich möchte schon früher damit anfangen und die Worte gestrichen wissen: „sowie“ bis „Versammlungen.“ In erster Linie haben wir in sozialpolitischer Beziehung zu agitiren und nicht in religiöser. Das können wir den freireligiösen Gemeinden überlassen.

**Aübner.** Ich bin ebenfalls für die Streichung des Schlusssatzes, denn es wird zum Schluß etwas gesagt, was gar nicht wahr ist.

**Mosi.** Ich bin ganz und gar gegen diesen Antrag. Ich beantrage, daß wir ganz darüber hinweggehen. Das, was im Antrage ausgesprochen ist, steht in unserem Programm. Wir haben für unser Programm zu agitiren, für das sozialdemokratische Parteiprogramm Propaganda zu machen und uns auf solche Kleinigkeiten nicht einzulassen.

**Bieder mann.** Ich ersehe aus der Debatte, welche Mißverständnisse vorherrschen.

**Vors. Bebel.** Mosi stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung; wird derselbe unterstützt? — er ist unterstützt.

**Bieder mann.** Ich sehe mich genöthigt, zu bemerken, daß Mißverständnisse vorherrschen. Man spricht, als wenn es sich um eine Nebensache handele, als wenn überhaupt dieser Antrag gar nicht auf einen sozialdemokratischen Kongreß gehöre. Es würde ein großer Fehler sein, wenn Sie nicht wenigstens die Motivirung anhören würden, die höchstens  $\frac{1}{4}$  Stunde dauern würde. Dann hätten Sie vielleicht ein klares Bild und ein anderes Urtheil als jetzt.

Der Antrag Mosi's auf Uebergang zur Tagesordnung wird mit 1 Stimme Majorität angenommen.

Antrag der Ronsdorfer Parteigenossen.

1) „Der Kongreß wolle beschließen: bei den Reichstagswahlen sind nur solche Kandidaten zu unterstützen, welche als Mitglieder unserer Partei event. den andern sozial-demokratischen Parteien angehören.“

„Motive: Nach den bisher gemachten Erfahrungen hat

sich klar herausgestellt, daß die andern sogenannten politischen Parteien unfähig und auch nicht Willens sind, im Gesamtinteresse freireligiöse Forderungen durchzusetzen, ja daß sie dieselben sogar, wenn von unserer Seite gestellt, bekämpfen.

„Beweis: Abg. Sonnemann u. s. w. u. s. w.“

2) Der Pariser Kommune als Vorkämpferin des Proletariats öffentlich unsern Dank abzustatten.

**Mosi.** Ich halte diesen Antrag für sehr wichtig. Wir haben es bis jetzt erlebt, daß in Deutschland immer noch ein klein wenig parlamentarisch wird mit Leuten, die der Partei nahe stehen. Ich bin aber dafür, daß wir künftig in allen Orten, in denen wir glauben, einen Kandidaten durchsetzen zu können, nur einen Sozial-Demokraten aufstellen, daß wir in solchen Orten aber, von denen wir wissen, daß wir keinen Sozial-Demokraten durchbringen können, entweder einen Kandidaten unserer Partei aufstellen, bloß damit wir zeigen, wie stark wir sind, oder lieber uns der Wahl enthalten, als Jemanden unsere Stimme geben, der nicht zu uns gehört, wenn er auch ein sogenannter Radikaler ist.

**Mekner.** Ich theile die Auffassung Mosi's nicht. Der Antrag spricht weniger von der Aufstellung als von der Unterstützung der Kandidaten, und ich halte mich an das, was der Kongreß in Stuttgart beschlossen hat. Wenn es darauf ankommt, zwischen zwei Kandidaten, von welchen der Eine vielleicht der entschiedensten politischen Richtung angehört und der Andere der entgegengesetzten, würde ich, wo mir selbst keine Aussicht auf Erfolg haben, vorziehen, so wie es auf dem Kongreß in Stuttgart beschlossen worden ist, den, der am weitesten nach links steht, zu unterstützen. Ich glaube, es wird auch heute das Richtige sein, selbst wenn wir hin und wieder betrogen werden.

**Engelhardt.** Ich muß mich der Ansicht Mekner's anschließen. Wir haben bei der letzten Wahl den Advokat Schrapz, der nicht zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehört, sondern sich nur als Mitglied der Volkspartei bekannt hat, dennoch unterstützt, weil er auf alle Fälle unser Prinzip vertreten hat. Ich glaube also, daß, wenn Jemand auch einer andern Partei angehört, wenn er nur unserm Prinzip Gerechtigkeit wiederfahren läßt, unsere Unterstützung verdient.

**Legendcker.** Ich schließe mich der Ansicht Mosi's an: Gerade wir Süddeutsche haben am allerersten gefunden, daß mit den Demokraten nichts mehr zu machen ist, da die bürgerlichen Demokraten in das national-liberale Lager hinübergelaufen sind; wir haben gefunden, daß keine Demokratie besteht außer der Sozial-Demokratie, und wenn die Herren eine Extra-Demokratie bilden wollen, sind sie von uns nicht länger zu unterstützen. Wenn sie sich zu unserer Farbe nicht bekennen, müssen wir die Leute bekämpfen. Während der Wahlen schmeicheln sie uns und wollen die Prinzipien der Sozial-Demokratie vertreten. Sonnemann hat uns bewiesen, daß die Leute seiner Farbe keine Demokraten sind, und darum sind sie von der sozial-demokratischen Partei nicht zu unterstützen.

Großer. Legendcker's Auffassung ist etwas einseitig. Er geht von dem Antrage der Ronsdorfer Parteigenossen aus, aber, meine Herren, wir haben namentlich die Mitglieder des allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu berücksichtigen, und diese würden wir durch unbedingte Annahme des Antrages vor den Kopf stoßen. Wenn

diese Leute nicht durch denselben ausgeschlossen werden, begütige ich mich damit.

Nedner wird beschieden, daß der Konnsdorfer Antrag die Mitglieder der übrigen sozialdemokratischen Parteien ausdrücklich ausnimmt, und zieht hierauf seine Einwilligung zurück.

Liebkecht. Ich unterstütze den Antrag der Konnsdorfer, der ganz im Sinne des Antrags ist, den ich voriges Jahr auf dem Stuttgarter Kongreß mit gestellt habe. Als in der vorigen Hälfte dieses Jahres die Pariser Kommune einen Leben, der sich mit Politik beschäftigt, Farbe zu bekennen zwang, da ist klar zu Tage getreten, daß Die, welche nicht ganz für uns sind, ganz gegen uns sind. Alle die Galben liehen uns im Stich, warfen sich auf Seiten unserer Feinde. In Zeiten positiver Ruhe werden sie wieder mit uns gehen wollen; sobald unsere Partei aber von Neuem im Kampf steht, werden sie uns auch wieder verrathen. Also keine Konzession an die Galben, die uns unter Umständen gefährlicher sind, als die offenen und ganzen Gegner. Ich bin, wenn auch die Form des Antrags zu beanstanden ist, doch für denselben. Was nun Schrap's anbelangt, so ist er für das Eisenacher Programm sowie für die Kommune von Paris eingetreten; nur hat er erklärt, unserer Partei deshalb nicht formell beitreten zu können, weil der Name ihn daran hindere. Ein Arbeiter im gewöhnlichen Sinne des Wortes sei er nicht, und könne er deshalb einer Arbeiter-Partei nicht beitreten, wenn er auch Sozial-Demokrat sei. Ebenso ist Guido Weiß, dessen Rede für die Kommune Ihnen sicherlich noch im Gedächtnis ist, vollständig als zu uns gehörig zu betrachten. Von Jacoby ist das selbstredend.

Schen. Bürger, ich habe nur noch Einiges hinzuzufügen: Es ist von Seiten Bebel's in der gestrigen öffentlichen Sitzung, welche einen glänzenden Abschluß fand, gesagt worden, es sei unwürdig, wenn man unter den Bedingungen, die die Polizei gestellt habe, fortzuziehen würde, und ich würde es des sozial-demokratischen Kongresses für unwürdig halten, wenn er den Antrag der Konnsdorfer Parteigenossen jetzt, wo wir die bittersten Erfahrungen in Bezug auf die bürgerliche Demokratie gemacht haben, nicht annehmen wollte. Im Kampfe stehen jetzt nur zwei Parteien, die eine ist die Sozial-Demokratie und die andere die conservative; letztere zerfällt in verschiedene Gruppen, die sich sehr heuchlerische Namen beilegen. Genau genommen haben diese beiden Anträge, wenn man es vielleicht auch unabsichtlich gethan hat, einen inneren Zusammenhang: Einerseits die Anerkennung der Kommune und dann der Antrag, in Zukunft nur sozial-demokratischen Arbeiter-Kandidaten bei den Wahlen die Stimme zu geben.

Ich glaube, unsere französischen Brüder müßten sich in den von bürgerlichen Demokraten besudelten Gräbern herumumdrehen, wenn wir den Antrag nicht annehmen wollten. Wenn wir in die Wahlen eintreten, thun wir es nicht bloß, um unsere Kandidaten durchzubringen, wir können dies ja nur in den wenigsten Fällen, wir thun es, um die Agitation vollständig zu entwickeln, und es giebt nichts Verkehrteres, als bei den Wahlen irgend einem Demokraten oder einem unserer Partei nahe stehenden Kandidaten die Stimme zu geben. Dadurch werden die Arbeiter verwirrt.

Wir haben es erfahren, was das Liebäugeln mit der schwäbischen Volkspartei für traurige Früchte getragen hat. Daß es dort so schlecht steht, ist nur durch das Zusammengehen mit der Volkspartei herbeigeführt worden. Man war sich nicht der schroffen Gegensätze bewußt,

die uns von der Volkspartei trennen, und die Volkspartei benutzte dies zu ihren Gunsten. Man redete den Arbeitern ein, das Volk sei im Volksvereine gut aufgehoben, weil der Volksverein die sozial-demokratischen Prinzipien angenommen habe, oder zum mindesten für das Wohl der Arbeiter thätig sei.

Nun ist unsere Partei in Schwaben durch ihr Zusammengehen mit der Volkspartei zu Schanden geworden, und es bedarf großer Anstrengungen, sie wieder ins Leben zu rufen. Unsere Partei muß selbst, wenn sie keine Aussicht hat, einen Arbeiter-Kandidaten durchzubringen, dennoch einen solchen aufstellen.

Vorsitzender. Es ist der Antrag von Josewicz (Berlin) eingegangen, der wohl an die Stelle des Konnsdorfer Antrages treten soll: „Bei den Reichstagswahlen sind nur solche Kandidaten zu unterstützen, welche sich zu den Prinzipien unserer Partei bekennen.“

Der Antrag von Josewicz wird abgelehnt, der der Konnsdorfer Parteigenossen angenommen.

Vorsitzender: M. S. es ist dem Bureau folgendes Schriftstück zugegangen:

„Im Namen der 19 Minoritäts-Stimmen protestiren wir gegen den Uebergang zur Tagesordnung bezüglich des Biedermann'schen Antrags und ersuchen um Modifikation. Dittrich, Müller, Linke, Biedermann.“

Es steht selbstverständlich den Betreffenden zu, den Protest hier zu Protokoll zu geben; was aber die Zurücknahme des vorhin gefaßten Beschlusses auf Uebergang zur Tagesordnung betrifft, so muß ich es den Herren überlassen, einen darauf bezüglichen Antrag zu stellen.

Müller (Dresden): Ich beantrage, daß der Beschluß auf Uebergang zur Tagesordnung aufgehoben und wenigstens Biedermann's Motivirung angehört werde.

Vorsitzender: Dieser Antrag kann erst nach Erledigung der übrigen auf der Tagesordnung stehenden Anträge zur Verhandlung kommen.

Zum 2. Antrag der Konnsdorfer, betreffend die Kommune, ist von Hablich der Antrag eingegangen: „Da durch die Haltung des Parteiorgans und vorzüglich die in demselben veröffentlichte Adresse des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation die Stellung der Partei zur Pariser Kommune in genügender Weise klar gelegt worden ist, geht der Kongreß über den Antrag der Konnsdorfer zur Tagesordnung über.“

Most (Augsburg): Es ist allerdings im „Volksstaat“ unsere Stellung zur Kommune hinlänglich gekennzeichnet, aber ich glaube, daß es immerhin wichtig ist, wenn der Kongreß, die offizielle Vertretung der gesammten Partei, durch eine Abstimmung seine Sympathien für die Kommune ausspricht, sich vollkommen einverstanden mit ihr erklärt und gegen die von der Versailler Regierung im Kampfe gegen dieselbe gethanen Schritte protestirt; und ich glaube, daß wir nicht so gleichgültig über den Konnsdorfer Antrag hinweggehen dürften.

Vorsitzender: Josewicz und Mezner beantragen:

„Der Pariser Kommune unsere Anerkennung ohne Debatte durch Erheben von den Plätzen auszusprechen.“

Der Konnsdorfer Antrag wird angenommen und die einstimmige Annahme als seine Ausführung angesehen.

Es folgt der Antrag der Wittweidaer Parteigenossen:

1) Der Kongreß möge den Ausschuß beauftragen, eine kräftige und dauernde Agitation für unsere Prinzipien einzuleiten und dabei

besonders die Reichstagswahlbezirke, in denen die Wahl eines Abgeordneten unserer Partei möglich ist, ins Auge zu fassen, da der Mangel fester Organisation in einzelnen Bezirken die Wahlagitation schwierig und kostspielig macht, bei nur geringen Resultaten.

**Geßlein:** Ich halte es für meine Pflicht, hier zu konstatieren, weshalb die Wittweidaer Parteigenossen diesen Antrag gestellt haben. Wir haben aus dem Wahlbezirk Wittweida, aus dem ich mehrere Parteigenossenchaften zu vertreten habe, mitzutheilen, daß wir während der Reichstagswahl unsern Reichstags-Kandidaten Spier, wegen Mangel an Agitationskräften, nicht halten konnten; hätten uns Kräfte zu Gebote gestanden, so wäre Spier durchgekommen. Wenn aber die Agitation nicht brach gelegt werden soll, so muß man von Seiten der Partei Bedacht darauf nehmen, daß agitatorische Kräfte nach dieser Gegend gesendet werden, um zu wirken. In sämtlichen Landgemeinden ist der Boden durchgängig gut, nur fehlt es an Kräften, die ihn bebauen.

**Engelhardt:** So gut auch das gemeint ist, was Geßlein sagte, so sollte er sich doch vorhalten, daß alle andern Wahlbezirke gerade so schlimm daran waren. In allen Wahlbezirken, wo Kandidaten aufgestellt waren, hat es an Wahlagitatoren gefehlt.

**Seifert:** Wir hören hier das alte Lamento; wir hätten in unserm Leipziger Bezirk auch unsern Kandidaten durchbringen können, wenn wir nur Kräfte genug gehabt hätten.

**Bremer und Großer** sprechen sich gegen den Antrag aus.

**Hirsch und Imhof** für den Uebergang zur Tagesordnung.

Bei der Abstimmung wird der Uebergang zur Tagesordnung nicht angenommen.

Der Antrag wird dann angenommen.

Es folgt nun der Antrag der Leipziger Mitglieder, welcher dahin lautet, der Kongreß wolle den Ausschuß beauftragen, „die Parteitagitation in der Weise zu organisieren, daß der Parteifasse nur ein möglichst geringer Theil der Kosten dafür zufalle. Zu diesem Zweck soll der Parteiauschuß, sobald eine Agitationsreise beschlo. en ist, sich mit denjenigen Orten, auf welche die Agitation ausgedehnt werden soll, in Verbindung setzen und diesen die Verpflichtung auferlegen, daß sie für den Unterhalt der Agitatoren während deren Aufenthalts an dem Orte zu sorgen, und zugleich die Reisekosten für die Tour von dem vorhergehenden bei der Agitation beteiligten Orte bis zu ihrem Orte zu tragen haben.“

**Reichelt:** Ich erkläre mich gegen diesen Antrag der Leipziger Mitglieder, denn die Parteimitglieder zahlen doch schon an und für sich die Steuern an die Partei zur Verbreitung unserer Ideen, zur Agitation. Wenn die Parteigenossen an den einzelnen Orten ihre Schuldigkeit thun für die Lokalagitation, so glaube ich nicht, daß wir für eine großartige Agitation den Parteigenossen eines Ortes die Kosten in die Schuhe schieben können.

**Josowicz** hat beantragt, vor den Worten „für den Unterhalt der Agitatoren“ zu sagen „nach Maßgabe ihrer Kräfte.“

**Josowicz:** Durch mein Amendement ist Keinem eine Ueberbürdung aufgelegt, es ist auch Keiner unter seinen Kräften in Anspruch genommen. Allerdings können noch Irrungen stattfinden, insofern als der Ausschuß die Kräfte eines Ortes nicht genügend beurtheilen kann. Solchen Irrungen werden wir aber in keinem Falle entgegen können, mögen wir es anfaßen, wie wir wollen; aber der Vorwurf, daß, wenn wir

den Antrag, wie er hier steht, annehmen, eine Ueberbürdung einzelner Ortschaften stattfindet, wird durch das Amendement beseitigt.

**Schilling** ist nicht dafür, daß die Orte, denen die Agitatoren zugesandt werden, sämtliche Kosten tragen sollen.

Der Antrag von Leipzig mit dem Amendement **Josowicz** wird angenommen.

Es folgt der **Heidemann'sche** Antrag:

„Der Kongreß wolle die Parteigenossen in jedem größeren Orte auffordern, aus ihrer Mitte ein Agitationskomitee zu wählen, welches die Aufgabe hat, in weiterem Umkreise durch Abhalten von Versammlungen Gesinnungsgenossen anzuwerben und für die Prinzipien der Sozialdemokratie durch Wort und durch Verbreitung von sozialistischen Schriften zu wirken.“

**Schilling (Leipzig):** Wir haben in Leipzig ein solches Agitationskomitee gebildet, dessen Mitglied ich bin. Wir haben uns den Leipziger Wahlkreis angesehen darnach, wie die Stimmen bei der Wahl gefallen sind, und die Theile, in denen für unsere Richtung schlecht gestimmt worden ist, wollen wir vor Allen bearbeiten. Ich ersuche Sie, in Ihren Kreisen dem Leipziger Beispiele zu folgen.

**Heidemann (Leipzig):** Die Debatten heute werden Ihnen die Ueberzeugung von der Berechtigung meines Antrags aufgedrungen haben. Sie haben gesehen, daß eine genügende Agitation bei den Wahlen nicht möglich war, weil nicht genügende Agitatoren da waren. Wenn also bei der nächsten Reichstagswahl ein günstiges Kampffeld für uns sein soll, so müssen wir bei Zeiten unsern Feldzugsplan entwerfen und vor der Wahl in den Wahlkreisen agitieren. Wir müssen vor Allen Agitatoren heranbilden, damit bei der Wahl genügende Kräfte vorhanden sind. Ich will Ihnen **Glauchau-Meerane** vorführen. Dort haben sich ungefähr 20 agitatorische Kräfte herausgebildet und haben gesiegt. Wir müssen alle Wahlkreise so ausbilden — und das bezweckt eben mein Antrag — und dann werden wir überall siegen, wo wir ebensogut vorgearbeitet haben. Also wählen wir in jedem Wahlkreis ein Agitationskomitee, welches den Wahlkreis vollständig zu bearbeiten und auf Grund der Wahl-Statistik, den in den Wahlkreisen gemachten Erfahrungen gemäß, vorzugehen hat.

**Hadlich (Leipzig):** Es ist überflüssig, über den Antrag von **Heidemann** noch weiter zu diskutieren. In § 18 unserer Organisation heißt es: „Die Parteigenossen verpflichten sich, mit allen durch die örtlichen Verhältnisse gebotenen Mitteln für Ausbreitung und Kräftigung der Partei Sorge zu tragen.“ Hier ist doch gesagt, daß es die Pflicht sei, mit allen möglichen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Sache unserer Partei verbreitet werde. Ich möchte den Antrag **Heidemanns** in so weit geändert wissen, daß man nicht sagt, „die Parteigenossen in den größeren Orten aufzufordern“, sondern: „Der Kongreß empfiehlt den Parteigenossen, vorzüglich in größeren Orten, dem § 18 der Organisation mehr Nachdruck zu geben.“

Der Antrag **Hadlich's** wird nicht genügend unterstützt. **Yord** beantragt Schluß der Debatte.

**Weinert (Dresden):** Ich muß gegen Schluß der Debatte sprechen, indem von diesem Antrage doch sehr viel abhängt, und derselbe auf die Organisation und Entwicklung der Partei vom größten Einfluß ist.

Der **Heidemann'sche** Antrag wird angenommen. Es folgt der Antrag der **Marburger** Parteigenossen:

„Der Kongreß möge berathen, wie die Landbevölkerung am

leichtesten organisiert werden könne; dazu würde die Herausgabe sozialdemokratischer Schriften, leicht faßlich geschrieben, viel beitragen.“

Bremer (Magdeburg:) Um möglichst eine Debatte über diesen Punkt zu vermeiden, weil sie meiner Meinung nach nicht nöthig ist, erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen:

„Der Kongreß überweist den Antrag an den Ausschuß und geht zur Tagesordnung über.“

Müller beantragt:

„Der Kongreß wolle durch das literarische Unternehmen diesen Antrag als erledigt betrachten.“

Bei der Abstimmung wird der Bremer'sche Antrag angenommen, wodurch sich der Müller'sche erledigt. Es folgt ein Antrag von Müller (Hamburg.)

„Für das Vorgehen der Partei auf sozialwirthschaftlichem Gebiete ernannt der Kongreß einen Ausschuß von 5 Personen, die an einem Orte wohnhaft sind. Dem Ausschuß wird die Aufgabe gestellt, den Beschluß des vorjährigen Kongresses betreffs Gründung gemeinsamer Produktionsgenossenschaften zur Verwirklichung zu führen. Zu dem Zwecke autorisirt und ermächtigt der Kongreß den Ausschuß, selbständig auf das Ziel vorzugehen, beim Auscheiden eines Mitgliedes sich zu kooptiren und wöchentliche Konferenzen zu halten. Der Parteikassirer wird angewiesen, dem Ausschuß auf Verlangen 20 Thlr. zu stellen, unter der Bedingung, daß nur Baarauslagen davon bestritten werden.“

Dorck (Hamburg:) Ich muß aufrichtig gestehen, daß, so praktisch Müller in Spezialitäten ist, es mir doch hier unmöglich ist, für diesen Antrag zu stimmen. Ich stelle den Antrag:

„In Erwägung, daß der Antrag von Müller nicht in den Bereich der Agitation der sozial-demokratischen Partei, sondern der Gewerkschaften gehört, zur Tagesordnung überzugehen.“

Josiewicz beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Müller (Reichenbach:) M. H. es ist wohl ganz unnöthig, auseinander zu setzen, daß es fast unmöglich ist, die Partei aufzufordern, Produktionsgenossenschaften zu bilden, aber einen Uebergang zur Tagesordnung würde ich nicht wünschen. Ich bringe daher folgenden Antrag ein:

„Der Kongreß erklärt seine Zustimmung zu allen ohne Schädigung der sozial-demokratischen Prinzipien etwa möglichen Produktionsunternehmungen, und empfiehlt den Parteigenossen Unterstützung durch Entnahme von Baaren u. s. w.“

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Josiewicz (Berlin:) Es ist ein Unterschied zwischen meinem und dem Dorck'schen Antrag. Dorck beantragt motivirte, ich nur einfache Tagesordnung. Mein Antrag ist noch nicht unterstützt; ich bitte also, ihn noch zur Unterstützung zu bringen.

Der Antrag von Josiewicz auf einfache Tagesordnung wird abgelehnt, dagegen der Antrag von Dorck mit großer Majorität angenommen, und damit ist der Antrag Müller (Reichenbach) gefallen.

Vorsitzender Bracke: Es sind noch einige Mitglieder-Anträge zu erledigen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, sondern im Laufe

des Kongresses gestellt worden sind. Ein Antrag von Reichelt (Hannover) und Genossen lautet:

„Wir beantragen, die Verhandlungen des Kongresses nicht im Parteigane zu veröffentlichen, indem der dazu nöthige Raum für belehrende Artikel u. s. w. besser verwendet werden kann und den Mitgliedern dafür das Protokoll zur Anschaffung zu empfehlen ist.“

Dorck: Wir haben im vorigen Jahre schon auf dem Stuttgarter Kongreß die Frage in Anregung gebracht, daß es sehr praktisch sein dürfte, nur kurze Auszüge aus den Verhandlungen im „Volksstaat“ zu veröffentlichen und in Bezug auf die weiteren Verhandlungen auf das Protokoll zu verweisen. Leider ist das im vorigen Jahre nicht der Fall gewesen. Die Verhandlungen sind vollständig im „Volksstaat“ abgedruckt und der Raum für andere Artikel ist dadurch beeinträchtigt worden. Ich bitte, diesen sehr praktischen Antrag anzunehmen.

Kobitsch (Dresden:) Im Prinzip bin ich allerdings für den Antrag. Ich für meine Person würde natürlicherweise, wenn mir die Kenntnißnahme der Verhandlungen des Kongresses durch den „Volksstaat“ nicht zugänglich wäre, das Protokoll kaufen. Nun giebt es aber viele sogenannte Mitleser auf den „Volksstaat“, so z. B. hier in Dresden, die natürlicherweise nicht dasselbe Interesse an den Verhandlungen haben, als die Parteigenossen, sondern sie lesen den „Volksstaat“ mit, um sich über uns zu orientiren. Die würden sich das Protokoll nicht anschaffen, und aus diesem Grunde würde es zweckmäßig sein, wenn ein kurzer Auszug aus den Verhandlungen des Kongresses im „Volksstaat“ gegeben würde.

Hepner: Ich stelle den Antrag, daß wenigstens die drei in den öffentlichen Sitzungen gehaltenen Referate im „Volksstaat“ abgedruckt werden; auf das Uebrige würde ich auch verzichten.

Der Antrag von Hepner wird angenommen.

Vorsitzender: Hepner hat den Antrag gestellt:

„In Erwägung, daß politische Verfolgungen, wenn sie einen Unverheiratheten treffen, von letzterem sowohl als von der Gesammtpartei leichter zu ertragen sind, als wenn sie einen Verheiratheten treffen, rath der Kongreß den Parteigenossen allerorts nachdrücklich an:

Die am meisten exponirenden Stellungen, wie die des Bevollmächtigten, Vorsitzenden, Referenten, Strife-Anführers u. s. w. möglichst solchen Partei-Genossen zu übertragen, welche ledig und frei von der Ernährung einer Familie sind.“

Kühn: Die Sache versteht sich von selbst und ich bin der Ueberzeugung, daß auch bisher im Sinne dieses Antrags gehandelt worden ist. Wenn hier und da davon abgewichen worden ist, mag es darum geschehen sein, weil man unter den Unverheiratheten keine für die betreffenden Posten geeigneten Leute fand.

Ufert: Der Hepner'sche Antrag ist mehr ein Wunsch, der nicht immer auszuführen ist.

Schilling: Ich unterstütze den Antrag; denn sobald Einer allein daseth, geht's immer noch, wenn er im Kasten steckt, aber wenn er Familie hat, ist es natürlich viel schlimmer.

Hepner: Ja, m. H., wenn wir hier den Beschluß fassen, so beschließen wir Etwas, was sich von selbst versteht; die Parteigenossen aller Orten werden schon selbst bemüht sein, Denjenigen unter sich zu

irgendwelcher Leistung auszuersuchen, den sie für den geeignetsten halten; ob er verheirathet ist oder nicht, das wird schließlich mehr oder weniger unberücksichtigt bleiben müssen.

Vorsitzender: Nekner beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Diefelbe wird angenommen.

Es wird nun die Debatte über den Biedermann'schen Antrag mit allen gegen 17 Stimmen wieder aufgenommen.

Biedermann (Dresden) verliest die Motivirung seines Antrags; dieselbe ist eine weitere Ausführung der in dem Antrage enthaltenen Ermägungsgründe.

Bracke. Es thut mir sehr leid, daß ich dem begeisterten Vortrag unfres Freundes Biedermann hier mit einigen abführenden Worten entgegentreten muß. Die sozial-demokratische Arbeiterpartei ist eine Partei, die sich mit religiösen Differenzen absolut gar nicht zu befassen hat, im Gegentheil: es ist gefährlich für die sozial-demokratische Arbeiterpartei, wenn sie den religiösen Zankapfel in sich hinein wirft. Wir haben den Uebergriffen der Pfaffen in das sozial-politische Leben mit Entschiedenheit entgegenzutreten und dazu werden wir auch die Sympathien der Arbeiter für uns haben, welche theilweise noch in den kirchlichen Dogmen befangen sind. Sobald wir die Staatsmacht haben, dann wird sich das abspielen, was jüngst in der Pariser Kommune sich abgespielt hat, nämlich die Gleichstellung der Geistlichen mit dem übrigen Staatsbürgern, und dann wird hoffentlich der Antragsteller und werden seine Freunde zufrieden sein. Ich stelle den Antrag auf einfache Tagesordnung.

Sepner. Wir können deshalb nicht über diesen Gegenstand zur Tagesordnung übergehen, weil bekanntlich auf der sächsischen Landesversammlung unserer Partei eine dem Biedermann'schen Antrag günstige Stimmung herrschte. Ueberhaupt würde der Kongreß durch Uebergang zur Tagesordnung sich kein günstiges Zeugniß ausstellen.

Biedermann: Ich erkläre hiermit den Delegirten, daß, wenn man über diesen von den Dresdener Parteigenossen gestellten Antrag zur Tagesordnung übergeht, man nicht viel Gerechtigkeit findet in der Mitte dieses Kongresses, (Who! Who!) und daß wir hier in Dresden nun selbstständig agitiren werden. (Sehr gut! Bravo!)

Vorsitzender Debel: Es steht ja Biedermann selbstverständlich frei, für die von ihm ausgesprochenen Ansichten zu agitiren, soviel er mag; aber wenn er weiter den Schluß zieht: wenn der Kongreß den Antrag der Dresdener nicht annehme, stoße ersterer gewissermaßen damit den Dresdenern vor den Kopf, so ist das eine eigenthümliche Art des Auftretens. Der Kongreß ist selbstständig und hofft, daß die Parteigenossen in Dresden, mit Ausnahme vielleicht von Biedermann, der dieses Wort gesprochen, nicht so einseitig sein werden, zu verlangen, daß der Kongreß ihnen zu Liebe seine bessere Ueberzeugung zu opfern hat. — Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird mit großer Majorität angenommen.

Vorsitzender. Es sind nur 5 Stimmen dagegen. — Es ist auf's Neue der Antrag von Ernst Göß eingegangen, für die künftigen Kongresse keine öffentlichen Versammlungen zu veranstalten, da die inneren Angelegenheiten näher stehen müssen. — Der Antrag wird nicht unterstützt.

Moss: Es kommt nunmehr die Angelegenheit des Augsburger „Proletarier“ zur Sprache. Die Augsburger Parteigenossen haben mich beauftragt, für die Proletarierangelegenheit einzutreten. Ich entlebigte mich hiermit einfach dieses Auftrages; aber ich muß als Partei-

mann gegen den Antrag sprechen, wenn ich auch als Delegirter von Augsburg den Antrag so stelle, wieer von Augsburg beantragt ist.

Der Augsburger „Proletarier“ ist, wie Sie wissen, eingegangen. Soviel ich mich zu erinnern vermag — ich war damals im Gefängniß — wurde auf dem Stuttgarter Kongreß beschloffen, für ein allenfalls sich ergebendes Defizit des „Proletariers“ von Seiten der Partei nicht aufzukommen, überhaupt den „Proletarier“ offiziell von Parteiwegen nicht zu unterstützen. Nun ist der „Proletarier“ eingegangen, und es stellt sich ein Defizit von 171 Gulden 40 Kr. heraus. Die Redaktion und Expedition verlangt, die Parteikasse möchte etwas thun zur Deckung dieses Defizits. Es scheint mir die Verwaltung nicht genau geführt worden zu sein; es sind z. B. bedeutende Außenstände aufgeführt, die angeblich nicht eingebracht werden können. So sind z. B. von München gleich 100 Gulden pro letztes Quartal ausgeblieben. Das sind Sachen, wofür die Partei nicht aufkommen kann. Ich habe den Leuten damals angerathen, das Blatt eingehen zu lassen, wenn es nicht bestehen kann; aber sie haben es nicht gethan, und nach meiner Meinung müssen sie den Schaden jetzt selber tragen.

Legendcker: Es ist wohl zu beklagen, daß der „Proletarier“ schuldenhalber eingehen mußte, aber man hat sofort nachgewiesen, daß, wenn die Verwaltung richtig geführt, und die Außenstände, die der „Proletarier“ zu fordern hatte, pünktlich gezahlt worden wären, das Blatt sehr gut hätte bestehen können. Wer kann heute sagen, daß die Schulden nicht schon vor dem Stuttgarter Kongreß vorhanden waren? Wir haben damals keine Schulden übernommen und in Folge dessen kann heute die Partei für die Schulden des „Proletarier“ nicht einstehen. Die Münchner-Augsburger Parteigenossen haben guten Rath nicht angenommen. Faktisch ist nachgewiesen, daß der „Proletarier“ während des Krieges in Norddeutschland sehr viel gelesen wurde und ich bin überzeugt, wenn die Verwaltung nicht eine mangelhafte gewesen wäre, hätte auch das Blatt bestehen können.

Ich werde — gemäß dem Auftrage meiner Frankfurter Mandatäre — dagegen stimmen, daß die Partei für die Schuld aufkommt.

Linke: Wenn wir kurzweg sagen: nein, wir geben nichts, so stoßen wir andere Vrschaften, welche vielleicht ein ähnliches Unternehen ins Werk setzen wollen, direkt vor den Kopf.

Reichelt: Die Leute in Augsburg sind damals von der Ansicht ausgegangen, daß die Arbeiterbewegung noch mehr leiden würde, wenn man den „Proletarier“ eingehen ließe. Das Organ soll sich, wie Endres in Augsburg mittheilt, im Anfange gut gehalten, aber gerade durch die Zersplitterung sehr gelitten, später erst durch den Belagerungszustand in den verschiedenen Provinzen und das Verbot des „Volkstaat“ einen großen Aufschwung erfahren haben. In Hannover hatte man früher keinen einzigen „Proletarier“ gelesen, während des Kriegszustands hatte derselbe 56 Abonnenten und so wird es an verschiedenen andern Orten auch gewesen sein. Ich weiß, daß z. B. in Hildesheim, wo kein „Volkstaat“ verbreitet werden durfte während des Kriegszustandes, 6 Exemplare des „Proletarier“ gehalten worden sind. Die ganze Last hat auf Endres gelegen, er hat schwere Opfer gebracht und wenn er durch Parteigenossen in dieser Art schändlich hintergangen worden ist, so daß ein Defizit herbeigeführt wurde, so ist es Pflicht der übrigen Parteigenossen, ihn zu entschädigen.

Ich möchte den Kongreß ersuchen, sich nicht an den Stuttgarter Beschluß zu binden, sondern zu bedenken, daß Endres, vom besten Geiste



beseelt, Alles, was er gethan hat, nur zur Hebung der Arbeiterbewegung in Bayern that, und daß er endlich, als er eingesehen hat, daß es ihm nicht gelingt, nur von Zeit zu Zeit einen halben Bogen erscheinen ließ. Endres hat mir übrigens mitgetheilt, daß er noch 171 Gulden aufstehen habe. Ich glaube, daß wir darauf Rücksicht nehmen müssen, und daß wir nicht verlangen können, daß ein einzelner Parteigenosse, der im Interesse der Partei so viele Opfer gebracht, so großen Schaden leide.

Mosk: Es ist allerdings traurig, daß die Gläubiger, die an den „Proletarier“ Anforderungen haben, Arbeiter sind. Soviel ich weiß, hat Endres 50 Gulden ungefähr zu verlangen und Stollberg ebensoviel, das wäre wohl der größere Theil der Summe. Es wäre sehr schön, wenn wir das Defizit decken könnten, wenn wir den Leuten zu ihrem Gelde verhelfen könnten, aber ich glaube, Sie alle wissen, daß wir überhaupt einen ganz leeren Partefädel haben, daß nicht die nothwendigsten Parteaussgaben momentan bestritten werden können. Daher ist es nicht möglich, selbst wenn wir wollten, das Defizit aus der Partefasse zu decken.

Ich muß nebenbei mittheilen, daß es in dem mir vorliegenden Schriftstück über die fragliche Angelegenheit auch heißt: daß nach Braunschweig stets 30 Exemplare geschickt worden sind, die ebenfalls noch nicht bezahlt sind. Es sind überhaupt Außenstände in einem so hohen Betrage aufgeführt, daß sie die Summe des Defizits decken. Diese Außenstände sind aber nach Endres Meinung nicht einbringlich. Wegen der Braunschweiger Angelegenheit hat er sich an Walster gewendet; auf dessen Weisung er diese Exemplare unter der Falkenstein'schen Periode nach Braunschweig geschickt hat. Der Dresdener Ausschuß hieß ihn aber wieder, sich nach Braunschweig wenden, und Bezahlung war nicht zu erlangen. Es wäre nur möglich, durch freiwillige Beiträge da und dort etwas aufzubringen, um das Defizit zu decken. Darüber können wir aber keinen Beschluß fassen, sondern wir können es nur den Parteimitgliedern ans Herz legen, in ihren Kreisen dafür zu wirken, einige Thaler durch freiwillige Beisteuer aufzubringen.

Vors. Bebel: Ich möchte einiges Thatsächliche mittheilen, was zur Klarstellung der Sache wesentlich beitragen dürfte. Zur Zeit des Dresdener Ausschusses, als der „Volksstaat“ in Vogel v. Falkenstein's Gebiet verboten worden war, hat man sich allerdings von Augsburg an den damaligen Ausschuß in Dresden gewendet und es läßt sich nicht verkennen, daß dieser Ausschuß oder wenigstens sein Sekretär Walster in verschiedenen Briefen dem Endres und den Augsburgern überhaupt Hoffnung gemacht hat auf Unterstützung der Partei, wozu der Ausschuß keine Vollmacht hatte.

Wir haben kurz vor unsrer Verhaftung in Leipzig eine Zusammenkunft mit mehreren Ausschußmitgliedern gehabt. Da ist dieser Punkt zur Sprache gekommen und man war entschieden der Ansicht, der Parteisekretär sei nicht berechtigt gewesen, dem Beschlusse des Kongresses diametral entgegenzuhandeln; so sehr es wünschenswerth damals war, dieses Blatt, namentlich für den Norden, zu erhalten, war man doch der Ansicht, der Ausschuß dürfe weiter nichts thun, als dasselbe den Parteigenossen im Norden zu empfehlen. Man ist aber von Seiten des Dresdener Ausschusses dabei nicht stehen geblieben. Es sind nach Augsburg thatsächlich Gelder geschickt worden. Man hat dorthin 16 Thlr. geschickt, und als im Laufe des Jahres Schuldscheine für den „Volksstaat“ ausgegeben wurden, hat man in Augsburg 30 Thlr. für

den „Volksstaat“ eingenommen und dann an die Expedition geschrieben, man habe diese 30 Thlr. für den „Proletarier“ verwendet. Sie sehen also, daß bereits Parteigelde zur Unterstützung des „Proletarier“ gegen den direkten Beschluß des Stuttgarter Kongresses verwendet worden sind. Später ist im Leipziger Ausschusse die Sache vorgekommen, und dieser erklärte, daß man sich unter keinen Umständen zu einer derartigen Verpflichtung herbeilassen könne. Der Ausschuß in Leipzig hat ferner von den Herausgebern des „Proletarier“ verlangt, kein neues Quartal mehr mit dem Blatt zu beginnen, da ja jedes neue Blatt das Defizit nur vermehre. Man hat aber in Augsburg aus einem sehr unrichtigen Point d'honneur geglaubt, das Blatt nicht ohne Weiteres eingehen lassen zu dürfen, sondern es als einen Ehrenpunkt betrachtet, wenigstens das ganze Quartal auszugeben. Auf das energische Andringen des Leipziger Ausschusses ist endlich mitten im Quartale das Augsburg'sche Blatt eingegangen; hätte der Leipziger Ausschuß nicht so energisch erklärt, daß er keine Verpflichtung übernehme, dann wäre das Blatt fortgeschienen und das Defizit noch gewachsen. Ob man nun einen Theil dessen, was heute als Defizit aufgeführt ist und sich auf 98 Thlr. beläuft, tragen will, muß ich dem Partei-Kongreß überlassen. Auf alle Fälle können wir das Geld erst dann zahlen, wenn andere, uns näherstehende Verpflichtungen erfüllt sind.

Vors. Im Wesentlichen ganz einverstanden mit der Ausführung Bebel's möchte ich doch zu bedenken geben, daß es gerathen sein dürfte, da der Kongreß süglich nicht Einsicht in die verschiedenen Aeten und Papiere nehmen kann, eine Kommission zu ernennen, mit der Aufgabe, diese Sache zu untersuchen und diese Kommission zugleich zu ermächtigen, einen Beitrag bis zu einem bestimmten Betrage für die „Proletarier“-Schuld zu zeichnen, zahlbar zur Zeit, wann unsere Kasse es gestatten wird.

Der Antrag Nord's wird unterstützt.

Bremer (Magdeburg). Wenn einer der Vorredner sagt: „Wenn der „Proletarier“ nicht unterstützt wird, so würde das Viele abschrecken, ein Blatt zu gründen,“ so habe ich zu erwidern: Wir können, wenn ein Blatt nicht bestehen kann, die Garantie dafür nicht übernehmen. Meine Herren, wenn der Kongreß so Stuttgart beschlossen hat, keinerlei Garantien zu übernehmen, so sind wir auch nicht im Stande, heute zu beschließen, daß wir die Schulden des Blattes tragen wollen, einfach weil wir nicht in der Lage sind, uns darüber zu informiren. Der Antrag aber: „Der Kongreß überweist den Antrag der Augsburg'schen in Betreff des „Proletariers“ dem Ausschusse zur Berücksichtigung,“ den kann man vollständig annehmen. Der Ausschuß kann sich darüber informiren, ob es nothwendig ist, daß die Partei einzutreten habe.

Vorsitzender. Es ist ein anderer Antrag eingegangen: „In Anbetracht der Opferwilligkeit der Augsburg'schen Parteigenossen stellen die Unterzeichneten den Antrag, man möge einen Appell an die Parteigenossen zur Deckung des Defizits erlassen.“ Ufert. Großer. (Chemnitz.)

Linke (Dresden). Ich wollte mir nur erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß es gerade keine Inkonsequenzen sind, wenn vom Stuttgarter Kongreß beschlossen worden ist: „es soll keine Unterstützung für den „Proletarier“ gewährt werden,“ und wir ihm dieselbe heute doch gewähren, nachdem wir eingesehen haben, daß es nothwendig ist.

Gästein (Walldheim). Ursprünglich war es meine Absicht, den Antrag, welcher von den Chemnitzer Delegirten Ufert und Großer ge-

stellt worden ist, ebenfalls in Erwägung zu ziehen, ihn aber dahin zu modifizieren, daß die freiwilligen Beiträge, welche einkämen, nicht direkt nach Augsburg, sondern an den Ausschuß gefandt würden, und wenn ein Ueberschuß erzielt würde, diesen der Partei-Kasse zufallen zu lassen.

Wagner (Coburg). Es dürfte uns wohl möglich sein, das Defizit zu decken, wenn wir den Grundsatz befolgen: „Einer für Alle, Alle für Einen,“ und die Parteigenossen an jedem Orte durch einen freiwilligen Beitrag ein Scherlein beitragen.

Rühu (Braunschweig). Ich schließe mich dem Antrage Nord's an und füge den Unterantrag hinzu, daß die Sache der Finanz-Kommission übergeben werden möchte. — Der Antrag findet nicht genügende Unterstützung.

Most. Bei weiterer Prüfung der mir vorliegenden Aktenstücke finde ich allerdings, daß Seitens des Dresdner Ausschusses dem „Proletarier“ die Existenz garantirt wurde, und darauf können die Leute pochen. Hier ist ein Brief Walsters, der die Garantie ausspricht; es liegen aber auch 2 Aktenstücke vom Leipziger Ausschusse vor, worin gesagt ist, daß er in der Sache nichts thun könne, so lange nicht die Aktenstücke vom Dresdner Ausschusse vorlägen. Ob Walster willkürlich gehandelt hat oder im Namen des Ausschusses, ist für die Augsburger gleichgiltig.

Der Redner verliest die Schriftstücke.

Megner. Man sagt, eine Verpflichtung liegt vor, aber für mich entsteht die Frage: für wen liegt sie vor? Ich erkenne an, daß eine Verpflichtung vorliegt, aber ich erkenne nicht an, daß eine Verpflichtung vorliegt für die Partei. Aber, meine Herren, eine andere Verpflichtung liegt vor und zwar die, eine Commission niederzusetzen, welche die Verwaltung des Dresdener Ausschusses mit aller Strenge zu prüfen hat, und diesen Antrag stelle ich jetzt.

Heidemann. Im Namen des Ausschusses beierre ich über den Sachverhalt folgendes: Gerade die „Proletarier“-Angelegenheit war die schwierigste Korrespondenz für uns. Es wurde an uns die Forderung gestellt, 40 Thlr. im Laufe von 6 Tagen nach Augsburg zu senden. Mit unserer Parteikasse war es aber so bestellt, daß sie ka. am 10 Thlr. aufzuweisen hatte, also konnten wir die 40 Thlr. nicht schicken. Im weiteren Verlaufe ist uns ein Brief zugegangen des Inhalts, wir seien verpflichtet, den „Proletarier“ zu unterstützen, denn derselbe sei ein Parteiblatt. Darauf haben wir auf den Stuttgarter Kongreß hingewiesen, und glaubten als Ausschuß in dieser Beziehung vollständig unsere Pflicht gethan zu haben. Wir haben den Augsburger Parteigenossen weiter noch mitgetheilt, wenn der „Proletarier“ sich nicht eine sichere Existenz gründen könne, so möge er lieber eingehen. Darauf kam von Augsburg die Erwiderung: wie wir es wagen könnten, so etwas zu verlangen! Wir antworteten, daß wir kein Geld hätten zu Unterstützungen da, selbst die Erlöse der „Volksstaat“-Anleihe nicht sehr glänzend seien, daß wir also noch weniger den „Proletarier“ durch eine Anleihe unterstützen könnten. In Augsburg hat man 19 Thlr., die für den „Volksstaat“ bestimmt waren, für den „Proletarier“ verwendet. Weiter ist zu bemerken, daß in der Redaktion und Expedition des „Proletariers“ in Augsburg selbst Schwierigkeiten und Mißhelligkeiten entstanden waren; der Re-

visor Steinbacher verlangte von der Kontrollkommission, daß sie diese Streitigkeiten zu schlichten suchen möge.

Wir haben uns nicht eingelassen auf eine Aburtheilung über die eine oder die andere Partei und haben darauf hingewiesen, diese Gelegenheit an den nächsten Kongreß zur Vorlage zu bringen. Wir haben angedeutet, daß wir mit unserm Wort eintreten würden, daß eine Unterstützung gewährt werde.

Nord. Was Megner gesagt hat, ist im Prinzip richtig. Ob wir aber praktisch handeln, ob es wirklich gut ist, daß wir in so schroffer Weise vorgehen, das ist eine andere Frage. Der Stuttgarter Kongreß hat gewisse Beschlüsse gefaßt, aber es traten darauf Ereignisse ein, die der Stuttgarter Kongreß nicht vorhersehen konnte, und durch diese Ereignisse mag der Dresdener Ausschuß auch zu dem Schritt hingedrängt worden sein, den er unter andern Verhältnissen nicht gethan haben würde. Ich will die Handlungsweise des Dresdener Ausschusses durchaus nicht beschönigen, aber mögen Sie sich doch vergegenwärtigen, wie die Sachlage damals war: Der „Volksstaat“ war in dem größten Theile Norddeutschlands verboten, die Mitglieder dort waren außer jeglichem Zusammenhang mit den andern Parteigenossen. So gut wie der „Volksstaat“ im Norden verboten wurde, so gut konnte er auch ganz unterdrückt werden.

Es scheint mir daher nothwendig zu sein, daß wir eine mildere Form wählen als die von Megner vorgeschlagene; und daß wir den Augsburgern die Zusicherung geben, daß, wenn die Angelegenheit geprüft sein wird, sie eine Unterstützung im Betrage der Höhe erhalten werden, zu welcher die Partei durch den Dresdener Ausschuß verpflichtet ist.

Vorsitzender. Megner hat seinen Antrag genau formulirt und derselbe lautet folgendermaßen:

„Ich beantrage, daß eine Kommission niedergesetzt werde, mit dem Auftrage, das Verhalten des Dresdner Ausschusses auf das Strengste zu untersuchen und dem Ausschusse resp. dem nächsten Kongresse zu berichten und zur Entscheidung vorzulegen, bis dahin aber jede Beschlusfassung über die „Proletarier“-Angelegenheit anzusetzen.“

Man verschreitet zur Wahl der Kommission, und wird zunächst beschlossen, eine Mitgliedschaft zu bestimmen, welche die Kommission zu wählen hat. Leyendecker schlägt Berlin, Kobitsch Dresden, Müller Leipzig, Hepner Braunschweig vor. Bei der Abstimmung erklärt sich die Versammlung für Berlin. —

Leyendecker. Damit das Protokoll nicht wieder so spät erscheint, als das Stuttgarter, beantrage ich, daß die Redaktion desselben der Redaktion des „Volksstaat“ überwiesen werde. Der Antrag Leyendeckers wird angenommen.

Als Sitz des Ausschusses wird Hamburg gewählt.

Als Sitz der Kontrollkommission wird vorgeschlagen: Mainz, Frankfurt a. M., Braunschweig, Hannover, Berlin, Glauchau-Neerane, Grimmitzschau.

Berlin wird als Sitz der Kontrollkommission gewählt.

Es erfolgt nun die Wahl des nächsten Kongressortes. Von den Leipziger Parteigenossen ist Mainz vorgeschlagen worden.

Mainz wird gewählt.

Vorsitzender Hebel. Wenn nicht irgend welcher Antrag noch erfolgt, sind wir am Schlusse der Verhandlungen.

Reichelt. Wenn wir Bürger Delegirte auf diesen Kongreß zurück-

blicken, so werden wir das immerhin mit einiger Befriedigung thun können. Hoffen wir, daß wir im nächsten Jahre in Mainz die Partei in einer Blüthe sehen, welche die Widerstandsfähigkeit unrer Gegner noch erhöht. Ich glaube im Sinne des Kongresses zu handeln, wenn ich dem Lokal-Komitee, das in wirklich aufopfernder und außerordentlich freundlicher Weise für die Vorbereitungen des Kongresses gesorgt hat, im Namen des Kongresses hiermit unsern Dank ausspreche. (Bravo.)

Hirsch. M. H., auf dem vorigen Kongresse, wie in Eisenach, waren die Oesterreichischen Parteigenossen vertreten; heute sind sie nur in 2 Mitgliedern vertreten, die aus Oesterreich von der Reaktion verwiesen sind. Ich spreche die Hoffnung aus, daß beim nächsten Kongresse es unsern Parteigenossen in Oesterreich möglich sein möchte, mit uns vereint den Kongreß besuchen zu können. Ich glaube, wenn diese Frage eines Tages gelöst sein wird, dann wird der Bewegung ein neuer Aufstoß gegeben sein, unser Ziel zu erreichen. Ich möchte, daß unsere Oesterreichischen Parteigenossen es erfahren, daß wir ihrer gedacht haben.

Kühn. Nachdem dem Dresdner Lokal-Komitee mit Recht der Dank votirt worden ist, glaube ich im Sinne Aller zu sprechen, wenn ich diesen Dank auf die Dresdner Mitglieder überhaupt ausdehne, für die viele Mühe und Arbeit, die sie durch den Kongreß gehabt.

York. Wir haben durch Beschluß des Kongresses Hamburg als nächsten Ort des Ausschusses ernannt; ich glaube, im Sinne der Hamburger Parteigenossen Ihnen die Versicherung geben zu können, daß sie es sich werden angelegen sein lassen, die Parteigeschäfte in einer Art und Weise zu führen, daß der nächste Kongreß damit zufrieden ist.

Leysendecker. Parteigenossen! Ich kann es nicht unterlassen, den Delegirten zu danken, daß sie Mainz zum Kongreßorte gewählt haben. Ich hoffe, daß der nächste Kongreß stärker besucht sein wird, als der diesmalige, und ich hoffe, daß die süddeutschen Arbeiter den Boden für die Bestrebungen der Sozial-Demokratie während dieses Jahres mehr bearbeiten werden, als bisher.

Hempel (Dresden) er bietet sich, Diejenigen, welche sich in der Stadt oder Umgegend orientiren wollen, als Führer zu begleiten.

Wegner (Berlin): M. H., ich kann Ihnen nicht danken für das, was Sie uns aufgebürdet haben, Sie haben uns in der That eine Last aufgelegt, so daß ich nur wünschen kann, Sie möchten, wenn wir im nächsten Jahre Bericht zu erstatten haben, nicht Ursache haben, uns einen Vorwurf zu machen. Für das Vertrauen aber, das Sie in uns gesetzt haben, sage ich Ihnen unsern Dank.

Wagner. Ich erachte es, ehe wir heute scheiden, für unsere Pflicht, dem Vorstehenden des Kongresses, sowie dem Bureau den Dank aller Kongreßmitglieder auszusprechen für die Leitung der Verhandlungen.

Moss. M. H., wenn es mir leid that, daß ich gestern nicht Gelegenheit hatte, in öffentlicher Sitzung zu sprechen, so that es mir namentlich aus dem Grunde leid, weil ich meine Gedanken nicht kund geben konnte, die ich in Bezug auf Oesterreich gern an die Öffentlichkeit gebracht hätte. Durch Annahme der Resolution ist allerdings derselbe Zweck erreicht worden; allein dadurch, daß die Debatte abgeschnitten ward, war es mir nicht möglich, im Namen der Oesterreichischen Arbeiter zu sprechen. Ich spreche die Ueberzeugung aus, daß bis zum nächsten Kongresse, wie auch Hirsch bereits gesagt, die Oesterreicher höchstwahrscheinlich auch vertreten sein werden. Oesterreich ist thatsächlich der allerzerrüttetste, verlotterteste Staat, der existirt. Entweder

fällt er in sich zusammen, oder er wird in gewisse weite Mantelstaschen in kurzer Zeit gesteckt. Aus kann das einerlei sein. Wichtig ist die Sache insofern für uns, als wir dort einen Rekrutierungsbezirk für die Partei haben, wie wir ihn in Deutschland in keinem Lande finden können. Die Deutsch-Oesterreicher sind in kurzer Zeit, in den wenigen Jahren, seit denen dort die Bewegung existirt, mit der vollsten Begeisterung zu unserer Fahne gekommen, sie haben gezeigt, daß sie trotz der Stürme festhalten an der Sache. Die Stellung unserer Parteigenossen in Oesterreich ist eine solche, wie in keinem anderen Lande, und noch breitet sich die Partei mit jedem Tage mehr aus. Die Parteigenossen in Oesterreich blicken stets mit Begeisterung nach Deutschland und sehnen sich, mit der sozial-demokratischen Partei Deutschlands in Verbindung zu treten, wie sie überhaupt, obschon sie, wie wir, den internationalen Bestrebungen anhängen, gleichfalls einsehen, daß es von Wichtigkeit ist, wenn sich die deutschen Sozial-Demokraten zusammenschließen. Wie jetzt die Dinge stehen, kann es nicht mehr lange dauern und Oesterreich wird zu Grunde gehen, weil man die Bedeutung der Arbeiterbewegung mißkannt hat. Es hätte der Existenz Oesterreichs eine kleine Galgenfrist verschafft werden können, wenn man den Arbeitern Konzessionen gemacht hätte, aber statt dessen hat man den Arbeitern mit beiden Fäuln ins Gesicht geschlagen. Wenn es einmal gilt, ganz und voll für das Prinzip einzustehen, werden wir gewiß die Oesterreicher in erster Reihe mit kämpfen sehen.

Bracke. Die Verhandlungen sind zu Ende. Bürger, Delegirte, ich bitte, die Parteigenossen freundlichst zu grüßen und eingebend dessen zu sein, was Sie der Sache schulden, der Sache, die ich hoch leben lassen werde, die wir im Herzen tragen, der wir unsere Kräfte leihen. Die Sache der Sozial-Demokratie lebe hoch! (Dreimaliges Hoch).

Der Kongreß ist geschlossen.

## Anhang.

### Geschäftsordnung des Ausschusses.

§ 1. Der Ausschuß ist verpflichtet, innerhalb drei Tagen nach erfolgter Wahl sich zu konstituiren und die Konstituierung sofort im Parteiorgan anzuzeigen.

§ 2. Der Ausschuß ist verpflichtet, wöchentlich mindestens eine Sitzung zu halten und den regelmäßigen Sitzungstag im Parteiorgan bekannt zu geben.

§ 3. Zu einer Aufbewahrung der eingehenden Korrespondenz ist der Ausschuß, nachdem seine Mitglieder von dem Inhalt derselben Kenntniß erhalten, nicht verpflichtet, ausgenommen solche Schriftstücke, welche als Beleg für die Verwaltung der Partei unumgänglich notwendig sind. Dahingegen ist über alle einlaufenden Briefe ein Verzeichniß anzulegen, welches die laufende Nummer, Datum des Eingangs, Ort und Name des Absenders enthält.

§ 4. Die Führung von Copirbüchern für die Parteikorrespondenz ist dem Ausschuß wie einzelnen Mitgliedern desselben verboten, dahin-

gegen ist derselbe verpflichtet, zur Anlegung eines Verzeichnisses, für alle abgehenden Schriftstücke, welches laufende Nummer, Datum des Abganges, Angabe des Orts und der Person des Empfängers enthält.

§ 5. Der offizielle Verkehr mit politischen Vereinen und Organisationen ist dem Ausschuss, als gegen die in den meisten Staaten bestehenden Vereinsgesetze verstößend, untersagt.

§ 6. Alle Erlasse, Bekanntmachungen und Schriftstücke des Ausschusses haben nur dann offizielle Gültigkeit, wenn dieselben von mindestens 2 Ausschussmitgliedern unterzeichnet sind.

Bemerkung der Protokoll-Redaktion. Das im Protokoll angezogene Gutachten der Berliner Mitglieder über das literarische Aktienunternehmen ist unerklärlicherweise aus den Congress-Acten verschwunden, und auf unsere wiederholt an die Berliner Parteigenossen gerichtete dringliche Aufforderung, uns den Inhalt des verloren gegangenen Schriftstücks in kurzem Resumé zuzustellen, damit wir dasselbe als Nachtrag dem Protokolle beifügen könnten, haben wir bedauerlicherweise keine Antwort erhalten.

| Delegirten-Nummer. | Name.              | Wohnort des Delegirten. | Ort der Vertretung.     | Zahl d. Parteigen. | Man-dat-Nr. |
|--------------------|--------------------|-------------------------|-------------------------|--------------------|-------------|
| 1                  | Otto-Walster       | Dresden.                | Cöln am Rhein           | 45                 | 1           |
| 2                  | Kossjak "          | "                       | Geithain in Sachsen     | 60                 | 2           |
| 3                  | Zmhof, Heinrich    | Bildingen.              | Dresden                 | 210                | 3           |
| 4                  | Leichmann, Chr.    | Wilkau."                | Thalheim                | 50                 | 4           |
| 5                  | Motteler "         | Crimmitschau            | Stollberg in Sachsen    | 30                 | 5           |
| 6                  | Hirsch, Karl       | Reichenbach             | Wilkau                  | 54                 | 6           |
| 7                  | Müller, Robert     | "                       | Neudorfel               | 70                 | 7           |
| 8                  | Albert, Hermann    | Glauchau.               | Hof                     | 30                 | 8           |
| 9                  | Engelhardt, Hugo   | Zwickau.                | Crimmitschau            | 310                | 9           |
| 10                 | Bohne, Karl        | Ernstthal.              | Reichenbach             | 150                | 10          |
| 11                 | Seifert, Julius    | Leipzig."               | Mylau                   | 50                 | 11          |
| 12                 | Cheklein, Herm.    | Meerane.                | Neyschau                | 50                 | 12          |
| 13                 | Wöge, Ernst        | Neustadt a. Drla        | Glauchau                | 200                | 13          |
| 14                 | Ehiele, G. F.      | Leipzig."               | Zwickau.                | 150                | 14          |
| 15                 | Gefstein, Louis    | Waldheim.               | Ernstthal.              | 30                 | 15          |
| 16                 | Mehner, Theodor    | Berlin."                | Hohenstein-Ernstthal    | 40                 | 16          |
| 17                 | Lehensdecker, Jof. | Mainz."                 | Oberlungwitz.           | 80                 | 17          |
| 18                 | "                  | "                       | Hohenstein-Ernstthal    | 60                 | 18          |
| 19                 | Köhler, Eduard     | Dresden.                | Meerane                 | 80                 | 19          |
| 20                 | Richter, Ferd.     | Geier.                  | Neustadt a. Drla        | 80                 | 19          |
| 21                 | Webel, August      | Leipzig."               | Apolda                  | 15                 | 58          |
| 22                 | Gabriel, Eduard    | "                       | Eichtenstein-Gallenberg | 30                 | 20          |
| 23                 | Burkhardt, Th.     | "                       | Waldheim                | 35                 | 21          |
| 24                 | Hepner             | "                       | Frankenberg             | 100                | 22          |
| 25                 | Müller, Gregott    | Dresden.                | Mittweida               | 55                 | 24          |
| 26                 | Hempel             | "                       | Berlin                  | 48                 | 25          |
| 27                 | Biedermann, Aug.   | "                       | Mainz                   | 100                | 27          |
| 28                 | Weiner, Herm.      | "                       | Neu-Henburg             | 18                 | 28          |
| 29                 | Stelzer, Oswald    | Leipzig."               | Frankfurt a. M.         | 40                 | 29          |
| 30                 | Ufert, Wilhelm     | Chemnitz."              | Marburg in Hessen       | 26                 | 30          |
| 31                 | Röthing            | Leipzig."               | Beyer                   | 30                 | 31          |
| 32                 | Rost, Johann       | Chemnitz."              | Leipzig                 | 400                | 32          |
| 33                 | Rübner             | Leipzig."               | Bamberg                 | 42                 | 33          |
| 34                 | Salzmann           | Neuschönfeld.           | Leipzig                 |                    | 34          |
| 35                 | "                  | "                       | Mühlheim b. Offenbach   | 12                 | 35          |
| 36                 | "                  | "                       | Lösnitz                 | 24                 | 36          |
| 37                 | "                  | "                       | Weimar                  | 20                 | 52          |
| 38                 | "                  | "                       | Ludenzwalde             | 25                 | 37          |
| 39                 | "                  | "                       | Pforzheim               | 20                 | 38          |
| 40                 | "                  | "                       | Gotha                   | 15                 | 39          |
| 41                 | "                  | "                       | Burgstädt               | 52                 | 40          |
| 42                 | "                  | "                       | Leipzig *)              | 71                 | 41          |
| 43                 | "                  | "                       | Lunzenau                | 50                 | 42          |
| 44                 | "                  | "                       | Döbeln                  | 25                 | 43          |
| 45                 | "                  | "                       | Chemnitzer inter. Gew.  | 320                | 67          |
| 46                 | "                  | "                       | Connewitz               | 29                 | 44          |
| 47                 | "                  | "                       | Augsburg                | 40                 | 47          |
| 48                 | "                  | "                       | München                 | 50                 | 48          |
| 49                 | "                  | "                       | Nürnberg                | 123                | 49          |
| 50                 | "                  | "                       | Bölgig                  | 75                 | 50          |
| 51                 | "                  | "                       | Mühlwand                | 9                  | 51          |

\*) Holzarbeiter-Gewerkschaft.

| Delegierten-<br>Nummer. | Name.            | Wohnort des<br>Delegierten. | Ort der Vertretung.                                | Zahl d.<br>Partei-<br>gen. | Man-<br>dat-Nr. |
|-------------------------|------------------|-----------------------------|----------------------------------------------------|----------------------------|-----------------|
| 34                      | Rinde            | Dresden.                    | Konneburg                                          | 20                         | 53              |
| 35                      | Kobisch, Moritz  | "                           | Kochlitz                                           | 45                         | 54              |
| 36                      | Seiffert, C.     | Leipzig.                    | Krankenhausen                                      | 100                        | 55              |
| 37                      | Heidemann        | "                           | Münchenbernsdorf                                   | 95                         | 56              |
| 38                      | Dittrich         | Schönbau.                   | Eisenach                                           | 22                         | 57              |
| 39                      | Hille, W.        | Dresden.                    | Konneburg                                          | 12                         | 59              |
| 40                      | Bräde, W.        | Braunschweig.               | Kassel                                             | 40                         | 60              |
|                         | "                | "                           | Wolfenbüttel                                       | 22                         | 61              |
|                         | "                | "                           | Walfenried                                         | 42                         | 62              |
| 41                      | Wagner, Heinrich | Koburg.                     | Koburg                                             | 50                         | 63              |
| 42                      | Großer, Ernst    | Chemnitz.                   | Chemnitz*)                                         | 311                        | 64              |
| 43                      | Heitbrinck       | Bielefeld.                  | Bielefeld                                          | 22                         | 65              |
| 44                      | Schen, Heinrich  | Eßlingen.                   | Delegiertenversammlg.<br>d. würtemb. Arbeitero.**) | 400                        | 66              |
| 45                      | Rühn, C.         | Braunschweig.               | Braunschweig                                       | 500                        | 68              |
| 46                      | Hablich, Chr.    | Leipzig.                    | Leipzig                                            |                            | 69              |
| 47                      | Reichelt, Herm.  | Hannover.                   | Hannover                                           | 53                         | 70              |
| 48                      | Bremer           | Magdeburg.                  | Magdeburg                                          | 60                         | 71              |
|                         | "                | "                           | "***)                                              | 30                         | 72              |
|                         | "                | "                           | "†)                                                | 20                         | 73              |
|                         | "                | "                           | Neundorf ††)                                       | 21                         | 74              |
|                         | "                | "                           | Magdeburg †††)                                     | 50                         |                 |
| 49                      | Ulrich, Peter    | Leipzig.                    | Leipzig                                            | 400                        | 75              |
| 50                      | Nord, Theodor    | Harburg.                    | Hamburg                                            | 75                         | 76              |
| 51                      | Josevicz         | Berlin.                     | Spandau                                            | 23                         | 26              |
| 52                      | Schilling        | Leipzig.                    | Hainichen                                          | 50                         | 23              |
| 53                      | Rindtner         | Dresden.                    | Pfersee                                            | 8                          | 48              |
| 54                      | Gleditsch        | "                           | Fürth                                              | 11                         | 46              |
| 55                      | Klein, Karl      | Barmen.                     | Ronsdorf                                           | 20                         | 77              |
|                         | "                | "                           | Solingen                                           | 24                         | 78              |
|                         | "                | "                           | Barmen.                                            | 21                         | 79              |
| 56                      | Liebknecht "     | Leipzig.                    | Breslau                                            | 30                         | 80              |

\*) Metallarbeiter-Gewerkschaft

\*\*) Zählen 7 Mandate.

\*\*\*) Metallarbeiter-Gewerkschaft.

†) Holzarbeiter-Gewerkschaft.

††) Manufaktur-Arbeiter-Mandat war von B. vergessen mitzubringen.

†††) Schuhmacher-Gewerkschaft.

Im Verlage der Expedition des „Vollstaat“ ist erschienen:

|                                                                                                                                                    | thlr. | gr. | pf. |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-----|-----|
| <b>F. Engels</b> , Der deutsche Bauernkrieg . . . . .                                                                                              | —     | 5   | —   |
| <b>Dieckgen</b> , Nationalökonomischer Vortrag . . . . .                                                                                           | —     | —   | 5   |
| „ Religion der Sozial-Demokratie, 1. 2. 3. . . . .                                                                                                 | —     | 1   | 5   |
| <b>C. Girsch</b> , Der Staat und das Genossenschaftswesen . . . . .                                                                                | —     | —   | 5   |
| <b>A. Sebel</b> , Unsere Ziele. 2. Auflage . . . . .                                                                                               | —     | 2   | 5   |
| „ 5 Reichstagsreden im April und Mai 1871 . . . . .                                                                                                | —     | 1   | 5   |
| „ Reichstagsreden 2. Saison . . . . .                                                                                                              | —     | 1   | 5   |
| „ Rede i. d. Tonhalle zu Leipzig d. 14. Juni 1871<br>über die Leipziger Commune . . . . .                                                          | —     | —   | 5   |
| <b>A. Geib</b> , Der Normalarbeitstag . . . . .                                                                                                    | —     | 1   | —   |
| <b>Anti-Syllabus</b> , (Gebicht.) . . . . .                                                                                                        | —     | —   | 5   |
| <b>Der Bürgerkrieg in Frankreich</b> , Adresse des Generalraths<br>der Internationalen Arbeiterassoziation . . . . .                               | —     | 2   | 5   |
| <b>Serno-Solowiewitsch</b> , Unsere russischen Angelegenheiten,<br>überetzt von E. L. Borkheim . . . . .                                           | —     | 2   | 5   |
| <b>B. Liebknecht</b> , Zu Trug und Schutz, Festrede, gehalten beim<br>Stiftungsfest des Grimmitzschauer Volksvereins<br>am 22. Okt. 1871 . . . . . | —     | 2   | 5   |
| „ „ Was ich im Reichstag sagte . . . . .                                                                                                           | —     | 1   | 5   |
| <b>Protokoll</b> des fünften Vereinstages deutscher Arbeiterver-<br>eine zu Nürnberg . . . . .                                                     | —     | 2   | —   |
| <b>Protokoll</b> des Eisenacher Kongresses . . . . .                                                                                               | —     | 1   | 5   |
| „ „ Stuttgarter „ . . . . .                                                                                                                        | —     | 1   | —   |
| „ „ Dresdener „ . . . . .                                                                                                                          | —     | 2   | —   |
| <b>B. Eichhoff</b> , Die Internationale Arbeiter-Assoziation . . . . .                                                                             | —     | 5   | —   |
| <b>Secartus</b> , eines Arbeiters Widerlegung der national-öko-<br>nomischen Lehren J. Stuart Mills . . . . .                                      | —     | 5   | —   |
| <b>Buttle</b> , Professor Dr., Die deutschen Zeitschriften und die<br>Entstehung der öffentlichen Meinung . . . . .                                | —     | 5   | —   |
| Zur Erinnerung für die deutschen Wodospatrioten . . . . .                                                                                          | —     | 2   | 5   |
| <b>Photographien</b> von Marx, Lassalle u. c., in Wistfen-<br>farbenformat . . . . .                                                               | —     | 2   | 5   |
| „ in Kabinetsformat . . . . .                                                                                                                      | —     | 6   | —   |

## „Der Volksstaat“,

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei,

erscheint wöchentlich 2 Mal in großem Format. Bestellungen auf das Blatt nehmen alle Postanstalten entgegen. Preis per Vierteljahr 12½ Sgr. = 44 Kr. südd. Währ. In Preußen unter Zuschlag der Zeitungssteuer 17 Sgr. Die Postanstalten nehmen Monats-Abonnements entgegen.